

# Wiener Landtag

## 19. Wahlperiode

### 11. Sitzung vom 27. Jänner 2012

#### Wörtliches Protokoll

##### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg David Ellensohn	S. 47
		Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 49
2. Rede von Präsident Prof Harry Kopietz anlässlich der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Jänner 1945	S. 3	Abg Mag Alexander Neuhuber	S. 51
		Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch (tatsächli- che Berichtigung)	S. 52
3. Fragestunde		Abg Mag Dr Barbara Kappel	S. 52
1. Anfrage		Abg Friedrich Strobl (tatsächliche Berichti- gung)	S. 54
(FSP - 00202-2012/0001 - KU/LM)	S. 3	Abg Mag Wolfgang Jung	S. 54
2. Anfrage		Abg Dipl-Ing Rudi Schicker (zur Ge- schäftsordnung)	S. 55
(FSP - 00200-2012/0001 - KVP/LM)	S. 6	Abg Christian Hursky	S. 55
3. Anfrage		Abg David Ellensohn	S. 56
(FSP - 00199-2012/0001 - KFP/LM)	S. 9	Abg Mag Alexander Neuhuber (tatsächli- che Berichtigung)	S. 57
4. Anfrage		Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 57
(FSP - 00198-2012/0001 - KSP/LM)	S. 11	Abstimmung	S. 57
5. Anfrage			
(FSP - 00201-2012/0001 - KVP/LM)	S. 15		
4. AST - 00233-2012/0002 - KFP/AL: Aktuel- le Stunde zum Thema " Mitbestimmung garantieren statt drüberfahren und abkas- sieren - Bürgerbefragung für kostenloses Parkpickerl in ganz Wien gefordert!"		9. LG - 05235-2011/0001/LAT, P 3: Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tourismusförderungsgesetz geändert wird (Beilage Nr 2/2012)	
Abg Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 19	Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner	S. 58
StR Mag Manfred Juraczka	S. 20	Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 58
Abg Mag Rüdiger Maresch	S. 21	Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 60
Abg Siegi Lindenmayr	S. 22	Abg Mag Dr Barbara Kappel	S. 62
Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 23	Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 63
Abg Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 24	Abg Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 65
Abg Dr Jennifer Kickert	S. 25	Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner	S. 66
Abg Anton Mahdalik	S. 26	Abstimmung	S. 66
Abg Karlheinz Hora	S. 26		
5. Mitteilung des Einlaufs	S. 27		
6. 00076-2012/0001-MDLTG, P 1: Wahl eines Ersatzmitgliedes in den Bundesrat Abstimmung	S. 28	10. LG - 05236-2011/0001/LAT, P 4: Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert wird (Beilage Nr 3/2012)	
		Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner	S. 67
7. Begrüßung der Abgeordneten zum Euro- päischen Parlament	S. 28	Abstimmung	S. 67
8. LG - 05234-2011/0001 - KSP/LAT, P 2: Wiener Dienstleistungsgesetz - W-DLG (Beilage Nr 1/2012)		11. LG - 05237-2011/0001/LAT, P 5: Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Parkometer- gesetz 2006 geändert wird (Beilage Nr 4/2012)	
Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 28	Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner	S. 67
EP-Abg Heinz K. Becker	S. 28	Abstimmung	S. 67
EP-Abg Mag Ulrike Lunacek	S. 30		
EP-Abg Mag Evelyn Regner	S. 32		
StR Mag Manfred Juraczka	S. 34		
Abg Dr Monika Vana	S. 35		
Abg Mag Wolfgang Jung	S. 37		
Abg Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 39		
EP-Abg Mag Ulrike Lunacek	S. 41		
EP-Abg Andreas Mölzer	S. 42		
EP-Abg Mag Evelyn Regner	S. 45		
Abg Mag Barbara Feldmann	S. 46	12. LG - 05238-2011/0001/LAT, P 6: Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Kulturförde- rungsbeitragsgesetz 2000 geändert wird (Beilage Nr 5/2012)	
		Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner	S. 67
		Abstimmung	S. 67

13. LG - 05239-2011/0001/LAT, P 7: Wiener  
Sportförderungsbeitragsgesetz 2012  
(Beilage Nr 6/2012)  
Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate  
Brauner  
Abstimmung

S. 67  
S. 67

14. LG - 02944-2011/0001, P 8: Vorlage eines  
Gesetzes, mit dem das Wiener Fiaker- und  
Pferdemietwagengesetz geändert wird  
(Beilage Nr 26/2011)  
Berichterstatterin LhptmStin Mag Maria  
Vassilakou  
Abstimmung

S. 67  
S. 67

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen! Ich eröffne die 11. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely bis 12 Uhr, sie ist bei einem Begräbnis; Abg Florianschütz, Abg Frank, Abg Matzka-Dojder, Abg Univ-Prof Dr Frigo, Abg Ing Guggenbichler, er ist dienstlich verhindert, Abg Haslinger, ebenfalls dienstlich verhindert (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*), Abg Korosec bis 10 Uhr, Abg Mag Anger-Koch bis 10.30 Uhr, Abg Ing Leeb ab 13 Uhr, Abg Mag Straubinger ab 13.30 Uhr.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, erlaube ich mir, einige Worte zum heutigen Datum, 27. Jänner, an Sie zu richten.

Hohes Haus! Heute vor 67 Jahren, am 27. Jänner 1945, wurde das schrecklichste der Vernichtungslager Nazi-Deutschlands, Auschwitz, durch die sowjetische Rote Armee befreit.

Am Vormittag wurde zunächst das Nebenlager Monowitz beim Buna-Chemiewerk von den Einheiten der 60. Armee befreit, am Nachmittag das Stammlager Auschwitz. Dort fanden die Befreier 1 200 kranke Häftlinge vor. In Auschwitz-Birkenau waren 5 800 Gefangene zurück geblieben. Trotz aller ärztlicher Bemühungen verstarben noch viele dieser befreiten Häftlinge in den darauffolgenden Tagen.

In mehreren Außenstellen des Konzentrationslagers Auschwitz hatte die SS vor dem Abrücken etwa 300 entkräftete Häftlinge erschossen. Es gibt Hinweise, dass eine Vernichtungsaktion für die zurückgelassenen Gefangenen geplant war, die nur durch das rasche Vorrücken der Roten Armee verhindert wurde.

Wir wissen heute, dass in diesen Vernichtungslagern noch Stunden vor der Befreiung die Mordmaschine perfekt funktioniert hat und auch Österreicher gehenkt wurden. In Auschwitz fanden nach Schätzungen – genaue Aufzeichnungen gibt es nicht – 1 100 000 Menschen den Tod. Bei der Befreiung des Stammlagers verloren 232 sowjetische Soldaten im Kampf mit sich zurückziehenden Deutschen ihr Leben.

Gerade Wien, eine Stadt, in der mehr als 60 000 Wiener Juden ermordet wurden, hat eine spezielle Verpflichtung. Wir haben eine spezielle Verpflichtung! Wir müssen die Front der Ablehnung gegen Intoleranz, Menschenverachtung, Gewalt und Rassismus so breit und so stark wie möglich machen – über alle Parteigrenzen hinweg.

Meine Damen und Herren! Ich denke, es wäre angebracht, sich der Opfer in einer Gedenkminute zu erinnern und zu schwören, dass so etwas nie wieder geschehen darf. Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. (*Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und verharren in stillem Gedenken.*) – Ich danke. (*Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.*)

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 00202-2012/0001 - KU/LM) wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerich-

tet. (Die Menschen in Wien stehen noch immer fassungslos vor den Enthüllungen im Missbrauchsskandal in Wiener Jugendheimen. Es herrscht parteiübergreifender Konsens, dass die Politik alles unternehmen wird, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Vor kurzem gab es mediale Kritik, dass die Wiener Jugendämter auf Grund einer Gesetzeslücke keinen Zugriff auf die Sexualstraffäterdatei des Bundes haben und somit nur einen allgemeinen Strafregisterauszug erhalten, der wichtige Informationen über einschlägige Verfehlungen von Stellenbewerbern nicht enthält. Wann werden Sie dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorlegen, um diese gefährliche Gesetzeslücke zu schließen?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Danke schön. – Einmal mehr einen wunderschönen guten Morgen!

Sie fragen betreffend die Vorlage eines Gesetzesentwurfes, mit dem ein entsprechender Zugriff auf die Sexualstraffäterdatei sichergestellt wird, vor allem für Personen, die in pädagogischen Bereichen der Stadt arbeiten.

Wie Sie richtig feststellen, gibt es diese Möglichkeit durch eine entsprechende Novelle mit dem zweiten Gewaltschutzgesetz. Damit wurde ein verbesserter Schutz der Opfer vor strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung im September 2010 auf der Bundesebene verankert. Mit diesem Maßnahmenpaket – es ist auch gestern im Gemeinderat schon darauf hingewiesen worden – wurden zahlreiche neue Bestimmungen im Zivil- und Strafrecht geschaffen.

Die Stadt Wien hat sehr umgehend darauf reagiert. Wie Sie wissen, haben wir die Schutzbestimmungen im eigenen Bereich mit einer Novelle der Dienstordnung 1994, § 4, bereits im Frühjahr 2011 entsprechend umgesetzt. Dabei wird der Magistrat in seiner Gesamtheit als eine Einrichtung zur Ausbildung von Lehrlingen, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Schülerinnen und Schülern auch im Bereich der Wiener Gesundheits- und Krankenpflegeschule beziehungsweise auch zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Wiener Jugendwohlfahrt angesehen. Das heißt, bei allen Bediensteten wird seit März 2011 eine entsprechende Auskunft aus dem Strafregister und der Sexualstraffäterdatei eingeholt. Es wurde dies auch rückwirkend mittels Zustimmungserklärungen für Beschäftigte ab dem 18.9.2011, also dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, durchgeführt.

Diese Abfragen werden mit den entsprechend strengen Auflagen zentral über die MA 2 beziehungsweise auch im KAV durchgeführt. Das heißt, Wien hat hier für diesen Bereich, in dem wir unmittelbar sehr rasch handeln konnten, die entsprechenden Novellen auch vorgekommen.

Darüber hinaus werden wir – ich habe das ja auch bereits angekündigt – durch einen entsprechenden Initiativantrag zur Novellierung des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes sicherstellen, dass ein entsprechender Gesetzesvorschlag hier im Landtag bereits in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages im März beschlossen werden kann. Sie kennen den formalen Ablauf, dass wir

das sehr rasch tun können. Wir werden daher als eines der ersten Bundesländer auch diesen Bereich maßgeblich verbessern und zum Schutz von Opfern vor Misshandlungen entsprechende Maßnahmen setzen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es gerade wir in Wien waren und sind – ich wiederhole das auch von gestern –, die insgesamt immer wieder auf ein neues Bundesjugendhilfegesetz drängen. Daher war es für uns sehr wichtig, dass in den Verhandlungen seitens des Bundes gerade diese Möglichkeit auch über das Bundesjugendhilfegesetz sichergestellt wird. Diese Verhandlungen wurden ja von Staatssekretärin Marek beziehungsweise Remler noch sehr engagiert geführt. Leider gibt es seit dem Ausscheiden der Frau Remler keine Verhandlungsrunde mehr über das Bundesjugendhilfegesetz, das es einfach notwendig macht, durchaus dann auch das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz in mehreren Punkten, vor allem sprachlicher Natur – in den Standards sind wir hier ja bereits sehr, sehr weit vor vielen anderen Bundesländern –, zu novellieren.

Nachdem es diese Verhandlungen derzeit nicht gibt, was ich sehr, sehr bedaure, werden wir eben diesen Schritt wählen, ungeachtet des entsprechenden Bundesjugendhilfegesetzes und einer entsprechenden Vereinbarung auf Bundesebene, diesen Paragraphen zu verändern. Durch diesen entsprechenden Initiativantrag wird sichergestellt, dass nicht nur MitarbeiterInnen der Stadt Wien am Beginn ihrer Tätigkeit, sondern auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in privaten Wohngemeinschaften, Tagesmütter, Tagesväter, KindergruppenbetreuerInnen, alle Personen, die Minderjährige in Jugenderholungsheimen, in Ferienlagern oder im Rahmen einer Erholungsaktion betreuen wollen, aber auch alle BewerberInnen als Pflegemütter und Pflegeväter sowie auch AdoptivwerberInnen auf ihre Sexualstraftaten überprüft werden können.

Diese Daten betreffen strafrechtliche Verurteilungen und sind für die Beurteilung der Eignung zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen unbedingt notwendig, wobei der Verurteilung wegen eines Sexualdelikts besondere Bedeutung zukommt. Ich denke, in diesem Bereich sind wir uns natürlich auch inhaltlich einig.

Wir werden hier sehr rasch handeln, und ich hoffe im März hier selbstverständlich auf eine sehr breite Zustimmung zu diesem Gesetzesvorschlag, der zunächst noch im entsprechenden Ausschuss zu behandeln ist.

Präsident Johann **Herzog**: Die 1. Zusatzfrage stellt Abg Dr Aigner. Ich ersuche darum.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Vielen Dank für die Beantwortung der Frage. Die Strafregistersache ist die eine Seite, aber meine Zusatzfrage geht dahin, ob es bei Aufnahmen im engeren Bereich der Stadt Wien, für den Sie verantwortlich sind, über diese rein rechtliche Seite hinaus bei Bewerbungsgesprächen auch ein Screening gibt im Hinblick auf etwaige Probleme in diesem Bereich mit Sexualität, also psychologischer Natur oder so, oder ist das mehr oder weniger mit der juristischen Seite, wo es halt Verurteilungen gibt oder Ermittlungen, erledigt?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um die Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir haben durch die Veränderung der Dienstordnung hier den gesetzlichen Rahmen geschaffen, auf einschlägige Verurteilungen zurückzugreifen. Ich bitte aber, diesbezügliche Auskünfte und nähere Informationen selbstverständlich auch von der entsprechend zuständigen Stadträtin, in diesem Fall für Personalangelegenheiten, einzuholen. Das ist nicht mein Wirkungsbereich.

Präsident Johann **Herzog**: Die 2. Zusatzfrage stellt Abg Dr Ulm. Ich ersuche darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Augenblick haben die Jugendämter keinen Zugriff zu dieser Sexualstrafäterkartei, und es wird noch einige Monate brauchen, bis das möglich sein wird.

Gibt es jetzt irgendwelche Möglichkeiten für die Jugendämter, wenn auch nicht durch direkten Zugriff, zu diesen wichtigen Informationen auf andere Art und Weise zu gelangen? Denn mit der Strafregisterauskunft werden nur bestimmte Verurteilungen offenkundig, andere Verurteilungen nicht. Das heißt, wie werden Sie jetzt in diesen Monaten, bis dieses neue Gesetz in Geltung ist, mit der Situation umgehen?

Präsident Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um eine Absenkung des Lärmpegels. Wir hören die Reden und Antworten nicht mehr.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir können jene Möglichkeiten ausschöpfen, die uns der Bundesgesetzgeber nach entsprechender Novellierung auch der gesetzlichen Grundlagen einräumt, so wie wir das eben im Bereich des Magistrats in seiner Einheit bereits im vergangenen Jahr durch die entsprechende Novelle des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes getan haben. Es werden entsprechende Auskünfte ja auch jetzt schon eingeholt.

Es geht ja derzeit um den Lückenschluss, in erster Linie um Verurteilungen im Bereich von null bis drei Monaten. In allen anderen Bereichen ist es ja auch jetzt schon notwendig, über den Strafregisterauszug im Zuge der Eignungsfeststellung entsprechend Auskunft zu erlangen. Zudem werden wir durch diese gesetzliche Grundlage auch sicherstellen, dass es bei begründetem Verdacht auch in einem bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnis möglich ist – denn es kann ja auch zu Verurteilungen kommen, von denen man unmittelbar keine Kenntnis erlangt –, einen entsprechenden Zugriff zu haben.

Darüber hinaus werden selbstverständlich Personen, die im Bereich der Jugendwohlfahrt tätig sind, im Zuge von natürlich sehr intensiv geführten Bewerbungsgesprächen auf die besondere Sensibilität in diesem Bereich hingewiesen. Aber einen entsprechenden Zugriff haben wir derzeit nicht. Erst dann, wenn es die gesetzliche Grundlage gibt, können wir den auch sicherstellen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr

geehrter Herr Stadtrat! Wir alle wollen unsere Kinder vor Gewalt und Missbrauch schützen, aber der politische Diskurs wird sehr davon bestimmt, Gesetze zu verschärfen. Sehr stark im Fokus der Diskussion sind Täter oder potenzielle Täter, aber es fehlt meiner Meinung nach der Fokus auf die Kinder selbst, auf die Menschen, die mit Kindern arbeiten. Wie können wir die stärken, die sensibilisieren, welche Maßnahmen können wir hier ergreifen?

Daher meine Frage an Sie: Was bietet hier Wien konkret an? Wo können wir weiter in stärkende Maßnahmen investieren, um die Kinder und die, die mit Kindern arbeiten, zu unterstützen?

Präsident Johann **Herzog**: Herr Stadtrat, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, Sie weisen auf einen sehr wichtigen Punkt hin, dass es, ungeachtet des legislativen Rahmens, in dem man sich hier bewegt, ganz besonders notwendig ist, immer auch für Verbesserungen im Bereich der Jugendwohlfahrt, im Bereich der Pädagogik, im Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen auch entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Schon aus diesem Grund unterhält ja die Magistratsabteilung 11 ein eigenes Schulungszentrum zur Ausbildung und Weiter- und Fortbildung und ist damit auch in der Lage, immer sehr rasch auf neue Herausforderungen, neue Problemlagen zu reagieren, indem den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, aber auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern die entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildung angeboten wird. Ich verweise diesbezüglich einfach auch auf meine Antwort von gestern.

Ich denke, ganz besonders wichtig ist, dass – und das ist ja auch immer das Begrüßenswerte an einem öffentlichen Diskurs über all diese Fragen – die Sensibilität für diesen Bereich gestärkt wird, die Sensibilität auch jener Kolleginnen und Kollegen, die in Wohngemeinschaften, die in sozialpädagogischen Einrichtungen arbeiten, denn letztendlich ist es gerade auch dieses Empowerment, dieses Stärken der Persönlichkeit dahingehend, dass ich, wenn ich Missstände, wenn ich problematisches Verhalten feststelle, auch den Mut entwickle, auch dann, wenn es vielleicht um den einen oder anderen Kollegen geht, hier entsprechend zu handeln, einzugreifen, einzuschreiten, aber auch um Hilfe, um fachliche Unterstützung zu ersuchen.

Wir haben diese fachliche Unterstützung ja auch durch die Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft, wir haben sie durch die entsprechende Fachaufsicht, wir haben sie aber natürlich auch durch Angebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in entsprechenden Problemlagen in Form der Aufarbeitung im Team, wenn es hier zu entsprechenden Vorfällen – und sie sind leider nicht zu vermeiden – kommt.

Ich denke, es ist das breite Angebot auf der einen Seite, es ist das ständige Suchen auch nach neuen Methoden, Mitteln und Wegen, die die größte Herausforderung im Bereich der Jugendwohlfahrt darstellen und nicht immer nur die entsprechenden Strafbestimmungen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt

Abg Mag Gudenus: Ich ersuche darum:

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ja; es stimmt, es sollte viel, viel mehr für die Opfer getan werden, und es sollte auch viel, viel mehr gegen die Täter getan werden. Zur Zeit sieht es ja leider so aus, dass wahrscheinlich noch viele Täter frei herumlaufen. Einer wurde dadurch bekannt, dass er sogar eine Abfertigungszahlung von der Volkshilfe bekommen hat. Also da sollte, glaube ich, auch ein Umdenken stattfinden, dass man Täter nicht so sehr mit Samthandschuhen angreift, wie es bisher getan wurde.

Mittlerweile ist ja schon seit 40 Jahren zumindest dem Magistrat oder der Stadtregierung bekannt, dass es extreme Missstände in den Wiener Kinderheimen gegeben hat und wahrscheinlich noch gibt. Mir fehlt ein bisschen der offene und auch offensive Zugang zu diesem Thema seitens der Stadtregierung. Die Heilige Kommission ist unzureichend; sie betrifft ja nur ein Kinderheim, nämlich den Wilhelminenberg. Es gehören eigentlich alle Heime der letzten Jahrzehnte in Wien geprüft.

Aber es gibt auch andere Beispiele, wie man eben die Opfer entschädigen könnte, und zwar ideell. Es fehlt nämlich, glaube ich, eine Entschuldigung. Gut, es gab zwar vor der Wahl in einer Pressekonferenz eine kleine Entschuldigung – eher im Angstschweiß, das Thema könnte Wahlkampfthema werden –, aber ich glaube, es fehlt ein offensiver Zugang in Form einer Entschuldigung, wie es zum Beispiel auch in Schweden geschehen ist, in Stockholm. Erst unlängst wurden in Stockholm 1 200 Missbrauchsoffer in den Stadtsaal geladen, in den Saal, wo auch der Nobelpreis verliehen wird – so einen Saal haben wir natürlich nicht hier, aber es gibt andere Möglichkeiten –, wo in einem feierlichen würdigen Rahmen eine offizielle Entschuldigung seitens der Regierung stattgefunden hat. Das ist auch eine Art ideelle Entschuldigung und eine Teilwiedergutmachung.

Können Sie sich so eine Einladung dieser Missbrauchsoffer in Wien, die ja teilweise auch finanziell entschädigt wurden, vorstellen, damit sich die Stadtregierung entschuldigt?

Präsident Johann **Herzog**: Herr Stadtrat, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sie wissen, dass derzeit der Weisse Ring mit vielen, vielen Opfern die entsprechenden Gespräche noch führt. Gerade im vergangenen Jahr sind ja sehr viele Menschen an den Weissen Ring herantreten, und ich verweise noch mal auf die nicht unwesentlichen Leistungen, die die Stadt in diesem Bereich, im Bereich von Therapie, aber auch von Entschädigungszahlungen, übernommen hat. Wir werden jetzt die Ergebnisse der Abarbeitung all jener Fälle, die noch nicht bearbeitet werden konnten, abwarten, denn es ist ganz wichtig – und darum haben wir ja auch auf eine professionelle Opferschutzorganisation zurückgegriffen –, hier sehr sensibel die entsprechenden Gespräche zu führen. Wenn die entsprechenden Fälle abgearbeitet und abgehandelt sind, werden wir gemeinsam auch mit dem Weissen Ring als Opferschutzorganisation

über weitere Maßnahmen nachdenken. Jetzt geht es uns darum, zunächst einmal das abzuarbeiten, was anliegt, und ich glaube, das ist gerade im Interesse der Opfer, die sich Hilfe erwarten, durchaus auch notwendig.

Ich möchte aber auch zurückweisen, dass es sich hier um irgendeine nebenbei ausgesprochene Entschuldigung handelt. Ich glaube, Sie brauchen sich nur die Medienberichte anzusehen über die offizielle Stellungnahme, die durchaus auch von vielen Fernsehstationen übertragen wurde – ich erinnere mich noch sehr genau an das große Medieninteresse –, wo wir ganz klar und eindeutig Verantwortung übernommen haben, Verantwortung für Hilfe. Wir werden, wenn jetzt die anstehenden Maßnahmen zu treffen sind, sicherlich auch weitere Schritte beraten. Ob das diese oder eine andere oder vielleicht auch eine bessere Form ist, werden wir dann entscheiden, wenn das jetzt einmal abgearbeitet ist, was noch an Arbeit ansteht.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für die Beantwortung.

Die 2. Anfrage (FSP - 00200-2012/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Mag Alexander Neuhuber gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (Der Wirtschaftsstandort Wien darf nicht gefährdet werden. Wie sehen Sie die Auswirkungen der bevorstehenden exorbitanten Erhöhung der Dienstgeberabgabe auf den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Wien?)

Ich ersuche um die Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Abgeordneter, Sie fragen mich nach der geplanten Erhöhung der Dienstgeberabgabe und die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort.

Nun, in dem Zusammenhang darf ich – nicht Sie informieren, denn Sie wissen es – noch einmal darauf hinweisen, dass diese Dienstgeberabgabe, die für jeden Dienstnehmer, für jede Dienstnehmerin zu leisten ist, derzeit 72 Cent pro Woche beträgt und dass sie seit 1970 – ich wiederhole: seit 1970! – besteht und seit dieser Zeit nicht angepasst wurde. Der Verbraucherpreisindex würde, wenn wir ihn seit 1970 berechnen würden, 318,3 Prozent ausmachen.

Ich gebe gerne zu, dass die Erhöhung auf 2 EUR, wie sie jetzt geplant ist, mit 177 Prozent auch eine beträchtliche Erhöhung ist. Das stelle ich in keinster Weise in Abrede, und ich verstehe auch, dass solche Erhöhungen natürlich nicht auf besondere Gegenliebe stoßen. Ich darf aber darauf hinweisen, dass gerade diese Abgabe zum einen eben in keinster Weise in Relation zu dem ist, wie eigentlich in dieser Zeit der Verbraucherpreisindex gestiegen ist, und dass zum anderen gerade diese Abgabe eine ist, die direkt der Wirtschaft wieder zugute kommt.

Ich darf in Erinnerung rufen – ich habe gestern in meiner Anfragebeantwortung darauf hingewiesen –, dass ich es für die allerwichtigste Aufgabe halte, dass die Stadt Wien in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten aktions- und investitionsfähig bleibt, und zwar im Interesse

des Wirtschaftsstandortes Wien. Und von diesem Geld, das hier eingenommen wird, kommt jeder Cent dem U-Bahn-Bau zugute. Wie Sie wissen, ist gerade die U-Bahn eine Maßnahme hier in Wien – ich spreche jetzt nicht über die verkehrspolitische Bedeutung –, die von eminenter Bedeutung für den Wirtschaftsstandort und für die Arbeitsplatzsituation in dieser Stadt ist.

Zusammengefasst: Ich verstehe wirklich und will das auch gar nicht schönreden, dass natürlich eine Erhöhung in diesem Ausmaß nicht auf große Gegenliebe stößt, bitte aber auch, fair zu sein und zu berücksichtigen, dass zum einen in Relation zu der Entwicklung seit dem Jahr 1970 – so lange wurde nicht erhöht – die Erhöhung in einer weit geringeren Relation ist, und zum Zweiten, dass gerade dieses Geld, jeder Cent, wieder in die Wirtschaft fließt und damit für den Wirtschaftsstandort und für die Arbeitsplätze in dieser Stadt wichtig und meiner Meinung nach eben unverzichtbar ist. Deswegen haben wir auch diesen Schritt gesetzt.

Präsident Johann **Herzog**: Die 1. Zusatzfrage hat Herr Abg Mag Neuhuber. Ich ersuche darum.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Natürlich sind ihre Argumente auch bei uns angekommen und stoßen auf ein gewisses Verständnis, das ist ja gar keine Frage. Sie zitieren gerne in der Fragestunde die Wirtschaftskammer oder die Industriellenvereinigung – so wie gestern erst, auch bei uns beiden –, Sie kennen also sicher auch die Berechnung der Wirtschaftskammer, die von einem durchschnittlichen Wiener Betrieb mit 10 Mitarbeitern und einem durchschnittlichen Gewinn von 17 000 EUR im Jahr ausgeht. Auch wenn diese Beträge von 2 EUR pro Woche und pro Mitarbeiter auf den ersten Blick so gering erscheinen, aber für so einen Betrieb mit 10 Mitarbeitern und 17 000 EUR Jahresgewinn stellt diese Dienstgeberabgabe ungefähr 6 Prozent seines Jahresgewinns dar, also so gesehen auch schon wieder gar nicht so wenig.

Meine Frage ist, ob die Bindung dieser Abgabe – ich sage jetzt absichtlich Abgabe – an die Dienstgeber nicht einen Anachronismus darstellt und ob man nicht überlegen sollte, das an eine andere Basis zu binden, weil bei der Dienstgeberabgabe eigentlich gerade die Betriebe verurteilt oder beschädigt werden, die Mitarbeiter einstellen. Und das ist ja eigentlich das, was wir wollen. Also könnte man das nicht auf eine andere Basis stellen?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben hundertprozentig recht. Auch ich bin mit dieser Berechnungsgrundlage, die an die Köpfe der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen anknüpft, gar nicht zufrieden. Sie wissen, dass es viele Diskussionen gibt, andere Berechnungsformen zu finden, die jene Unternehmungen einbeziehen, die wenig Mitarbeiter, aber sehr viel Produktivität, sehr viel Umsatz und sehr viel Gewinn haben. Da sind wir schon beim Kern der Sache: Wie definieren wir es? Der alte Dallinger hat von der Maschinensteuer gesprochen. Das ist zwar sehr

symbolträchtig, bringt die Sache aber auch nicht wirklich auf den Punkt. Aber wir wissen beide, wovon wir sprechen. Ich bin absolut Ihrer Meinung, dass dieses Anknüpfen an die Köpfe der Menschen keine gute Grundlage ist. Sie ist nur in vielen Bereichen die einzige, die wir im Moment haben.

Ich weiß, dass es auf Bundesebene eine Vielzahl von Diskussionen gibt, hier zu neuen Berechnungsmethoden zu kommen. Ich habe gehört – ob es stimmt, weiß ich nicht –, es gibt eine Reihe von Vorschlägen – von Markus Marterbauer zum Beispiel – im Zusammenhang mit dem Familienlastenausgleichsfonds, einmal eine andere Berechnungsmethode zu versuchen und anzuwenden.

Sobald es – das sage ich jetzt nicht nur in Beantwortung Ihrer Anfrage, sondern das habe ich auch schon mit den Kolleginnen und Kollegen der Arbeiterkammer diskutiert und auch bei uns im Haus schon diskutiert, ich sage das hier sehr gerne auch öffentlich –, sobald es irgendwo, mag es beim FLAF sein, mag es woanders sein, eine praktikable – denn da geht es ja auch um Rechtssicherheit für alle Beteiligten – andere Berechnungsmethode gibt, die nicht an den Köpfen der Menschen ansetzt, dann sind wir hier mit dieser Abgabe die Ersten, die das anpassen. Es muss nur praktikabel sein, denn es hat natürlich gar keinen Sinn, wenn es bei einer so wichtigen Frage, wo es auch um Geld geht, keine Rechtssicherheit gibt.

Aber sobald es irgendwo eine halbwegs praktikable – und das kann nur vom Bund ausgehen – Berechnungsmethode gibt, die weggeht von dem, was wir eigentlich unterstützen wollen, nämlich dass möglichst viel Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen angestellt werden, und die eine andere Berechnungsgrundlage hat im Sinne des alten Sozialministers Dallinger – halt modern interpretiert und praktikabel interpretiert –, bin ich die Erste. Und sehr gerne setzen wir uns dann auch zusammen und machen das miteinander und gemeinsam, weil es ja für die Wirtschaft auch praktikabel sein muss, wenn wir diese Abgabe umstellen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Summe aller Erhöhungen, die Wien heuer vornimmt, liegt ja noch unterhalb der Inflationsrate des gesamten Anstieges beim Wiener Budget; das Wiener Budget jetzt mit ungefähr 11,5 Milliarden EUR, Inflationsrate 3 Prozent. Alle Erhöhungen zusammen machen nicht einmal diese 3 Prozent aus. Das zeigt, was eh alle hier in diesem Haus wissen, dass das Wiener Budget im Großen und Ganzen ja auch vom Finanzausgleich, vom Steueraufkommen auf Bundesebene abhängig ist. Jeder erkennt in Krisenzeiten: Irgendwer bezahlt dafür.

Daher ganz konkret die Frage: Sollte auf Bundesebene eine Vermögenssteuer eingeführt werden, von der dann selbstverständlich auch ein gerechter Anteil der Stadt Wien zufließen würde, ist es für Sie vorstellbar, Gebühren und Abgaben in Wien dann auch wieder zu senken?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwor-

tung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist – und das habe ich ja an sich gestern in meiner Anfragebeantwortung schon in einem anderen Zusammenhang angesprochen –, dass wir auf Bundesebene zu einem ausgewogenen Konsolidierungspaket kommen. Ich hielte es für einen fatalen Fehler, auf der einen Seite nur bei Ausgaben zu sparen, aber keine zusätzlichen Einnahmen zu diskutieren. Es ist auch notwendig, dass man gleichzeitig, wenn man über Einnahmen und Belastungen diskutiert, auch die Frage der Gerechtigkeit mitbespricht und auch umsetzt. Und zwar nicht nur aus einem abstrakten Gerechtigkeitsgefühl heraus, sondern auch deswegen, weil wir sehr darauf achten müssen, dass sich ein Konsolidierungspaket wirtschaftlich nicht negativ auswirkt. Das tut zum Beispiel jede Maßnahme, die sich auf den Inlandskonsum negativ auswirkt. Wir wissen alle, wie die Konsumquote etwa einer – ich sage das jetzt einmal, um es ein bisschen plastischer auszudrücken – alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern ausschaut oder wie die Konsumquote von jemand – ich will jetzt keine Namen nennen – extrem Wohlhabendem ausschaut. Denn mehr als essen kann man nicht, also die Konsumquote ist dann natürlich bei Weitem geringer. Das heißt, jede Belastung oder jede zusätzliche Einnahme, die von sehr Wohlhabenden kommt, wirkt sich wachstumsmäßig weniger oder gar nicht negativ aus, im Gegensatz zu den Auswirkungen bei jenen, die ohnehin ein geringes Einkommen haben und noch belastet werden. Das ist jetzt auch die Diskussion von allen Wirtschaftswissenschaftlern.

Das heißt, nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, nicht nur, weil auch die Stadt Wien die Einnahmen dringend braucht, sondern auch, weil es wirtschaftspolitisch vernünftig ist, muss es ein sozial ausgewogenes und gerechtes Konsolidierungspaket sein. Es muss sich außerdem – das möchte ich von dieser Stelle jetzt weniger in die Richtung der Abgeordneten hier, sondern in die Richtung des Bundes sagen – bei Einnahmen, die der Bund jetzt zusätzlich lukriert, selbstverständlich um gemeinwirtschaftliche Bundesabgaben handeln, selbstverständlich müssen bei diesen Abgaben auch die Länder und Kommunen mitberücksichtigt werden. Wer auf die Idee kommt, man könnte jetzt ausschließliche Bundesabgaben beschließen und die Länder und die Kommunen sich selber überlassen, liegt nicht nur falsch, denn dann wird es einen ordentlichen politischen Wirbel geben, sondern es ist auch wirtschaftspolitisch falsch. Denn wer sind denn die Wirtschaftsmotoren? Wer hat denn die Investitionen? Wo sind die Kindergärten? Wo ist die Altenbetreuung? Wo sind die Maßnahmen im Verkehrsbereich? – Bei den Kommunen, bei den Ländern! Also das wäre ein fataler Fehler.

Ich möchte daher von dieser Stelle auch sehr deutlich in Richtung Bund sagen, dass wir selbstverständlich davon ausgehen, dass wir bei zusätzlichen Einnahmen beteiligt sind, weil das wirtschaftspolitisch notwendig ist und weil alles andere ein fataler Fehler wäre.

Aber jetzt zurück zu Ihrer Frage – das war jetzt eher in die allgemeine Richtung gesprochen –: Natürlich sind

wir permanent dabei, auch Tarife zu evaluieren, denn diese Tarife haben ja nicht nur den Effekt, dass damit Einnahmen lukriert werden, um wichtige Maßnahmen durchzuführen – meine Kollegin Sima beweist das jetzt mit dieser einmaligen Offensive, die sie hier macht –, sondern natürlich haben sie auch einen Steuerungseffekt. Sie müssen deswegen permanent überprüft werden, und wenn die Stadt Wien mehr Einnahmen hat, heißt das natürlich, dass man von daher auch die Tarife wieder überprüfen muss.

Ich werde mich aber – das sage ich auch ganz ehrlich – hüten, jetzt irgendwelche Versprechungen zu machen, weil ich befürchte, die Situation, dass wir sagen können, als Stadt haben wir jetzt so viele Einnahmen, dass wir uns entspannt zurücklehnen und überlegen können, wo wir Einnahmen zurückschrauben, die wird noch eine Zeitlang auf sich warten lassen. Leider!

Präsident Johann **Herzog**: Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. Ich ersuche darum.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich würde nach dieser „schönen“ vorhergehenden Zusatzfrage gerne wieder in den Ordnungsrahmen der Wiener Kommunalpolitik zurückkehren und anführen, dass die U-Bahn-Abgabe, die eine Dienstgeberabgabe auf kommunaler Ebene ist, eine Abgabe für die Gemeinde Wien darstellt. Es ist richtig: Die Gemeinde braucht solche direkten Abgaben, und ich würde hier gerne Ihren Punkt aufnehmen, den Sie zuerst anführten, nämlich über neue Berechnungsmethoden für diese Dienstgeberabgabe, die ja eine kommunale Abgabe ist, nachzudenken.

Es ist angesprochen worden, ob eventuell die Kopffzahl verändert werden soll. Ich würde gerne ein zweites Argument anführen und vorschlagen, die Dienstgeberabgabe in Wien ist erst ab bei einer Wochenstundenarbeitszeit von zehn Stunden zu zahlen. Es sind ja auch sehr viele Arbeitgeber von Teilzeitarbeitnehmern von dieser Erhöhung der Dienstgeberabgabe betroffen. Ich möchte hier anführen, dass gerade Teilzeitarbeit ein wesentlicher Beschäftigungsanreiz für Frauen ist. Ich möchte Sie nun fragen, ob Sie bei diesen neuen Berechnungsmethoden auch Berechnungen anstellen werden, die eine Aliquotierung für solche Wochenarbeitsstunden, also insbesondere für Teilzeitarbeitsverhältnisse, vorsehen. Denn gerade hier kann es zu einer sehr starken Belastung für Dienstgeber führen, die Teilzeitarbeitnehmer beschäftigen.

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Zum einen: Diese Idee der Wertschöpfungsabgabe – denn das ist es ja, worüber wir zu Beginn diskutiert haben; alte Dallinger'sche Maschinensteuer, jetzt eher unter dem Begriff Wertschöpfungsabgabe diskutiert – würde sich ja überhaupt von der Frage der Kopffzahl loslösen und überhaupt andere Grundlagen entwickeln, die nur leider noch nicht da sind und die nur auf Bundesebene entwickelt werden können.

Zu der Frage, ob man generell Teilzeitarbeitskräfte bevorzugen soll, will ich jetzt auch nicht apodiktisch Nein sagen, denn wenn man sich eine neue Methode überlegt, muss man alles prüfen – und ich bin immer der Meinung, man muss sich alles genau anschauen, bevor man Ja oder Nein sagt –, ich möchte aber meine Skepsis nicht verhehlen, gerade aus frauenpolitischen Gründen. Ich persönlich glaube, dass Teilzeitarbeit in einer bestimmten Lebenssituation, unter sehr gesicherten rechtlichen Rahmenbedingungen eine gute Alternative zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen sein kann. Aber als generelle Lösung sehe ich sie nicht, vor allem dann nicht, wenn man sich anschaut, wie viele Frauen in Teilzeit sind und wie viele Männer. 44 Prozent der beschäftigten Frauen sind in Teilzeit und nur 9 Prozent der Männer. Eine Teilzeit von – im Gegensatz zur Teilzeit in Skandinavien, wo die Leute 30, 32, 35 Stunden arbeiten; das sind bei uns sehr wenige – 10 Stunden, 12 Stunden, 15 Stunden, wie Sie selbst gesagt haben, das ist nicht existenzsichernd. Teilzeit heißt weniger Stunden, ja, aber es heißt auch weniger Lohn, es heißt sehr oft, dass sehr viele, wenn es dann Arbeitslosigkeit gibt, in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung – das kann man anhand der Zahlen genau nachweisen – landen, und es heißt vor allem, ganz wenig Pension.

Also ich bin da sehr skeptisch. Für eine vorübergehende Zeit mit Rechtsanspruch, wieder in Vollzeit zurückzukehren, ja, aber sonst bin ich eher nicht dafür, dass man Teilzeit noch fördert und unterstützt. Aus den genannten Gründen.

Aber zu Ihrer konkreten Frage: Bei einer neuen Berechnung muss man sich alles anschauen. Da kann man nicht apodiktisch im Vorhinein Ja oder Nein sagen, denn sonst wäre es ja keine neue Berechnungsmethode. Man muss sich alles genau anschauen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt Frau Abg Bluma. Ich ersuche darum.

Abg Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Frage zielt auf die Mittel aus der U-Bahn-Steuer ab. Die sind ja zweckgewidmet und kommen ausschließlich dem U-Bahn-Bau zugute. Ich würde gerne von Ihnen wissen, welche Effekte das auf die Wirtschaft hat.

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ja, so ist es, wie der Name U-Bahn-Steuer schon sagt. Dienstgeberabgabe wäre korrekt, aber U-Bahn-Steuer heißt sie einfach deswegen, weil wirklich garantiert ist – und das bleibt auch so –, dass jeder Cent in den U-Bahn-Bau geht. Die U-Bahn ist nicht nur der Wirtschaftsmotor – da braucht man sich nur die U2 anzuschauen, was sich dort alles verändert hat, was es für die Entwicklung Richtung Aspern bedeutet –, sondern die U-Bahn-Investition an sich ist wirtschaftspolitisch ganz wichtig. Ich habe das vorher schon gesagt, aber wir haben darüber hinaus von der Technischen Universität auch eine Studie machen lassen, und da stellt sich heraus, dass die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Investitionen in die U-Bahn

ganz, ganz bedeutend sind.

Bei einer Investition von 1,4 Milliarden EUR zum Beispiel bei der U2 – das ist nämlich die Summe, die in die Verlängerung der U2 investiert wurde – werden wirtschaftliche Effekte von 3,8 Milliarden EUR angestoßen. Also 1,4 Milliarden EUR Invest, 3,8 Milliarden EUR Auswirkungen, und – das ist besonders interessant – 83 Prozent davon innerhalb Österreichs. Und da wiederum können wir sagen, drei Viertel davon bleiben in Wien. Das heißt, das ist eine Auftragssumme, die sich auch hier in Wien entsprechend auswirkt und von daher natürlich für die Unternehmungen ganz wichtig ist und nicht zuletzt auch für die Arbeitsplätze. Der U-Bahn-Bau sichert Arbeitsplätze. 1 Milliarde Investition in die U-Bahn bedeutet 17 000 Arbeitsplätze.

Das ist der Grund, warum ich so dafür kämpfe, dass die Stadt Wien hier auch investitionsfähig bleibt und der U-Bahn-Ausbau, neben den wichtigen umweltpolitischen, verkehrspolitischen und sonstigen stadtentwicklungspolitischen Gründen, auch aus wirtschaftspolitischen Gründen unbedingt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten fortgesetzt werden muss, was ja keine Selbstverständlichkeit ist. In anderen Städten wird gebremst, in anderen Städten wird zurückgeschoben, bei uns nicht. Wir investieren weiter, weil wir damit die Arbeitsplätze und auch die Wirtschaft unterstützen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 5. Zusatzfrage stellt Mag Neuhuber. Ich ersuche darum.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Sie haben ja vorher in Ihrer Anfragebeantwortung richtig ausgeführt, dass die U-Bahn-Steuer 32 Jahre nicht erhöht wurde, also ein relativ langer Zeitraum. Schauen wir einmal in die Zukunft. Gesetzt den Fall, wir finden in dieser Legestaturperiode in Wien keine neue Berechnungsmethode: Können Sie ausschließen, dass es in dieser Legestaturperiode zu einer weiteren Erhöhung der Dienstgeberabgabe kommt, beziehungsweise in welchen Intervallen planen Sie, sie in Zukunft zu erhöhen?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Es ist keine weitere Erhöhung geplant, aber auf die Gefahr hin, dass dann nur dieser Teil zitiert wird, unter dem Motto „weitere Erhöhungen nicht ausgeschlossen“ – trotzdem finde ich, in meiner Position muss man einfach seriös und ehrlich sein, und das bin ich –, werden Sie von mir nicht hören, dass ich das mit 100-prozentiger Sicherheit ausschließe, denn es kann wirtschaftlich noch viel passieren. Leider! Aber unter normalen Rahmenbedingungen, bei dem, was man in Zeiten wie diesen als seriöse Prognosen ansehen kann, sind keine weiteren Erhöhungen geplant.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für die Beantwortung.

Die 3. Anfrage (FSP - 00199-2012/0001 - KFP/LM) ist von Abg Dominik Nepp gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. (Die Verhandlungen über das Sparpaket der Bundesregierung werden derzeit außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung abgewickelt.

Der steirische Landeshauptmann Voves hat in der ORF Pressestunde am 22. Jänner 2012 von einem Vieraugengespräch - auch mit Landeshauptmann Dr. Michael Häupl gesprochen! Werden im Zuge der Einsparungen auch die finanziellen Mittel der Art 15a B-VG Vereinbarung bezüglich der Grundversorgung von Asylwerbern neu verhandelt?)

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, es finden keine Verhandlungen zwischen den Vertretern der österreichischen Bundesländer und der Bundesregierung über ein Sparpaket statt. Es gibt eine Fülle von Gesprächen, aber Verhandlungen kann man dann aufnehmen, wenn die Partner wissen, was sie eigentlich zu verhandeln haben, und das ist zur Stunde nicht der Fall.

Zum Zweiten: Es finden natürlich auch im Rahmen der informellen Gespräche keine Verhandlungen statt zur Finanzierung der Grundversorgung gemäß der Art 15a B-VG-Vereinbarung. Sehr wohl – das muss der Redlichkeit halber hinzugefügt sein – gibt es seitens der Bundesländer, sowohl von der Landesfinanzreferentenkonferenz als auch von der Konferenz der Sozialreferenten der Länder, entsprechende Anstöße, die Valorisierung der entsprechenden Beiträge für die Zukunft vorzunehmen, denn seit der Einführung hat es keine Valorisierung in diesen Bereichen gegeben, aber die Verhandlungen sind nicht abgeschlossen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 1. Zusatzfrage hat Herr Abg Nepp. Ich ersuche darum.

Abg Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

In der „Pressestunde“ hat eben Ihr Kollege, Lhptm Voves, erwähnt, dass es da zu Vieraugengesprächen kommt, wo man anscheinend über Sparvarianten redet. Wenn Sie meinen, es ist nicht so, dann nehme ich das zur Kenntnis.

Ich komme zum Thema der Grundversorgung von Asylwerbern und stelle hiermit die Frage: Stimmt es, dass Asylwerber im Tätigkeitsbereich der Stadt Wien eingesetzt werden?

Präsident Johann **Herzog**: Herr Landeshauptmann, ich ersuche um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Zunächst einmal: Jeder, der mich über gewisse Zeit hinweg kennt, weiß, dass Vieraugengespräche bei mir Vieraugengespräche sind und das auch bleiben. Vertreter Ihrer Fraktion haben das in der Vergangenheit gelegentlich durchaus zu schätzen gewusst. Daher weiß ich im gegenständlichen Fall auch nicht, was der Lhptm Voves mit dieser Bemerkung in der „Pressestunde“ gemeint hat, aber selbstverständlich habe ich auch mit ihm Vieraugengespräche geführt, die das auch bleiben sollen.

Was nun die Frage der Asylwerber betrifft, so bin ich der Auffassung, dass man im Rahmen der Gesetzeslage durchaus auch versuchen soll, Asylwerber – im Rahmen der Gesetze, füge ich hinzu, das heißt, man muss im Einklang sein mit den Zahlungen aus der Grundversor-

gung – in entsprechende Arbeit zu bringen. Das findet in ganz Österreich so statt, und selbstverständlich wollen wir das auch so tun. Ich halte das auch für vernünftig, denn wer über kein Einkommen verfügt und trotzdem schauen muss, dass seine Familie etwas zu essen hat, der wird dann möglicherweise zu Dingen greifen, welche wir alle miteinander nicht wollen. Daher halte ich das auch für eine Form der Kriminalprävention, wenn man schaut, dass die Leute etwas zu essen haben.

Präsident Johann **Herzog**: Die 2. Zusatzfrage stellt Abg Ulm. Ich ersuche darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Landeshauptmann!

In Vorbereitung auf meine heutige Zusatzfrage habe ich Informationen bei der Fremdenpolizei eingeholt, und die hat mich mit drei Vorwürfen an die Stadt Wien im Zusammenhang mit der Grundversorgung konfrontiert.

Der erste ist, dass die Übernahmen aus der Bundesbetreuung nicht zufriedenstellend sind. Per November 2011 wurden nur 167 Personen anstatt quotengemäß 1 168 aus der Bundesversorgung übernommen.

Der zweite Vorwurf betrifft die Selbstaufnahmen, denn tatsächlich gibt es viele Selbstaufnahmen durch die Stadt Wien in diese Grundversorgung, die allerdings in einem hohen Ausmaß ohne Rechtsgrundlage erfolgen sollen. So wurde mir bekannt, dass es 142 rechtskräftig negativ Beschiedene gibt, die von der Stadt Wien in die Grundversorgung aufgenommen wurden, die aus der Grundversorgung aus anderen Bundesländern entlassen wurden, weil ihr Antrag auf Asyl rechtskräftig abgewiesen wurde. Das stellt also für mich irgendwo eine Einladung dar, im Land zu bleiben, obwohl diese Personen verpflichtet wären, das Land zu verlassen.

Der dritte Vorwurf geht in Richtung einer unzureichenden Kooperation, was dann die Abschiebungsmöglichkeiten betrifft. Da höre ich, dass es wichtige Informationen, die notwendig sind, nicht gibt, sodass Personen – solche beispielsweise, die sich rechtswidrig im Land aufhalten – dann nicht in Schubhaft genommen werden können und nicht außer Landes gebracht werden können.

Präsident Johann **Herzog**: Herr Landeshauptmann, ich ersuche um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Also, Herr Abgeordneter, das halte ich für eine reichlich merkwürdige Vorgangsweise, denn allemal war es gerade im Zusammenhang mit der Vorbereitung jüngster gemeinsamer Aktivitäten mit dem Innenministerium so, dass, wenn es Vorwürfe, Wünsche – wie immer man das bezeichnen will – seitens der Polizei gab, einschließlich auch der Fremdenpolizei, dann hat man dies auch an uns herangetragen.

Davon habe ich überhaupt noch nichts gehört, hingegen habe ich von der gleichen Dienststelle vor mir die Quotenstatistik, die die einzelnen Bundesländer auflistet, wer über und wer unter der Quote liegt, und dies ist auch in absoluten Zahlen entsprechend ausgewiesen. Ich weiß, dass das natürlich auf großen Unmut seitens einer Fraktion hier stoßen wird, aber Wien hat 148 Prozent Quotenerfüllung. Das heißt, das ist um 48 Prozentpunkte mehr als das, was wir eigentlich haben müssten. Das

aus dem einfach Grund, weil wir der Auffassung sind, dass wir die Leute nicht auf der Straße herumstehen lassen können. Ja, ich weiß schon, es werden eine ganze Menge aus den Bundesländern nach Wien geschickt, weil sie wissen, dass wir nicht hergehen und sagen, bei uns ist die Quote erfüllt, schaut, dass ihr in ein anderes Bundesland geht, sondern wir in der Tat dann die Leute auch entsprechend aufnehmen.

Also es hat aus meiner Sicht mäßig Sinn, über Dinge, die Sie vom Hörensagen kennen – davon gehe ich jetzt einmal aus –, zu diskutieren, sondern wir sollten über die Fakten diskutieren, die uns in der Tat nun auch von der Polizei vorgelegt werden.

Von irgendwelchen Behinderungen beim Abschieben habe ich überhaupt noch nie etwas gehört. Es ist ja auch nicht unsere Aufgabe, dieses zu tun. Ganz im Gegenteil. Ich wäre da durchaus der Auffassung, dass man hier deutlichere Maßnahmen ganz im Einklang mit dem österreichischen Gesetz finden sollte, das ja auch sehr klar festlegt, wo nicht abgeschoben werden kann.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass es durchaus rechtskonform ist, dass diejenigen, die nicht abgeschoben werden können, weil ihnen etwa die Todesstrafe in ihrem Land droht, natürlich bei uns auch entsprechend versorgt werden. Dies ist auch im völligen Einklang mit den Gesetzen, die Sie ja letztendlich auch mitbeschlossen haben, da sie ja auch aus der damaligen Regierungszeit stammen.

Also: Wenn man mir etwas zu sagen hat seitens der Polizei, horche ich gerne auf die Polizei.

Präsident Johann **Herzog**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Landeshauptmann!

Sie haben es ja eben angesprochen, und ich denke, Wien kann stolz darauf sein, dass es die Quote übererfüllt und auch ganz bewusst danach trachtet, dass Menschen, denen die Todesstrafe oder andere schreckliche Dinge in ihrer ursprünglichen Heimat drohen, in Österreich nach wie vor Asyl bekommen beziehungsweise, so ihnen das Asyl nicht gewährt wurde, trotzdem in Österreich bleiben können, und ich freue mich, dass Wien da ein Vorbildrolle einnimmt.

Dahin gehend auch meine Frage angesichts der gesamten Sparpakete, um wieder zur Ursprungsfrage zurückzukommen: Werden Sie sich auch dafür einsetzen, dass, so seitens der Bundesregierung Sparpakete beschlossen werden, diese nicht auf den Rücken der Ärmsten, insbesondere auf dem Rücken von Asylwerbern, ausgetragen werden?

Präsident Johann **Herzog**: Herr Landeshauptmann, ich ersuche um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich habe eingangs darauf hingewiesen, welche Vorstellungen die Bundesländer haben, und zwar geschlossen, weil jeder weiß, dass nicht nur in der Landeshauptleutekonferenz, sondern auch in Landesreferentenkonferenzen nur dann Beschlüsse zustande kommen, wenn sie einstimmig gefasst werden. Allerdings – hierzu ist auch die Zustimmung von Kärnten erfolgt – läuft die Diskussion in die gegentei-

lige Richtung, nämlich in Richtung hin zu einer Valorisierung, das heißt, in Richtung zusätzlicher Mittel in diesen Bereichen der Grundversorgung und nicht im Zusammenhang mit Einsparungen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Nepp. Ich ersuche darum.

Abg Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Wird es durch die Beschäftigung der Asylwerber im Tätigkeitsbereich der Stadt Wien Ihrer Meinung nach eine Auswirkung geben auf die Beschäftigungsanzahl beziehungsweise auf einen Beschäftigungsabbau im Bereich der Stadt Wien?

Präsident Johann **Herzog**: Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Selbstverständlich nicht, denn es handelt sich ja um minimale Zahlen von Leuten, die hier eingesetzt werden. Man muss sich diese Dinge halt immer wieder überlegen, das ist in anderen Bereichen ja auch der Fall. Natürlich kann man heute hergehen und sagen, was weiß ich, die Gärtnerarbeiten in Pavillonspitälern können von professionellen Gärtnern billiger erledigt werden als von den Menschen, die zur Zeit dort entsprechend tätig sind. Aber das sind wenige der Arbeitsplätze, die heute von Menschen mit besonderen Bedürfnissen in der Tat auch noch gemacht werden können, die natürlich höhere Ansprüche haben, wo das natürlich etwas teurer ist, aber nichtsdestotrotz Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, einer Arbeit nachzugehen.

Daher sage ich auch da immer, man muss immer mehrere Werte abwägen, und wie jeder weiß, neige ich dann durchaus dazu, gerade in diesen ganz kleinräumigen Feldern über die Ökonomie eigentlich die Humanität zu stellen. Und das gilt natürlich auch für die ganz wenigen Asylwerber, die in diesen Bereichen dann auch tätig sein können.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung.

Die 4. Anfrage (FSP - 00198-2012/0001 - KSP/LM) wurde von Frau Abg Karin Schrödl gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (Sehr geehrte Frau Stadträtin! Nach den Vorgaben des Bundestierschutzgesetzes und gemäß dem Wiener Tierhaltegesetz ist das Land Wien verpflichtet, für herrenlose, entlaufene, beschlagnahmte, abgenommene oder als gefährlich eingestufte Tiere zu sorgen. Wie werden Sie dieser Verpflichtung künftig nachkommen?)

Ich ersuche die Frau Stadträtin um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Schönen guten Morgen!

Die an mich gerichtete Frage beschäftigt sich mit den Verpflichtungen, die uns aus dem Tierhaltegesetz beziehungsweise dem Bundestierschutzgesetz erwachsen.

Sie wissen, unser gesetzlicher Auftrag nach § 30 des Bundestierschutzgesetzes ist es, dass eben das Land Wien für Tiere sorgen muss, die herrenlos, entlaufen, beschlagnahmt, abgenommen oder als gefährlich eingestuft worden sind. Sie wissen auch, dass genau diese Tierversorgung schon seit vielen Jahren eine sehr intensive Diskussion hervorgerufen und, ich würde fast sagen,

einen Gordischen Knoten dargestellt hat, und ich habe mich jetzt unter Einbeziehung zahlreicher Experten wirklich sehr darum bemüht, eine zukunftsfähige und tragfähige mittel- und auch langfristige Lösung zu erstellen.

Das Ergebnis dieses ganzen Prozesses war eigentlich, dass wir uns als Stadt Wien vorgenommen haben, die Tierversorgung für diese Tiere, die dieser gesetzliche Auftrag betrifft, künftig selbst in die Hand zu nehmen. Das heißt, wir übernehmen eben die Aufgaben der Tierversorgung künftig selbst und wollen uns nicht mehr nur auf einen einzelnen privaten Verein verlassen. Ich glaube, dass das wirklich ein guter und logischer Schritt ist.

Natürlich ist es uns auch ein Anliegen, mit vielen Vereinen in der Stadt Wien weiterhin zusammenzuarbeiten. Es gibt ja sehr viele, die hier in der Tierversorgung und im Tierschutz sehr, sehr aktiv sind. Aber wir haben gesagt, um wirklich eine hundertprozentige Sicherheit zu haben, dass das mit der Tierversorgung auch langfristig klappen wird, möchten wir das selbst in die Hand nehmen.

Das bedeutet eben konkret, dass wir ein Tierschutzkompetenzzentrum, das Tierquartier Wien, selbst errichten werden. Das Grundstück befindet sich im 22. Bezirk; das wird südlich der Deponie Rautenweg sein. Vom Zeitplan her ist es so, dass der Spatenstich 2013 erfolgen soll, die Fertigstellung ist für 2015 geplant. Wir haben das ja in den Medien auch schon transportiert. Das ganze Projekt wird rund 15 Millionen EUR kosten, wovon 5 Millionen EUR von der Tierschutzstiftung über Spenden zugeführt werden sollen.

Unser Ziel ist es natürlich, ein sehr modernes Tierschutzkompetenzzentrum zu errichten. Ich habe mir deswegen auch in anderen Ländern Best-Practice-Beispiele angesehen, um hier wirklich auch positive Maßnahmen und positive Anregungen einfließen lassen zu können.

Wichtig ist es mir auch, dass wir vorhaben, uns dort wirklich auf die Kernkompetenz des gesetzlichen Auftrages zu konzentrieren. Das heißt, Hunde, Katzen und Kleintiere wie eben Hamster, Hasen, Meerschweinchen, kleine Vögel sollen dort versorgt werden. Wir wollen keine Löwen, Krokodile, Affen oder andere Exoten dort aufnehmen, sondern wir trachten danach, dass wir eben für solche Tiere dann auch Verträge mit Einrichtungen abschließen, die das einfach wesentlich besser können, um auch wirklich den Aufwand, die Betriebskosten und den Pflegeaufwand gering zu halten. Denn so ein exotisches Tier hat unglaublich große und andere Voraussetzungen, als es sozusagen das eigentliche Tagesgeschäft – Hunde, Katzen und Kleintiere, sage ich einmal – haben wird.

Die Kapazität des Zentrums ist für 156 Hunde und 279 Katzen ausgelegt, wobei das natürlich immer nach oben aufgerundet wird. Diese Berechnung haben wir uns vom Institut für Statistik von der Veterinärmedizinischen Universität, vom Herrn Prof Dr Tichy, erstellen lassen. Also es ist nicht etwas, was wir uns da in der Geschäftsgruppe selbst zusammengewürfelt haben, sondern wir haben natürlich auch wissenschaftliche Unterstützung gesucht.

Des Weiteren wird bei dem Tierschutzhaus auch ein Hundeschulungsplatz sein, wofür es, glaube ich, in Wien einen sehr, sehr großen Bedarf gibt, weil die anderen Hundeschulungsplätze ja immer einzelnen Vereinen zuzuordnen sind, wo man nur schwer Zugang hat, wenn man eben einem solchen Verein nicht angehört. Aber dieser soll auch öffentlich zugänglich sein.

Natürlich gibt es auch Mehrzweckräume für Veranstaltungen, für Seminare, für Schulungen, für Ausbildungen und einen Außenbereich.

Wir wollen auch verstärkt auf das Konzept der Partnerschaften setzen. Das bewährt sich in anderen Ländern und natürlich auch in Österreich sehr, sehr gut, aber es gibt auch die Möglichkeit, Außenstehende stärker einzubeziehen. Das ist für die Tiere natürlich auch sehr, sehr positiv, weil sie einfach Sozialkontakte auch zu Menschen haben und dann nicht dort quasi vereinsamen und hoffentlich dann auch leichter vermittelbar werden, denn die schnelle Vermittelbarkeit ist eigentlich eines der zentralen Dinge, die wir uns vorgenommen haben. Unser Hauptziel wird es sein, die Tiere möglichst schnell an einen guten Platz weiterzuvermitteln und eben die Aufenthaltsdauer in diesem Tierschutzhaus so gering wie möglich zu halten.

Dazu kann man einige Maßnahmen setzen, um das ganze Projekt zu attraktivieren, damit möglichst viele Leute auch dort hinkommen. Auf der anderen Seite wird man natürlich auch in der Vergabe neue Schritte setzen, indem man nicht alle Leute zu den Hunden hineinführt, weil das meistens nicht dazu führt, dass sich jemand einen Hund mitnehmen will, sondern man wird das, wie das in England gemacht wird, über eine Datenbank machen, um eben die Hunde zum Beispiel nicht diesem Dauerstress auszusetzen.

Wir haben auch versucht, für den Wiener Tierschutzverein eine gute Lösung zu finden, und haben ihm ein Grundstück im Süden von Wien angeboten. Warum im Süden? Weil das immer ein expliziter Wunsch von ihnen war, in Vösendorf zu bleiben. Dieses Grundstück ist auch in Vösendorf, ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar, hat keine unmittelbaren Nachbarn, was, glaube ich, auch sehr wichtig ist, und es hat die Größe, die sich der Wiener Tierschutzverein immer gewünscht hat, nämlich 30 000 m<sup>2</sup>. Also es ist, glaube ich, ein wirklich gutes Angebot. Es ist auch keine Altlast, das möchte ich auch noch einmal dazusagen. Der Boden ist auch in keiner Weise anders belastet oder anders beschaffen als der durchschnittliche Boden in Wien.

Ich glaube, dass das Konzept, ein Tierschutzhaus im Norden und eines im Süden zu haben, eines ist, das sehr gut funktionieren wird für die Stadt Wien.

Präsident Johann **Herzog**: Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Holdhaus. Ich ersuche darum.

Abg Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich möchte auch namens der ÖVP hier noch einmal ein klares Bekenntnis zum Tierschutz aussprechen, ein klares Ja zu Tierschutz, daher auch ein klares Ja zu mehr Tierschutz.

Ich möchte Ihnen auch Ihr ehrliches Engagement,

was den Tierschutz betrifft, nicht absprechen und finde das sehr wichtig und gut, aber mit Ihrer Aussage, Herrin im eigenen Haus zu sein, haben Sie leider Gottes die Befürchtungen selbst ausgesprochen, die viele haben, nämlich dass es Ihnen hier nicht um mehr Tierschutz geht, sondern um mehr politische Einflussnahme. Sie haben auch gerade selbst gesagt, dass Sie den Privaten nicht vertrauen, sondern dass Sie hier selbst die 100-prozentige Kontrolle über den Tierschutz haben wollen, was sehr bedauerlich wäre. Vielleicht ist es aber auch nur ein falsches Bild, das Sie hier gegeben haben, und Sie sehen den Tierschutz nach wie vor als ein allgemeines Interesse und werden auch die anderen Parteien hier im Gemeinderat oder im Rathaus einbinden in dieses Engagement.

Jedenfalls ist dieses Haus ein sehr teures. Wenn Sie sagen, die Stadt Wien steuert da für 450 Tierplätze 10 Millionen EUR bei, bedeutet das, dass der Wiener Steuerzahler pro Tierplatz 20 000 EUR zu zahlen hat; während eben die Probleme mit dem kontaminierten Grundstück in Vösendorf noch immer ungelöst sind. Sie hatten, wie ich gehört habe, noch nicht die Zeit, dort hinzufahren. Ich selbst war dort, habe mir das angeschaut. – Es ist eigentlich wirklich unglaublich, wie man dort Tierschutz betreiben kann, und dass die Stadt Wien so ein Grundstück dem Tierschutzverein jemals zur Verfügung gestellt hat!

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima** (*unterbrechend*): Kommen Sie vielleicht einmal zur Frage! Ich meine, ich warte schon die ganze Zeit.

Abg Mag Karin **Holdhaus** (*fortsetzend*): Meine Frage ist also: Wie können Sie vermeiden, dass es da zu teuren Doppelstrukturen kommt und dass es nicht langfristig zu einer dauerhaften Belastung für die Wiener Steuerzahler durch eine verpflichtende Tierschutzabgabe kommt?

Präsident Johann **Herzog**: Frau Stadträtin, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Was die Kontaminierung und das Bauwerk betrifft, kann ich Ihnen einfach die Lektüre des entsprechenden Kontrollamtsberichtes empfehlen. Darin kommt leider Gottes sehr klar zum Ausdruck, dass die Altlast mit den Bauschäden nichts zu tun hat, sondern es leider – auf Grund einer mangelnden Bauaufsicht, die damals scheinbar nicht geführt worden ist, und auf Grund einer Nichtinvestition in eine Absicherung – eben zu vielen Problemen gekommen ist, die es dort jetzt gibt. Es hätten damals nämlich Pfähle in den Untergrund getrieben werden sollen. Die Stadt Wien hat im Übrigen damals dem Wiener Tierschutzverein 16 Millionen Schilling für genau diese außerordentliche Aufgabe zur Verfügung gestellt, doch hat es jetzt leider den Anschein, dass das leider nicht passiert ist, und das hat eben zu vielen Problemen geführt, die jetzt dort sind.

Ich verahre mich also striktest dagegen, hier der Stadt Wien die Verantwortung umzuhängen für Baumängel und Bauprobleme, die aus dem Management durch einen privaten Verein entstanden sind. Damit kommen wir gleich zum nächsten Punkt: Ich bin dafür verantwortlich, dass es in dieser Stadt eine Versorgung der Tiere

gibt, und zwar zu 100 Prozent. Ich glaube, Sie werden verstehen, dass ich mich nicht auf einen einzelnen Verein verlassen kann, der 2007 ganz massive finanzielle Probleme gehabt hat und schon ein Haus gebaut hat, das massive Probleme mit sich bringt.

Was meinen Besuch dort angeht, möchte Ihnen sagen: Unsere Bauexperten waren dort. Ich kann dort gerne hinfahren, ich habe kein Problem damit. Ich habe mir Best-Practice-Beispiele in ganz Europa angesehen, wie man es sozusagen machen soll. Mir war es wichtig, dass Experten der Baudirektion dort waren und sich angesehen haben, in welchem Zustand das Haus ist und wie lange man es noch benutzen kann. Diese Experten sind zu dem Schluss gekommen, dass mit den 300 000 EUR, mit den Investitionen, die wir, die Stadt Wien, letztes Jahr getätigt haben, das Haus noch bis maximal 2016 hält, und dann eben Handlungsbedarf bestehen wird. Nun könnte ich sagen, okay, ich verlasse mich darauf, der WTV wird das schon hinbringen; das wäre aber, glaube ich, keine sehr verantwortungsbewusste Handlungsweise. Daher habe ich gesagt, okay, es ist noch diese Anzahl an Jahren Zeit, deswegen möchte ich als Stadt Wien die Tierversorgung selbst in die Hand nehmen und mich meiner Verantwortung stellen. Das ist natürlich dann auch eine Investition von Geld, keine Frage; aber nur so kann ich zu 100 Prozent sicherstellen, dass wir unserem gesetzlichen Auftrag nachkommen.

Ich glaube, es wäre fahrlässig von mir, zu sagen, ich verlasse mich auf einen privaten Verein, an dessen Geschichte man schon jetzt sehen kann, dass es da oder dort Probleme gegeben hat, sodass man nicht hundertprozentig sicher sein kann, dass das auch wirklich funktionieren wird. Ich werde mich freuen, wenn der WTV ein zweites Haus errichtet. Wenn das funktioniert, dann werden wir gut kooperieren. Aber wenn es nicht funktioniert, brauchen wir trotzdem einen Plan dazu, was wir mit der Tierversorgung in dieser Stadt machen, und das will ich sicherstellen. Was die Unterstellung, es ginge mir um politische Einflussnahme, betrifft, muss ich sagen: Ist ja wirklich lachhaft! Was soll ich dort beeinflussen? Wie viele Hunde wir nehmen und wer den Hund bekommt? Das ist, glaube ich, minder interessant. Mir geht es einfach darum, wirklich die Versorgung für die Tiere zu 100 Prozent sicherzustellen; und das ist mir eben allein mit einem privaten Verein, wo man weiß, dass das jetzige Haus ein Ablaufdatum hat, nicht sicher genug erschienen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Maresch. Ich ersuche darum.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich finde es ganz interessant, wenn die ÖVP jetzt sozusagen darum ringt und behauptet, Sie würden da auf die Tiere politisch Einfluss ausüben. Sie haben gut pariert. Aber ich glaube, es ist grundsätzlich so: Die Stadt gibt Geld aus, muss daher kontrollieren, und das passiert jetzt auch. Ich meine, alles andere hatten wir in einer Regierung. Da waren Sie, glaube ich, zumindest in der Nähe davon. Das machen wir sicher so nicht. Wir werden die Steuergelder dort ordentlich nehmen und ordent-

liche Dinge damit tun. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das haben wir gestern gehört!*)

Aber jetzt zu meiner Frage. Es hat im Süden Wiens, also außerhalb der Stadt, grundsätzlich ein Problem gegeben, nämlich mit dem WTV. Es gibt genug Probleme mit Tieren. Deswegen war es notwendig, die Errichtung eines zweiten Tierschutzhauses im Norden der Stadt anzugehen. Nun hätte ich gerne gewusst: Warum wurde dieser Standort gewählt? Warum gerade im Norden und nicht vielleicht ein anderes Tierschutzhaus im Süden?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Natürlich gibt es geographische Argumente. Da es ein Tierschutzhaus in Vösendorf gibt, macht es natürlich Sinn, sozusagen auch den Norden von Wien zu versorgen, zumal wir dort Stadtteile haben, die sehr stark im Wachsen sind. Auf der anderen Seite gibt es auch ein ökologisches Argument. Wir haben das Tierquartier südlich der Deponie Rautenweg angesiedelt. Warum? Wie Sie sicher wissen, produzieren wir aus den Deponiegasen Strom für mehr als 3 000 Haushalte, doch wird das nur nach dem normalen Einspeisetarif abgegolten. Das heißt, es ist kein ganz tolles Geschäft für uns. Die Überlegung war eben, den Strom und die Wärme, die derzeit ungenutzt sind, weil es eben bei der Deponie keine Anrainer gibt, zu benutzen, um das neue Tierquartier mit Wärme und Strom aus ökologischen Quellen zu versorgen. So können wir in diesem Fall Synergieeffekte nutzen und Tierschutz und Umweltschutz schön zusammenbringen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Schütz. Ich ersuche darum.

Abg Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Landesrätin!

Vielleicht noch eine kurze Ergänzung zu dem, was gesagt worden ist. Der Verein im Tierschutzhaus von damals ist nicht der von heute, und politische Einflussnahme ist natürlich immer möglich. Ich hoffe nur, dass das neu zu errichtende Tierschutzkompetenzzentrum, das den Steuerzahler 10 Millionen EUR kostet, eine bessere Bauaufsicht hat als das damals zu errichtende.

Aber zum Thema: Es werden immer mehr Hunde aus Verunsicherung der Menschen wegen dem Hundeführschein und der Liste abgegeben; aber vielleicht auch, weil die gesetzlichen Grundlagen für den Tierschutz in Niederösterreich und Wien unterschiedlich sind, auch was den Hundeführschein betrifft. Meine Fragen dazu: Wann werden die Gesetze für Wien und Niederösterreich vereinheitlicht? Und: Wie steht die Stadt Wien zu dem Gedanken, dieses Projekt Tierschutzkompetenzzentrum an soziale Arbeitsprojekte für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Langzeitarbeitslose zu koppeln?

Präsident Johann **Herzog**: Frau Stadträtin, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich möchte Sie nur darüber aufklären, dass die Tierschutzgesetzgebung mit dem Bundestierschutzgesetz österreichweit geregelt ist.

Ich nehme an, Sie werden das Tierhaltegesetz gemeint haben, wo es regionale Unterschiede gibt. Es hat im letzten Jahr bereits einen Vorstoß von uns gegeben, wo wir versucht haben, über eine Art 15a-Vereinbarung zumindest gewisse grundlegende Dinge auf einen Nenner zu bringen. Leider waren viele andere Bundesländer unterschiedlicher Meinung, sodass es keinen Schritt in Richtung Einigung gegeben hat.

Ich kann Ihnen nur sagen, und das habe ich schon öfters gesagt: Wir haben ja nicht unterschiedliche Besteuerungen wie in Niederösterreich, wo man für diese sogenannten Kampfhunde oft wirklich sehr hohe Beträge zahlt, sondern wir haben lediglich einen Hundeführerschein vorgeschrieben. Der kostet 25 EUR. Und ich persönlich finde es eben sehr befremdlich, wenn das allein ausreicht, dass jemand sein Tier abgibt. Dann habe ich, ehrlich gesagt, den Eindruck, dass der Tierhalter kein besonders guter gewesen ist und dass das Tier vermutlich in einer öffentlichen Einrichtung besser aufgehoben ist, als es bei diesem Tierhalter aufgehoben war. Ich finde, es ist wirklich ein Armutszeugnis für jeden Tierbesitzer, wenn er sagt, der Hundeführerschein allein reicht für ihn aus, sein Tier abzugeben!

Was die Bauaufsicht betrifft, kann ich Sie beruhigen. Wir haben das in die Hände einer 100-Prozent-Tochter der Stadt Wien, der WKU, gelegt, die schon sehr viele Großbauprojekte abgewickelt hat. Die WKU hat schon die Kläranlage umgebaut, mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen EUR, und zwar bei laufendem Betrieb, weil wir die Kläranlage der Stadt Wien logischerweise nicht kurzfristig abschalten können. Die WKU war es auch, die die Müllverbrennungsanlage MVA III und den ebenfalls großen Verbrennungsofen WSO-4 gebaut und auch sonst viele Infrastrukturprojekte betreut und umgesetzt hat. Sie werden bei all diesen Projekten kein einziges Problem gefunden haben. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir auch dieses Projekt gut über die Bühne bringen werden.

Wir haben auch die Firma Agora aus England zugezogen, die sich seit vielen Jahren auf die Planung von Tierheimen spezialisiert hat. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Man darf nicht den Fehler machen, einfach irgendeinen Architekten zu beauftragen. Tierschutzeinrichtungen sind etwas ganz Spezielles: Man muss die Abläufe und die Materialien berücksichtigen; man will ja nicht, dass die Mitarbeiter immer quer durchs ganze Haus rennen müssen, wenn sie irgendetwas holen müssen; man muss die Entlüftung planen und so weiter. Da gibt es tausend Details, die man berücksichtigen muss; ich kann Ihnen sagen, auch ich habe viel dazugelernt im letzten Jahr. Ich bin froh, dass wir einen so tollen Spezialisten gefunden haben, der schon mehr als 20 oder 30 Tierschutzeinrichtungen in ganz Europa und auf der ganzen Welt geplant und umgesetzt hat. Einige davon haben wir uns auch persönlich angesehen, um sicherzustellen, dass das nicht nur auf dem Papier schön aussieht, sondern auch in der Praxis, dass das auch nach 10 oder 15 Jahren Benutzung noch in einem Zustand ist, den wir als erfreulich empfinden.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt

Frau Abg Schrödl. Ich ersuche darum.

Abg Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben in einem Pressegespräch am 18. Jänner bereits sehr viele Planungsergebnisse vorgelegt. Jetzt meine Frage: Was waren die Grundlagen und wer war eingebunden?

Präsident Johann **Herzog**: Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sie wissen wahrscheinlich, dass wir im Oktober 2010 das 1. Österreichische Tierheimsymposium mit TierschützerInnen aus ganz Österreich gehabt haben. Die haben dann in mehreren Arbeitsgruppen verschiedene Grundlagen zur Tierversorgung erarbeitet. Der Schluss, den wir daraus gezogen haben, ist in erster Linie, dass wir uns eben auf diese Tiere konzentrieren wollen, die ich vorher genannt habe; dass es weder finanziell noch von der Organisation her machbar ist, zu sagen, egal, welches Tier, sei es eine Giraffe, ein Elefant, ein Löwe, ein Krokodil, wir nehmen alles. Das geht einfach nicht. Das war, glaube ich, eines der wichtigen Ergebnisse. Wir haben daher beschlossen, dass wir uns sozusagen auf die Kernkompetenz konzentrieren und versuchen, exotischere Tiere per Vertrag an Einrichtungen zu übergeben, die einfach besser dafür geeignet sind. Es wird hoffentlich nicht jeden Tag passieren, dass wir exotische Tiere versorgen müssen und sollen.

Es gab sehr viele Arbeitsgruppen, zu jedem Tierbereich: Wildtiere, exotische Wildtiere, Kleintiere, Hunde, Katzen, Vögel, Streuner Katzen, Nutztiere und so weiter. Wir bemühten uns darum, einen Standard festzulegen, wie diese Tiere künftig versorgt und betreut werden sollen. Über die Firma Agora, die uns begleitet hat, habe ich in der Beantwortung vorhin schon kurz berichtet. Ich glaube, es war wirklich sehr wichtig, Leute dabei zu haben, die aus der Praxis kommen, die wissen, wie es funktionieren muss, worauf man aufpassen muss, welche Fehler man nicht machen darf. Wir haben uns, und das war mir wirklich sehr wichtig, auch Tierschutzeinrichtungen angesehen, die schon älter waren – also nicht solche, die letztes Jahr eröffnet wurden, wo natürlich noch alles schön ist, sondern solche, die schon 10, 15 Jahre auf dem Buckel haben, an denen man gut sehen kann, ob das Konzept funktioniert hat oder nicht.

Was mich am meisten beeindruckt hat, war nicht nur sozusagen die Kleinräumlichkeit, also die kurzen Wege für die Angestellten beziehungsweise das gute Leitsystem für die BesucherInnen, sondern auch, dass die Materialien standgehalten haben, dass die Tiere trotzdem in ausreichendem Maße Auslaufmöglichkeiten haben. Aber toll war auch dieses Lüftungssystem. Ich war noch nie in einer Katzeinrichtung, wo es nicht gestunken hat, sage ich jetzt einmal ganz banal, das ist dort Standard; also das war, finde ich, eine sehr beeindruckende Leistung. Was den Tierschutz betrifft, haben die Tiere dort sehr viele Möglichkeiten gehabt, unterschiedliche Umgebungen zu erleben. Für ein Tier ist es natürlich furchtbar, eingesperrt zu sein und immer nur die gleichen eintönigen Bedingungen vorzufinden. Wir haben auch andere

deutsche Experten und Tierärzte eingebunden, und ich bin wirklich zuversichtlich, dass das ein sehr gutes und zukunftsweisendes Projekt werden kann.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Stadträtin für die Beantwortung.

Die 5. Anfrage (FSP – 00201-2012/0001 – KVP/LM) wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal gerichtet. (*Der Wiener Landtag hat 2011 ein neues Wiener Prostitutionsgesetz beschlossen. Welche Erfahrungen wurden bis dato mit dem neuen Gesetz gemacht?*)

Ich bitte Frau StRin Frauenberger um Beantwortung.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu den Erfahrungen mit dem neuen Wiener Prostitutionsgesetz möchte ich vielleicht einmal vorausschicken: Im Sinne von Erfahrungen muss man berücksichtigen, dass dieses Gesetz erst seit 1. November 2011 in Kraft ist. Das heißt, wir haben zwar sehr positive Tendenzen, aber von Erfahrung kann man nach drei Monaten noch nicht sprechen, das wäre ein bisschen unprofessionell. Wir haben dieses Gesetz im Landtag beschlossen, hatten danach für die Stellungnahmen im Bereich des Bundes diese Achtwochenfrist einzuhalten, und konnten dann eben mit 1. November 2011, also vor etwas mehr als drei Monaten beginnen.

Hinsichtlich der Erfahrungen möchte ich gerne meinen ersten Bericht in zwei Punkte teilen. Das eine sind die Erfahrungen im Zusammenhang mit den Genehmigungsverfahren für die Lokale, das andere sind Erfahrungen im Zusammenhang mit der Straßenprostitution. Was die Lokale betrifft, haben wir am 1. November diese Überprüfungsverfahren eingeleitet, sehen aber, dass durch diese Übergangszeit bis zum 31. Oktober 2012, die wir mit dem Gesetz den LokalbetreiberInnen eingeräumt haben, sich natürlich schon einige neue Lokale angemeldet haben. Wir sehen, wie das Verfahren mit diesen wenigen neuen Lokalen gelaufen ist, nämlich gut, aber es ist noch keine repräsentative Erfahrung hier, bei der Bundespolizeidirektion Wien, weil wir durch diese Übergangsfrist davon ausgehen, dass das jetzt erst so richtig in Fahrt kommen wird. Was wir gemacht haben, ist: Wir haben für die LokalbetreiberInnen eine sehr umfassende Informationsbroschüre ausgearbeitet, die wir allen zur Verfügung stellen, und die wir – abgesehen davon, dass sie überall aufliegt, wo es um solche Genehmigungsverfahren geht – auch über Streetwork zur Verteilung bringen.

Was die Straßenprostitution an sich im Wohngebiet betrifft, kann man sagen, dass sie im Wohngebiet weitgehend nicht mehr stattfindet. Laut den Mitteilungen der Bundespolizeidirektion, die sich aber mit den Berichten unserer StreetworkerInnen absolut decken, sehen wir, dass die Wohngebiete wirklich absolut entlastet sind. Das ist auch etwas, das wir in den Berichten von den BürgerInnen und von den AnrainerInnen sehr stark zurückgespielt bekommen. Das heißt, es sind nicht nur Polizeistatistiken und Erfahrungen aus Beratungen im

Streetwork, die wir dazu zur Verfügung haben; sondern es gibt dazu auch eine sehr große Resonanz aus der Bevölkerung, die sehr erleichtert ist und einfach sagt, das Gesetz wirkt. Die Bevölkerung ist entlastet und damit auch sehr zufrieden.

Was vielleicht noch zu sagen ist in diesem Zusammenhang: Ich glaube, das liegt jetzt nicht nur daran, dass wir diese Trennung zwischen Wohngebiet und Straßenprostitution vollzogen haben, sondern – und das bestätigt uns in diesem Fall wiederum die Bundespolizeidirektion Wien – es liegt auch daran, dass das Gesetz, so wie es jetzt formuliert ist, sowohl für die PolizistInnen auf der Straße als auch für die SexarbeiterInnen und auch für die Freier leicht zu verstehen ist und es da eben nicht mehr diese unübersichtliche Regelung über Schutz- und Verbotszonen gibt, wie wir sie im vorangegangenen Gesetz hatten.

Was wir noch sehen: Wiederum im Sinne einer ständigen Beobachtung, aber noch nicht Erfahrung, ist nennenswert, dass wir Verwaltungsstrafverfahren haben, und dass uns die Polizei jetzt dargestellt hat, dass diese Verwaltungsstrafen sich mehr als halbiert haben. Hinsichtlich dieser Thematik der Erlaubniszonen hat die Bundespolizeidirektion Wien drei Verfahren eingereicht, nämlich im Bereich 6. und 15. Bezirk, im 7. Bezirk und im 9. Bezirk; aber diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, daher kann ich noch keine Details dazu sagen.

Alles in allem: Wir haben lange diskutiert, haben uns lange durchgerungen, aber wir sehen seit 1. November: Dieser Prozess hat sich gelohnt, es sind alle gut informiert, das Gesetz wirkt. Die Steuerungsgruppe beobachtet diesen Prozess sehr genau und wird natürlich jetzt, im ersten Jahr eher öfter zusammenkommen, und dann, wenn alles geregelt ist, wenn wir ein Jahr durchhaben und auch die Übergangsfristen für die Lokale erledigt sind, werden wir schauen, dass diese Steuerungsgruppe natürlich weiter als Beratungsgremium zur Verfügung steht, allerdings ohne dass wir uns in dieser extrem intensiven, regelmäßigen Form treffen wie vor den Inkrafttreten des Gesetzes und seit dem Inkrafttreten des Gesetzes.

Präsident Johann **Herzog**: Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. Ich ersuche darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke. Frau Stadträtin!

Sie haben gesagt, dass die Straßenprostitution in den Wohngebieten weitgehend zurückgegangen ist. Auch ich kann bestätigen: Sie hat sich verringert. Wenn dem so ist, dann, glaube ich, sollte die Politik auch darauf achten, dass dieser Rückgang nachhaltig ist, und dass wir zu keiner, auch nicht zu geringer Straßenprostitution in den Wohngebieten kommen und diese jedenfalls nicht in Wohngebieten implementieren.

Jetzt komme ich natürlich auf die Erlaubniszone Gürtel zu sprechen, die Sie schon angesprochen haben. Man hat dort die Bevölkerung sicherlich beunruhigt. Die Bevölkerung, die dort wohnt, möchte die Straßenprostitution am Gürtel nicht haben. Es haben sich ja auch schon der 7. und der 15. Bezirk klar dagegen ausgesprochen.

Ich gehe daher auch davon aus, dass dort die Straßenprostitution nicht kommen wird. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Wenn wir diese Rückgänge im Wohngebiet haben, warum zeigen Sie nach wie vor Bestrebungen, Erlaubniszonen in Wohngebieten zu implementieren?

Präsident Johann **Herzog**: Frau Stadträtin, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Eine grundsätzliche Antwort und eine praktische Antwort – fangen wir mit der praktischen Antwort an: Ja, das Gesetz wirkt. Ja, die Straßenprostitution ist massiv zurückgegangen. So wie Sie es jetzt beschrieben haben, könnte man den Eindruck haben, okay, es stehen eben ein paar weniger Frauen, aber so ist es nicht. In einigen Gebieten, die vor dem 1. November noch schwer belastet waren, nämlich Felberstraße, Linzer Straße, äußere Mariahilfer Straße, ist Straßenprostitution de facto nicht mehr vorhanden; das heißt, da hat das Gesetz gewirkt. Wo wir jetzt Straßenprostitution haben – beziehungsweise immer schon gehabt haben, wie Sie jetzt sagen werden, und das stimmt –, ist der Prater. Was wir sehen müssen – deswegen setzt sich die Steuerungsgruppe sehr intensiv damit auseinander –, ist, dass wir jetzt die kühlere Zeit des Jahres haben. Wir müssen sehr genau beobachten, wie sich die Straßenprostitution entwickelt und ob es für diejenigen, die Straßenprostitution ausüben möchten, ausreichend Platz gibt. Das war die praktische Antwort. Das heißt, das werden wir in der Steuerungsgruppe genau beobachten.

Die inhaltliche oder grundsätzliche Antwort, die ich dazu geben möchte, ist: Die rot-grüne Koalition hat sich ganz klar gegen ein Verbot der Straßenprostitution entschieden. Das bedeutet: Es wird in dieser Stadt nach diesem Gesetz Straßenprostitution geben, und zwar an Orten, wo das getrennt ist vom Wohngebiet. Aber es wird auch Straßenprostitution geben in Zonen beziehungsweise in Bereichen, nach Kriterien, die wir in der Steuerungsgruppe gemeinsam ausgearbeitet haben. Wir haben nämlich definiert, was alles notwendig ist, damit ein Gebiet überhaupt eine Erlaubniszone sein kann. Unser Ziel ist es dabei zugegebenermaßen gewesen, wenigen Frauen einen entsprechenden Platz zu geben; aber jenen Frauen, die auf der Straße stehen und arbeiten wollen, wollten wir auch einen entsprechenden Platz geben – um eben wieder Konflikte zu verhindern und dafür zu sorgen, dass diese Frauen selbstbestimmt arbeiten können.

Was die Verdrängung der Frauen von der Straßenprostitution nach indoor betrifft, möchte ich sagen, unsere Devise ist zwar „Indoor arbeiten heißt sicher arbeiten“, aber wir bemerken in dieser Steuerungsgruppe trotzdem sehr konkret, dass es eine Form der Indoor-Arbeit gibt, die uns die Frauen aus der Sichtbarkeit wegholt, sodass wir nicht mehr die Möglichkeit haben, für die Frauen und mit den Frauen zu arbeiten, weil sie einfach verschwinden. Das heißt, es gibt einen Teil der Frauen, die vorher auf der Straße gestanden sind, die jetzt indoor und selbstbestimmt arbeiten, wunderbar; aber wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass es auch

Frauen gibt, die sozusagen in der Anonymität verschwinden.

Grundsätzlich möchte ich gerne sagen – das habe ich hier ja immer wieder gesagt –: Ich glaube nicht, dass irgendwann einmal ein kleines Mädchen hergegangen ist und gesagt hat, wenn ich groß bin, werde ich Straßenprostituierte. Tun wir also nicht so, als wäre das ein Traumberuf. Aber es gibt natürlich einen Unterschied zwischen jenen Frauen, die selbstbestimmt arbeiten, wobei wir über den Wegfall der Sittenwidrigkeit et cetera diskutieren, und es gibt auch eine Menge gehandelter Frauen, die wirklich ohne Rechte am sozialen Rand unserer Gesellschaft sind und oft von uns gar nicht wahrgenommen werden können, weil sie eben in der Anonymität verschwinden. Das ist eine große Bedrohung für diese Frauen. Deswegen möchte ich diese Entwicklung, wie dieses Gesetz wirkt, welche Form der Erlaubniszonen wir definieren, welche Erlaubniszonen wir definieren, unbedingt in diesem Kontext sehen, dass unser Kampf gegen den Frauenhandel ein eminent wichtiger ist.

Was ich vorhin, bei der Bilanz der ersten Erfahrungen anzuführen vergessen habe: Das Gute daran ist, dass wir von der Bundespolizeidirektion Wien übermittelt bekommen, dass Wien durch dieses neue Prostitutionsgesetz für den Frauenhandel unattraktiver wird – das ist natürlich grundsätzlich sehr gut so. Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass es nach wie vor Frauenhandel in dieser Stadt gibt. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass dieses Gesetz nicht dazu führt, dass wir das nicht mehr sehen. Denn wenn wir es nicht mehr sehen, können wir es auch nicht bekämpfen beziehungsweise etwas dagegen tun.

Präsident Johann **Herzog**: Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. Ich ersuche darum.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich danke Ihnen vor allem für die Beantwortung dieser letzten Frage. Ich kann nur bestätigen: Dass wir jetzt die Frauen auf der Straße nicht mehr sehen, heißt nicht, dass es sie nicht mehr gibt. Wir können einfach beobachten, dass die Zahl der Inserate steigt, das heißt, es sind auch Frauen in der Wohnungsprostitution gelandet. Wir wissen auch durch Streetwork, dass die Frauen jetzt auch in zwielichtigen Lokalen anbahnen beziehungsweise anbahnen müssen. Daher, finde ich, sind wir jetzt an einem heiklen Punkt angelangt. Einerseits haben wir den Wohnbereich entlastet, andererseits brauchen wir dringend sichere Bereiche für die Erlaubniszonen. Der nächste Frühling kommt bestimmt, und jedes Jahr sind im Winter um ein Viertel weniger Frauen auf der Straße. Daher meine konkrete Frage an Sie: Was sind die nächsten Schritte, damit wir da einerseits sichere Bereiche schaffen, andererseits aber auch die Menschen vermehrt davon überzeugen, dass wir Straßenprostitution nicht abschaffen können und wollen, zur Sicherheit der Frauen?

Präsident Johann **Herzog**: Frau Stadträtin, ich ersuche um Beantwortung.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Die Frauen

sichtbar machen, das ist ja ein grundsätzliches Thema in dieser Stadt und auch ein grundsätzliches frauenpolitisches Thema. Das ist etwas, was wir hier in diesem Haus immer wieder ein Stück weit außer Acht gelassen haben. Wir haben uns natürlich darüber auseinandergesetzt, welche Belastungen die AnrainerInnen erleben, welche Sicherheitsprobleme es gibt, wie wir umgehen können mit den vielen Strafen, die es da gibt, wie wir mit den Lokalen umgehen können. Wir haben uns sehr intensiv damit auseinandergesetzt, ob wir nun für oder gegen die Wohnungsprostitution sind. Und wir haben uns aus genau diesem Sicherheitsaspekt und auch im Sinne der kommunalen Verantwortung dagegen entschieden, die Wohnungsprostitution aufzumachen. Das haben wir also alles beleuchtet.

Was in dieser Auseinandersetzung sehr oft untergegangen ist, ist die Situation der Frauen selbst. Ich habe vorher schon gesagt und bitte wirklich, mich nicht falsch zu interpretieren: Natürlich ist Sexarbeiterin nicht der Traumberuf, aber wenn eine Frau in die Situation kommt, sich zu prostituieren, dann muss man einfach sehen, dass ihre Rechtslage ganz weit weg ist von dem, was man im Üblichen selbstbestimmt nennt. Wenn ich jetzt hier stehe und Sexarbeiterin und nicht Prostituierte sage, dann zeigt das auch schon so eine Kluft auf. Denn wenn sie eine Sexarbeiterin wäre, dürfte es eigentlich die Sittenwidrigkeit nicht geben und sie müsste Rechte haben, in diesem Gewerbe auch einzuklagen – wenn ein Freier nicht bezahlt, wenn ein Freier sie in eine prekäre Sicherheitssituation oder gar in eine gewaltvolle Situation bringt.

Das heißt: Was die Auseinandersetzung mit der Situation der Frauen an sich betrifft, was diese Überlegungen betrifft, was man den Frauen kommunalpolitisch als Unterstützung geben kann, beziehungsweise wie man für diese Frauen Ausstiegsszenarien entwickeln kann, wenn sie nicht mehr dort arbeiten wollen, weil sie eigentlich selbst das Bedürfnis haben, da herauszukommen – da braucht es entsprechende Angebote. Deswegen gibt es auch die SOPHIE, die für uns als Trägerin nicht nur die ganze Hotline macht, die nach wie vor offen ist. Herr Abg Ulm! Auch das ist etwas, das uns ganz wichtig war, dass wir diese Hotline weiter offen halten, nämlich für Fragen der LokalbetreiberInnen, der AnrainerInnen et cetera. SOPHIE setzt sich aber auch sozialarbeiterisch sehr intensiv mit den Frauen selbst auseinander und versucht, diesen Frauen in der Perspektivenarbeit zu helfen und sie dabei zu unterstützen, andere Perspektiven zu entwickeln.

Nun möchte aber nicht jede Straßenprostituierte aus dieser Situation heraustreten. Das heißt, die, die dort bleiben, sollen sicher und selbstbestimmt arbeiten können. Für die gibt es jetzt auf der einen Seite ein Prostitutionsgesetz. Auf der anderen Seite gibt es die Möglichkeit, oder besser gesagt, haben wir die Verpflichtung, uns weiter – wie es das Haus schon einstimmig getan hat – für die Abschaffung der Sittenwidrigkeit einzusetzen. Ich werde dafür jetzt noch einmal, mit diesem beschlossenen Antrag, an die Frauenministerin herantreten. Ich würde Sie auch bitten, in der Angelegenheit

Wiens hiezu bei der ÖVP-Ministerin Karl noch einmal vorzusprechen, damit wir es wirklich schaffen, diese Sittenwidrigkeit abzuschaffen. Dazu brauchen wir auch auf der parlamentarischen Ebene von Wien heraus quasi ein bisschen Lobbyismus. Dieses Thema ist dort natürlich nicht so eminent vorhanden wie bei uns, deswegen müssen wir ein bisschen Stimmung dafür machen.

Zu den Erlaubniszonen noch weiter: Wenn man sich die Landkarte dieser Stadt ansieht, so sieht man natürlich einige Gebiete, wo Straßenprostitution möglich ist, wo man gar nicht hergehen und eine Erlaubniszone schaffen müsste. Doch müssen wir diese Stadt wirklich einmal durchforsten und klären, welche dieser Gebiete den Kriterien der Erlaubniszonen entsprechen würden. Damit müssen wir auch die Bezirke entsprechend konfrontieren. Denn, liebe Abgeordnete, Sie können sich ja ungefähr vorstellen: Wenn man über dieses Thema spricht, nämlich über die Notwendigkeit von Zonen oder Plätzen, wo Straßenprostitution ausgeübt werden kann, dann würde ich sagen, hätte nicht schon vor uns jemand das Floriani-Prinzip erfunden, bei diesem Thema hätten wir es wahrscheinlich zusammengebracht, no na.

Deswegen haben wir das Gesetz so geschrieben, dass wir eine grundsätzliche Definition gemacht haben, mit der sich alle auskennen. Trotzdem gibt es in dieser Stadt schon jetzt Plätze, wo es möglich ist. Jetzt schauen wir, ob diese den Kriterien entsprechen. Wenn wir dann zu wenig Raum finden – wir sehen das in der Steuerungsgruppe, der nächste Frühling kommt bestimmt –, dann müssen wir sehr wohl auch über Erlaubniszonen sprechen. Ich glaube nur, dass die Steuerungsgruppe gut beraten ist, zuerst diese Suche zu machen und zu schauen, was möglich ist, bevor wir hier eine gemeinsame öffentliche Debatte über mögliche Adressen führen; denn das führt zu gar nichts, auch das ist eine Erfahrung aus der Debatte.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Blind. Ich bitte darum.

Abg Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Landesrätin!

Der Website „orf.at“ konnte man am 16. Dezember 2011 eine Meldung aus Ihrem Büro entnehmen, dass es zukünftig keine „Husch-Pfusch-Aktionen“ mehr geben soll. Das wird von uns selbstverständlich sehr begrüßt. In der Vergangenheit haben wir bedauerlicherweise sehr wenig Husch – es ist ziemlich langsam gegangen –, dafür umso mehr Pfusch erleben müssen. Das kann auch dem Gesetzwerdungsprozess entnommen werden, der dann Gott sei Dank auf unseren Vorschlag beziehungsweise auf unsere Initiative hin etwas abgefedert wurde.

Kollege Ulm hat die Problematik der ventilierten Erlaubniszonen im Bereich des Gürtels beziehungsweise im Bereich Alsergrund bereits angesprochen. Zwei Bezirke beziehungsweise Bezirksvertretungen haben sich schon dagegen ausgesprochen, Alsergrund steht noch an.

Meine Frage bezieht sich aber auf den Bereich des Auhofts. Nicht nur, dass ein äußerst problematischer

Gesetzesvorschlag gemacht wurde, auch die Vollziehung war nachher nicht unproblematisch. Bedauerlicherweise hat es eine ausgesprochene Empfehlung für den Bereich Auhof gegeben, im Bereich des Hotels Lenas West, die in Folge zwar zurückgenommen wurde, jedoch nachhaltig dazu geführt hat, dass Prostituierte sich dort angesiedelt haben. Dies führte für das Hotel, wie einem sehr interessanten Artikel in der Bezirkszeitung zu entnehmen ist, bereits zu Unternehmenseinbußen im Bereich von 50 000 EUR, was die Existenz dieses Hotels gefährdet.

Meine Frage nun: Sehen Sie die Notwendigkeit ... Beziehungsweise: Welche Schritte werden Sie ergreifen, um eine Gefährdung der Existenz dieses Hotels durch die Prostitution, die sich in dessen unmittelbarem Umfeld abspielt, abzuwenden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Zum Ersten, mit Husch und Pfusch: Dieses Gesetz ist nicht im Husch entstanden, wir haben uns für den Prozess sehr viel Zeit gelassen. Wir haben ein Siebenpunkteprogramm eingeführt, diskutiert, Dialogforen gemacht, wir haben uns mit dem BürgerInneninitiativen auseinandergesetzt, viele Gespräche geführt – mit den SexarbeiterInnen, mit den Bezirken, mit den Oppositionsparteien – und sind erst dann zur Beschlussfassung des neuen Wiener Prostitutionsgesetzes übergegangen.

Auch gegen den Begriff Pfusch verwahre ich mich ganz extrem, und das aus dem einfachen Grund, dass wir seit dem 1. November ein Gesetz haben, das absolut gut funktioniert. Das tut Ihnen ein bisschen weh, aber das macht nichts, denn wir haben es ohnehin nicht für Sie gemacht, sondern für die BürgerInnen und für die SexarbeiterInnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Abg Mag Dietbert Kowarik: Für den Bürger?!)*

Zum Auhof selber: Im Auhof war und ist auch nach wie vor die Prostitution zulässig. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Für den Bürger?!)* – Für die Bürgerinnen und Bürger, das ist eine etwas schwierige Sache. Dort, wo Sie das realisiert haben, zum Beispiel im 15. Bezirk, fehlt Ihnen jetzt ein bisschen der Stoff. Aber da setzen Sie sich jetzt ohnehin mit anderen Fragen auseinander, wie wir aus der gestrigen Integrationskommission im 15. Bezirk mitbekommen haben können, wo Sie sich zu guten Positionen für das Zusammenleben bekannt haben.

Aber jetzt zum Thema Auhof: Es war dort zulässig und es ist dort weiter zulässig. Das ist erst einmal die Antwort in die eine Richtung. Zweitens: Ich weiß natürlich nicht, wo in der brodelnden Gerüchteküche Sie Ihre Fakten herhaben. Tatsache ist: Die Stadt Wien steht mit dem Hotel Lenas in gutem Kontakt. Wir haben mit dem Hotel an einer guten Lösung gearbeitet, was die Auszeichnung des Privatgrundes, den Umgang und so weiter betrifft. Wir haben einen sehr guten Dialog zwischen dem Hotel Lenas und der Bundespolizeidirektion Wien hergestellt, da besteht gutes Einvernehmen. Die Bundespolizeidirektion Wien hat dort sehr, sehr intensive Kontrollen durchgeführt.

Ich möchte Ihnen gerne, damit wir auch wissen, wo-

von wir reden, sagen: Kurz nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, sind dort acht Frauen gestanden. Seit wir das Thema Auhof auch medial diskutiert haben, sehen wir, dass dort aktuell zwei bis maximal fünf Frauen stehen. Das heißt, von einem Straßenprostitutionsproblem am Auhof zu sprechen, ist wirklich weit gefehlt. Ganz im Gegenteil, die Situation hat sich dort eigentlich gut aufgelöst. Wir haben dort mit allen Beteiligten gute Gespräche geführt, von der Tankstelle über das Hotel bis hin zu den AnrainerInnen, und sehen jetzt an den Statistiken, dass es da nicht notwendig ist, wieder mit Verunsicherung zu arbeiten und über ein Problem der Straßenprostitution im Auhof zu sprechen. Sonst könnten sich die BürgerInnen nämlich vorstellen, das seien ähnliche Zustände wie wir sie früher auf der Felberstraße gehabt haben – weit gefehlt. Ich verwahre mich einmal mehr: Die paar Frauen, die dort stehen, zwei bis maximal fünf – die fünf trifft man allerdings schon seit Ende Oktober nicht mehr an, das wird sich also jetzt wahrscheinlich schon eher auf zwei bis drei reduziert haben – sind dort nicht wirklich ein Problem.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. Bitte darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben in der Beantwortung meiner 1. Zusatzfrage sehr viel Allgemeines und sehr viel Grundsätzliches gesagt, das ich in hohem Ausmaß so sehe wie Sie. Aber ich möchte die Fragestunde in erster Linie nicht dazu benutzen, Gemeinsamkeiten herauszustreichen, sondern dazu, ein bisschen den Finger in die Wunde zu legen. Und da sind Sie mir ein bisschen ausgewichen oder ich habe die Frage nicht konkret genug formuliert. Das würde ich jetzt gerne nachholen. Zur Erlaubniszone Gürtel: Sie hatten noch vor wenigen Monaten die Bestrebung, die Straßenprostitution im Wohngebiet Gürtel zu implementieren. Möchten Sie das nach wie vor?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ganz konkrete Antwort: Wir haben am Gürtel zwei konkrete Zonen im Blick gehabt. Die eine Zone geht aus verkehrstechnischen Gründen nicht, die andere Zone geht nicht, weil dort ein Mädchenspielplatz entstehen wird. Das haben die Bezirke auch geäußert. Dass sich die Bezirke grundsätzlich nicht freuen, darüber nachzudenken, ob man dort etwas macht oder nicht, können wir uns alle gemeinsam vorstellen. Im 7. Bezirk gibt es am Gürtel eine starke Dichte an Prostitutionslokalen. Im 15. Bezirk gab es, mittlerweile kann man sagen, über Jahre hinweg eine extrem starke Belastung durch Straßenprostitution. Was wir aber tun, ist, dass wir mit diesen Bezirken weiter reden, dass wir schauen, ob es Zonen gibt, die den Kriterien für Erlaubniszonen entsprechen. Die müssen nicht am Gürtel sein. Aber wenn das Ergebnis dort, wo es jetzt schon erlaubt ist, nicht befriedigend sein wird, werden wir wahrscheinlich schauen, wo man dann hingehen kann, so wie wir uns das beim Auhof angeschaut haben, und wir werden natürlich weiter über Erlaubniszonen reden. Ich hoffe, das ist jetzt konkret genug.

Dass die Erlaubniszonen nicht am Gürtel sein müssen, ist eine andere Geschichte, aber wir werden Plätze brauchen. Denn was man jetzt sieht, ist: Wir haben zwar im 2. Bezirk jetzt eine Zone, wo das möglich ist – wobei Prostitution im Prater immer stattgefunden hat –, aber aus Stadtentwicklungssicht und auch aus Sicht der AnrainerInnen ist das dort ein jetzt schon belastetes Gebiet. Dort noch zusätzliche Belastung durch Erweiterung oder Sonstiges vorzusehen, hält die Steuerungsgruppe für absolut nicht klug. Das heißt, wenn wir jetzt dort mit dem Platz auskommen, werden wir davon ausgehen müssen, dass wir im Sommer mit dem Platz nicht mehr auskommen. Deswegen wird die Steuerungsgruppe weiter daran arbeiten, zu überlegen, wo in dieser Stadt Straßenprostitution stattfinden kann.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die Fragestunde ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Mitbestimmung garantieren statt drüberfahren und abkassieren – Bürgerbefragung für kostenloses Parkpickerl in ganz Wien gefordert“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn Abg Mag Gudenus, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben für die heutige Aktuelle Stunde das Thema Parkometer beziehungsweise Parkometergesetz gewählt. Es gibt in der Öffentlichkeit schon eine breite Diskussion, was in dieser Hinsicht in nächster Zeit in Wien passieren soll. Es droht eine Ausweitung auf die Außenbezirke. Wir benützen diese Aktuelle Stunde, um darüber zu diskutieren, ob das Ganze nicht doch eher eine Schikane gegen Autofahrer ist, und ob es nicht besser wäre, mehr kostengünstige Bewegungsfreiheit für Autofahrer auch hier in der Großstadt Wien zu ermöglichen.

Man hat immer mehr den Eindruck, dass Frau VBgmin Vassilakou eine Privatfehde gegen Autofahrer austrägt beziehungsweise einen Privatkrieg gegen sie führt. Ich weiß nicht, woher das rührt. Vielleicht können Sie es mir irgendwann einmal erklären. Vielleicht gab es einmal ein traumatisches Erlebnis mit Autofahrern? (*Heiterkeit bei FPÖ und GRÜNEN.*) Wäre natürlich persönlich, subjektiv verständlich, aber man muss diese Privatfehde doch nicht auf dem Rücken all jener austragen, die auf das Auto angewiesen sind (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner*), nämlich der Bürger in Wien, aber auch der vielen Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, vor allem, um in die Arbeit zu gelangen! Um das zu diskutieren, sind wir heute da.

Ich glaube, die GRÜNEN haben bei dieser Frage auch gewisse ideologische Scheuklappen. Es ist irgendwie ein ideologischer Kampf im Namen beziehungsweise im Zeichen des Klimaschutzes. Natürlich ist es wichtig, das Klima zu schützen, aber so wie es die GRÜNEN betreiben ... Man kann es auch übertreiben. Manche

Aktionen sind einfach ein Exzess. Sie betreiben exzessive Autofahrerbekämpfung unter den Deckmantel des vermeintlichen Klimaschutzes. Das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner. – Abg Mag Rüdiger Maresch: Martialische Ausdrucksweise: Krieg, Kampf!*)

Das ist genau das, was Gutmenschen tun. Sie opfern alle Grundrechte für vermeintliche Schlagwörter. Es ist Ihnen vollkommen egal, da fahren Sie einfach drüber, ohne Rücksicht auf Verluste! Das ist genau Ihre Politik, und das lehnen die Bürger ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Nicht zuletzt ist es natürlich auch die Profitgier der Gemeinde Wien. Die leeren Löcher der Stadtkassa müssen eben gefüllt werden, und zwar mit den Geldern aus Gebühren, die jetzt ohnehin schon hoch genug eingetrieben werden. Es ist reine Profitgier der StRin Brauner! Es geht nur darum, dass die Autofahrer noch weiter zur Kasse gebeten werden können! Auch das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Wenn wir heute über die Parkometerabgabe diskutieren, dann leuchten wahrscheinlich der Finanzstadträtin so richtig die Augen oder die Eurozeichen in den Augen, weil das natürlich mehr Einnahmen bedeutet. Dabei werden schon jetzt über 100 Millionen EUR pro Jahr durch die Parkometerabgabe in die Stadtkassa geschwemmt! Über 100 Millionen EUR pro Jahr kommen dadurch ins allgemeine Budget, um eben Budgetlöcher zu stopfen, die Sie zu verantworten haben, nämlich durch ihre Fehlspekulationen, durch Ihre Misswirtschaft und durch ihre Projekte, die misslungen sind. Es geht darum, diese Budgetlöcher zu finanzieren beziehungsweise zu refinanzieren, dafür muss der Bürger herhalten. Das ist eine Politik, die wir Freiheitliche entschieden ablehnen! Wir werden die Bürger davon in Kenntnis setzen, dass sie die Melkkühe der Nation für Ihr Fehlverhalten sein sollen! Das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Ein Aussackeln auf Biegen und Brechen! Um satte 67 Prozent werden die Tarife in den Kurzparkzonen ab 1. März in die Höhe geschmalzt! Das ist, wie gesagt, eine reine Inkassoaktion für diese rot-grüne Misswirtschaft, für all Ihre Fehlspekulationen – jene in letzter Zeit, zur Zeit oder auch in Zukunft. (*Zwischenruf von Abg Karlheinz Hora.*) – Die Frage ist, Herr Hora, ob das Geld überhaupt in irgendeiner Form den Autofahrern zugute kommt. Kommt es ihnen zugute? Nein, sie sind die Melkkühe, und wenn es, Herr Hora, nach Ihrer Politik geht, unter dem Joch oder unter der Geißelhaft der grünen Verkehrspolitik, dann sollen ja die Autofahrer im Endeffekt nichts anderes, als durch ihre Gebühren sich selbst abschaffen! Die Autofahrer dürfen ihre eigene Abschaffung mitfinanzieren, und das ist wirklich schäbig, Herr Hora, und das tragen Sie noch mit! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner. – Zwischenrufe von den Abgen Karlheinz Hora und Mag Rüdiger Maresch.*)

Die Autofahrer dürfen ihre eigene Verdrängung aus

der Stadt mitfinanzieren. Das ist dem Herrn Maresch natürlich recht, dass verstehe ich schon, aber die Mehrheit der Bevölkerung trägt das mit Sicherheit nicht mit. Ich möchte jetzt nichts gegen Radfahrer sagen, aber prinzipiell, man fragt sich schon: Wenn für die Radfahrer politisch so viel getan werden soll wie Radel-Highways durch die ganze Stadt oder die Räumung der Ringstraße und noch mehr Radwege, wo bleibt dann der zumindest solidarische Beitrag der Radfahrer? Müssen die Autofahrer für alles herhalten? Das kann's doch wohl nicht sein! Wo bleibt die Pflicht beziehungsweise die Verpflichtung, die Verantwortung der Radfahrer? Nur Rechte und keine Pflichten, das kann's doch wohl nicht sein im Straßenverkehr! Auch das ist ein Punkt, den wir ansprechen werden. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Mit diesem Geld der Autofahrer, das dann noch mehr in die Stadtkasse geschwemmt wird, sollen eben Budgetlöcher gestopft werden. Es werden Versorgungsposten geschaffen wie der Radfahrbeauftragte und eine eigene Radagentur, die kostet 900 000 EUR. Vielleicht kommt dann bald die Rollschuhagentur, die Skateboardagentur oder im Winter die Schlittschuhfahragentur? Wie weit geht der Irrsinn eigentlich noch hier in Wien?! Oder der Herr Van der Bellen zum Beispiel, das berühmte Phantom, das durch die Gänge des Rathauses geistert – das wird damit finanziert! Also warum müssen die Autofahrer für so einen Schwachsinn eigentlich herhalten?! Das versteht doch niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abg Gudenus! Ich darf Sie bitten, Worte wie Schwachsinn, Profitgier der Stadt ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ich darf Sie bitten, Ihre Unmutsäußerungen vielleicht auf den späteren Nachmittag zu verlegen. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Man könne es milieubedingte Unmutsäußerung nennen. Aber ich nehme das zur Kenntnis, Herr Präsident, überhaupt keine Frage. Ich werde versuchen, mich etwas gewählter auszudrücken. Es rollt eben der Rubel in die Stadtkassa, nennen wir es einmal so. Oder: Die Autofahrer werden angehalten, ihr schwer verdientes Geld, das in der Krise noch schwerer zu verdienen ist, in völliger Selbstverständlichkeit und Freimütigkeit der Stadtkassa zur Verfügung zu stellen, damit die hochgepriesenen rot-grünen Projekte, die natürlich der Allgemeinheit nur zugute kommen, mitfinanziert werden können. Ich hoffe, das passt so. Ist das schön? *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)* – Danke!

Unterm Strich bleibt jedenfalls über, dass die Parkpickerlzahler zahlen müssen, weiterhin zahlen werden, mehr zahlen werden müssen, in mehr Bezirken zahlen werden müssen, und das ohne Garantie auf einen Parkplatz. Sie müssen zahlen, haben aber keine Garantie auf einen Stellplatz. Und das ist eben eine Politik, die im Endeffekt keine verantwortliche ist. Hier soll die Parkpickerlausweitung durch die Hintertür eingeführt werden, und wenn das nicht funktioniert, werden die Bezirksvertretungen unter Druck gesetzt, Beschlüsse im Eilverfahren

durchzusetzen. Das kann's doch wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier braucht man verantwortungsvolle Politik mit Augenmaß, wirklich mit Augenmaß, die eben auch auf die vielen Autofahrer Rücksicht nimmt.

Die Autofahrer sind, wie gesagt, angewiesen auf ihr Fahrzeug in der Stadt, genauso wie die vielen Pendler, die tagtäglich nach Wien strömen und natürlich auch auf ihr Auto angewiesen sind. Da fehlt es Ihrer Politik eben an Augenmaß. Wir weisen darauf hin, dass hier einfach Fehler gemacht werden.

Wenn der ÖAMTC eine unabhängige Umfrage durchführt und das Ergebnis ganz klar aussagt, dass drei Viertel der Befragten die Anhebung der Kurzparktarife als Schröpfung bezeichnen, oder das zwei Drittel gegen die Ausweitung der gebührenpflichtigen Zonen sind, dann sollte Ihnen das schon zu denken geben, Herr Maresch! Bitte machen Sie nicht dauernd Auftragsgutachten, sondern nehmen Sie endlich unabhängige Gutachten ernst, sehr geehrter Herr Maresch! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Eines ist ganz klar, das bestätigt auch der ÖAMTC: Es müssen bei solchen Aktionen die Bürger eingebunden werden! Die Bürger müssen gefragt werden! Deswegen setzen wir uns ganz klar ein für eine Befragung der Bürger, ob die Ausweitung dieses Parkpickerls ermöglicht werden soll, oder ob es nicht besser wäre, ein kostenloses Parkpickerl für ganz Wien einzuführen. Ein kostenloses Pickerl für ganz Wien, das würde allen zugute kommen! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)* Nur eine Bearbeitungsgebühr sollte eingehoben werden.

Ein Angebot an die Pendler sollte natürlich auch gegeben werden, nämlich die billigsten Park-and-ride-Möglichkeiten, um 1 EUR, und zwar mit einer Jahreskarte für die Öffis umsonst. Das wäre ein faires Angebot an die Bürger! Sie sind nicht bereit zu handeln. Gehen Sie ihren Irrweg weiter, Sie werden die Rechnung 2015 präsentiert bekommen! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr StR Mag Juraczka gemeldet. – Bitte.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wichtig das Thema Parken für diese Stadt ist, wie sehr es den Menschen unter den Nägeln brennt, zeigt sich nicht nur durch die Erregung meines Vorredners, es zeigt sich vor allem auch an der extremen medialen Resonanz, die dieses Thema dieser Tage erfährt, und zwar völlig zu Recht. Mobilität ist wichtig. Mobilität ist etwas, das den Menschen tagtäglich unter den Nägeln brennt, weil tagtäglich Betroffenheit da ist. Mobilität ist auch etwas, das die Lebensqualität dieser Stadt ganz massiv prägt.

Wenn ich mir den Titel der heutigen Aktuellen Stunde ansehe, so kann ich zumindest im ersten Teil dieses

Titels sehr viel Positives finden. Die FPÖ ist, so wie wir, eine Partei, die sich nicht davor fürchtet, die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt in solche Überlegungen mit einzubeziehen und Bürgerbeteiligung aktiv einzufordern. Man kann natürlich in weiterer Folge darüber diskutieren, warum das „kostenlose“ Parkpickerl 25 EUR kostet und warum man da Wiener gegen Pendler irgendwie ausspielt.

Ich sage nur eines, wenn wir ein Pendlerproblem haben, und das haben wir in der Tat, so kann man in einer Studie nachlesen, wie man damit umzugehen hat. Bei dieser Studie kann man sicher nicht behaupten, dass sie mir nahesteht, ich meine nämlich die aktuelle Studie der Arbeiterkammer. Hier wird darauf hingewiesen, dass die derzeitigen Angebote an Park and ride viel zu vage, viel zu schlecht durchdacht sind.

Hier wird zum Beispiel kritisiert, dass das derzeitige Park-and-ride-Angebot nicht an den Einfallsstraßen in Wien angesiedelt ist, und das völlig zu Recht, wie ich meine. Hier wird kritisiert, dass Park-and-ride-Plätze teilweise nicht am Stadtrand, sondern zu nahe am Arbeitsplatz installiert sind, und dass man sowohl die Park-and-ride-Anlagen als auch das hochqualifizierte öffentliche Verkehrsnetz bis an den Stadtrand hinausbringen sollte. – Das kann ich vollinhaltlich unterschreiben, das sind langjährige Forderungen der Wiener ÖVP. Weiters wird von der AK, die mir, wie gesagt, nicht nahesteht, gefordert, Angsträume in den bestehenden Park-and-ride-Anlagen auszuräumen, aber auch – ganz wichtig! – Kombitickets zu forcieren, Stichwort Jobticket, kann ich dabei nur sagen.

Aber kommen wir zur grünen beziehungsweise zur rot-grünen Realität, nämlich zum Thema Parkraumbewirtschaftung in Wien. Ich kann nur nochmals vor Husch-Pfusch-Aktionen warnen. Eine überfallsartige Einführung, die, ideologisch motiviert, vielleicht dafür stehen soll, dass man eben bei vielen anderen Dingen einfach umgefallen ist und sich jetzt irgendwo durchsetzen muss, das kann nicht im Interesse der Bürger sein! (*Abg Mag Christoph Chorherr: Einjähriger Überfall!*)

Wenn man lange gehört hat, man solle bis zum 20. Februar einfach mündlich sagen, dass es irgendwo von den Bezirken ein Interesse gibt, alles andere machen wir dann schon, dann kann ich nur an das eigene Koalitionsabkommen erinnern. Das können Sie auf Seite 64 nachlesen. Hier steht ganz konkret, dass da nicht mündliche Zurufe von Vorstehern ausschlaggebend sein sollen, sondern wohlgeerntete Bezirke, Bezirksvertretungen müssen das proaktiv beantragen. Das ist ganz weit weg von dem, wie es derzeit von Ihnen forciert wird und wie Sie glauben, aus dieser Misere herauskommen zu können. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Derzeit haben wir in den 10 Bezirken mit flächendeckendem Parkpickerl und der Insel rund um die Stadthalle 120 00 Stellplätze. Nach Ihrem Plan, Frau Vizebürgermeisterin, sollen es auf einen Schlag bis zu 255 000 Stellplätze werden, bei gleichzeitiger Erhöhung des Tarifes um 67 Prozent. Man merkt, was dahinter steht und es verstimmt: Da geht's nur ums Abkassieren! (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von Abg Mag Rüdiger Maresch.*)

Herr Kollege Maresch! Gut, dass Sie sich so engagiert einbringen. Ganz konkret: Da ist kein Lenkungseffekt mehr dahinter! 1993, als man das Parkpickerl eingeführt hat, nämlich für den 1. Bezirk (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Wo denn sonst?*), ging es darum zu sagen, die Anrainer sollen einen Parkplatz finden können, und: niemand kann mit seinem Auto bis zum Stephansplatz, bis Am Hof, bis in die Freyung fahren. Man muss hier schauen, dass man ein wenig die Verkehrsströme lenkt. Sie schlagen ein Modell vor, wo das Parken ... Sowohl die Vizebürgermeisterin als auch Sie sind Hernalser, wo etwa in der Rosensteingasse beziehungsweise bis zur Güpferlingstraße die Stunde genauso viel kostet wie Am Hof. Da geht es nur ums Abkassieren! Da geht es um keine Visionen, wie man das Parken in dieser Stadt gestalten möchte! (*Beifall bei der ÖVP und von Abg Uta Meyer.*)

Ich komme schon zum Schluss. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben ein Gegenmodell entwickelt, wo wir den Menschen mit einbeziehen wollen, wo wir Lenkungseffekte haben und – ich sage es Ihnen ganz ehrlich, und das ist uns das Allerwichtigste –: Wir wollen niemanden verdammen, wir wollen keine Hetze gegen Autofahrer, wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen den mündigen Bürger und keine Abzocke! – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster hat sich Herr Abg Mag Maresch zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich skizzieren, warum es notwendig ist, hier in Wien die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Wir haben in Wien ein Problem. Es gibt jährlich steigende Zahlen von EinpendlerInnen, und zwar mit dem Auto. Der Grund besteht unter anderem darin, dass die Pendlerzüge, der öffentliche Verkehr im Umland, sprich, in Niederösterreich am Zusammenbrechen ist. Deswegen steigen Menschen, die in Wien Arbeitsplätze haben, auf ihr Auto um. Es sind mittlerweile 250 000 Autos jeden Tag, und das sind um über 100 000 Autos mehr als vor vielleicht 10 Jahren.

Diese Politik, die da draußen gemacht wird, ist dafür verantwortlich, dass wir jetzt ein Problem haben, und zwar 250 000 Autos jeden Tag aus dem Umland nach Wien. Die Garantie, die die ÖVP mit Wahlfreiheit – da haben die Bürger wahrlich keine Wahlfreiheit mehr, sie kommen herein. Wir wollen, das ist auch ganz wichtig, die Einnahmen aus genau dieser Parkraumbewirtschaftung in den öffentlichen Verkehr stecken (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*), in die Möglichkeiten des Umweltverbundes und auch in die FußgängerInnen-sicherheit. Das werden wir tun. Das ist das eine.

Das Zweite ist das: Wir haben jedes Jahr Überschreitungen der Feinstaubwerte. 25 Prozent der WienerInnen sagen, der Verkehrslärm stört ihre Gesundheit, ist krankheitsregend, wenn man so will, und wir haben ein Problem im öffentlichen Raum. 250 000 Nicht-Wiener-Kennzeichen stehen jeden Tag auf Wiener Flächen,

verstellen den öffentlichen Raum, den ja Sie so gerne für die WienerInnen zur Verfügung stellen wollen. Das heißt, mit diesen drei Problemen sind wir hier konfrontiert und wir werden für diese drei Probleme Lösungen nicht nur andenken, sondern sie auch angehen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Das ist eine ganz wichtige Sache, zuerst einmal.

Das Zweite ist in Wirklichkeit, dann herzugehen und zu sagen, wie der Herr Strache zum Beispiel in seiner Weihnachts- oder Silvesteransprache, wir dürfen beim Feinstaub nicht am Verkehr und an der Industrie rütteln. Na, wo sollen wir denn dann, was den Feinstaub betrifft, irgendwie rütteln, weil die Freudenfeuer der FPÖ im Sommer - das wird sich alleine nicht ausgehen.

Faktum ist, wir werden diese Dinge im Sinne der Lebensqualität der BürgerInnen massiv vorantreiben.

Zur FPÖ möchte ich noch unbedingt sagen: Also wenn sich der Herr Kollege Gudenus herausstellt und einfach eine Brandrede hält, dann muss er sich einmal überlegen, mit welcher Diktion er arbeitet. Es kommen Wörter wie: droht, Privatkrieg, Fehde, Dramatik, Exzess, Deckmantel, Melkkühe der Nation; und im Grunde genommen immer eine unglaubliche Aggressivität gegen die rot-grüne Koalition. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Das muss man sich einmal überlegen! Und dann als Antwort sagt er: Wir schauen nur auf die Versorgungsposten! Die FPÖ, und das hört man jetzt überall in ganz Österreich, war die Weltmeisterin im Verteilen von Versorgungsposten. Schauen wir uns noch einmal an, wo der Herr Verkehrsminister der FPÖ überall beteiligt war, wo er überall mehr oder weniger Zahlungen bekommen hat, wer seine Sekretärin bezahlt hat! Die FPÖ sollte da in Wirklichkeit einmal in sich gehen und darüber nachdenken. *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)*

Und dann noch einmal zur Information: Wir werden die Kosten für das Parkpickerl von 135 EUR auf 120 EUR senken. Das hat niemand von Ihnen irgendwo zusammengebracht. Wir können das, wir werden das tun. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und dann zum Kollegen Juraczka, der immer so weinerlich irgendwelche Studien zitiert. Kollege Juraczka, Sie haben die AK-Studie offensichtlich nicht verstanden, weil dort steht drinnen *(Aufregung bei der ÖVP.)*, an den Einfallstraßen sollen in Wirklichkeit Park-and-ride-Anlagen kommen und zwar dort, wo der Verkehr entsteht, das heißt, in Niederösterreich, im Burgenland und nicht im Stadtzentrum und auch nicht auf Wiener Gebiet! Und wenn Sie so viel Geld haben, und wir werden auch Park-and-ride-Anlagen bauen, ja, das ist richtig, aber bedenken Sie, die Kosten für eine Park-and-ride-Anlage sind ungefähr im Bereich von 22 bis 30 Millionen EUR! Eine einzige Anlage für 2 000 Fahrzeuge! *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* Wenn Sie das einmal für Ihre Pendler hochrechnen, die Sie dauernd so lieben, Ihre 250 000 Pendlerautos, dann rechnen Sie einmal aus, was das bei 250 000 und 22 000 EUR Kosten für einen Stellplatz ausmacht! Da kommen Milliardenbeträge heraus! *(Aufregung bei der FPÖ.)* Wir werden in Wirklichkeit diese Lenkungsmaßnahmen ergreifen, die uns zur Verfügung stehen, das ist die Parkraumbewirtschaftung, und

das wird gut sein für Wien. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Lindenmayr. Ich erteile es ihm. Bitte darum.

Abg Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

In Wahrheit beginnt das Problem ja schon bei der Überschrift, denn es steht, es wird eine Bürgerbefragung gefordert: Jetzt kann man zwar einerseits sagen, na warum werden die Bürgerinnen nicht gefragt? Das mag schon sein. Aber Bürgerinnen- und Bürgerbefragung ist in der Stadtverfassung nicht vorgesehen und die Stadtverfassung kennen Sie ja sicher ganz genau. Da steht nämlich drinnen, Volksbefragung, das ist der § 112a, wenn Sie es lesen möchten. Also Volksbefragung. *(Aufregung bei StRin Veronika Matiassek und Abg Mag Wolfgang Jung.)* Und wenn Sie den Paragraphen genauer studieren, dann steht drinnen *(Aufregung bei den Abgen Mag Johann Gudenus, MAIS und Mag Wolfgang Jung.)*, dass bestimmte Dinge nicht in einer Volksbefragung vorkommen dürfen, nämlich die Fragen Entgelte und Tarife. Wenn Sie sich das angeschaut hätten, dann wüssten Sie das. Aber Sie haben es sich offensichtlich nicht angeschaut. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie behaupten das!)*

Aber es geht ja noch weiter. *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* Die Geschichte der Verkehrspolitik und insbesondere der Parkraumbewirtschaftung ist in Wien eine Erfolgsgeschichte. Daher möchte ich ganz kurz einen Rückblick machen *(Abg Mag Wolfgang Jung: Warum haben wir die Probleme?)* und zwar ... Herr Jung, Sie verstehen davon sowieso überhaupt nichts. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Na, Sie verstehen nichts!)* Das ist eine Erfolgsgeschichte *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie verstehen davon nichts!)*, und zwar Ende der 50er Jahre sind die ersten Kurzparkzonen in Wien entstanden und Anfang der 70er, nämlich genau 1974, wurden diese auch kostenpflichtig. Das ist ungefähr diese Zeit gewesen, wo wir auch die ersten Fußgängerzonen und Ähnliches geschaffen haben. Wenn man sich das öffentliche Klima in den Zeitungen in der damaligen Zeit anschaut, dann ist ganz klar, warum auch damals eine Volksbefragung nichts gebracht hätte, denn erst Jahre später hat sich herausgestellt, wie zufrieden die Menschen sind. Aber in den ersten Emotionen waren sehr, sehr viele dagegen, während sich jetzt kaum mehr jemand vorstellen kann, dass man früher am Stephansplatz oder in der Kärntner Straße mit dem Auto gefahren ist. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Glauben Sie das?)* Es gibt Verkehrsplaner, es gibt Stadtplaner und mit all denen haben wir uns als Verantwortliche in dieser Stadt immer zusammengesetzt. Wir haben uns Vorschläge machen lassen und wir haben diese Vorschläge, wenn sie uns vernünftig erschienen sind, auch umgesetzt. Und wir können beweisen, dass wir gute Politik in dieser Stadt machen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ach so wirklich? Wirklich?)*

Es geht dann weiter: 1993, wurde schon erwähnt, ist

die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend ausgeweitet worden, beginnend beim 1. Bezirk. Dann kamen 1995 der 6., 7., 8. und 9. Bezirk dazu, in einem nächsten Schritt der 4. und 5. Bezirk gemeinsam, die haben ein gemeinsames Parkpickerl, und dann der 3., der 2. und der 20. Bezirk. Und auch hier gibt uns der Erfolg (*Abg Mag Wolfgang Jung: Erfolg? Ein Erfolg? Welcher Erfolg?*) Recht, denn seit 1993 ist der Anteil des Umweltverbundes am Modal-Split von (*Aufregung bei Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.*) damals 60 Prozent in der Zwischenzeit bis zum Jahr 2010 auf 70 Prozent angestiegen. Und zusätzlich sind die Zulassungszahlen und der Verkehr innerhalb des Gürtels, nämlich in den parkraumbewirtschafteten Gebieten, deutlich zurückgegangen, in den äußeren Bezirken eben leider nicht, beispielsweise die Einpendler. Das wurde ja schon mehrmals erwähnt. 250 000 Menschen pendeln jeden Tag ein und hier wäre eigentlich Niederösterreich gefordert. Die AK-Studie wurde schon zitiert, aber offensichtlich falsch gelesen, denn gerade an den Einfahrtsstraßen, wenn man das Auto hinstellt und dann dort aussteigt, kann man ja nur mehr in ein Taxi einsteigen, weil es dort nicht unbedingt öffentliche Verkehrsmittel gibt. Das hat der Kollege Juraczka völlig falsch verstanden, die sollten eben in Niederösterreich errichtet werden.

Auch hier kommt noch etwas dazu. Mit der FPÖ möchte ich mich ja gar nicht sehr beschäftigen, denn die FPÖ macht ja auch hier auf diesem Gebiet dasselbe, was sie in allen anderen Bereichen macht, die Menschen aufeinander hetzen, ohne auf die (*Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) einzelnen Details einzugehen. Das ist im Integrationsbereich so, das ist auch im Verkehrsbereich so. Die Menschen aufeinander hetzen, während die Regierungsparteien hier in diesem Haus die Interessen aller Menschen zu berücksichtigen haben, um dann einen Interessensausgleich herbeizuführen.

Da komme ich jetzt zu diesem Zitat: Wahlfreiheit, man braucht Wahlfreiheit bei der Mobilität. Das ist so ein Wert an sich. Die Freiheit des einen endet ja bekanntlich immer dort, wo die Freiheit des anderen beschränkt wird. Und auch hier möchte ich noch einmal betonen, das, was wir machen, ist Interessensausgleich aller Menschen in dieser Stadt, aller Menschen, die sich hier bewegen möchten. Und wenn man sagt, ein Parkpickerl, noch dazu ein kostenloses für ganz Wien, dann ist ja das vergleichbar, wenn ich es so verstanden habe, wie es gesagt wurde, wie es beispielsweise eine City-Maut wäre. Aber innerhalb von Wien soll es für alle Bezirke gleichzeitig gelten. Das heißt, wir würden sehr wohl den Binnenverkehr wieder stark, stark ansteigen haben. Das ist ja derzeit nicht der Fall, weil es ja immer nur jeweils auf einen Bezirk beschränkt ist. Die Kosten der Parkraumbewirtschaftung, die wurden auch schon erwähnt, das Parkpickerl ist deutlich billiger geworden. Es kostet neu dann 10 EUR im Monat. Wenn man sich überlegt, was sonst die PKW-Haltung kostet, dann ist das ein sehr, sehr geringer Betrag.

Zusammenfassend: Wir sind auf einem guten Weg, wir können das bis in die 50er und 60er Jahre zurückverfolgen. Wir haben hier in der Stadt immer die richtigen

Entscheidungen für die Menschen getroffen. Wir machen das mit den Menschen und wir machen das so, dass alle Menschen gleichermaßen zufrieden sind. Danke. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sicher alle! Sicher! - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Aigner. Ich bitte darum.

Herr Abg Jung, darf ich Sie ersuchen, Sie haben jetzt in fünf Minuten gezählte elf Mal Zwischenrufe getätigt. Sie waren nicht sehr wirkungsvoll, vielleicht kann man sich auf einige wenige konzentrieren. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Das haben Sie nicht zu beurteilen, Herr Präsident! Das haben Sie nicht zu beurteilen! – Aufregung bei der FPÖ. – Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) Weil ich Sie nicht verstanden habe.

Bitte, Herr Abg Dr Aigner!

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Kollegen Lindenmayr sind mir ein paar Dinge sofort in den Kopf geschossen. Zum einen kann ein normaler Bürger oder auch ein Gemeinderat überhaupt kein stimmiges Gesamtkonzept bezüglich der Parkraumbewirtschaftung in Wien erkennen. Es geht kreuz und quer durch die Koalition zwischen manchen Bezirken. Also legen Sie zuerst einmal ein stimmiges Konzept vor, wo auch zumindest die Entscheidungsträger in den Bezirken und im Gemeinderat wissen können, wo planen Sie die Einführung, und dann reden wir weiter über eine Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung! Sie sind sich ja selber weder innerhalb der Regierungskoalition noch auch zwischen den von Ihnen zu verantworteten Bezirken klar, wie das Ganze überhaupt ausschauen soll. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Zweiten weiß ich auch nicht, warum man über die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung keine Volksbefragung machen soll, wo Sie uns doch mit einer Volksbefragung gepflanzt haben, wo man einen völlig nebulösen Begriff wie die City-Maut abgefragt hat. Also ich konnte gar nicht sagen, ob man dafür oder dagegen ist, weil Sie ja kein Konzept vorgelegt haben. Sie haben einen englischen Begriff abgefragt, ohne zu sagen, was Sie darunter verstehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und zum Weiteren muss man schon auch das sehr eigenartige Verhältnis der GRÜNEN zur direkten Demokratie einmal hinterfragen. Ich lese hier in einer heutigen Zeitung, der Kollege Maresch, er verbirgt ja seine Ansichten Gott sei Dank auch nicht (*Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.*), sagt, das Parkpickerl, das muss kommen ohne Wenn und Aber, weil wir wissen, was für die Umwelt und für die Menschen gut ist. Jetzt möchte ich wissen, was Sie gesagt hätten oder das wissen wir, was Sie gesagt haben, wenn man Hainburg ohne Wenn und Aber gebaut hätte oder so, oder wenn man woanders ohne Wenn und Aber eine Garage baut. Wir nehmen zur Kenntnis, solange Sie irgendwo in Opposition sind und etwas verhindern wollen, werden alle legalen oder halblegalen Mittel ausgeschöpft, um ein Projekt zu verhindern, auch dann, wenn es korrekt beschlossen wurde. In dem Moment, wo Sie die Seiten wechseln und etwas

durchsetzen können, ist Ihnen die direkte Demokratie völlig egal. Da ist Ihnen auch die Dezentralisierung egal. Da sind Ihnen die Bezirksvertretungen egal, weil Sie wissen ja, was gut für die Menschen ist. Es kann nicht sein, dass in einer repräsentativen Demokratie eine Partei, die 10 oder 11 Prozent der Stimmen hat, über alle anderen 90 Prozent, die sie nicht gewählt haben, drüberfährt. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und da kann man auch die Mehrheitspartei nicht aus der Verantwortung lassen. Mir kommt das so vor, die SPÖ lehnt sich zurück, verschweigt, dass sie 44 Prozent der Stimmen und 49 Prozent der Mandate hat, dass sie die maßgebliche Verantwortung seit vielen Jahrzehnten trägt und jetzt gibt man so einen wichtigen Lebensbereich als Spielwiese für die GRÜNEN hin. Und ja, man grummelt ein bisschen, so ganz wohl ist Ihnen auch nicht in Ihrer Haut, aber das ist halt jetzt offenkundig der Preis für einen Koalitionsfrieden. Dafür ist die Verkehrspolitik in dieser Stadt ein viel zu wichtiges Gebiet, als dass sich die Mehrheitspartei, die da alles dominiert, auch den Verwaltungsapparat dominiert, in den Bezirken vielfach das Sagen hat, einfach zurücklehnt und sagt, ja, lassen wir die GRÜNEN nur machen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* So billig kann man sich auch nicht und sollen Sie sich auch nicht aus der Verantwortung davonstehlen.

Und das Problem mit dem Parkpickerl - es hat ja durchaus in manchen Bereichen etwas gebracht, ist aber immer dasselbe: Es gibt einen kurzfristigen Entlastungseffekt, der nach zwei, drei Jahren völlig aufgesogen ist. Das hat verschiedenste Gründe. Einer der Gründe ist auch der, dass kurze Zeit später auch Bürger, die ein Parkpickerl haben, nichts mehr davon merken, weil man in dem Moment, wo ein paar Autos weniger sind, massiv an die Parkplatzvernichtung herangeht. Da werden dann die Ohrwascheln ausgebaut, da werden dann Radwege gebaut, da werden Spuren ausgeräumt und so weiter und irgendwann einmal hat der Bürger nur mehr das Gefühl, ich zahl' eine Laterndlsteuer und hab' nichts davon. Und die Tatsache, dass das jetzt ein bisschen billiger wird - ja, wir werden doch ständig Zeuge, wie schnell Sie beim Erhöhen sind! Das sind jetzt 9 EUR oder 10 EUR oder 20 EUR im Jahr weniger und in 2 Jahren ist es dann halt das Doppelte und das Dreifache. Sie haben ja beim Gebührenerhöhen überhaupt keinen Genierer.

Daher ein konzises Konzept, das auch der Tatsache Rechnung trägt, dass ja der Mensch in einer mehrfachen Rolle ist. Er fährt einmal mit der U-Bahn, dann fährt er mit dem Auto, dann setzt er sich auf das Fahrrad, dann geht er zu Fuß. Sie treffen ja oft immer dieselben Menschen. Ich warne auch davor, allzu sehr auf die Pendler loszugehen, weil beim Kassieren der U-Bahn-Abgabe, beim Kassieren der Sozialbeiträge, da sind Ihnen ja die Einpendler nach Wien, die in Wien ihre Steuern und Abgaben zahlen, ja auch sehr recht, ja! *(Beifall bei der FPÖ.)* Also ich verstehe wirklich nicht, warum man bei der U-Bahn-Steuer das Geld nimmt, egal, woher es kommt, und beim Parkplatz hier auf einmal einem Chauvinismus, der ja eigentlich nicht wirklich internationalistisch ist, huldigt! Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort

gemeldet ist Herr Abg Dipl-Ing Stiftner. Bitte darum.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Wort feiern kann man angesichts des Themas der heutigen Stunde und auch des bisherigen Verlaufs der Debatte wahrlich nicht in den Mund nehmen. Vielleicht aus der Sicht der Opposition kann man es so meinen, weil wir auf ein Jahr, auf mehr als ein Jahr der Versäumnisse, der Fehlgriffe und der leeren Ankündigungen in der Verkehrspolitik zurückblicken. Aber wenn man an die Bürgerinnen und Bürger denkt, und jeder von uns, ich glaube, viele von uns haben diesen direkten Kontakt, ich auf jeden Fall, dann weiß man, dass diese Bürger einfach nur mehr Ärger über die Ankündigungen verspüren und sich einfach auch natürlich vor der Zukunft fürchten, weil sie nicht mehr wissen, wenn dann flächendeckend das Parkpickerl eingeführt ist, wie sie ihren Lebensalltag organisieren sollen. Ich denke auch an AlleinerzieherInnen, wie sie dann nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Kinder und Haushalte und alle anderen Verpflichtungen unter einen Hut zu bringen.

Aber feiern kann man die Verkehrspolitik nicht. Allerdings scheint es der Stadträtin sehr zum Feiern zumute zu sein. Zumindest lädt sie in ihr Verkehrsstadtratsbüro zu einer Party ein und in der Einladung bezeichnet sie sich gleichzeitig als Göttinnenbeteiligungsressort. Ich habe das hier als Beweisstück mitgebracht. *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner zeigt eine Fotokopie.)* Es wurde auch in einer auflagenstarken Zeitung hier abgedruckt. Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß nicht, was hier die Selbsteinschätzung der Frau Stadträtin ist, dass sie sich hier als Göttin bezeichnet, aber eines kann ich mit Sicherheit sagen: Die Verkehrspolitik in dieser Stadt ist alles andere als göttlich! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Das Verkehrsressort als göttliches Ressort zu bezeichnen, zeugt angesichts der Misserfolge von einer schweren Fehleinschätzung. Und wenn Sie hier versucht haben, mit einem Wortwitz das Wort Bürgerbeteiligung verbal zu verballhornen, dann ist dieser Scherz grundsätzlich und gründlich danebengegangen, denn es zeigt, wie wenig ernst Sie es, Frau Stadträtin, mit dem Begriff Bürgerbeteiligung wirklich meinen. Auch wenn Sie nicht zuhören *(LhptmStin Mag Maria Vassilakou unterhält sich mit Abg Mag Rüdiger Maresch.)*, ich sage es Ihnen und die Bürgerinnen und Bürger werden es verstehen, dass Sie mit Ihrer Demokratie mit Bürgerbeteiligung nichts am Hut haben, sondern Ihr ideologisch motiviertes Projekt durchsetzen wollen, denn Sie haben klar gesagt, zuerst erweitern und nachher werde ich dann vielleicht die Bürger befragen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Parkraumbewirtschaftung ist kein Songcontest, wo man nachher mit einem Taferl durchläuft und schaut, ob das Lied dann eh gefallen hat oder nicht. Die Menschen können dann nicht von der Show rausgehen und woanders hingehen. Sie müssen dann tagtäglich mit dem Chaos leben, das diese rot-grüne Stadtregierung hinterlassen hat. Das ist kein Beispiel direkter Demokratie und das lehnen wir ab! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Und Ihre semantische Unterscheidung, dass eine Bürgerbefragung, wie Sie gestern in der Fragestunde, Frau Stadträtin, gesagt haben, nur eine besondere Form der Bürgerbeteiligung darstelle, zeigt einmal mehr, wie wenig ehrlich Sie es mit direkter Demokratie meinen! Für unsere Fraktion, für die ÖVP, ist die Ausweitung der Parkzonen eine unbedingte Voraussetzung für eine Bürgerbefragung, die verbindlich ist und wo ausreichend Zeit auch den Bürgern und Bürgerinnen dafür eingeräumt wird, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Bezirke müssen die Chance haben, nun auch die Befragungen durchzuführen. Viele Bezirksvorsteher wissen sehr gut, warum sie es tun. Ihr künstlicher Entscheidungsdruck, der hier gemacht wird und irgendwelche E-Mails angefordert werden oder was auch immer, zeigt einmal mehr, wie wenig Demokratiepoltisches Ihnen am Herzen liegt, die Bürgerinnen und Bürger wirklich einzubinden, obwohl Sie ja auf Ihrem Türschild das Wort Stadträtin für Bürgerbeteiligung prangen haben, weil Sie es selbst so gewählt haben. Nichts anderes, was Sie hier wollen, ist, dass Sie Ihre Meinung offenbar mit Brachialgewalt durchsetzen. Sie verursachen damit durch die Parkpickerflüchtlinge Probleme in den anderen Bezirken, sehr geehrte Damen und Herren!

Nicht wir haben die Arbeiterkammerstudie falsch verstanden, sondern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, weil wer diese Studie genau liest, und die Arbeiterkammer nimmt naturgemäß Rücksicht auf die Bevölkerung, die täglich zum Job fährt, die auch Steuerleistungen erbringt, und die natürlich auch ihre Bedürfnisse hat, und wenn Sie sie korrekt lesen, dann werden Sie feststellen, dass genau jene Studie die Hinweise gibt, wo Park-and-ride-Anlagen auch hinzusetzen sind. Und da sind Versäumnisse mehr als in der Art gegeben, sehr geehrte Damen und Herren!

Unser designierter Parteiobmann und StR Manfred Juraczka hat Ihnen heute einmal eindrucksvoll gezeigt, wie es besser gehen kann. Er hat Ihnen unser Parkzonenkonzept präsentiert. Nützen Sie diese Chance, dass wir auch gemeinsam über solche Lösungen diskutieren! Ich kann nur Richtung Rot-Grün und Richtung der Frau Finanzstadträtin auffordern, diese grünutopischen Scherze, die sie hier macht, einzustellen und dass sie von ihrem grünen Götinnen-Parnass herabsteigt und eine Verkehrspolitik macht, die tatsächlich lösungsorientiert ist. Die ÖVP gibt Vorschläge dazu. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Kickert. Ich bitte darum.

Abg Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

An meinen Vorredner kurz angeschlossen: Der Herr Vorsitzende der ÖVP hat zwar angekündigt, ein Gegenmodell zu haben, aber in seiner Rede habe ich keinen einzigen inhaltlichen Punkt gehört. Also falls Sie tatsächlich an einer sachlichen Erarbeitung der Verkehrspolitik ... (*Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Wir können es Ihnen nachschicken!*) Wunderbar, aber Präsentation ist etwas

anderes als Nachschicken. Falls Sie daran interessiert sind, sachlich Verkehrspolitik zu betreiben, dann würde ich doch darauf hinweisen, dass eine sachliche Auseinandersetzung auch andere Grundlagen braucht.

Ich wollte in meiner Wortmeldung hauptsächlich auf den ersten Teil dieses Titels der Aktuellen Stunde eingehen, nämlich „Mitbestimmung garantieren“. In keiner der bisherigen Wortmeldungen wurde wirklich darauf geachtet, was BürgerInnenbeteiligung tatsächlich ist. Mitbestimmung bedeutet tatsächlich, und das ist kein semantischer Unterschied, wesentlich mehr als die Teilnahme an einer allfälligen Befragung, wobei ich eine Befragung durchaus als legitimes Mittel erachte. Mitbestimmung bedeutet, eine inhaltliche Diskussion und ein gemeinsames Erarbeiten von Möglichkeiten. Es bedeutet, gemeinsam Verantwortung (*Aufregung bei den Abgen Mag Johann Gudenus, MAIS, und Mag Dietbert Kowarik.*) für das Gemeinwesen zu übernehmen und es bedeutet einen Interessensausgleich verschiedenster Interessensgruppen. Allein nur im Bereich der Mobilität haben wir völlig unterschiedliche Interessensgruppen und diese einzubeziehen, bedeutet sehr viel mehr als lediglich die Autofahrer und Autofahrerinnen als Zeugen heranzuziehen. Das heißt, wenn ich Sie ernst nehme, was ich sehr selten tun werde, Herr Kollege Gudenus, Verkehrspolitik in Verantwortlichkeit zu überlegen und mit Augenmaß zu machen, würde bedeuten, Mobilität nicht lediglich auf die Interessen der Autofahrerinnen und Autofahrer zu reduzieren und natürlich auch nicht lediglich auf die Radfahrerinnen und Radfahrer, das ist mir klar. Wir haben auch FußgängerInnen, wir haben auch andere Menschen. Also falls Sie das ernst meinen würden, dann würden Sie auch tatsächlich in der Erarbeitung der Programme und Politiken und der Ideen und Aspekte Menschen mit einbeziehen. Das tun Sie nicht. Das, was Sie jetzt fordern, ist auf eine sehr populistische Art und Weise (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Frau Stadträtin mit BürgerInnenbeteiligung könnte es tun!*) die Frage auf eine Meinungsumfrage, nämlich eine BürgerInnenbefragung, zu reduzieren. Natürlich macht die Frau Stadträtin das in Absprache mit den Bezirken und natürlich werden auch die Bezirke in ihrem Wirkungsbereich soweit einbezogen, dass sie sogar bestimmen können - (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das heißt nicht, Bezirksbeteiligung, sondern BürgerInnenbeteiligung!*) nein -, ob sie eine BürgerInnenbeteiligung durchführen möchten und falls sie das tun möchten, dann werden sie auch darin unterstützt. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie reden es schöner, ein bisschen schöner!*) Oh nein, gar nicht schön. Ich habe ... (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sehr schön!*) Sehen Sie, das ist eine Stilfrage, ob man schönredet oder nicht. Man kann von Schikane, Privatkriegen, ideologischen Scheuklappen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie reden schon sehr schön!*), Deckmantel des Klimaschutzes und das Opfern der Grundrechte reden, wenn man möchte. Mein Stil, Herr Gudenus, ist ein ganz anderer. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Und es ist nicht nur schön, sondern es ist in einer bestimmten Art und Weise ehrlicher, weil es auch respektvoller ist. Ich beziehe nicht nur Sie in meine Reden

ein, sondern auch die Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet. Wenn man Ihnen zuhört, hat man keine Ahnung, wovon Sie reden, außer dass Sie nichts anderes machen wollen als die GegnerInnen, in dem Fall die Regierungsparteien, schlecht zu machen und Sie bringen auch keinen akzeptablen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Mitbewerber! Mitbewerber!*) Vorschlag, der politisch bewertet werden könnte. Ach, ich habe jetzt mindestens drei akzeptable Vorschläge gebracht.

Nichtsdestotrotz (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, Konzentration!*), ich bin mir ziemlich sicher, dass Mitbestimmung und BürgerInnenbeteiligung in den Händen der Frau Stadträtin und in den Händen der Regierungsparteien wesentlich besser, ernsthafter, respektvoller aufgehoben sind als in Ihren Händen. Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mahdalik. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen!

Zuallererst möchte ich den Präsidenten, den sehr geschätzten Präsidenten, ersuchen, auch bei freiheitlichen Abgeordneten nicht das Recht der freien Rede zu beschneiden und schon gar nicht den Wirkungsgrad von Zwischenrufen zu beurteilen. Beides fällt, bei allem Respekt, nicht in Ihren Aufgabenbereich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Aktuelle Stunde ist heute einigermaßen kurios gestartet. Ganz am Schluss haben wir in gewählten Worten einen Benimmkurs von der Kollegin Kickert bekommen, Elmayer für arme Leute. Davor war der Kollege Lindenmayr draußen und hat gesagt, er will sich nicht mehr mit der FPÖ beschäftigen, und hat es natürlich doch gemacht. Wir sehr sich die SPÖ mit der FPÖ beschäftigen muss, sieht man schon daran, dass der Bgm Häupl zu seinen Adlaten gesagt hat, schreibt's einmal die erste Seite vom FPÖ-Integrationsprogramm ab, geht's mit dem Weichzeichner drüber und ich präsentiere es dann als SPÖ-Integrationsprogramm. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dann wiederum mein Benzinbruder im Geiste, Umweltsprecher und PS-Freak Rüdiger Maresch, hat weinerlich geklagt, dass der Kollege Gudenus eine Brandrede gehalten und martialische Ausdrücke verwendet hat und hat sich dann im Laufe der Rede dermaßen reingesteigert, dass ich froh war, dass er diesmal seinen Schal, mit dem er voriges Mal, glaube ich, gegen das Vermummungsverbot protestiert hat, diesmal nicht oben gehabt hat. Ich habe jeden Moment gefürchtet, dass dich der Schlag trifft, weil du dich reingesteigert hast, herumgeschrien hast. Also bitte, Frau Kollegin Kickert, den PS-Freak einmal einzuschulen. Das war überhaupt keine gewählte Rede, hat wenig Niveau gehabt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und nur kurz zur Richtigstellung. Das war weder eine Weihnachtsansprache vom HC noch eine Silvesteransprache. Das war eine Rede im Rahmen des Neujahrstreffens. Deine war heute eher (*Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.*) eine Faschingsrede. Aber der Kollege

Lindenmayr hat es ja angesprochen und tausend Gründe gefunden, warum wir das Volk nicht befragen dürfen zum Können, Müssen, Dürfen, Wollen zum Parkpickerl. Sie sind natürlich allesamt an den Haaren herbeigezogen, weil vor der Wahl 2010, wo der Bürgermeister gemerkt hat, dass die Wähler batallionsweise zu uns wechseln werden und dass die Genossen, wie es der Kollege Haslinger voriges Mal so treffend formuliert hat, in Zweierreihen aus den Sektionen rausmarschieren, da hat er gesagt, wir müssen etwas tun und hat dem Kollegen Deutsch gesagt, bitte mach' was. Er hat im Rollcontainer neben seinem Schreibtisch nachgeschaut. Im ersten Ladl war drin: Tariferhöhungen. Da hat er gesagt, das machen wir nach der Wahl. Und Ladl wieder zu. Im zweiten Ladl waren Gebührenerhöhungen, auch schnell wieder zugemacht. Im dritten Ladl waren Projekte für sozial verträgliche bürgernahe Vorhaben, die war leer. Und was hat er in der vierten Lade gefunden? Direkte Demokratie, wir machen eine Volksbefragung. Und man hat No-na-net-Fragen wie zum Beispiel „Wollt's nicht wieder Hausmeister haben?“ gestellt. Da gibt es, glaube ich, bis jetzt zwölf neue. Donnerwetter! Oder: „Wollt's ihr eine 24-Stunden-U-Bahn?“ Freibier für alle hat noch gefehlt. Das hätte noch auf der Liste gefehlt. Und eine Nein-Frage, eine vorprogrammierte, war auch eingebaut, damit es nicht allzu fad ist, nämlich die für die City-Maut. Also wenn man das Volk zu einem Thema befragen will, auch wenn es jetzt Tarife betrifft - ich meine, pekuniäre Aspekte haben ja die Hausmeister und die 24-Stunden-U-Bahn auch -, dann kann man das sehr wohl machen.

Wir würden, wenn wir den Bürgermeister stellen, zu so einem eminent wichtigen Thema, das so viele Menschen in Wien betrifft, fast 700 000 Autobesitzer, natürlich selbstverständlich das Volk befragen, weil wir sind hier demokratiepolitisch aus einem ganz anderen Holz geschnitzt. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, das glaub' ich auch! Das glaub' ich auch!*)

Wir könnten zum Beispiel drei Fragen oder fünf Fragen aussuchen (*Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.*), zum Beispiel: „Wollt's ihr das kostenfreie Parkpickerl für ganz Wien? Wollt's ihr das Inkasso light der ÖVP mit einem Zonenmodell? Oder wollt's ihr die Parkraumbewirtschaftung in der althergebrachten Form von der SPÖ: Kassieren die volle Länge?“ Da könnten sich die Leute entscheiden, was wollen wir. Und dieser Entscheid wäre dann von den Regierenden auch anzuerkennen und durchzusetzen. Aber ihr habt Angst vor dem Volk, zu Recht, das sieht man an den Umfrageergebnissen, das sieht man an eurer Nervosität, weil getanz wird, meine Damen und Herren!

Wir verlangen noch einmal eine Wien-weite Bürgerbefragung, Volksabstimmung, wie ihr wollt, zum kostenfreien Parkpickerl und ein Ende der rot-grünen Inkassoaktion! Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster und letzter Redner ist Herr Abg Hora gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Vizebürgermeister-

rin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eigentlich hätte ich Argumente, wie ich die nächsten 45 Minuten dieses Haus ganz locker füllen könnte, ohne Atem zu holen. Ich will es aber trotzdem in den 5 Minuten schaffen.

Herr Gudenus, Sie haben heute einen Satz gesagt, der ganz wichtig ist und den ich voranstellen will: „Klima zu schützen.“ Klima heißt nicht nur Umwelt zu schützen, sondern auch das Klima zwischen politischen Parteien zu schützen. Und ich würde Sie daher ersuchen, wenn Sie die Presseaussendungen Ihres Fraktionsmitglieds Mahdalik die letzte Zeit gelesen haben, und ich hab' nicht darauf reagiert, dann würde ich Sie bitten, wirklich einmal nachzudenken, ob diese Sprachregelung in Ihren Presseaussendungen - und über Tippfehler rede ich nicht, das ist nicht meine Angelegenheit - nicht doch als zu, sagen wir so, als nicht klimagerecht einzustufen ist.

Aber, meine Damen und Herren, es geht um die Parkraumbewirtschaftung. Es geht um das Thema Mitbestimmung garantieren statt drüberzufahren, abzukasieren. Meine Damen und Herren, es hat 2010 vom 11. bis zum 13. Februar die Fragestellung gegeben: „Soll in Wien eine City-Maut eingeführt werden?“ Der Ausgang war ganz eindeutig, dass es keine City-Maut geben soll. Wir haben aber die Hausaufgaben gemacht, und das ist vielleicht der Unterschied zu Ihnen, und haben auch entsprechende Untersuchungen gemacht, wie es ausschaut. Normalerweise ist es die Freiheitliche Partei, die mit Taferln kommt. Ich kann Ihnen das Internet empfehlen, Sie können es nachlesen, was Parkraumbewirtschaftung im Endeffekt für Vorteile hat. Die Zahlen will ich jetzt hier nicht vorlesen. Lesen werden Sie die Studie ja vermutlich auch selbst können.

Enttäuscht bin ich, Herr Kollege Juraczka, von Ihnen. Sie haben die AK-Studie zitiert. Ganz offen gesprochen: Lesen Sie es bitte noch einmal. Ich habe sie da, ich kann sie Ihnen gerne geben. Schauen Sie sich diese genau an. Ich verstehe schon, dass der Herr Lhptm Pröll geschützt werden muss und dass Sie daher gegenüber Niederösterreich und das Weglegen der Pendlerproblematik hier keinen Ton sagen wollen. *(StR Mag Manfred Juraczka: Seite 18 und 19! Seite 18 und 19!)*

Meine Damen und Herren, ich habe angekündigt, dass ich etliches habe. Nachlesen, ich will es nicht vorlesen wegen der Zeit, aber für die FPÖ: Wenn Sie unsere Stadtverfassung, den § 112a Abs 2 ganz genau lesen, dann wissen Sie, wann Volksbefragungen und wann Volksabstimmungen möglich sind. Aber ich anerkenne das Demokratiebewusstsein der FPÖ und habe Folgendes festgestellt: In Klagenfurt gibt es einen Herrn Bgm Christian Schneider, die Freiheitlichen in Klagenfurt. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Scheider! – Abg Mag Dietbert Kowarik: Scheider!)* 2010 hat es eine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in Klagenfurt gegeben. Meine Frage an die Freiheitliche Fraktion: Hat es dort eine Bürgerbefragung gegeben? Hat es dort überhaupt eine Bürgerinformation gegeben? Und ich habe mich gestern noch einmal persönlich bei Menschen aus Klagenfurt erkundigt, die nicht alle meiner Partei angehören: Nein, das hat es nicht gegeben. Ganz einfach wurde

die Verordnung erlassen und es war in Klagenfurt sogar so, dass die Tafeln nicht einmal rechtzeitig aufgestellt waren. *(Abg Anton Mahdalik: Interessant, Charly! – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Um noch zum letzten Satz zu kommen, weil ja dort, wo FPÖ drin ist, alles so günstig und billig ist: In Wien ist die Bearbeitungsgebühr für ein Parkpickerl, 2 Jahre, eine einheitliche Gebühr, egal, wie lange, 58,99 EUR, in Klagenfurt ist die Bearbeitungsgebühr 66,01 EUR, also mehr als 10 Prozent teurer als in Wien und das in der Landeshauptstadt eines FPÖ-Bundeslandes und eines FPÖ-Bürgermeisters! Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass zwei schriftliche Anfragen von Abgen des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt sind. Die Abgen Yilmaz, Mag Berger-Krotsch, Ekkamp und andere haben am 16. Dezember gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Erlassung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zugewiesen.

Die Abgen Strobl, Mag Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp und andere haben am 16. Dezember gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Tourismusförderung in Wien, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien Nr 50/2010, eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

Die Abgen Strobl, Mag Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp und andere haben am 16. Dezember gemäß § 30b eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung der Einhebung einer Dienstgeberabgabe eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen.

Die Abgen Dr Kickert, Mag Maresch, Dipl-Ing Margulies und andere haben am 16. Dezember gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Gesetzes über die Regelung der Benützung von Straßen durch abgestellte mehrspurige Kraftfahrzeuge eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

Die Abgen Strobl, Mag Berger-Krotsch, Deutsch und andere haben am 16. Dezember gemäß der Geschäftsordnung eine Änderung des Gesetzes über den Kulturförderungsbeitrag eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen.

Die Abgen Strobl, Mag Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp und andere haben am 16. Dezember gemäß der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Erlass des Wiener Sportförderungsbeitragsgesetzes eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zuge-

wiesen.

Bevor wir die unter der Postnummer 1 vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 28 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt.

Ich schlage vor, diese Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtages, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich sehe die Einstimmigkeit, wird so angenommen.

Frau Bundesrätin Dr Jennifer Kickert hat mit 21. Oktober 2011 ihre an 8. Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Herr Marco Schreuder, mit Wirkung vom 21. Oktober 2011 nach. Der Grüne Klub im Rathaus schlägt als neues Ersatzmitglied für die 8. Stelle Frau Zerife Yarkin zur Wahl vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist einstimmig so angenommen.

In der Zwischenzeit darf ich die Damen und den Herrn Abgeordneten zum Europäischen Parlament herzlich bei uns willkommen heißen und sie bitten, Platz zu nehmen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Postnummer 2 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen, Wiener Dienstleistungsgesetz.

Die Geschäftsordnung des Wiener Landtages sieht nunmehr auch die Möglichkeit vor, österreichische Abgeordnete zum Europäischen Parlament zu Sitzungen des Landtages einzuladen. Diese können sich, soweit ein Tagesordnungspunkt Angelegenheiten der Europäischen Union berührt, auch zum Wort melden. Da mit dem vorliegenden Gesetz die EU-Richtlinie 2006/123 Europäische Gesetzgebung über Dienstleistungen im Binnenmarkt auf Wiener Landesebene umgesetzt wird und somit ein EU-Bezug vorliegt, hatte ich erstmals die Freude, Abgeordnete zum Europäischen Parlament in den Wiener Landtag einladen zu können und ich darf daher sehr herzlich Frau Abg Mag Ulrike Lunacek, Frau Abg Mag Eveline Regner und Herrn Abg Heinz Becker bei uns willkommen heißen. Nochmals herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*) Der ebenfalls von mir eingeladen Abg Andreas Mölzer hat sich entschuldigt.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Amtsf StRin Frauenberger, die Verhandlung einzuleiten. Bitte, Frau Stadträtin.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments! Sehr geehrte Abgeordnete dieses Hauses! Ich darf Sie um Zustimmung zum Initiativantrag betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen, das Wiener Dienstleistungsgesetz, bitten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin!

Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzu-

legen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

In der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, dass die Redezeit für die Abgeordneten zum Europäischen Parlament 20 Minuten und für die Abgeordneten des Wiener Landtages 15 Minuten beträgt. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete zum Europäischen Parlament Becker. Bitte, Herr Abgeordneter.

EP-Abg Heinz K **Becker** (ÖVP): Herzlichen Dank! Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag des Landes Wien! Werte Kolleginnen und Kollegen im gemeinsamen Auftrag für unsere Bürgerinnen und Bürger!

Ich freue mich und bin stolz, dass mir und uns als Abgeordnete des Europäischen Parlaments erstmals die Gelegenheit geboten wird, in unserer Heimatstadt in einen Dialog mit einer gesetzlichen Institution zu treten. Mein Name ist Becker. Ich bin Mitglied der österreichischen ÖVP-Delegation im Europaparlament und als Sozial- und Bildungssprecher tätig. Ich bin Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales, des Petitionsausschusses und der Delegation für die Beziehungen mit Kanada sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Medien. Weiters bin ich Vizevorsitzender der parlamentarischen Intergruppe für Altersfragen. Daran anknüpfend auch mein klarer Fokus, den ich lebe, auf Generationenpolitik. Auch als Generalsekretär des Seniorenbundes hier in Österreich will ich hiermit klarstellen, dass ich einen Beitrag leiste und das auch in diesen Zusammenhang stelle. Unser Delegationsleiter Othmar Karas hätte diese Stunde gerne miterlebt. Es war für ihn immer ein großes Anliegen. Er hat zur gleichen Zeit aber als neu gewählter Vizepräsident des Europäischen Parlaments eine wichtige Sitzung. Das ist zu respektieren.

Wenn ich auch erst im April 2011 mein Mandat im Europäischen Parlament angetreten habe, möchte ich doch ein paar kurze Eindrücke aus meiner Arbeit vermitteln:

Erstens: Wir arbeiten im hohen Maße fraktionsübergreifend. Ich glaube, das verbindet uns auch mit diesem Haus. Ich habe meinen zuvor sehr praktisch ausgelebten Beißreflex bei Ideen anderer Fraktionen dort schon nach wenigen Tagen abgelegt und es nicht einmal bemerkt. Ihn gibt es nicht mehr. Man hat ihn dort nicht und wir sind in einem sehr hohen Maß sehr konstruktiv miteinander unterwegs. Wir arbeiten sehr intensiv in den Ausschüssen, in, vor und während der Ausschussarbeiten auch mit unseren Fraktionen, deren Potenzial an Unterstützung ein sehr hohes ist. So gesehen habe ich also auch als, wie Sie ja erkannt haben, Greenhorn eine sehr positive Gesamtbilanz dieser ersten Monate zu ziehen.

Gerade weil wir im Europäischen Parlament mit Überzeugung für unsere Heimat das Maximum in Europa erreichen wollen, stellt sich das Europäische Einigungswerk als alternativlos für unsere politische Arbeit dar und es beweist, dass kein Mitgliedsland und keine Region Europas auf sich allein gestellt heute und morgen die Herausforderungen meistern kann.

Ich möchte in diesem Licht diese Sitzung auch für

mehrere andere Bundesländer als beispielhaft anführen und, wie Sie mir auch erlauben, als ein Signal an das Parlament, an das Österreichische Parlament, das ebenfalls die Erkenntnis mittragen sollte, dass wir ein gemeinsames Projekt vorantreiben und dies auch politisch leben sollten.

Zum Hauptthema dieser Sitzung, der Dienstleistungsrichtlinie, die im Wiener Dienstleistungsgesetz verankert werden soll: Wie Sie wissen, wurde ja auf europäischer Ebene intensiv darum gerungen, vom ersten Meilenstein 2004 bis heute. Diese Diskussionen, die damit verbunden waren, gibt es auch und gab es in Österreich und in Wien. Immerhin ging es ja, und das darf man nicht unterschätzen, um ganz grundsätzliche Entscheidungen. Wettbewerbspolitik und Sozialpolitik, Wettbewerbspolitik versus Sozialpolitik stehen hier auf dem Prüfstand. Der Beschlussantrag des ÖVP-Parlamentklubs vom Dezember 2004, den ich mir angeschaut habe, demonstriert die schon damals klare Positionierung unserer Volkspartei auch in dieser Frage als Europapartei hier in Wien, für mich eine sehr erfreuliche Feststellung. Ich bin überzeugt, dass genau eines auch gelungen ist, nämlich die soziale Komponente in diesem Werk zu verankern. Es ist eine konsequente Umsetzung jetzt auch auf der Landesebene passiert, was mich sehr befriedigt. Ich hoffe daher auf einen hohen Konsens aller Kräfte in diesem Haus, so wie wir es ja auch im Europaparlament immer anstreben.

Mit dem Wiener Beschluss ist die zuletzt noch übrig gebliebene neun-plus-eins-Lösung von Bund und Ländern nun definitiv abgeschlossen. Ich freue mich, dass ich da dabei sein kann.

Im Detail nur ein paar Eckpunkte zum Thema Dienstleistungen: Sie wissen, rund 70 Prozent Anteil an der europäischen Wirtschaft. Alleine diese Quantifizierung stellt der Dimension ein Zeugnis aus. Vor allem kleinere Unternehmen können die Möglichkeiten nur dann wahrnehmen, wenn sie solche Rahmenbedingungen vorfinden. Und so wird auch den Bürgern, den Verbrauchern, der Zugang zu größeren und innovativen Leistungen möglich. Wir wissen, dass es sich hier auch im grenzüberschreitenden Bereich schlicht um die übereinstimmend stärkste Wachstumsdimension handelt. Das Potenzial an Arbeitskräften und am Wirtschaftswachstum kann nicht höher angesetzt werden. Wir erwarten uns 60 bis 140 Milliarden. Das ist eine weite Spanne, egal, wo das liegt. Es ist enorm. Und es geht um 0,6 bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr.

Ich sehe das aber auch im Lichte der Region. Gerade für den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Wien und Umland - Sie wissen, welche Wirkung Ihre Entscheidungen haben - ist das von fundamentaler Bedeutung.

Ich möchte neben einzelnen noch präziser auszuführenden, aber Ihnen zum Teil bekannten Regelungen im sozialen Bereich doch auch hervorheben, dass es ein ganz spezielles Bemühen war, Gefahren von Lohndumping zu verhindern. Wir glauben, das ist hier geschehen. Hier waren viele Kräfte an einem Strang, Sozialpartner finde ich vorbildlich, Herkunftslandprinzip gesichert. Es gibt sehr viel zu sagen. Alles in allem möchte ich das als ein wirkliches Erfolgsprodukt der Sozialpolitikerinnen und

Sozialpolitiker bezeichnen. Es gibt gar nicht so viele renommierte Projekte dieser Qualität in der Europäischen Union und auf regionaler Ebene.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das so sagen darf, wir können auch auf europäischer Ebene für die Interessen Wiens viel beitragen und gemeinsam umsetzen. Die Vernetzung in den letzten Jahren zu diesem Thema war schon maximal durch die Fraktionen, durch die institutionellen Ebenen. So lebt man das, so praktiziert man das. Ich kann das nur so vielleicht überpositiv für manche Ohren, aber aus meiner Sicht sehr objektiv darstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erlauben Sie mir das Augenmerk aber auf ein paar andere Felder und Projekte zu werfen, die einen Zusammenhang mit unserer Arbeit haben und die ich nun deshalb auch in unsere Premiere des Dialoges stellen möchte. Es tut sich sehr viel, und die Experten hier wissen es, im Bereich der Verkehrspolitik: Europäische Verkehrsnetze mit Bahnkorridoren, mit großen Entwicklungen im Bahnbereich, mit dem Thema Flugzeug ist gleich Flughafen. Wir haben mit Wien, Bratislava, Budapest den eindeutig größten Raum mit höchstem Entwicklungspotenzial in Europa. Da gibt's Experten, die sagen, das hat sogar das größte Potenzial in der Welt. Also das ist eine ungeheure Chance. Daher sollte hier ein gemeinsames Flughafenkonzept auch ein Thema sein. Wie können wir alle in der Zusammenarbeit dieser Regionen von Wien ausgehend Priorität erlangen? Die Donau brauche ich Ihnen gar nicht erst erläutern. Sie sind voll damit vertraut, dass die Chancen in der EU-Strategie für den Donauroum sehr groß sind. Ich hoffe, dass wir das nutzen können. Machen wir auch das gemeinsam zu unserer Sache!

Lassen Sie mich aber auch ganz offen sagen: Auch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, können hier vor Ort etwas beitragen zu den gemeinsamen europäischen Zielen. Lassen Sie mich eine Aufforderung aussprechen, das zu tun, und diese Aufforderung der Ordnung halber an die Wiener Landesregierung richten: Vermitteln Sie den Bürgerinnen und Bürgern gezielt, was Europa zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger leisten kann und beitragen kann und dies schon tut! Verschweigen sie nicht den Anteil der von Ihnen erfolgreich gesicherten und genützten Konzepte und Mittel, die aus Europa kommen, die in Zusammenarbeit genutzt werden, sondern informieren Sie aktiv! Ihre Leistung muss da ebenfalls Stellenwert haben, aber die europäische auch. Ich möchte Sie darauf hinweisen, es gibt eine sehr schöne Landkarte des Landes Wien, auf der sind die geförderten Projekte alle eingezeichnet. Stellen Sie Tafeln auf! Lassen Sie das, was im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gemeinsam geschaffen wurde, auch die Bürger wissen. Sie werden es Ihnen auch danken, denn Sie haben das an Mitteln ja zurückgeholt, sie haben es ja durchgesetzt! Ohne Europas Beitrag gäbe es viele Radwege nicht und Hochwasserschutz, weniger Stadterneuerung. Sie wissen es aus den Budgets, die Bürger nicht. Zeichnen Sie das aus, ein konkreter Vorschlag, der nicht viel kostet. Zeichnen Sie einen Europaweg in Wien einfach aus!

(*Beifall bei der ÖVP.*) Unsere Wienerinnen und Wiener werden das mit Interesse betrachten und werden alle was davon haben. Und auch unsere Gästinnen und Gäste, wenn Sie mir diese Scherzbemerkung erlauben, werden erfahren, dass es ein Motto gibt, das ich abschließend definiere mit: Europa ist Wien und Wien ist Europa! Danke. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Abgeordneter, herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Das ist in der Tat etwas, was in die Geschichte dieses Hauses eingehen wird. Es ist heute das erste Mal diese Gelegenheit.

Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete zum Europäischen Parlament Mag Lunacek. Bitte, Frau Abgeordnete.

EP-Abg Mag Ulrike **Lunacek** (GRÜNE): Danke sehr. Ich bahne mir den Weg. Einen schönen guten Mittag mittlerweile, Herr Präsident, Frau Stadträtin, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich wirklich sehr, hier heute das erste Mal dieses Recht wahrnehmen zu können, im Wiener Landtag reden zu können. Angesichts der Tatsache, dass Europa derzeit im demokratiepolitischen Ausnahmezustand regiert wird, ist das hier heute eine wirklich großartige Ausnahme, nämlich eine positive, dass Demokratie auf allen Ebenen funktionieren soll und muss und wir das auch zueinander bringen, die, die wir gewählt sind dafür. Dafür herzlichen Dank der Monika Vana und Elisabeth Vitouch und den anderen, die hier vom Europaausschuss das durchgesetzt haben, dass das hier möglich ist. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Und vielleicht auch so als wir uns jetzt vorhin - ich habe die Eveline Regner gestern im Flieger getroffen und jetzt vorhin mit ihr geredet und wir haben gesagt, also 20 Minuten Redezeit - für Europaabgeordnete ist das mehr als ein Luxus! (*Allgemeine Heiterkeit.*) Dort haben wir, wenn es gut geht, 2 Minuten, meistens eine oder eineinhalb. Also wir werden auch jetzt die 20 Minuten sicher nicht alle ausschöpfen, damit wir nachher auch noch etwas haben. Aber danke auch für diesen Luxus, hier einmal länger und auch sozusagen ausführlicher reden zu können.

Vielleicht kurz zu mir: Nach fast zehn Jahren im Nationalrat bin ich jetzt seit 2009 im Europaparlament, dort vor allem zuständig für Außenpolitik, eine der beiden Außenpolitikspracherinnen der Fraktion, vor allem Westbalkan und Südkaukasus, aber auch Vorsitzende der Intergroup für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, ein Thema, das ja auch in Wien sehr wichtig ist und auch sehr gut wahrgenommen wird. Ich bin auch im Ausschuss für bürgerliche Rechte, der im Europaparlament in der französischen Abkürzung LIBE-Ausschuss heißt, aber nur mit einem E, also LIBE. Das ist der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, kommt vom Französischen her. Der ist momentan gerade sehr gefragt in einem demokratiepolitisch wichtigen Thema, nämlich was in unserem Nachbarland Ungarn derzeit geschieht an Demokratieabbau, an Gehen in Richtung einer autoritären Regierung, wo wir uns gerade in diesem Ausschuss und im Europaparlament in den nächsten Wochen intensiv damit beschäftigen wer-

den, klar zu machen, dass die Regierung Orban einen antieuropäischen Weg geht, der auch von europäischer Seite geahndet und geändert werden muss. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich wollte eigentlich auch damit beginnen zu sagen, Wien ist anders, als nur Halbwien. Ich bin in Niederösterreich aufgewachsen und dann in Wien auch, dann war ich lange in Tirol studieren und bin seit Langem jetzt wieder auch gerne in Wien. Aber dass Wien anders ist, ist mir ja in diesem Punkt mit dieser Ausnahme dieses ersten Falles dieses Rederechts hier sehr recht. Ich würde mir aber wünschen, dass in diesem Fall Wien in Zukunft nicht mehr anders ist, sondern dass alle Landtage das machen und sehr wohl auch der Nationalrat, weil dort im Plenum des Nationalrats haben wir kein Rede-recht. Also das wäre dann der nächste Schritt.

So, aber nun zum Thema des heutigen Tages, mit dem ich einleiten möchte, die Dienstleistungsrichtlinie. Hier war es etwas, wo sowohl wir Grüne als auch andere hier von Anfang an ziemlichen Widerstand geleistet haben, Herr Becker hat das ja schon zum Teil ausgeführt, denn die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen ist etwas, was wir sehr, sehr kritisch betrachten. Vor allem sind ja hier die Städte die Hauptbetroffenen.

Gesundheit, Bildung ist etwas, was sozusagen auch staatlich geregelt werden muss, wo es Zugang für alle geben muss und nicht nur für jene, die mehr Geld haben. Hier hat es zum Glück Verbesserungen gegeben. Das Herkunftslandprinzip wurde entschärft. Aber dennoch befürchten wir eine Abwärtsspirale, weil diese Regelung einfach zu weit gefasst ist, hier Dienstleistungen drinnen sind, die in den öffentlichen Bereich gehören und nicht liberalisiert werden dürfen. Hier hat es auch von den Grünen im Europäischen Parlament massiven Widerstand dagegen gegeben. Es ist jetzt besser, als es ursprünglich intendiert war. Gut ist es immer noch nicht. Ich denke, wir müssen weiterhin darauf schauen, dass soziale Dienstleistungen öffentliche Dienstleistungen bleiben und nicht den Privaten freigegeben werden und aus der Bevölkerung gerade jene, die es sich nicht leisten können, die Ärmeren hier keinen Zugang haben. Das gehört in Wien gesichert. (*Beifall bei den GRÜNEN und von Abg Dipl.-Ing Omar Al-Rawi.*)

Das gehört in anderen Teilen Österreichs gesichert und europaweit sowieso, weil diesen Wettbewerb, gerade was Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit betrifft, dürfen wir nicht akzeptieren. Hier bin ich froh, dass es auch von Wiener Seite große Unterstützung dabei gibt.

Ich möchte jetzt aber noch zu dem kommen, was ich zuerst erwähnt habe, diesen demokratiepolitischen Ausnahmezustand, in dem sich die EU betrifft, was wir derzeit erleben. Das gehört geändert. Heute Nachmittag wird im Nationalrat der Rat von Sonntag und Montag vorbereitet. Evelyn Regner und ich - ich weiß nicht, ob Herr Becker auch - werden dort ab 16 Uhr teilnehmen. Der Fiskalpakt ist ein Pakt, den jetzt 26 Regierungen vorbereiten. David Cameron hat gefunden, er will dort nicht dabei sein, weil die City of London sozusagen den Himmel der Finanzdienstleister und Spekulanten nicht gefährden will. Er macht nicht mit. Was jetzt passiert, ist,

dass Merkel und Sarkozy, nämlich nur diese beiden, etwas vorbereiten, wo die Parlamente außen vor sind, der Wiener Landtag sowieso. Aber auch der Nationalrat darf im Nachhinein darüber abstimmen und das Europaparlament ist sowieso außen vor. Gerade drei plus eins unserer Abgeordneten dürfen zuhören in einem Prozess, wo wir eigentlich ignoriert werden. Das ist demokratiepolitischer Ausnahmezustand. Das ist nicht etwas, was das sowieso schon verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung auch nur irgendwie wiederherstellen könnte. Das heißt, für uns ist dieser Fiskalpakt eine unnütze Provokation. Das meiste davon wäre auch innerhalb der Verträge und im Gemeinschaftsrecht machbar. Das sollte auch so geschehen, und nicht mit einem solchen Pakt, völlig außerhalb der Verträge, wo es sich nur die Regierungen miteinander ausmachen. Ich hoffe, dass es auch von Ihnen öffentlichen Widerstand dagegen gibt.

Was wir jetzt in diesem Europa brauchen, ist ein großer Wurf, ein demokratiepolitischer, aber auch ein sozialpolitischer, der tatsächlich neue Maßstäbe setzt. Dafür würden wir zum Beispiel so etwas wie einen neuen Konvent brauchen, wo wir dieses demokratische Vakuum endlich beenden. Ein bisschen etwas in diese Richtung wird es ab 1. April geben, die Europäische Bürgerinitiative, die notwendig geworden ist. Aber Wahlen zum Europäischen Parlament, wo sich der künftige Kommissionspräsident oder die künftige Kommissionspräsidentin direkt diesen Wahlen stellen sollen, gibt es noch nicht. Den Vorschlag gibt es im Verfassungsausschuss des Europaparlaments. Leider wehren sich die größeren Fraktionen in ihren Heimatländern - die CDU in Deutschland, die Sozialdemokraten in anderen - dagegen, das umzusetzen. Dann müssten sich nämlich diejenigen, die so etwas wie eine europäische Regierung darstellen, der Wahl stellen. Sie müssten 2014 durch die verschiedenen EU-Staaten fahren und klarmachen, was sie wollen, ein soziales Europa, ein ökologisches Europa, ein demokratischeres. Und sie würden dann nicht mehr einfach von den Regierungen geschickt werden, weil man sie dort vielleicht nicht mehr braucht.

Was wir auch brauchen, ist ein sozialeres Europa und ein auch wirtschaftlich klares, eine Sozialunion, wo es steuerliche Mindeststandards gibt, nicht nach unten zu liberalisieren und nach unten zu degradieren, sondern dass so etwas wie ein Flat Tax - wie im Nachbarland Slowakei - einfach nicht für alle gelten kann. Wir brauchen Mindeststandards, um auch öffentliche Ausgaben zu sichern. Was jetzt passiert, ist, zu sparen, zu sparen, zu sparen. Wir Grüne sind schon auch dafür, dass man Schulden abbaut, aber nur das zu tun und gleichzeitig die öffentlichen Budgets völlig zuzumachen, nichts mehr investieren zu können in Investitionen, im Sozialbereich, im Umweltbereich, in ökologischer Infrastruktur - die brauchen wir in Wien und Umgebung genauso -, ist der falsche Weg. Ein guter Weg dafür wäre die Finanztransaktionssteuer. Sie ist wirklich eines meiner Lieblingsthemen.

Ich komme, wie manche von Ihnen wissen, aus der Entwicklungspolitik. Dort haben wir schon vor 20 Jahren von der Tobin-Steuer gesprochen, die für entwicklungs-

politische Maßnahmen Geld lukrieren könnte und gleichzeitig den Spekulanten das Handwerk legen könnte. Wir haben dann im Nationalrat - das war Ende 2008, bevor ich ins Europaparlament gewechselt bin - einen Erfolg erlebt, nämlich einen Fünfparteiantrag, der gesagt hat, wir brauchen eine solche Finanztransaktionssteuer und sie soll zuerst auf europäischer Ebene gemacht werden. Weil bis dahin hat es vor allem von der ÖVP-Seite die Haltung gegeben, machen wir das nur global, weil sonst geht das nicht.

Es ist mittlerweile klar, eine Finanztransaktionssteuer kann, darf und muss es auch auf europäischer Ebene geben. Wenn Herr Cameron, der gestern wieder gesagt hat, das ist verrückt, nicht mitmachen will, dann soll er draußen bleiben auf seiner Insel und wir machen es innerhalb der Eurozone. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ sowie von den Abgen Ingrid Korosec und Ing Isabella Leeb.)*

Wir fangen dort an. Schließlich ist es möglich, dafür, so wie die Kommission das jetzt vorschlägt, an die 55 Milliarden EUR zu lukrieren. Das ist in Zeiten wie diesen kein Pappentier.

Etwas, wofür ich klar stehe, und ich weiß, es gibt heute auch einen Antrag hier im Landtag dazu - ich und die GRÜNEN stehen dazu -, ist, dass das zwischen dem europäischen Budget und dem nationalen Budget aufgeteilt wird und für Investitionen in das rennt, wo die Bürger sagen, die EU soll zahlen. Die EU soll auch für vieles zahlen, zum Beispiel den Globalisierungsfonds, zu dem ich dann noch komme, wo es heute, glaube ich, auch einen Antrag dazu gibt, aber die EU braucht auch ein Geld dafür. Die Europäische Union hat derzeit gerade einmal ein bisschen mehr als 1 Prozent des BIP aller Mitgliedsstaaten. Meine Damen und Herren, damit kann die EU nicht alles zahlen, was die Bürgerinnen und Bürger wollen. Das heißt, ein Teil der Finanztransaktionssteuer ins EU-Budget und ein Teil ins nationale Budget. Das ist der Weg, den wir hier vorsehen und nicht jener, die sagen, nur ins nationale Budget. Man muss in Europa auch so etwas wie Solidarität üben. Wir sagen im Europaparlament, wir brauchen Solidität, also ein solides Budget, aber wir brauchen gleichzeitig auch Solidarität. Beides gemeinsam muss es geben. In diese Richtung muss es gehen.

Natürlich muss es zur Regulierung der Finanzmärkte auch eine europäische Rating-Agentur geben. So sehr Standard & Poor's nicht so unrecht damit hatte, wenn sie gesagt hat, dass es Europa vor allem an politischem Defizit mangelt, nämlich an der Handlungsunfähigkeit, an der Unfähigkeit, rasche Entscheidungen zu treffen - das stimmt ja -, müssen wir aber alles andere, denke ich, in europäische Hände nehmen. Dafür brauchen wir auch eine europäische Rating-Agentur. Dafür brauchen wir aber auch eine Regulierung der Finanzmärkte. Die Steueroasen gehören eingedämmt, gehören abgeschafft. Den Spekulanten gehört das Handwerk gelegt. Nur dann kann dieses Europa wieder auf neue und auch auf sozialere Beine gestellt werden.

Vielleicht noch kurz einige Worte zum Globalisierungsfonds, der an und für sich ein gutes und richtiges

Instrument ist, das auf europäischer Ebene geschaffen wurde, damit es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Grund des Zusperrens eines Unternehmens den Arbeitsplatz verlieren, Unterstützung von europäischer Seite gibt und die nationalen Budgets entlastet werden. Er soll natürlich nicht nur die Unternehmen belasten. Hier hat es in der Vergangenheit gute Ideen gegeben. Das Problem, das ich derzeit sehe, ist, dass daran gedacht ist, aus diesem europäischen Globalisierungsfonds vor allem in die Landwirtschaft zu investieren. Jetzt sage ich, so wichtig die Landwirtschaft schon ist, zahlt dafür die EU aber schon den ganz großen Brocken im Rahmen des Agrarbudgets. Ich sehe nicht ein, und das werden wir im Europaparlament auch vertreten, dass dieser Globalisierungsfonds jetzt umgeschichtet und in den Agrarbereich investiert werden soll. Diesen brauchen wir, um jene in der Arbeitswelt zu stützen, die, weil das Unternehmen zusperrt, weil das Unternehmen eventuell woanders hingeht, Unterstützung für soziale Maßnahmen, für Weiterbildungsmaßnahmen et cetera brauchen. Ein Agrarbudget gibt es schon, darüber verhandeln wir extra, aber der Globalisierungsfonds gehört in die Hände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eventuell ihren Job verlieren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich komme schon zum Schluss. Hier ist eine wunderbare Uhr, die mir sagt, jetzt habe ich noch 6,47 Minuten. Diese werde ich jetzt nicht ausnutzen, sondern zum Schluss noch einmal zu meinem Beginn zurückkommen.

Wien ist anders. Das ist gut so. Das soll es in vielen Bereichen auch bleiben. Aber mit dem Rederecht wünsche ich mir, dass alle anderen Bundesländer und der Nationalrat so wie Wien werden, nämlich dass die Ebene zwischen Europaparlament und Landtag zusammengeführt wird und wir in diesen Dialog auch in Zukunft stärker investieren können. - Vielen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Herzlichen Dank, Frau Mag Lunacek!

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich aus dem Bundesrat bei uns auch noch die Frau Bundesrätin Mag Muna Duzdar und Herrn Bundesrat Stefan Schennach begrüßen. - Herzlich willkommen! *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich ersuche nun, Frau Abgeordnete zum Europäischen Parlament Mag Regner ans Pult zu kommen und das Wort zu ergreifen.

EP-Abg Mag Evelyn **Regner** (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Auch ich wünsche einen schönen guten Tag hier und muss wirklich sagen, ich habe mich sehr auf die heutige Gelegenheit gefreut, mit Ihnen zu diskutieren, mich auszutauschen. Ich möchte mich daher ganz ausdrücklich bei den Landtagsabgeordneten, bei der rot-grüne Koalition, die sich dafür ins Zeug geschmissen hat, europäisch, demokratisch mit uns zu diskutieren, bedanken. Also ein großes herzliches Dankeschön und dass wir noch viele Gelegenheiten haben, über europäische Themen zu diskutieren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien ist in der Hinsicht wirklich anders. Ich habe mir

angeschaut, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Ein echtes Rederecht, wirklich Themen auszutauschen, die uns bewegen, weil europäische Themen wirklich auch auf der täglichen Tagesordnung in Wien sind, ist eine ganz tolle Sache. Mir geht es darum, uns durch das Prinzip „durchs Reden kommen die Leute zusammen“ auszutauschen. Weswegen wir in Wien, aber auch in Österreich so gute Noten bekommen, selbst von McKinsey beispielsweise, ist, weil hier der soziale Zusammenhalt gut ist. Sozialer Zusammenhalt bedeutet aber auch, dass wir miteinander reden, dass ich erfahre, wie es hier im Landtag tickt, was die Themen sind, die tatsächlich den Tag, die politische Diskussion beherrschen. Deshalb ist es ganz einfach wichtig, auch zu wissen, wer wir sind, was wir tun, was gerade die Themen sind, die auf der Tagesordnung sind.

Ich möchte mich gleich auf das Dienstleistungsgesetz beziehungsweise auf die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie beziehen, um die es heute geht. Ich gehöre als Wienerin, als Leopoldstädterin, als Kaisermühlenerin, aber vor allem auch als Gewerkschafterin zu denjenigen, die diesbezüglich schon nachgedacht haben, wann es das erste Mal war, bei Demonstrationen dabei gewesen zu sein, sich dafür eingesetzt zu haben, dass die Dienstleistungsrichtlinie so kommt, wie wir sie uns vorstellen können, nämlich dass der Binnenmarkt ein Mehrwert für uns in Europa, für uns Wienerinnen und Wiener, die wir genauso Teil von Europa sind, ist, aber dass dabei Regeln beachtet werden. Das ursprüngliche Konzept - und da schaue ich jetzt hinüber in Richtung FPÖ-Bank - war tatsächlich so, dass es eine in EU-Recht gegossene Version der schwarz-blauen Regierung war, nämlich ein Kampf, ein Wettbewerb der nationalen Rechtssysteme. Nichts anderes war nämlich dieses Herkunftslandprinzip, das wir in der ursprünglichen Version in der Kommission geschrieben hatten. Man kann sich das so vorstellen, dass damals hineingeschrieben war - Gott sei Dank ist es nicht so gekommen -, wenn wir mit dem Auto fahren und unterwegs sind, wir uns natürlich an die Straßenverkehrsordnung halten, aber es sehr oft doch passiert, wenn man in Portugal, in der Slowakei oder sonst wo unterwegs ist und dort geblitzt wird, dass man natürlich nicht die Strafen zahlt. Das kommt oft genug vor. Das war genau dieses Prinzip, nämlich letztlich soll nicht jeder tun, was er will, aber jeder macht im Endeffekt, was er will, weil die entsprechenden Kontrollmechanismen nicht eingebaut sind. Da war es natürlich ein Anliegen, sage ich, nicht nur der Sozialdemokratie, der Zivilgesellschaft, Grüner, wirklich eines breiten Bogens an Menschen, sich dagegen auf die Beine zu stellen, weil das ist gerade das Europa, das wir nicht brauchen, das sich auf nationale Konkurrenzen konzentriert, sondern letztlich geht es darum, dass wir zusammenhalten und gemeinsam europäische Mindeststandards festlegen. *(Beifall von Abg Nurten Yilmaz.)*

Das ist im Großen und Ganzen geglückt, nämlich, dass wir arbeitsrechtliche Standards einzuhalten haben, nämlich das Prinzip der Dienstleistungsfreiheit. Das ist natürlich entsprechend schwierig umzusetzen. Ich weiß, dass Sie hier großartige Arbeit geleistet haben, denn ein

solches Screening einmal durchzuführen, die Landesgesetze, die nationalen Gesetze anzuschauen, was zu tun ist, ist eine irre Arbeit. Da ist es notwendig, dass wir als europäische Abgeordnete mit euch im Landtag, aber natürlich auch mit dem Nationalrat, zusammenarbeiten. Nämlich nur dann, wenn wir uns austauschen und an einem Strick ziehen, können wir auch entsprechend Positives erreichen.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist jetzt für uns aus europäischer Hinsicht mehr oder weniger schon abgeschlossen, bedeutet aber genau das, was so wichtig ist, nicht ein Cowboy-Markt soll in Europa errichtet werden, sondern einer, in dem es um Sicherheit geht, nämlich um Sicherheit für Konsumentinnen und Konsumenten, für die Verbraucher und natürlich für die Bürgerinnen und Bürger, dass es im Prinzip eine gute Idee ist, gewisse Mindeststandards und nicht diesen nationalen Konkurrenzkampf zu haben. Denn da geht es im Endeffekt darum, wer es billiger gibt, entsprechend geht es immer um Lohndumping. Es soll aber darum gehen, dass wir diese gemeinsamen Standards entsprechend verwirklichen.

Damit möchte ich zu dem kommen, was mehr oder weniger direkt im Zusammenhang steht, nämlich in einem nationalen Wettbewerb zu sein, zu schauen, welches Land gibt es billiger. Letztendlich ist es das, was das europäische Klima vergiftet. Wenn ich nämlich darauf schaue, was sich derzeit in Ungarn tut, was die Achtung und den Respekt gegenüber den demokratischen Grundwerten, die wir in Europa hochhalten, betrifft, dann wird mir, gelinde gesagt, schlecht. Das sind unsere Nachbarn, die leider derzeit mit einer Regierung gesegnet sind, die die Grundrechte und Grundfreiheiten nicht berücksichtigt. Ich erzähle das jetzt hier, obwohl wir im Landtag sind - dessen bin ich mir bewusst -, weil uns das letztlich alle angeht. Es geht uns etwas an, ob man das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit missachtet und Richter in Frühpension schickt. Wo ist da das Prinzip der Unabsetzbarkeit und der Unversetzbarkeit von Richtern? Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es uns eben nicht mehr wurscht ist, wie es mit den Nachbarn politisch bestellt ist, sei es in Ungarn, sei es in Griechenland. Es ist letzten Endes eine unglaublich wichtige Angelegenheit, auf europäischer Ebene zusammenzuhalten, an einem Europa zu arbeiten, das der ungarischen und der griechischen Bevölkerung etwas bringt, weil dann geht es uns nämlich in Österreich auch entsprechend besser. Entsprechend werden natürlich nur auf diese Art und Weise dann auch die Grundrechte, die uns so wichtig sind, berücksichtigt.

Ich möchte auch noch auf ein anderes Thema Bezug nehmen, das natürlich dann indirekt in Zusammenhang mit der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie steht, nämlich den Respekt dafür, dass öffentliche Dienstleistungen natürlich einen entsprechenden Rahmen bekommen sollen. Auf europäischer Ebene diskutieren wir derzeit die Regeln, die Konzessionen, was die öffentliche Auftragsvergabe betrifft. Da gibt es einiges an Verbesserungsbedarf. Da hoffe ich, dass wir mit Ihnen hier im Landtag gut zusammenarbeiten und vieles mitnehmen

können, weil da geht es natürlich auch um die Wurst, wie man dann tatsächlich öffentliche Dienstleistungen, die für uns wahnsinnig wichtig sind, finanzieren kann.

Schließlich zur Finanzmarktregulierung: Ich selbst beschäftige mich im Beschäftigungsausschuss und im Rechtsausschuss vor allem mit den Themen Finanzmarktregulierung, nämlich mit Rating-Agenturen, wie wir eine europäische Rating-Agentur schaffen können, mit der Finanztransaktionssteuer und mit dem Prinzip der Verantwortung. Ich erwähne das deshalb, weil das ein beliebtes Spiel ist, immer zu sagen, die in Brüssel haben schon wieder etwas entschieden, je nachdem, in welcher Rolle wir sind. Deshalb bin ich nämlich hier, mit Ihnen, mit euch zu diskutieren, weil wir alle in der Verantwortung sind, in der kommunalen Verantwortung, in der nationalstaatlichen und vor allem auch in der europäischen. Da müssen wir zusammenhalten, um die Bedingungen zu schaffen, die wir brauchen, dass wir auch auf europäischer Ebene die entsprechenden Rahmenbedingungen haben, um die Finanzkrise zu bewältigen. Das heißt, hier kann ich Ihnen nur mitteilen, dass es wahnsinnig wichtig ist, dass wir da zusammenhalten, eine europäische Rating-Agentur mit entsprechender Verantwortung zu schaffen. Ich spreche die Beweislastumkehr für Rating-Agenturen an, die gefälligst sagen sollen, warum sie so begründet haben und dementsprechend eine ganz andere Verantwortung wahrnehmen müssen, wenn sie nicht nur ein Rating abgeben, das eine Opinion, eine Meinung, ist, sondern ein Produkt mit einer entsprechenden Produkthaftung und das entsprechend beweisen müssen. Dann schaut die Welt schon entsprechend anders aus und würde ein Österreich- und ein Wien-Rating ganz bestimmt nicht so ausgehen, wie das in den letzten Tagen erfolgt ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Schluss nur so viel, weil ich schaue jetzt auf die Redezeit und bin auch ganz baff, hoffe aber, dass wir im Anschluss vor allem eine rege Diskussion führen können, dass Wien und auch Österreich sich nicht auf nationale Alleingänge verlassen können, sollen und, ich hoffe, auch wollen. Das Dienstleistungsgesetz ist ein wichtiger Schritt in diese entsprechende Richtung, nämlich, dass wir auch mehr Sicherheit in Europa haben, und zwar mehr Vertrauen in die europäischen Institutionen.

In dem Sinn kann ich wirklich nur sagen, ich bin stolz darauf, eine Wienerin zu sein, die dieses moderne europäische Rederecht bei euch in Anspruch genommen hat. Ich hoffe, dass wir noch viele Gelegenheiten haben, das entsprechend zu nutzen. Daher auch wirklich der große Dank an die Monika Vana, an die Sissi Vitouch, an alle, die hier mitgearbeitet haben, an die Bundesräte, an euch, dass ihr an die Zukunft denkt und in dem Sinne natürlich an uns alle. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete!

Nachdem möglicherweise nicht alle EU-Abgeordneten die Möglichkeit haben, der gesamten Debatte zu folgen, möchte ich mich an dieser Stelle schon recht herzlich für Ihr Kommen bedanken und hof-

fe, dass Sie auch im weiteren Verlauf der Debatte noch Zeit finden, bei uns anwesend zu sein und sich vielleicht noch für die Restzeit zum Wort zu melden. Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr StR Mag Juraczka. Ich erteile es ihm.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Europäischen Parlament! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Vor einigen Tagen war in der APA erfreulicherweise Folgendes zu lesen: „Das Wiener Stadtparlament schaut über den Tellerrand. In den Landtagssitzungen am kommenden Freitag werden erstmals EU-Abgeordnete im Rathaus der Bundeshauptstadt das Wort ergreifen.“ - Ich freue mich auch außerordentlich, dass wir diese Möglichkeit mit heutigem Tag haben und auch wahrnehmen. Ich kann meiner Freude darüber nur nochmals Ausdruck verleihen. Umso bedauerlicher erachte ich es aber, dass bei einer so interessanten, wichtigen Neustrukturierung, bei so einer interessanten Innovation der Herr Bürgermeister ganz offensichtlich leider keine Zeit hat, hier zumindest fünf Minuten vorbeizusehen. *(Beifall bei der ÖVP und von Abg Mag Wolfgang Jung.)*

Meine Freude ist ganz einfach erklärt. Ich bin nicht nur begeisterter Wiener, ich bin auch begeisterter Europäer, weil ich glaube, dass der europäische Gedanke etwas ist, was uns auf diesem Kontinent sehr viel weitergebracht hat, was es gilt, jetzt auch zu transportieren, gerade in einer schwierigen Zeit. Wir kennen alle die Diskussionen über Griechenland, über die Krise der Staatsschulden und dergleichen. Ich glaube, genau jetzt ist es wichtig, auch die österreichischen Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament ganz bewusst in die politische Arbeit hier in der Heimat einzubeziehen, um den Menschen klarzumachen, welche große Vorteile und welche große Errungenschaften durch die EU weiterbetrieben wurden.

Lassen Sie mich jetzt aber auch ein paar Worte zum Tagesordnungspunkt an und für sich sagen, mit dem wir heute in Wien eine EU-Richtlinie, spät, aber doch, umsetzen. Die Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt wurde bereits im Dezember 2006 verabschiedet und sollte eigentlich bereits bis Ende 2009 umgesetzt werden. Nun, zweieinhalb Jahre später, sehen wir der Umsetzung in Österreich Gott sei Dank endgültig entgegen. Hier darf ich schon kritisch anmerken, man hätte da durchaus schneller und effizienter arbeiten können. Wir hätten uns die Androhung von Strafzahlungen seitens der Europäischen Kommission wegen Nichtumsetzung durchaus sparen können, auch die dementsprechende Anrufung des Europäischen Gerichtshofes und eine etwaige Verurteilung wegen Vertragsverletzung inklusive Strafzahlungen von ein bisschen mehr als 44 000 EUR pro Tag. Immerhin rund 1,3 Millionen EUR pro Monat könnten wir, und ich glaube, dessen sollten wir uns alle bewusst sein, in Zeiten von Sparpaket, Triple-A-Verlust und vielleicht damit verbundenen höheren Kreditraten, wirklich sparen können.

Eine schnellere Umsetzung der Richtlinie auf Bundesebene ist aber leider mittels einer erforderlichen

Zweidrittelmehrheit auf Grund faktisch nicht immer nachvollziehbarer Gründe, vor allem von FPÖ, BZÖ und GRÜNEN, lange verhindert worden. Daher läuft die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie auf Bundesebene bereits seit 2006 unter Federführung des Wirtschaftsministeriums. Seit Ende 2009 arbeiten etwa die Einheitlichen Ansprechpartner als One-Stop-Shop für die elektronische Antragstellung und Abwicklung von Genehmigungsverfahren zur Erbringung von Dienstleistung.

Um einer Verurteilung durch den EU-Gerichtshof und den damit verbundenen Strafzahlungen in letzter Minute entgehen zu können, gilt es nun, die EU-Dienstleistungsrichtlinie in einem Bundes- und, so wie hier heute, in neun Landesgesetzen umzusetzen. Sofern die Vollumsetzung der Dienstleistungsrichtlinie noch vor der EuGH-Urteilsverkündung gelingt, können Strafzahlungen vielleicht verhindert werden, weil dann die EU-Kommission ihre Klage zurückziehen könnte.

In Zeiten angespannter Finanz- und Wirtschaftslage wäre eine zeitnahe und effiziente Umsetzung der Richtlinie gefragt gewesen. Ich sage Ihnen, die mutwillige Verzögerung der Umsetzung dieser Richtlinie ist ein gutes Beispiel dafür, wie schändlich mit vielen zum Großteil durchaus sinnvollen EU-Initiativen in Österreich umgegangen wird. Die Wirtschaft Österreichs und nicht zuletzt der Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort Wien hätten jedenfalls von einer raschen Umsetzung maßgeblich profitieren können. Kollege Becker hat zuerst schon gesagt, die EU-Kommission errechnete in dem Zusammenhang durch die EU-weite Umsetzung der Richtlinie wirtschaftliche Zugewinne für den Binnenmarkt in sage und schreibe Höhen zwischen 60 und 140 Milliarden EUR, was einem potenziellen Wirtschaftswachstum von 0,5 bis 1,5 Prozent des EU-BIP entspricht. Also da geht es um Summen, die man nicht vernachlässigen sollte, gerade in Zeiten wie diesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, auf gut Deutsch gesagt, es ist kaum zu leugnen, dass uns in den letzten zweieinhalb Jahren einiges an Wirtschaftsleistung durch zögerliche Haltung mancher durch die Finger gegangen ist. Das ist schade und das haben am Ende des Tages die Vertreter der genannten Parteien zu verantworten. Das soll an dieser Stelle auch gesagt und nicht verschwiegen werden.

Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass die Umsetzung der Richtlinie den österreichischen Markt substanziell stärken wird. Die heimischen Klein- und Mittelbetriebe profitieren. Das schafft - das sollte sich mittlerweile in den Mindsets von uns allen umgesetzt haben - die wichtigen Arbeitsplätze in dieser Stadt und in diesem Land. Gerade jetzt, in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten, brauchen wir das mehr denn je. Wir brauchen Wachstum und wettbewerbsfördernde Maßnahmen.

Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen ist besonders für Wien von ganz eminenter Bedeutung und hoher Wichtigkeit. Schließlich ist Wien auch über die Grenzen Österreichs hinaus ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum. Der Austausch von Dienstleistungen ist damit für viele Unternehmen auch über die Grenzen des Landes hinweg von zentraler Bedeutung. Klein- und Mittelbetriebe werden von den Erleichterungen beim

Verwaltungsablauf profitieren, davon bin ich überzeugt, weil sie nun beim Tätigwerden im Ausland viel leichter den Verwaltungsaufwand bewerkstelligen beziehungsweise sich viel an Verwaltungsaufwand ersparen.

Die Umsetzung der Richtlinie verstärkt die Chancen für Klein- und Mittelbetriebe, ihre Leistungen in allen EU-Ländern anzubieten und den gemeinsamen Markt so zu nutzen, wie wir uns das eigentlich vorstellen. Konkret geht es darum, rechtliche und bürokratische Hürden - auch das ein Stichwort, das uns in Wien sehr oft begleitet -, meine Damen und Herren, abzubauen.

Mehr Wettbewerb ist auch etwas, wo wir sehr oft in Diskussion stehen. Wir wollen ein Mehr an Wettbewerb, schlussendlich auch im Interesse der Endverbraucher, schaffen, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen. Immerhin befinden sich rund 70 Prozent der Wirtschaftsleistung, aber auch der Arbeitsplätze, im Dienstleistungssektor. Da ist es nur vernünftig, bestehende Hürden abzubauen und Zusammenarbeit zu erwirken. Es geht darum, dass Geschäftsgründungen erleichtert werden, dass die Hindernisse für die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen beseitigt werden und all diese ungerechtfertigten Genehmigungsverfahren abgeschafft werden. Was kann es Schöneres geben? Das sage ich ganz offen.

Wir brauchen dringend wirtschafts- und wettbewerbsfördernde Impulse in dieser Stadt, in diesem Land und auch auf europäischer Ebene. Die Umsetzung der Richtlinie ist daher absolut zu unterstützen. Der Nachhall, es hätte schneller gehen können, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewusst gewesen wären, wird aber noch länger anhalten. - Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Vana. Ich erteile es ihr.

Abg Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Abgeordnete zum Europäischen Parlament! Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch jene aus dem Bundesrat!

Ich bin heute fast gerührt, ich sage es ehrlich, über den historischen Moment, den wir heute erleben, es ist schon angesprochen worden, nicht nur deshalb, weil eine langjährige grüne Forderung und auch ein zentrales Vorhaben des rot-grünen Regierungsübereinkommens in Erfüllung geht, sondern auch deshalb, weil es europaweit einfach einzigartig ist, was wir heute hier tun. Da ist uns schon, und das sage ich durchaus parteiübergreifend, wirklich etwas gelungen, denn es ist europaweit der erste Landtag, und im Gemeinderat haben wir dieses Recht der Europaabgeordneten, zu sprechen, auch, der den Europaabgeordneten ein Rederecht, und zwar ein volles Rederecht, einräumt. Es gibt schon Rederechte in anderen Landtagen in Ausschüssen und so weiter, aber ein volles Rederecht und die Teilnahme an regulären Sitzungen eines Landtags oder Gemeinderats, ist etwas, was uns heute hier in Wien erstmals gelungen ist. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt, nicht nur zur Belebung der europapolitischen Debatte hier im Haus, sondern ich denke, es ist wirklich auch ein Beitrag zu einer aktiven Stadtaußenpolitik, zu einer Brücke zwischen

europäischer Ebene und lokaler Politik. Die Bedeutung der Städte wird seit dem Lissabon-Vertrag immer größer. Es ist natürlich auch ein Lobbyinstrument. Ich verhehle es nicht. Das werden die Europaabgeordneten an den zahlreichen Anträgen sehen, die wir heute hier stellen und wo wir natürlich versuchen, die Europaabgeordneten nicht nur als MitdiskutantInnen, sondern auch als Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Ulrike Lunacek hat es schon angesprochen, das Rederecht ist natürlich auch ein Beitrag zum Abbau des Demokratiedefizits in Europa, denn in einer Zeit, in der sich die Zukunft der EU an den demokratisch gewählten Institutionen vorbeientwickelt, ist die Stärkung der Demokratie ein Gebot der Stunde. Und das ist das, was wir heute tun. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die rot-grüne Regierung geht damit ihren Weg der Öffnung, Transparenz und Verbreiterung der Europapolitik konsequent weiter. Wer weiß, vielleicht können wir auch einmal Europaabgeordnete aus anderen Ländern, nicht nur aus Österreich, in diesem Haus begrüßen. Die GRÜNEN wären jedenfalls dafür. Wir werden dieses Rederecht heute hier natürlich als ersten Schritt zur Belebung der Debatte sehen.

Wie wichtig der Brückenschlag zwischen europäischer Ebene, EU-Institutionen, Stadt und lokaler Ebene ist, zeigt der heutige Tagesordnungspunkt, die Dienstleistungsrichtlinie. Der Akt des Wiener Dienstleistungsgesetzes heute ist ein relativ unspektakulärer, ist nur ein Umsetzungsgesetz. Aber es geht um viel mehr. Es ist schon angesprochen worden, es geht um die Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa, der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die uns in Wien sehr wichtig sind, wo wir in ständiger Abwehrhaltung sind, in einer Art Widerstandshaltung eigentlich, und seit Jahren versuchen müssen, diese Dienstleistungen der Daseinsvorsorge aus dem Wettbewerb auszunehmen und zu verhindern, dass der Europäische Gerichtshof und nicht die demokratisch legitimierten Institutionen Recht setzen. Es wird immer schwieriger bei den wichtigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Da geht es um ganz viele. Man hält sich das oft gar nicht vor Augen, worum es da alles eigentlich geht. Es geht nicht nur um die Daseinsvorsorgeleistungen, über die wir hier öfters diskutieren, Gas, Strom, Wasser, Müll, öffentlicher Verkehr. Es geht auch, und das muss man klar sagen, um die sozialen Dienstleistungen, um die Bildung, um die medizinische Versorgung, um Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Da sind die Städte die Hauptbetroffenen der Liberalisierung und Deregulierungspolitik der Europäischen Union. Die Kommission greift auch direkt in Kernaufgaben öffentlicher Leistungserbringung und in die kommunale Selbst... - jetzt habe ich einen Hänger *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Selbstverwaltung!)* - Selbstverwaltung - danke, das Wort Verwaltung kommt mir manchmal nicht, dabei habe ich wirklich dafür gekämpft, auch im Lissabon-Vertrag -, die eigentlich im Lissabon-Vertrag verankert ist, ein.

Das heißt, wir werden hier in Wien sehr kritisch dieses Binnenmarktpaket, das da von der Europäischen Kommission auf uns zukommt, prüfen müssen, seien das

die neuen Vergaberichtlinien, seien das die Konzessionen, seien das die Beihilfen. Wir haben erst diese Woche im öffentlichen Verband Wirtschaft und Gemeinwirtschaft mit allen Parteien eine gemeinsame Diskussion geführt, was da auf uns zukommt. Das werden wir auch in Koordinierung mit dem Bundesrat tun. Wir werden das auch im EU-Ausschuss besprechen, ob nicht da einmal das neu geschaffene Instrument der Subsidiaritätsrüge, der Subsidiaritätsprüfung auch in Frage käme, ohne dieses Instrument überbewerten zu wollen. Ich denke, es ist dringlich. Wir müssen wirklich jetzt handeln, weil dieses Binnenmarktpaket stellt die Weichen für die nächsten 20 Jahre, ob und in welcher Form was in Europa liberalisiert und dereguliert wird. Wenn wir das nicht wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann brauchen wir ein gemeinsames Lobbying für die Daseinsvorsorge in Europa auf nationaler Ebene und eben auch hier und in den Städtenetzwerken. *(Beifall von Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch.)* - Sissi will applaudieren.

Darum bin ich auch der Meinung, dass es dieses Rederecht, das wir heute haben, unbedingt auch im Nationalrat geben sollte, denn ganz wichtige Gesetze, die auch die öffentliche Auftragsvergabe und die Dienstleistungen betreffen, werden natürlich dort beschlossen. Ich verstehe nicht, warum vor allem eine Partei dieses Rederecht im Nationalrat verhindert. Auch da werden wir gemeinsam Lobbying machen.

Lassen Sie mich kurz zu zwei Themen, die den Grünen wichtig sind und heute schon angesprochen worden sind, besonders Stellung nehmen. Das eine ist die Wirtschafts- und Finanzkrise, die natürlich auch eine Sozial- und Verteilungskrise ist, und das andere ist die Frage der Demokratie in Europa. Ich werde auch gemeinsam mit meinen KollegInnen der Sozialdemokratischen Fraktion hier jetzt zwei Anträge einbringen. Wir haben noch mehr Anträge heute. Darauf werden meine NachrednerInnen noch zu sprechen kommen.

Dieser Ausnahmezustand, in dem sich Europa befindet, von dem Ulrike Lunacek gesprochen hat, denke ich mir, stellt uns alle gemeinsam vor eine große Frage, nämlich: fundamentale Reformen der EU oder Zerfall der EU? Ich denke, das kann man hier und heute mit Fug und Recht so sagen, denn ich habe den Eindruck, dass jeder EU-Gipfel mehr und mehr den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU mehr und mehr gefährdet. Die Menschen gehen auf die Straße und die europäischen Rechte reibt sich europaweit die Hände. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Deshalb sind wir uns, glaube ich, darin einig, dass das EU-Krisenmanagement, so wie es bisher gelaufen ist, komplett gescheitert ist. Die neoliberalen Kräfte, das muss man hier klar sagen, haben die Krise in Europa überdauert. Die Ursachen der Krise werden uns als Lösung der Krise verkauft, die berühmten drei U's, Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung, Rückbau des Staates in Kombination mit blinder Sparwut. Die Kosten der Krise tragen nicht die Krisenverursacher - da lasse ich das „-Innen“ jetzt einmal weg -, sondern die breite Masse der Bevölkerung.

Um einen schon oft strapazierten Vergleich zu be-

mühen, ich gebe es zu, statt die Brandursachen zu bekämpfen, deregulierte Finanzmärkte, Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, wird auch noch mit einem sogenannten europäischen Stabilitätsmechanismus und einer Verschärfung des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes Öl ins Feuer gegossen, die eigentlich nichts anderes sind, als ein europäischer Destabilisierungsmechanismus und ein europäischer Instabilitäts- und Rezessionspakt.

Man kann nicht oft genug betonen, was nicht wir GRÜNEN sagen, sondern Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen europaweit. Da braucht man aber gar kein Wirtschaftswissenschaftler zu sein, um zu wissen, dass gleichzeitiges blindes Sparen ganz Europa und nicht nur einzelne Länder - wir haben es schon geschafft, Griechenland in die Pleite zu treiben - in die Rezession, in die Pleite treiben wird. Ich sage es ehrlich, der Vorschlag der Schuldenbremse in der Verfassung hat irgendwie noch eines draufgesetzt und ist, glaube ich, kontraproduktiv.

Wir erleben einen enormen Rückschritt in Europa. Das tut mir als Europabefürworterin wirklich enorm weh. Ich denke, wir erleben gerade einen Verrat an der europäischen Idee, weil mühsam erkämpfte Fortschritte mit dem Lissabon-Vertrag, soziale Rechte, Europa 2020, erstmals mit Armutsbekämpfung festgeschrieben, jetzt durch die Hintertür, durch diese Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU, die komplett am Europäischen Parlament vorbeigeht, gefährdet werden. Das Wort Rückschritt ist wahrscheinlich untertrieben, wir erleben eine Gefährdung der europäischen Demokratie an sich. Das Vorbeigehen der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik hat massive Auswirkungen nicht nur auf die Rahmenbedingungen der Städte und Wien, sondern insgesamt auch auf die Sozialpolitik, die Beschäftigungspolitik in Europa. Dieser Rettungsschirm und der Fiskalpakt, die beschlossen wurden, gehen vollkommen am gesamten europäischen Recht vorbei, nicht nur am Europäischen Parlament. Es sind zwischenstaatliche Konstruktionen. Parallelstrukturen, völkerrechtliche Verträge, wo die Frage ist: wie einklagbar? *(Beifall von Abg Mag Wolfgang Jung.)*

Wir bringen heute zum Beispiel einen Antrag ein, weil es ein erster Schritt zur Stärkung der europäischen Institutionen, die so wichtig sind, ist, nämlich einen Antrag auf Schaffung einer europäischen Rating-Agentur statt der jetzt Marktmacht zeigenden amerikanischen Rating-Agentur. Wir wollen, dass eine europäische Rating-Agentur geschaffen wird, die unabhängig ist und die - und das ist wohl das Wichtige daran - am Gemeinwohl orientiert ist, nicht nur an den fragwürdigen Kriterien, wie Wirtschaftswachstum und wie Staaten jetzt bewertet werden, wie es derzeit passiert. Die OECD hat da zum Beispiel recht fortschrittliche Vorschläge, nämlich das BIP-Wachstum, also das Wirtschaftswachstum, anders zu bewerten als jetzt, nämlich viel breiter zu definieren, auch soziale Kriterien, Verteilungskriterien, Umweltschutzstandards eines Landes zum Beispiel, in die Bewertung des Wirtschaftens eines Staates hineinzunehmen, also ein breiterer Ansatz einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Das verstehen wir unter am Gemeinwohl

orientierte europäische Rating-Agentur.

Deshalb stellen wir heute gemeinsam, und zwar meine KollegInnen Elisabeth Vitouch, Ernst Woller, Omar Al-Rawi, Heinz Hufnagl, Siegi Lindenmayr, Barbara Novak, Sybille Straubinger, Monika Vana und Freundinnen und Freunde - sorry, ich zähle euch jetzt nicht alle auf (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Das genügt schon so!*), ich glaube, ich muss formal sein -, den Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen, die Bundesregierung und die österreichischen EU-Abgeordneten mögen sich für die Schaffung einer großen, das Gemeinwohl in den Vordergrund stellenden europäischen Rating-Agentur einsetzen, damit es zu einer objektiveren Bewertung der Kreditwürdigkeit der EU und Euromitgliedsstaaten kommt.“

Jetzt suche ich den Antrag formal. Ich weiß, ich habe ihn mit, weil ich muss ihn formal hinten abgeben. Wo habe ich ihn denn? Wo ist mein Antrag? Nicht, wo ist meine Leistung, sondern wo ist mein Antrag? - Hier ist der formale Antrag, bitte schön.

Wir wissen, dass die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur an der Krise an sich noch gar nichts löst, aber wir glauben und sind davon überzeugt, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist, europäische Institutionen zu stärken und auch die Wirtschaftspolitik insgesamt durch die Gemeinwohlorientierung nachhaltig zu machen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum zweiten Antrag, der im Prinzip inhaltlich schon vorgestellt wurde, nämlich die Finanztransaktionssteuer. Man kann es nicht oft genug betonen, der Weg aus der Krise ist einerseits mehr Europa, davon bin ich überzeugt, nämlich mehr soziales Europa, mehr demokratisches Europa, mehr ökologisches Europa. Das tritt in der Diskussion über die Krise sehr in den Hintergrund, Antiatombewegung, Klimaschutz und so weiter. Wer die EU retten will, davon bin ich überzeugt, muss die EU verändern. Die Krise ist kein Betriebsunfall. Sie ist eine Systemkrise. Dazu braucht es einen Mix aus Maßnahmen. Es braucht nicht nur dieses Mehr an Europa, es braucht eben auch dieses andere Europa. Das dürfen wir nie vergessen. Ich glaube, es geht nicht nur um Zerfall der EU oder Stärkung europäischer Institutionen - das ist sicher ein wichtiger Aspekt -, sondern es geht sicher auch darum, Zerfall der EU oder Stärkung der Demokratie und Zerfall der EU oder ein großer Mix aus Maßnahmen, eine europaweite Umverteilungspolitik.

Da stellen wir GRÜNEN uns - es ist heute schon angesprochen worden - den Green New Deal vor. Der Green New Deal ist ein Mix aus Maßnahmen einnahmenseitiger Budgetkonsolidierung, Schließung von Steueroasen und Kampf gegen Steuerbetrug. Zum Beispiel hat Edith Kitzmantel vor ein paar Wochen beim Arbeitskreis Daseinsvorsorge, den der Städtebund und die MA 27 hier abgehalten haben, gesagt, das beste Mittel, um öffentliche Leistungen bereitzustellen, ist ein ausreichendes Steuereinkommen, Steueraufkommen - das war jetzt der Freud'sche Versprecher -, um der Erosion der Steuerbasis durch Steuerwettbewerb entgegenzuwirken. Das genau wollen wir tun mit unserem Antrag

heute zur Finanztransaktionssteuer, die ganz wichtig ist. Ich glaube, mittlerweile sind es Jahrzehnte, dass die GRÜNEN für diese Finanztransaktionssteuer kämpfen. Wir waren auch diejenigen, die sich im Nationalrat sehr darüber gefreut haben, eine Fünfparteieneinigung auf die Finanztransaktionssteuer bereits 2008 zustande zu bringen, weil es wirklich nicht nur ein Mittel zur Regulierung der Finanzmärkte ist, sondern eben auch ein Mittel der Umverteilung.

Präsidentin Marianne **Klicka** (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete, ich ersuche Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg Dr Monika **Vana** (*fortsetzend*): Okay. Ich würde gerne zum Schluss kommen, Frau Präsidentin, wenn ich den Antrag jetzt wieder einmal finden würde. Dann kann ich schnell zum Schluss kommen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sie können ihn lassen!*) Ich weiß, ich habe ihn mit. Ich habe ihn da. Es ist eine andere Farbe. Ich glaube, es ist nicht Umweltschutzpapier. Darum habe ich ihn nicht erkannt.

Die Zeit ist wirklich verdammt knapp. Meine Damen und Herren, ich kann nur an alle konstruktiven Kräfte in diesem Haus - der Herr Mölzer und der Herr Guggenbichler scheinen heute dienstlich verhindert zu sein (*Abg Armin Blind: Nein, der Herr Mölzer sitzt hier!*) und haben nicht an dieser Europadebatte teilgenommen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Herr Mölzer ist da!*) - sagen, setzen Sie sich gemeinsam mit uns für einen proeuropäischen Gegenentwurf zum rechten Nationalismus und zu einer echten Alternative für Europa ein! - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, möchte ich nur mitteilen, dass der Herr Abg Mölzer inzwischen eingetroffen ist. - Herzlich willkommen! (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Rüdiger Maresch: Ist er doch noch gekommen?*)

Als Nächster hat sich Herr Abg Mag Jung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Es ist dem Kollegen Mölzer nach Schwierigkeiten mit dem Flug doch gelungen, rechtzeitig einzutreffen. Ich freue mich, dass er da ist, und zwar aus voller Überzeugung deswegen, weil ich zwar kein glühender Europäer bin, wie es zur Zeit eine ganze Menge gibt, da verbrennt man sich zu leicht die Finger daran, aber ein überzeugter. Wir Freiheitliche waren für ein vereintes Europa, schon lange, bevor es manche Parteien, die in diesem Haus sitzen, überhaupt gegeben hat. (*EP-Abg Mag Ulrike Lunacek: 1945!*) - Ich glaube, ich darf im Europaparlament auch keine Zwischenrufe machen, so mir nichts, dir nichts, von hinten.

Wir sind deswegen überzeugte Europäer, weil wir ein anderes Europa wollen als das, wie es durch die gegenwärtige Union repräsentiert wird. Gerade meine VorrednerInnen haben zum Teil auch gesagt, dass dieses Europa es nicht geschafft hat, diese Krise zu managen, im Gegenteil, dass sie uns Tag für Tag mehr hineinreitet, Tag für Tag mehr Schulden aufs Auge drückt. Gegen dieses Europa sind wir! Das kann ich sagen! (*Beifall bei*

der FPÖ.)

Wir sind auch gegen eine Umverteilung, wenn wir selbst Schulden machen müssen, um Schulden für andere zu bezahlen. Das ist aus unserer Sicht in Wirklichkeit Hochstapelei, Schulden zu machen, um anderen die Schulden zu bezahlen, meine Damen und Herren! Das ist nicht unsere Politik!

Wir haben heute hier formal am Programm das Wiener Dienstleistungsgesetz. Das zeigt typisch und deutlich, warum wir gegen dieses Europa sind. Dieses Dienstleistungsgesetz gibt an sich nichts zum Debattieren her, es ist eine reine formalrechtliche Angelegenheit. Warum? Weil wir in Wirklichkeit in diesem Europa nichts zu sagen haben, auch nicht als Parlament, auch nicht als Nationalrat. Wir haben fast alle unsere Rechte schon ohne Wenn und Aber verkauft. Wir müssen umsetzen, was uns aufs Auge gedrückt wird. Deswegen sage ich gleich, wir werden diesem Gesetz nicht zustimmen.

Ich gebe Ihnen ein einziges Beispiel. § 2 sagt, den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechende Regelungen, die auf Gemeinschaftsrecht beruhen und Dienstleistungen regeln, gehen diesem Gesetz vor, so wie in vielen Bereichen eine Anordnung eines Kommissars unserer Verfassung vorgeht. Wir sind nur mehr ein Teil einer Befehlskette und wir können als Parlament kommentieren, so wie in weiten Teilen auch das Europaparlament, wir können aber nicht wirklich mehr freie Entschlüsse fassen, selbst nicht mit Verfassungsmehrheit.

Jetzt ist zwei Mal Ungarn massiv kritisiert worden. Es gibt Punkte, die man in Ungarn kritisieren kann, aber mich wundert schon, dass sich die großen Vertreter derjenigen, die immer für Volksabstimmungen und so weiter sind, gegen ein Volk wenden, das diese Regierung mit Zweidrittelmehrheit gewählt hat. Dass die Wahl demokratisch war, wurde damals nicht bestritten. Wir haben Angst davor, dass diese Union auch uns vorschreiben wird, auch wenn wir eine große Mehrheit bei uns haben, was wir zu tun haben. Gegen diese Union, meine Damen und Herren, sind wir vehement! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Wir haben hier als Hauptbegründung gegenwärtig, und das haben alle Österreicher, weil wir dafür zahlen müssen, einen Punkt vor Augen. Das ist die gegenwärtige Entwicklung mit den Krisenstaaten, vor allem mit Griechenland an der Spitze, wo man uns doch pausenlos an der Nase herumführt. Ich erspare es mir, meine Damen und Herren, Ihnen die Liste vorzulesen, wie viele Konferenzen zur Eurokrise wir seit 2008 gehabt haben, auch nicht wie viele allein schon seit 2011 und heuer wieder dazu und wie viele wir heuer noch haben werden. Jedes Mal hat man uns gesagt, die Geschichte ist gelöst. Jedes Mal hat man uns gesagt, es gibt keinen anderen Ausweg. Bitte, was soll denn das, meine Damen und Herren! Es gibt keinen anderen Ausweg! Kürzlich sagt Herr Swoboda, jetzt müssen wir aus Solidarität brennen. Ich weiß nicht, was den Herrschaften noch alles einfallen wird, um uns hier in Österreich zu verschulden.

Jetzt sage ich Ihnen schon, beschäftigen Sie sich wirklich einmal mehr mit dem, was dahintersteht. Stellen Sie sich vor, Griechenland ginge in die Pleite. Wir haben

dort ungefähr 2 Milliarden EUR ohnehin schon für den ersten Schirm eingezahlt und etwas über 21 Milliarden EUR Haftungen. Stellen Sie sich vor, diese Haftungen werden im März oder April schlagend. Das heißt, wir müssen 20 Milliarden EUR auf dem europäischen Kreditmarkt aufnehmen. Von wo kriegt man die denn? Nicht nur wir, alle Garantieländer müssten aufnehmen. Das heißt, die Zinsen schnalzen in die Höhe. Und wir haben jetzt schon Überlegungen, wie wir unsere eigene Neuverschuldung finanzieren werden! Überlegen Sie sich das einmal, meine Damen und Herren!

Oder der andere finanzpolitische Irrsinn: Die Europäische Zentralbank gibt 500 Milliarden EUR an europäische Banken her. Ich war neulich bei meiner Bank und habe um die Zinsen verhandelt. Das muss jeder tun, sonst kriegt er weniger als die Hälfte der Inflationsrate. Da habe ich zum Bankchef gesagt: „Wie ist denn das? Warum wollt ihr überhaupt noch ein Geld von uns? Bei der Zentralbank kriegt ihr es um 1 Prozent auf 3 Jahre, mir müsst ihr immerhin 1,7 Prozent geben. Das zahlt sich ja gar nicht mehr aus, Kunden zu haben.“ - Das alles sehen auch die Sozialdemokraten offenbar nicht. Dort müssen sie hinschauen. Hier wird wirklich von den Banken in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Schindluder getrieben, meine Damen und Herren! Das alles wird aber dem Bürger nicht gesagt. Der Bürger hat nur das unbestimmte Gefühl, hier läuft einiges falsch und es wird über ihn hinweggefahren. Allein die perverse Situation - so ängstlich sind die Menschen -, dass man in Deutschland bei der letzten Staatsanleihe gewusst hat, dass man weniger Geld herauskriegen wird, als man hineinzahlt, nur damit man einigermaßen Sicherheit hat, zeigt, wie pervertiert die Situation auf diesem Finanzmarkt ist.

Sie bei der ÖVP, die mittlerweile fast geflüchtet ist, haben dazu Ja gesagt. Sie vertreten Ihre Vertreter. Das ist es. In vielem, was sie gesagt hat, kann ich Frau Dr Vana recht geben. Nicht bei der Umverteilungsgeschichte, aber ansonsten. Hier wird über die Bürger hinweggegriffen und hier werden sie für dumm verkauft, von den sogenannten glühenden Europäern, die einfach nichts mehr wissen, die einen Tunnelblick haben, weil sie nicht mehr hinaussehen, was sie tun sollen, und die Krise, ich würde fast sagen, Katastrophe, in Wirklichkeit mit diesen Maßnahmen verlängern, die wir als Bürger bezahlen werden, nicht nur wir, nicht einmal mehr unsere Kinder, sondern unsere Enkel.

Wir haben vorige Woche eine Kreditanleihe aufgenommen, die in 50 Jahren zurückzahlen sein wird. In 50 Jahren! Das ist ungefähr wie beim Versailler Vertrag. Da haben wir auch noch so lange zurückzahlen müssen. Wo ist hier die Verantwortung dieser Politiker in unserer Regierung, meine Damen und Herren? Mahnen sie diese ein und denken Sie einmal selbst ein bisschen nach! Lesen Sie ein bisschen mehr Wirtschaftsseiten! Dann wird Ihnen einiges ziemlich schlimm vor Augen vorkommen.

Dann gibt es eine demokratische und nicht wirklich legitimierte Kommission, die über alle drüberfährt. Wie wenig das Europäische Parlament, das angeblich die

Kontrolle ausübt, zu sagen hat, weiß ich selbst. 30 Sekunden bis 2 Minuten Redezeit, diese Lächerlichkeit, kenne ich aus eigener Erfahrung. Ich war nämlich schon im Europaparlament, als Sie wahrscheinlich noch nicht in der Politik waren. Das ist kein wirkliches Parlament. Es hat nicht einmal die Möglichkeiten, voll zu kontrollieren. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie mit Recht zur Zeit die gegenwärtige Entwicklung kritisieren. So schaut die Situation, meine Damen und Herren, wirklich aus!

Ich muss jetzt noch auf einige dieser Anträge eingehen, die uns überraschend gestern um 17.59 Uhr gestellt wurden. Meine Damen und Herren, ich weiß, es kommt immer wieder vor, dass man Anträge später einreicht, aber wenn Sie bei diesen Anträgen wirklich gewollt hätten, dass darüber debattiert wird, dann hätten sie gerade in der Situation die Anträge früher zustellen müssen. Die Abgeordneten von Grün und Rot haben sie offenkundig schon früher gehabt. Sie konnten heute darauf eingehen. Unser Abgeordneter und auch der Abgeordnete der ÖVP haben sie offenkundig nicht gehabt. Sie konnten daher nicht zu diesem Thema reden. Wenn Sie es ehrlich meinen, dann müssen Sie es anders aufziehen. Ich glaube, dass es der Ausschuss ehrlich meint. Davon bin ich überzeugt. Wir haben uns alle gemeinsam bemüht, auch wenn es den einen oder anderen gegeben hat, der versucht hat, das zu hintertreiben. Aber wenn Sie Kooperation wollen und wenn Sie Europa glaubwürdig machen wollen, dann muss das in Zukunft anders gehen.

Es gibt hier einen Beschlussantrag der SPÖ, der sich auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bezieht. Diesem Antrag können wir im Prinzip zustimmen, aber uns fehlt, und darauf habe ich in meiner Rede bereits hingewiesen, dass dieses Geld dann bei uns und nicht anderswo verwendet wird. Warum? Wir haben es schon vorher gehört. Da hat der Kollege von der ÖVP gesagt, wie viele Projekte der EU in Wien gefördert werden und wir sollen Tafeln aufstellen. Damit bin ich einverstanden, dass das die EU fördert. Und dann schreiben wir auf diese Tafeln unten drauf, aber unsere Nettoszahlersumme ist so und so viel, denn nichts fördert die EU in Österreich! Wir zahlen alles und noch mehr! Das ist auch eine der Wahrheiten, die Sie verschweigen! Zu diesem Beschlussantrag der SPÖ bringen wir deshalb einen wörtlich gleichen Beschlussantrag ein, und wir laden Sie ein mitzugehen:

„Der Wiener Landtag möge beschließen, die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, dass eine europaweite Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte in der Europäischen Union ehestmöglich umgesetzt wird. Die auf den Finanzstandort Österreich aus der Finanztransaktionssteuer eingehobenen Steuern sollten dem österreichischen Budget in vollem Umfang zugeführt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Nun noch zum letzten Punkt, nämlich zum Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend den Friedensnobelpreis. Es fällt mir ein bisschen schwer, da nicht

zu schmunzeln, weil das ist eine Wichtigmacherei des Gemeinderates. Wenn das international herauskommt, werden wir höchstens belächelt! Meine Damen und Herren, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. - Danke. (Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dipl.-Ing Schicker. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist vielleicht ein bisschen zu viel der Ehre, wenn man auf die Rede meines Vorredners eingeht. Aber die selektive Wahrnehmung des Kollegen Jung macht es einfach notwendig, darauf hinzuweisen, dass, zumindest seit ich Klubvorsitzender der SPÖ-Fraktion bin, ich mehrere Gemeinderatssitzungen erlebte, wo ich die Anträge der Freiheitlichen Fraktion erst während des konkreten Sitzungstages bekommen habe.

Wir haben eine Klubvereinbarung, die Vereinbarung unter den Klubs, dass bis 18 Uhr am Vortag ausgetauscht wird. (Abg Mag Wolfgang Jung: 17.59 Uhr!) Danke, dass Sie die Zeit erwähnt haben: Wir haben es rechtzeitig gestellt, Herr Jung. Wenn Sie immer so auf Genauigkeit achten, dann tun Sie das auch bei sich selber! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zweiter Punkt. Die selektive Wahrnehmung, Herr Jung, geht bei Ihnen auch so weit, dass Sie ganz offensichtlich vergessen, dass Ihre Partei in der Regierungsverantwortung war, als im Jahr 2002 auch Griechenland die Möglichkeit geboten wurde, dem Euroverbund beizutreten. Da war die SPÖ in Opposition! Also: Machen Sie sich das mit Ihren Parteifreunden aus, und lassen Sie uns damit, auf gut Wienerisch, in Kraut. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: ... geschummelt, bitte! - Abg Johann Herzog: Da haben Sie auch zugestimmt!)

Wenn Sie auch behaupten, Herr Jung, dass das ungarische Wahlrecht so super ist: Sagen Sie, warum bringen Sie dann zu Beginn dieser Legislaturperiode einen Antrag ein, dass das Wiener Wahlrecht geändert werden soll? Etwas Mehrheitsbildenderes als das ungarische Wahlrecht gibt es überhaupt nicht, und da ist unser Wahlrecht ja geradezu ein Vorbild von Verhältniswahlrecht! Also ich nehme zur Kenntnis, dass die Freiheitliche Partei offensichtlich überhaupt etwas ganz anderes im Schilde führt, als hier immer wieder mit Anträgen vorgegeben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Aus meiner Sicht genug beschäftigt mit dem Herrn Jung. Ich möchte mich vielmehr damit auseinandersetzen, weshalb gerade der heutige Tag mit der erstmaligen Wahrnehmung des Rederechts für Europaabgeordnete in unserem Landtag aus meiner Sicht, aus der Sicht meiner Fraktion so bedeutsam ist. Ich sehe es gerade aus den Gründen, dass nicht mehr hinter verschlossenen Drahttüren und hinter Kommissionstüren in Generaldirektionen Politik gemacht werden soll, die keiner sehr breiten demokratischen Kontrolle unterliegt, für ganz dringend notwendig, dass

sich die parlamentarischen Vertretungen der Menschen dieses Europas viel, viel enger vernetzen.

In diesem Sinne bin ich sehr dafür eingetreten, dass wir das Rederecht für Europaparlamentarier auch bei uns in diesem Haus einführen. Diese Vernetzung muss ja auch inhaltlich so weit gehen. Ich habe bemerkt, dass die Bundesratsmitglieder nicht mehr anwesend sein können. Aber es ist ganz entscheidend, dass wir den Vertrag von Lissabon ausnützen und mit dem Vertrag von Lissabon uns dort, wo die Subsidiarität gefragt ist, auch subsidiär mit den Themen hier in diesem Haus beschäftigen, gemeinsam mit den anderen Bundesländern über den Bundesrat unsere Anmerkungen einbringen und dann auch den Europaparlamentariern damit die Möglichkeit geben, tatsächlich die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus den regionalen und lokalen Parlamenten entsprechend verwerten zu können, dass es eben nicht mehr so ist, dass man in Europa das Gefühl vermittelt: Das wird in Brüssel entschieden, und man kann nichts mitreden. Im Gegenteil: Man kann mitreden, man kann mitgestalten! Auch die Europäische Bürgerinitiative wird demnächst umgesetzt werden können, sodass auch hier eine direktdemokratische Möglichkeit besteht, um sich auf der europäischen Ebene einbringen zu können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich halte es für ganz essenziell, dass im Besonderen die kommunale Ebene, die Gemeindeebene, die Ebene der Regionen sich viel, viel stärker positionieren können im europäischen Diskurs und in der europäischen Rechtssetzung. Denn es geht kein Weg daran vorbei: Die lokale Ebene, die regionale Ebene, die haben den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Und die Vermittlung europäischer Anliegen, die Vermittlung von Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Vermittlung von Umweltschutzmöglichkeiten und -gedanken und die Auswahl volkswirtschaftlich bedeutsamer und wichtiger, aber für die Menschen erträglicher Möglichkeiten, das ist ein Weg, der nur über die Einbindung der lokalen und regionalen Ebene führt. Und die Parlamente auf dieser Ebene haben die Notwendigkeit, sich intensivst auch mit den europäischen Fragen zu beschäftigen.

Es ist heute schon erwähnt worden, aber wenn man nicht nur die Frage der Dienstleistungsrichtlinie berücksichtigt, sondern weitergeht auch in der Regelung, was die Notwendigkeit der Ausschreibungen und die Deregulierungen, die hier passieren sollen, betrifft, so wäre es ganz, ganz zum Nachteil von Kommunen, ganz, ganz zum Nachteil vor allem von BewohnerInnen in diesen Kommunen, würde die Konzessionsvergabe auch auf die Dienstleistungen im öffentlichen Interesse ausgedehnt werden und hier der blanke Liberalismus einziehen. Dann wäre Schluss mit der Müllabfuhr in dieser Form, dann wäre Schluss mit der Wasserqualität in Wien, und dann wäre Schluss mit dem hervorragenden, von allen in Wien gelobten öffentlichen Verkehr!

Wir haben es bisher verstanden, in der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Städten - von Paris über München bis Berlin - es zu erreichen, dass die Gestaltung dieser öffentlichen Dienstleistungen in der

Hand, in der Entscheidungsgewalt der Kommunen und in der Entscheidungsgewalt der gewählten Vertreter dieser Kommunen bleibt. Denn die wissen viel besser, was die Bürgerinnen und Bürger an Leistungen benötigen. Die großen Rahmensetzungen, was vor allem die Finanz- und Wirtschaftspolitik betrifft, und ich füge explizit hinzu, auch was die Sozialpolitik betrifft, das ist etwas, was nicht mehr national und schon gar nicht regional gewährleistet werden kann. Hier benötigen wir den großen Schirm über alle europäischen Nationen, alle europäischen Staaten hinweg. Auch deswegen ist die Vernetzung zwischen dem, was wir auf kommunaler Ebene tun, und dem, was Sie auf der europäischen Ebene tun, so entscheidend.

Wir haben, ich habe absolut nichts in vielen Feldern gegen Regulierungen auf europäischer Ebene. Hier ist es auch notwendig, Regeln zu setzen, Regeln einzuführen. Ich habe aber alles dagegen, wenn diese Regeln dazu dienen, dem Neoliberalismus zum Durchbruch zu verhelfen!

Wir erleben das im Verkehr. Wenn man Verkehr und Umweltpolitik vergleicht, so sind oft diametral entgegengesetzte Signale und auch Vorschriften seitens der Europäischen Union in Wirksamkeit. Wird - so wie in Wien im Masterplan Verkehr - versucht, eine integrierte Sichtweise der Verkehrspolitik zu machen, so wird das doch auch wohl auf europäischer Ebene möglich sein! Erst dann, wenn man zum Beispiel die europäischen Korridore als etwas Gemeinsames sieht, als etwas, das nicht aufgedröselst wird auf Individualverkehr, auf LKW-Verkehr, auf Luftverkehr, auf Schifffahrt oder auf Schiene, erst dann wird die ökologisch sinnvollste, die wirtschaftlich optimierte und für die Bediensteten erträgliche Lösung geschaffen werden.

Da gibt es ein Beispiel, wo die Deregulierungswut in Form von Regulierungen auf uns zukommt, nämlich das Marktöffnungsgebot für die Bodenverkehrsdienste am Flughafen. Das ist gerade im Werden, und das hätte zur Folge, dass wir enorm viele Arbeitsplätze am Wiener Flughafen gefährdet sähen. Gerade in einem Bereich, wo dieser Flughafen in einer großen Entwicklung drinsteckt, würde es bedeuten, dass Flughäfen nicht mehr selber diese Bodenverkehrsdienste erbringen dürfen. Na, da schau'n wir lieb aus!, kann man da nur sagen. Denn die anderen würden nur Lohndumping betreiben, würden die Preise herunterholen und hätten in den Sicherheitsstandards ganz sicher Nachteile für die gesamte Luftfahrt nicht nur in Wien, sondern europaweit.

In diesem Sinne darf ich, von einer Reihe von Abgeordneten meiner Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN unterstützt, einen Antrag auf Ablehnung weiterer Marktöffnung in den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings einbringen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich bin, wie gesagt, sehr dafür, dass wir Regulierungen auf europäischer Ebene finden, die nachhaltig sind, die in sich schlüssig sind, die zueinander schlüssig sind, die Beschäftigung sichern, die die Wirtschaft stimulieren und die Umwelt nicht gefährden. Das ist die Aufgabe, die wir als Kommunen uns von Europa erwarten. Dazu ge-

hört, dass dort, wo die Kommunen viel besser wissen, was für die Menschen in ihren Gemarkungsgrenzen und auch darüber hinaus besser ist, dies eben auch auf Entscheidungsebene in den Kommunen bleiben kann.

Weil heute auch von Herrn Jung und von anderen schon ein bisschen gesagt wurde zur Frage der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise: Sehr geehrte Damen und Herren, auch hier ist es ganz bedeutsam, dass auf europäischer Ebene natürlich noch nicht diese Regulierungen bestehen, die unbedingt und dringend erforderlich wären, dass eine sozial verträgliche Sanierung der Finanzen europaweit und eine Sanierung der Wirtschaftssituation bewältigt werden können. Da kann sich Österreich auch nicht ausnehmen. Es kann nicht so sein, dass eine Sanierung der österreichischen Haushalte ausschließlich durch Einsparungen erfolgt, die dann in der Regel auf Sozialleistungen, auf Leistungen für jene, die weniger verdienen, zurückgezogen werden.

Wir haben daher gemeinsam, die Sozialdemokraten und die GRÜNEN, auch hier im Haus einen Antrag zur Budgetkonsolidierung vorbereitet, mit dem wir Sie alle einladen, sich daran zu beteiligen, dass sehr wohl eine Budgetkonsolidierung geschafft wird, dass aber dabei Steuerprivilegien und Steuergerechtigkeit hergestellt werden und nicht das Sparen um jeden Preis im Vordergrund steht, sondern Sparen dort, wo man das sinnvoll tun kann und trotzdem die Wirtschaft weiter stimuliert wird. Das hat im Übrigen auch Standard & Poor's gesagt, dass man die Investitionstätigkeit und die Konsummöglichkeiten jedenfalls nicht allzu sehr einschränken soll. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zusammenfassen: Ich finde es sehr entscheidend, dass wir diesen Prozess der Integration von lokalen und europäischen Parlamenten in einen gemeinsamen Diskussionsprozess weiter vorantreiben. Ich finde es entscheidend, dass wir diesen beiden Anträgen und den anderen, die die beiden Regierungsfractionen gemeinsam eingebracht haben, die Zustimmung erteilen, genauso wie dem Wiener Dienstleistungsgesetz. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete des Europäischen Parlaments Mag Lunacek. Ich erteile ihr das Wort mit der Bemerkung, dass ihre Restredezeit sechs Minuten beträgt.

EP-Abg Mag Ulrike **Lunacek** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin, auch für den Hinweis auf die sechs Minuten - immer noch Luxus, wie gesagt, an meine erste Rede anschließend.

Ja, ich möchte oder muss jetzt doch in einigen Punkten auf den Herrn Abg Jung eingehen, den ich ja noch kenne aus der Zeit, als wir beide im Nationalrat waren und die FPÖ damals an der Regierung war, was ja viele in der FPÖ heute geflissentlich vergessen wollen, dass sie mit dabei waren bei dem schwarz-blauen Projekt, das Österreich massive Probleme geschaffen hat und auch die ganzen Korruptionsfälle, die jetzt im Nationalrat behandelt werden und zu einem Großteil aus dieser Zeit kommen. Das vergessen Sie ja sehr gerne.

Der Herr Jung hat gesagt, er ist kein glühender Europäer, denn da verbrennt man sich die Finger, wenn etwas glühend ist. *(Abg Mag Wolfgang Jung: ... überzeugt, nicht glühend!)* Kein Wunder, dass die FPÖ, der Herr Jung, Angst hat, sich die Finger an diesem gemeinsamen Europa zu verbrennen, weil genau dieses gemeinsame Europa, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut wurde, das ist, das die Absage an die Nationalismen, die die FPÖ immer noch vertritt, nämlich bedeutet, und die Absage an Hass und Gewalt, die die Kriege des 20. Jahrhunderts provoziert und herbeigeführt haben. Deswegen haben Sie Angst, dass Sie sich die Finger verbrennen an unserem gemeinsamen Europa! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das wundert mich nicht, und es wundert mich auch nicht, wie - zum Teil mit ein bisschen Unwissenheit, wie mir vorkommt - Sie auch mit dem Europaparlament umgehen. Sie sagen, im Europaparlament gibt es keine Zwischenrufe. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal dort waren. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Abgeordneter!)* Das Problem ist manchmal das Sprachliche, das gebe ich schon zu. Wenn ich mit Kopfhörern der Übersetzung eines litauischen oder einer maltesischen Abgeordneten zuhöre und ich dann in den vier Sprachen, die ich kann, antworte, verstehen die es wahrscheinlich nicht immer. Das ist ein reales Problem. Aber wir verstehen einander ziemlich gut, und es gibt sehr wohl auch Zwischenrufe. Also, vielleicht wollen Sie uns ja einmal besuchen kommen!

Das Zweite ist: Sie sagen, das Europaparlament hat keine vollen Kontrollmöglichkeiten. Ich glaube, Sie haben den Lissabon-Vertrag nicht gelesen, und auch andere. Der Herr Mölzer müsste Ihnen vielleicht schon erzählt haben, dass das Europaparlament mittlerweile volle Kontrollrechte über das Budget hat und auch beim Budget Europas mitzählt, ja auch die Kontrollrechte. *(Abg Johann Herzog: Weit übertrieben!)* Vielleicht wissen Sie nicht genau, worüber wir uns dann auch immer wieder informieren und dass wir sehr wohl die Kommission und auch den Rat kontrollieren, soweit es der Rat zulässt. Das Problem ist sehr oft der Rat, da gebe ich Ihnen schon recht.

Noch etwas vielleicht zu dem, weil Sie gesagt haben, Sie wünschen sich ein anderes Europa: Das andere Europa ist tatsächlich ein grundsätzlich anderes, als wir GRÜNE und wohl auch die anderen Fraktionen hier im Landtag sich das vorstellen. Was Sie wollen - das wird uns wahrscheinlich der Herr Mölzer nach meiner Rede auch noch erzählen -, ist ein Europa der Vaterländer, das Sie aber mindestens national, wenn nicht deutschnational geprägt haben wollen. Das wissen wir ja auch alle, was heute am Abend stattfinden wird: der WKR-Ball, gegen den ich auch hier das jetzt nutzen werde, meinen heftigsten Protest dagegen einzulegen. Ein Ball der Ewiggestrigen, das ist nicht etwas, was Wien braucht, so anders darf Wien nicht sein! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Und ich bin froh, dass der nächstes Jahr nicht mehr in der Hofburg stattfinden kann.

Noch etwas: Der Herr Jung wünscht sich das ungarische Wahlrecht, das Fidesz eingeführt hat. Na Mahlzeit!

Das ist nämlich etwas ... (Abg Mag Wolfgang Jung: *Das habe ich doch nicht gesagt!*) Ich habe Sie so verstanden. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Sie sagen die Unwahrheit!*) Okay, danke, nehme ich zur Kenntnis: Sie wünschen es sich zum Glück nicht, denn das würde heißen ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Brauchen Sie eine EU-Dolmetscherin? Oder was brauchen Sie?*) Ich bin selber Dolmetscherin, zwar nicht für Ungarisch, aber für andere Sprachen.

Aber dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich nehme es zur Kenntnis: Der Herr Jung wünscht sich das ungarische Wahlrecht nicht! Sehr gut, denn das würde nämlich heißen, dass die Fidesz ... (Abg Mag Wolfgang Jung: *Ich wünsche mir eine Kritik, die nicht zwei Drittel der Bevölkerung ...*) Das heißt in Ungarn, dass die Fidesz sich die Macht für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gesichert hat. Und das ist kein Wahlrecht, das ich mir für Österreich wünsche, überhaupt nicht!

Zur Schuldenpolitik: Die Kritik, die die Freiheitlichen da immer haben - und auch manche andere -, zu sagen, wir dürfen für andere innerhalb der EU, die hoch verschuldet sind, mittlerweile nicht mitzahlen. Jetzt weiß ich schon, Griechenland hat viele Fehler selbst gemacht, und die müssen sie auch ändern, da braucht es auch wirklich Änderungen, ja. Aber manchmal kommt mir das so vor, wie wenn wir in Österreich sagen würden, ein hoch verschuldetes Bundesland, das knapp vor der Pleite steht, dürfen wir nicht stützen. Wie ist denn das mit Kärnten?

Kärnten ist wunderschön, ein wunderschönes Bundesland, landschaftlich gesprochen. Aber die Hypo-Alpe-Adria-Krise, die die FPÖ in Kärnten mitverschuldet hat, wo der Bund bisher mindestens 2,2 Milliarden gezahlt hat, nämlich wirklich gezahlt (Abg Nurten Yilmaz: *Cash!*) und nicht, nur wie bei Griechenland, sozusagen zur Verfügung stellt, falls es das braucht - darüber redet niemand etwas! Es sagt aber auch niemand, dass Kärnten aus Österreich austreten soll. Das wäre auch ein bisschen schwierig, ich wünsche mir das jedenfalls nicht. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Es gehört aber zu Österreich, das ist ein Unterschied!*) Aber Solidarität heißt auch: zueinander stehen, auch wenn wer Schwierigkeiten hat, auch wenn es etwas kostet. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - *Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ein letzter Punkt zur Finanztransaktionssteuer, die ja auch heute hier Thema ist mit den Anträgen und wo ich jetzt mitgekriegt habe, dass die Freiheitlichen einen eigenen Antrag machen, wo drinsteht: Das ganze Geld, das in Österreich eingenommen wird, muss in Österreich bleiben. Da bin ich sehr dagegen. Ich weiß nicht, ob Sie, als ich das erste Mal geredet habe, zugehört haben; ich finde, es muss irgendwie halbe-halbe ausgeglichen sein. Mich würde dann interessieren, was die Freiheitlichen sagen, sollte einmal Österreich Geld von Seiten der EU brauchen!

Es zahlt die EU jetzt schon auch an Österreich, zum Beispiel über den von mir zuerst schon erwähnten Globalisierungsfonds. Das haben Sie anscheinend vergessen oder wollen Sie nicht wahrhaben. Jedenfalls denke ich, dass mit den Freiheitlichen weder ein europäischer

noch an österreichischer noch ein Wiener Staat zu machen ist. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wenn Sie das sagen!*)

Ich bedanke mich jetzt bei Ihnen auch noch einmal für die Möglichkeit, hier reden zu dürfen. Ich kann leider nicht bis zum Schluss dieser Sitzung bleiben, weil ich an meinem einzigen Wien-Tag hier auch noch anderes erledigen möchte. Ich freue mich jedenfalls sehr und hoffe, dass wir bald wieder einmal die Gelegenheit haben, uns auch hier konkret auszutauschen über Dinge, die brisant sind für Wien, für Österreich und für unsere gemeinsame Europäische Union. - Vielen Dank. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Herzlichen Dank, Frau Abg Mag Lunacek, für Ihr Kommen! Wir wünschen Ihnen weiterhin einen guten Tag.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mölzer. Wie in der Präsidialkonferenz vereinbart wurde, teile ich Ihnen mit, dass die Gesamtrededzeit 20 Minuten beträgt, und ersuche Sie um Ihren Redebeitrag.

EP-Abg Andreas **Mölzer** (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich finde es hervorragend, dass es möglich ist, in einem regionalen Parlament als europäischer Abgeordneter das Wort zu ergreifen. Auch ich glaube, dass der Dialog oder überhaupt das Gespräch zwischen den Parlamenten, die es quer durch Europa von den Kommunen, von den Regionen über die nationalen Parlamente bis hin zum Europäischen Parlament gibt, ein konstitutives, ein tragendes Element des Dialogs quasi der Volksvertreter und damit indirekt der Bürger auf diesem Kontinent sein kann.

Ich glaube, dass der Wiener Landtag wirklich dienstvoll agiert, indem er das möglich macht. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür und entschuldige mich auch für mein Zuspätkommen.

Ich bin nun nicht so allwissend wie meine Kollegin aus dem Europäischen Parlament, ich will es hier nicht zur Flaggenfrage erheben, ob es dort Zwischenrufe gibt oder nicht. Es gibt sie zweifellos, mehr oder weniger lustig, wie wahrscheinlich auch in diesem Hause. Es gibt aber dort - ganz wurscht, wie viele Sprachen man nun spricht, 5, 15 oder was auch immer - einen sehr rationalen Diskurs zwischen den politischen Gruppen, und das ist etwas - das muss ich wirklich sagen, bei aller EU-Kritik, die es von meiner Gesinnungsgemeinschaft gibt, wie Sie wissen -, das man wirklich positiv betonen muss. Es gibt dort so etwas wie ein sachliches Gespräch, auch das Gespräch unter Gegnern, unter Feinden sogar, wie es Friedrich Heer, der hochgeschätzte österreichische Philosoph und Publizist ja gefordert hat, ein Gespräch unter Gegnern, unter Feinden sogar, von dem ich hoffe, dass es auch in diesem Hause möglich ist.

Ich darf diesen ungeheuren Luxus an Zeit zumindest teilweise ausschöpfen. Das sind wir, wie ja Frau Kollegin Lunacek offenbar auch gesagt hat, im Europäischen Parlament nicht gewöhnt, und ich darf das, wie gesagt, ein bisschen genießen, einige Anmerkungen vielleicht zur Dienstleistungsrichtlinie und dann eventuell noch zur allgemeinen europapolitischen Situation machen, die ja

in den Debatten, wie ich sie bis jetzt in dieser kurzen Zeit verfolgen konnte, auch angesprochen wird.

Wenn man so wie ich jetzt doch sieben oder fast acht Jahre im Europäischen Parlament ist, hat man diese Dienstleistungsrichtlinie in allen Phasen ihrer Entstehung beobachten können. Ich kann oder muss gestehen, dass ich von Anfang an gegen diese Dienstleistungsrichtlinie war.

Meine Damen und Herren! Der erste Vorschlag des damaligen Kommissars Bolkestein aus dem Jahr 2004 orientierte sich bekanntlich an der Außenhandelstheorie, wonach die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes Effizienzsteigerungen und Wohlfahrtsgewinne mit sich bringen würde. Die Kommission schätzt bekanntlich, dass eine vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wirtschaftliche Vorteile zwischen 60 und 140 Milliarden EUR erbringen würde, was einem potenziellen Wachstum von 0,5 bis 1,5 Prozent des EU-BIP entspräche.

Das, meine Damen und Herren, sind Wunschträume, sind Wunschvorstellungen, wenn man weiß, dass die Dienstleistungsrichtlinie ein wichtiger Bestandteil der Lissabon-Strategie sein sollte, und wenn man weiß, was aus dieser Lissabon-Strategie geworden ist. Sie entsinnen sich: Nach dieser Strategie sollte die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten, zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Das klingt so schön, das hat auch mich begeistert. Wenn wir aber sehen, wo wir heute stehen, dann bräuchte man eigentlich nicht weiter darüber zu diskutieren: Wir stehen heute im Auge des Orkans, eines Orkans nämlich, der uns als Europäer zu vernichten droht! Das ist vielleicht ein bisschen sehr dramatisch gesagt, aber - wie wir vielleicht am Ende dann noch diskutieren sollten - nicht wirklich übertrieben.

Bei den Verhandlungen im Europäischen Parlament und im Rat wurden in der Folge bestimmte Dienstleistungen insbesondere auch der Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich ausgenommen. An der Stoßrichtung selbst hat sich aber damit nichts geändert. Das Hauptziel, einen echten Binnenmarkt für Dienstleistungen zu schaffen und freien Zugang für ausländische Dienstleistungserbringer am heimischen Markt zu ermöglichen, wurde damit ja erreicht, hauptsächlich angeblich durch Verwaltungsvereinfachungen und Regeln für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Verwaltungsbehörden. Auf der Strecke bleibt dabei - und das ist nahezu zwangsläufig so - der Schutz der einheimischen Anbieter, die nunmehr einem möglicherweise ruinösen Unterbietungswettbewerb ausgesetzt sind.

Wenn immer wieder behauptet wird, dass das umstrittene Herkunftslandprinzip, wonach Unternehmen in das Land mit den geringsten Standards von Kontrollen ausweichen können, nunmehr nicht Teil der Richtlinie ist, so ist das auch nur bedingt richtig. Denn nun stützt man sich explizit auf das Prinzip der Dienstleistungsfreiheit und argumentiert so den unbeschränkten Zuzug von EU-Dienstleistern. Die Förderung des Wettbewerbs durch Erleichterung grenzüberschreitender Dienstleistungen mag vielleicht in Luxemburg, im Dreiländereck Aa-

chen/Maastricht und in dieser Gegend, Sinn machen. Dort treffen sich bekanntlich ähnlich starke Wirtschaftsräume mit ähnlichem Lohnniveau, die Firmen in den beteiligten Ländern sind somit einem fairen Wettbewerb ausgesetzt, auch dafür gewappnet und können entsprechend agieren und reagieren.

Bei uns aber in Österreich, insbesondere im Osten und im südöstlichen Teil des Landes, ist es bekanntlich völlig anders. Das Lohnniveau in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn, aber auch in Slowenien - das sage ich als Kärntner - ist ja nach wie vor um ein Vielfaches geringer als in Österreich. Die Regelungen für den Schutz der Arbeitnehmer, die sozialversicherungsrechtlichen Normen und auch die steuerrechtlichen Vorschriften unterscheiden sich zum Teil massiv. Für Österreich, insbesondere auch für Wien, ist daher zu befürchten, dass es zu einer Art von Sozialdumping kommt, und das mit einer gewissen Eigendynamik, dass es auch zu einem Lohndumping kommt.

Gerade deshalb sollten wir als Vertreter der österreichischen Bevölkerung, als parlamentarische Vertreter - Sie im Landtag, ich im Europäischen Parlament - eigentlich die heimischen Betriebe und die heimischen Arbeitnehmer schützen. Einige werden nunmehr zu Recht einwerfen - und das ist nicht von der Hand zu weisen -, dass es auf Grund der EU-rechtlichen Bestimmungen schlicht und einfach nicht möglich ist, diesem Schutzauftrag nachzukommen. Für uns als österreichische Volksvertreter ist es im konkreten Fall untersagt, Regelungen zum Schutz der eigenen Bevölkerung zu verabschieden. Stattdessen werden wir unter der Androhung von Strafzahlungen oder einer Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof gezwungen, eine Regelung in nationales Recht umzusetzen, die eigentlich schlecht für uns ist!

In diesem Punkt sieht man einmal mehr, wie unausgewogen EU-Regelungen sein können. Es werden Dinge über einen Kamm geschoren, die schlicht und einfach - siehe das Beispiel der Region Aachen/Maastricht und Österreich - nicht vereinbar sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ergibt sich daraus die Forderung, dass man vieles bei den bestehenden EU-Verträgen eigentlich revidieren müsste. Wir müssten im Detail überprüfen, welche Bereiche besser auf nationaler oder eben auch auf regionaler Ebene erledigt werden können und wo es wirklich Sinn macht, EU-weite Regelungen zu treffen.

In Summe müssten wahrscheinlich - und das ist keine Aussage gegen Europa, das ist nur eine Aussage für eine Umkehr in der europäischen Politik - viele Dinge renationalisiert werden. Das ist nicht eine Rückkehr in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts *(EP-Abg Mag Ulrike Lunacek: Des 20. Jahrhunderts!)* oder der beiden Weltkriege, wie auch immer Sie wollen, Frau Lunacek. Das ist keine Rückkehr, das ist nur eine Maßnahme auf Grund von Irrwegen, die wir beschritten haben. Das sollten wir gerade in der Staatsschuldenkrise, in der Eurokrise erkennen: Es ist nur eine Umkehr, die vielleicht das europäische Projekt retten könnte. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Denn eines, meine Damen und Herren, ist ja klar: Die

Krise der europäischen Währung ist nicht entstanden, weil es zu wenig Europa gibt, sondern weil man zu vor-schnell gleichgeschaltet hat, weil man zu rasch vereinheitlicht und Wirtschaftsräume zusammengeschlossen hat, die nicht zusammengehen, nicht zusammengehören! (*Beifall bei der FPÖ.*) Wenn jetzt in Brüssel - und da gehören die GRÜNEN und die Sozialdemokraten leider dazu - versucht wird, aus dieser Krise die Lehre zu ziehen, dass es nicht zu viel Europa gibt, sondern zu wenig, dass man nun sehr rasch eine Wirtschaftsregierung installieren muss, dass man hin zu den Vereinigten Staaten von Europa, zu zentralistischen Vereinigten Staaten von Europa gehen muss, dann heißt das: Teufel mit Beelzebub austreiben! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Meine Damen und Herren! Dann wird genau das bis zum Exzess betrieben, was uns in die Sackgasse hineingeführt hat, nämlich Zentralisierung, Gleichschaltung und das Biegen über einen Bogen von Dingen, die nicht zusammengehören. Glauben Sie mir, gerade die Währungsunion macht das eine deutlich: Ein partieller Rückbau, beispielsweise das zeitliche oder zwischenzeitliche Ausscheiden von Staaten aus der gemeinsamen Währung, die nicht in der Lage sind, volkswirtschaftlich eine solche zu tragen, ist kein Schritt gegen Europa. Das ist ein Schritt für Europa, damit können wir das vielleicht retten! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Präsidentin! Auch die Frage der Demokratie wird im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise sehr oft angesprochen. Ist es wirklich so, dass die Krise Europa zum Auseinanderbrechen bringen wird und dass damit die Demokratie gefährdet wird? Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Eurokraten, dass maßgebliche Kräfte im Zentrum der Europäischen Union die Krise nutzen wollen, um Demokratie möglichst auszuschalten, zu relativieren?

Ist es nicht so, dass in Staaten, die unter dieser Krise leiden - wie etwa Griechenland und Italien -, plötzlich Regierungen installiert sind, die keine demokratische Legitimation haben? Ist es nicht so, dass demokratisch hoch legitimierte Regierungen, die etwa eine Zweidrittelmehrheit erlangen - und das würde jede Partei gerne haben -, die demokratisch eine Zweidrittelmehrheit erlangen wie etwa in unserem Nachbarland Ungarn, auf einmal als Antidemokraten bekämpft werden?

Ich weise nur darauf hin: Man kann beispielsweise über das ungarische Mediengesetz, das vor einem Jahr Thema war, wirklich vieles sagen; man kann der Meinung sein, dass es bedenkliche Tendenzen hat. Klar ist, dass eine Partei mit einer Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament auch die parlamentarische Kontrolle in den staatlichen Medieninstanzen ausübt. Bei uns, bitte, macht das eine Partei, die kaum ein Drittel der Wähler hinter sich hat! Wo ist der Unterschied? (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Aber es geht doch darum, dass Demokratie auf der europäischen Ebene bislang noch nicht wirklich funktioniert hat. Auch wenn Kollegin Lunacek sagt, dass alles

so toll ist und dass das Europäische Parlament jetzt so unglaubliche Rechte hat, muss ich eines sagen, ich als fraktionsloser Abgeordneter. Schauen Sie, da sagen die Zeitungsberichte, die können emsig sein, die können plaudern, die können hunderte Reden halten, aber zu reden haben sie nichts. Da frage ich Sie aber eines, Frau Lunacek: Was haben denn Sie zu reden? Was hat denn das Europäische Parlament insgesamt zu reden? Das ist eine demokratiepolitische Fassade, ein Potemkinsches Dorf, in dem Demokratie gemimt wird! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Des Weiteren, meine Damen und Herren: Wo ist denn die Gewaltenteilung auf der europäischen Ebene? Die Trennung von Legislative, Exekutive und Justiz? Bitte schön, der Schöpfer der Gesetze ist im Wesentlichen der Rat - das ist die Summe der Regierungen, also Exekutive! Da gibt es also keine wirkliche Gewaltenteilung.

Wenn jetzt, im Zuge der Krise, weitere Zentralisierung betrieben wird, Zentralisierung, die im Grunde zunehmend darauf ausgeht, die europäischen Völker zu entmündigen, dann muss man da Widerstand leisten! Deswegen, meine Damen und Herren, sind wir für ein anderes Europa, aber nicht für ein in die alten nationalstaatlichen Antagonismen, in den alten Hass zurückkehrendes Europa.

Bitte, das, was heute auch in Wien passiert, ist meines Erachtens ein Schlag gegen die europäischen Werte, ins Gesicht der europäischen Werte. (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*) Schauen Sie, Gespräch und Dialog unter politischen Gegnern - Friedrich Heer -: Es muss auch möglich sein, dass man Andersdenkende toleriert. Es muss möglich sein, dass es Meinungsfreiheit gibt, dass es Versammlungsfreiheit gibt. Das sind europäische Werte. Die Grundrechte muss es für alle geben, auch für Herrschaften und für Leute, die man nicht so gern hat! Das muss möglich sein.

Schauen Sie, ich persönlich habe etwas gegen den Life Ball. Ich werde aber nicht aufstehen und sagen: Wir verbieten den Life Ball, oder wir machen Demonstrationen, die diesen Life Ball unmöglich machen. Ich appelliere an Andersdenkende, auch zu tolerieren, dass wir unsere eigene Folklore haben, niemandem etwas tun, aber ein schönes Fest feiern wollen. Das muss möglich sein. (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Meine Damen und Herren! Europäische Werte bestehen im Kern aus Toleranz. Toleranz ergibt sich nur dort, wo es um Andersdenkende geht, niemals um die Gleichdenkenden. Wo diese Toleranz gefährdet ist, gefährden wir Europa. Nicht die gemeinsame Währung ist das, was den Geist Europas ausmacht, sondern diese Toleranz, diese Humanität und diese Größe, Andersdenkende zu tolerieren, mit ihnen zu diskutieren.

Deswegen möchte ich auch in diesem Sinn aufhören. Meine Damen und Herren, indem ich die Möglichkeit gehabt habe, als EU-Abgeordneter heute hier eine Viertelstunde meine Gedanken zu dieser Richtlinie, aber auch allgemein zu europapolitischen Dingen auszubreiten, muss ich sagen, habe ich ein Maß an Toleranz in

diesem Hause gefunden, das mich freut und das, wie ich glaube, der Stadt Wien und uns Österreichern zur Ehre gereicht. Ich danke Ihnen herzlich! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke dem Herr Abgeordneten. Es verbleibt ihm eine Restredezeit von fünf Minuten. Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau Abg zum Europäischen Parlament Mag Regner. Ich erteile es ihr und teile mit, dass die Restredezeit von Frau Mag Regner acht Minuten beträgt.

EP-Abg Mag Evelyn **Regner** (SPÖ): Ich nehme jetzt meinen Anspruch wahr, diese acht Minuten auch noch entsprechend an Sie zu adressieren. Vorweg: Ich bin äußerst froh, ich bin erleichtert, dass es uns gelungen ist, im Europäischen Parlament, aber als EU in Summe eine europäische Finanzmarktaufsicht zu bekommen, eine Bankenaufsicht, eine Wertpapieraufsicht und eine, die auf die Versicherungen schaut, weil es ganz einfach notwendig ist, in dieser Riesenkrise, in der wir sind, entsprechende Kontrollen auszuüben, und zwar über den nationalen Tellerrand hinaus, denn sonst würden wir nichts ausrichten. Wir sehen das zum Beispiel an den Briten, die es immer wieder national probieren.

Ich bin sehr froh, dass wir diese Regelungen getroffen haben, die mir zu wenig sind, sage ich Ihnen einmal, von denen ich gerne mehr hätte. Aber ich bin froh, dass es sie einmal gibt, nämlich zu den Hedgefonds, zu Private Equities, zu den Finanzmarktregulierungen, die absolut notwendig sind auf europäischer Ebene. Ich sage es dazu, es ist mir zu wenig, ich mag mehr davon, mehr von diesem Europa. Das heißt, wenn wir versuchen, das auf nationaler Ebene allein zu regeln, dann können wir dieser globalen Krise niemals Herr werden.

Das heißt, was notwendig ist, ist eben gerade, auf europäischer Ebene etwas zustande zu bekommen, und das mit nationaler Unterstützung, im Kontakt, im regen Austausch und mit dem Wissen, was tatsächlich möglich ist oder nicht auf nationaler Ebene. Da sage ich Ihnen schon, dass es hier oftmals nationale Regierungen sind - und das ist nicht nur die britische -, die sich dagegenstemmen, die glauben, sie können es national besser derheben. Das tun sie aber nicht, und deshalb sind wir noch tiefer in dieser Krise drinnen.

Herr Mölzer! Sie haben gesagt, was die Dienstleistungsrichtlinie betrifft - und das habe ich mit Erstaunen wahrgenommen -, sehr vieles an Argumenten, die ich in dieser Zeit als aktive Gewerkschafterin verwendet habe, als eine, die oft auf der Straße gestanden ist und sich für ein besseres Prinzip eingesetzt hat, ein besseres, das wir jetzt letztlich erreicht haben, das der Dienstleistungsfreiheit, eigentlich des Ziellandprinzips. Aber dass es so weit gekommen ist, da möchte ich Ihnen schon sagen, waren die europäische Sozialdemokratie, die Linke, die GRÜNEN dahinter. Auf konservativer, auf liberaler oder gar auf sehr nationaler Seite habe ich da nichts wahrgenommen, aber schon gar nichts!

Ich weiß genau, was ich damals gemacht habe, im Verbund mit sehr vielen über lange Jahre hinweg, um entsprechende Argumente zu finden. Nein, im Gegenteil, zu dem Zeitpunkt - ich habe überlegt, ja, damals war es

Minister Bartenstein, der das für Österreich verhandelt hat, mit sehr vielen anderen europäischen Ministern. Aber da war auch der Minister Gorbach in sehr vielen Fragen, die auf der Tagesordnung gestanden sind, in Verantwortung. Diese Minister, kann ich Ihnen versichern, haben genau in die gegenteilige Richtung gearbeitet, nämlich: Konkurrenz der nationalen Rechtssysteme, die sollen miteinander nur schauen, was sie liberalisieren können bis zum Gehtnichtmehr. Und wir haben versucht, das geradezubiegen, als Zivilgesellschaft, aber auch als diejenigen, die sich für die sozial guten Auswirkungen dieser Dienstleistungsrichtlinie und deren Zustandekommen eingesetzt haben.

Zur Demokratie: Ihr Freund Orbán - und Sie haben ihn ja, Herr Mölzer, oft genug im Europäischen Parlament verteidigt - hat also jetzt für die nächste Zeit die großen Plätze in Budapest reservieren lassen für Versammlungen, für Demonstrationen der Regierung. So stelle ich mir Demokratie nicht vor, und den Respekt gegenüber Andersdenkenden, den Respekt gegenüber Minderheiten. Da gebe ich Ihnen natürlich recht, Toleranz ist ein unendlich wichtiges Prinzip. Das gilt für alle, und das gilt auch für Sie! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das Europäische Parlament hat mit dem Vertrag von Lissabon insbesondere eine Macht als Legislative bekommen, die man nicht unterschätzen darf. Im Normalfall sind wir zu 50 Prozent Gesetzgeber: 50 Prozent der Rat, 50 Prozent das Europäische Parlament. Das ist gut so, und das ist richtig so. Ich habe Ihnen einige Beispiele am Anfang genannt. Eben gerade die Finanzmarktregulierung, um das, was jetzt in dieser Krise notwendig ist, gemeinsam und nur gemeinsam europäisch zu regeln, wird dem Europäischen Parlament dementsprechend ermöglicht. Also machen Sie es nicht klein!

Das Europäische Parlament und die europäische Dimension sollen dort tätig sein, wo es notwendig ist. Eben wenn es darum geht, Banken zu regulieren, die viel zu mächtig sind, wenn es darum geht, der Finanzkrise Herr zu werden, weil es nur gemeinsam geht, weil wir systemische Risiken nur gemeinsam lösen können. Es gilt allerdings auch, das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen zu respektieren. Ein jeder soll mehr oder weniger dort tätig sein, wo sein Geschäft ist. Wir brauchen nicht das Europäische Parlament, dass festgelegt wird, dass Winterreifen überall in Europa eingeführt werden. Jeder soll in dem Bereich tätig sein, wo er sich auskennt, wo er etwas zu sagen hat, wo er sich letztlich auch entsprechend durchsetzen kann.

Schließlich geht es darum, eben nicht - und da sehe ich die FPÖ schon sehr in entsprechender Verantwortung - wie ein verantwortungsloser Hedgefonds zu handeln. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Denn genau das tun Sie, wenn Sie dementsprechend meinen, Griechenland wird Pleite gehen. Dann spekulieren Sie mehr oder weniger mit. Sie nehmen genauso teil an diesen Spekulationen wie Banken, die Kreditausfallsversicherungen aufgenommen haben. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nein, wir berücksichtigen ... und denken voraus!)* Sie nehmen genau an diesem Spiel letztlich teil und versuchen, Ihre

nationale Karte zu spielen. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Nein, wir wollen einer Katastrophe vorbeugen!*)

Sie spekulieren darauf, dass national entsprechend nur Lösungen gefunden werden können, und dann sind wir in Albanien. Das möchte ich nicht. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Bitte, ist jeder, der vorausdenkt, nur ein Spekulant?*) Wir möchten gerne gemeinsam der Probleme Herr werden, wenn es darum geht, die Krise zu lösen. (Abg Mag Dietbert Kowarik: *Sie sehen, was dabei herausgekommen ist!*) Und das geht nicht anders. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Das tut man seit einem Jahr! Mit einer Konferenz nach der anderen!*) Nur durch Zusammenhalten kann man das entsprechend erreichen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Schließlich geht es darum - und wir haben am Montag den Rat -, dass die europäischen Probleme in erster Linie bedeuten, dass wir auch darauf achten, dass beispielsweise Banken teilweise in einigen Ländern über ein Budget verfügen, das größer ist als nationale BIPs. Das ist eine Situation, die Europa anders aussehen lässt als beispielsweise die USA. Das heißt, wir haben große Herausforderungen und müssen uns denen auch dementsprechend gemeinsam stellen.

Die großen europäischen Ungleichgewichte zu beseitigen, das ist eine der Hauptaufgaben, denen wir uns stellen müssen. Diese Ungleichgewichte sind eben Banken, die ein zu großes Gewicht im Verhältnis zu den Staaten haben. Das ist es aber auch, wenn wir darauf schauen, wie beispielsweise Länder wie Deutschland, aber auch Österreich mit einem Exportüberschuss agieren und dementsprechend natürlich auch beteiligt sind an der Schieflage, in der Länder wie Griechenland, Italien und Spanien sind.

Zusammenfassend kann ich nur sagen, ich teile mit allen anderen die Gelegenheit, die schöne Gelegenheit, wirklich ein Danke zu sagen, dass wir hier im Landtag die Möglichkeit haben, uns auszutauschen. Allerdings nur dann, wenn wir auf europäischer Ebene die große Probleme gemeinsam angehen, kann es ein Happy End geben. Der Weg ist hart, unendlich hart, aber nur so kann es funktionieren. - Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für die Debattenbeiträge und darf feststellen, dass das ganze Haus mit Sicherheit seinen Dank ausspricht für den Besuch der EU-Abgeordneten hier, ihre Teilnahme an den Diskussionen. Wir freuen uns auf Wiederholung und auf neue Termine, zu denen das stattfinden wird. Gute Heimfahrt auch wieder! (Allgemeiner Beifall.)

Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau Abg Mag Feldmann. Ich erteile es.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Richtung FPÖ doch anmerken, was es bedeutet, wenn diese Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt ist. Vor allem in Zeiten der Krise brauchen wir eine Stärkung des österreichischen Marktes, eine Stärkung der heimischen Klein- und Mittelbetriebe und eine Neuschaffung von

Arbeitsplätzen. Wir brauchen wachstums- und wettbewerbsfördernde Maßnahmen und grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen, was besonders in Wien von wesentlicher Bedeutung ist.

Die Herstellung eines gemeinsamen Marktes durch solche grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen ist besonders wesentlich, und die Vorteile sind evident. Es werden Geschäftsgründungen erleichtert, in den EU-Mitgliedsstaaten die Hindernisse dafür beseitigt. Es werden die Hindernisse zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung beseitigt. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn ein EU-ansässiges Bauunternehmen in einem anderen Land bauen möchte, ohne sich dort dauerhaft niederzulassen. Es werden einheitliche Ansprechpartner geschaffen, vor allem im administrativen Bereich, und auch ungerechtfertigte oder überzogene Genehmigungsverfahren durch weniger restriktive Maßnahmen ersetzt werden sowie auch diskriminierende Anforderungen beseitigt werden. Oder es werden Behörden auch in einem anderen EU-Land ausgestellte Dokumente anerkennen müssen.

Wirtschaftsminister Mitterlehner hat sich seit Jahren für eine schnelle und effektive Umsetzung der Richtlinie eingesetzt. Teile der Richtlinie sind ja bereits umgesetzt worden, wie zum Beispiel die einheitlichen Ansprechpartner. Mit den Bundesländern ist verhandelt worden, die Neun-plus-eins-Regelung ist durchgesetzt worden. Aber wir hätten uns wirklich viele Umwege in der Gesetzgebung, viel Zeitverlust für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft Wiens und auch viele Kosten erspart, wenn alle Parteien die Umsetzung des europäischen Binnenmarktes und die Wirtschaftsunion so ernst nehmen würden, wie das die ÖVP tut. (Beifall bei der ÖVP.)

Es eignet sich nicht, die Zukunft der Wiener und österreichischen Wirtschaft einfach als Gegenstand von politischem Kuhhandel zu verwenden. Wir sollten darüber erhaben sein und schon im Sinne unseres Landes, unserer Stadt und der Wirtschaftstreibenden und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen handeln.

Die Blockade dieser Umsetzung hat uns viel gekostet, und ich frage Sie jetzt: Wer - das frage ich auch in Richtung FPÖ und GRÜNE - trägt jetzt die Verantwortung? Wer trägt die Kosten? Wer entschädigt die Wirtschaft für das ausgebliebene Wirtschaftswachstum? Wer zahlt die eventuellen Strafzahlungen von 1,3 Millionen? Vielleicht möchten jetzt hier die Parteichefs von FPÖ, BZÖ und GRÜNEN einzahlen, die sich so dagegen gewehrt haben - Sie können ja mitzahlen -, im Wissen, dass 38 bis 40 Prozent der österreichischen Exporte Warenausfuhren sind und 60 bis 62 Prozent über Dienstleistungsexporte erwirtschaftet werden.

Wir haben von 2000 bis 2008 eine Verdoppelung der Dienstleistungsexporte von 14 auf 27 Milliarden EUR, und drei Viertel davon sind in die EU gegangen. Was glauben Sie, welche Auswirkung es hat, wenn wir Punkte wie die Herstellung eines gemeinsamen Marktes, Bürokratieabbau oder die Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen Behörden in Herkunfts- und Zielland erfüllen oder nicht erfüllen? Dass diese Auswirkungen erst jetzt

und nicht schon vor drei Jahren zum Tragen gekommen sind, daran sind die GRÜNEN und die FPÖ nicht unschuldig. Wir nehmen dieses Gesetz sehr ernst und bedauern, dass es erst eine Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof gebraucht hat, um es beschließen zu können.

Ich möchte jetzt noch zum Antrag der GRÜNEN bezüglich Globalisierungsfonds kommen, und ich muss sagen, jedem kann es passieren, dass er in Not gerät, Selbstständigen, Unselbstständigen, Landwirten et cetera. Es ist in diesem Bereich wirklich unnötig, die Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen. Wir haben daher einen von der Ausrichtung her anderen Antrag eingebracht, betreffend die Mittel des europäischen Globalisierungsfonds, der in der derzeitigen angespannten wirtschaftlichen Lage ein wichtiges Instrument ist, mit dem verschiedene Maßnahmen finanziert werden, um Personen etwa bei der Arbeitssuche, Weiterbildung oder bei der Selbstständigkeit und Unternehmensgründung zu unterstützen.

Nach einem vorliegenden Entwurf wird dieser Fonds inhaltlich ausgeweitet. Das heißt, konkret werden Arbeiter und Angestellte, Geschäftsführende und Inhaber von KMUs, Selbstständige und darunter eben auch Landwirte unterstützt. Da auch in der Landwirtschaft Arbeitsplätze gesichert werden sollen, möchte ich jetzt eindeutig festhalten, dass es klar ist, dass Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Landwirte finanziell und ihrem Ansehen nach gleichzustellen sind. Ein gegenseitiges Auspielen der jeweiligen Berufsgruppen ist weder in politischer noch in finanzieller Weise unterstützenswert.

Daher gilt es, die Förderung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern anteilig zu heben, um finanzielle Gleichberechtigung herzustellen. Dazu bringe ich einen Beschlussantrag von meinen Kollegen Fritz Aichinger, Alexander Neuhuber, Roman Stiftner und meiner Wenigkeit ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich bemerken, dass wir uns sehr glücklich schätzen über die Möglichkeit, dass wir uns regional einbringen können bei Themen, die die gesamte EU betreffen. Ich möchte dennoch darauf hinweisen - einfach weil ich ein gewisses Gerechtigkeitsgefühl in mir habe -, dass das jetzt nicht unbedingt eine rot-grüne Idee war, sondern dass bereits 2009 unsere Abgeordneten Tschirf und Wolfgang Gerstl hier Zuweisungsbeschlussanträge eingebracht haben betreffend Teilnahme und Rederecht für Abgeordnete.

Aber Fakt ist, wir sollten nicht darüber streiten, wer wo wann hier jetzt dieses Rederecht eingeführt hat. Ich glaube, wir können das als gemeinsamen Erfolg verbuchen und in diesem Sinne gemeinsam dafür arbeiten, dass ein großer Wirtschaftsraum mit auch umgesetzten Regelungen EU-mäßig hier stattfinden kann. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. Ich ersuche darum.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein großer Tag für den Wiener Landtag mit dem erstmaligen - das ist jetzt sehr oft gesagt worden, aber

es kann nicht oft genug gewürdigt werden: Tue Gutes und sprich darüber! Nachdem das alle eine gute Idee finden, bedanke auch ich mich bei denen, die es am meisten vorangetrieben haben, bei meiner Kollegin Monika Vana und bei Elisabeth Vitouch, der Vorsitzenden des Europaausschusses, die noch zu Wort kommen und diesen Themenkomplex abrunden wird. Aber das erste Mal haben hier Abgeordnete des Europäischen Parlaments gesprochen, und nicht nur das erste Mal hier, sondern das erste Mal in Europa in einem Landtag. Das finde ich fabelhaft. Ein guter Erfolg der rot-grünen Zusammenarbeit in Wien! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das Geschäftsstück ist die Dienstleistungsrichtlinie. Über die ist jetzt eigentlich relativ wenig gesprochen worden, obwohl es ein langjähriger Prozess wäre. Wenn man da alle Aktenstücke und alle Äußerungen dazu hernehmen würde, würde man wohl sehr lange brauchen. Heute beschließen wir etwas ganz anderes als das, was es am Anfang war.

Von wegen Verzögerung: Es ist schon gut, dass nicht das beschlossen wurde, was am Anfang unterwegs war. Die EU-Abg Regner ist auch darauf eingegangen, dass sowohl die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften und auch sozialdemokratische, grüne und andere linke Fraktionen in Europa dafür gekämpft haben, dass nicht noch ein überbordendes Element des Wirtschaftsliberalismus dazukommt, sondern dass eben das beschlossen wird, was wir heute dann einstimmig beschließen können.

Wenn man über Europa redet, hat man in Österreich ein bisschen das Problem, wenn man Kritik übt: Dann marschieren das alles schnell in eine Ecke, und dann ist man schnell aufgeteilt. Entweder ist man glühender Befürworter, oder man ist bei denen, die nicht abschaffen wollen, aber doch, oder vielleicht nicht oder anders, oder ich weiß nicht. Da gibt es aber noch eine ganze Menge Spielraum dazwischen.

Ganz sicher sind wir uns einig, dass wir momentan in einer Krise stecken, in einer Finanzkrise, die sich längst ausgewirkt hat in Richtung Sozialkrise. Wir haben quer durch Europa, unterschiedlich stark, aber nicht nur angeschlagene Budgets, sondern nahezu kaputt gesparte Staaten. Wir haben - noch nicht in Österreich, aber doch - sehr, sehr hohe Arbeitslosigkeit insgesamt. Da sind wir in Österreich noch eine Spur besser dran, nicht nur eine Spur besser, sondern zum Glück wesentlich besser dran als zum Beispiel Spanien mit einer Jugendarbeitslosigkeit, die die 30-Prozent-Marke durchbricht. Was man sich fast nicht vorstellen kann: Drei von zehn Jugendlichen, die man trifft! Schwer vorstellbar; da wollen wir ja nicht hinkommen.

Jetzt ist immer die Frage, wenn man das kritisiert: Wo ist da die Lösung? Überhaupt keine Frage: Der Reichtum in Europa wird nicht so verteilt, wie er verteilt werden sollte. Den hat es gegeben, es haben ja Leute davon profitiert. Auf dem Weg in Krise haben Leute profitiert, nur am Ende die Rechnung gezahlt haben die nationalen Staaten und dann in der Folge natürlich die Bevölkerungen in den einzelnen Ländern. Und am Schluss war es tatsächlich das: Die Leute haben heute im Durchschnitt weniger Geld zum Leben, als sie schon einmal

hatten. Wir haben mehr Arbeitslosigkeit - auch wenn wir in Österreich bessere Zahlen haben -, wir haben eine höhere Armut.

Man darf sich natürlich nicht wundern, wenn die Demokratie, die dann hoch gelobt wird, und die demokratische Europäische Union ins Rutschen kommen. Das ist ja logisch! Wenn ganz, ganz viele Leute von einem System nicht profitieren, darf man sich nicht wundern, wenn sich die Leute schön langsam verabschieden und sagen, sorry, das mag schon sein, dass ihr mir das als schönes Instrument verkaufen wollt, aber wenn ich meinen Kühlschrank nicht voll kriege und im Winter nicht heizen kann, dann habe ich nicht so viel davon!

Das macht Tür und Tor offen für diejenigen, die so tun, als ob die Lösung darin bestehen würde, dass man noch mehr Konkurrenz hat - nämlich wieder zurück in den kleineren Rahmen - und noch mehr gegeneinander arbeitet, und dann werden schon ein paar davonkommen. Das ist wahrscheinlich nicht einmal falsch; wenn am Schluss wieder hundert gegeneinander spielen, werden ein paar gewinnen und ein paar verlieren. Aber so stelle ich mir weder ein Europa noch eine Welt noch ein Österreich vor!

Im Gegeneinander wird es immer eine ganze Menge Verlierer geben. Die einzige Chance entsteht aus diesem Europa, und deswegen bin auch ich kritischerer Befürworter und nicht nur ein glühender. Aber es wäre ein bisschen lächerlich, wenn jemand mit französischen, schottischen, englischen und Vorarlberger Vorfahren und einer holländischen Ehefrau zu sagen anfängt, das will ich alles nicht. Denn ich wollte nicht nur in Vorarlberg sein. Es ist dort wunderbar, und es ist dort nicht zu klein, wie auch schon einmal jemand gesagt hat. Es ist wunderschön in Vorarlberg, aber ich wollte nicht ausschließlich dort mein Leben verbringen. Und ich bin mir auch nicht sicher, ob ich den Rest meines Lebens in Wien verbringe, auch wenn es da im Moment wunderbar ist und ich gerne hier lebe. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Hängt von den Wahlergebnissen ab, gell!)*

Funktionieren tut das Ganze nur in der Zusammenarbeit. Soziale Verantwortung erwächst nicht aus der Konkurrenz, sondern aus einem Miteinander. Das ist ganz einfach, das ist nicht einmal so ein schwieriger Satz. Man kann nicht sozial verantwortungsvoll denken, wenn man in erster Linie die Konkurrenz im Auge hat.

Was sind denn Lösungsvorschläge für die dringendsten Probleme, die wir haben: das Demokratiedefizit und die soziale Frage? Dass wir ein Demokratiedefizit innerhalb der Europäischen Union haben, das ist zum Beispiel anhand eines Landes - damit gehe ich zurück auf die nationale Ebene - wie Ungarn zu sehen. Es hat leider niemand von der Volkspartei ein Wort für Herrn Orbán gefunden. Er ist immer noch der Vizepräsident oder Vizevorsitzende, ich kenne den Titel nicht genau, aber ein Vizechef der europäischen Volksparteien, der in seinem Land schön langsam etwas einzieht, was nicht mehr ganz den westlichen Demokratiestandards entspricht. Es wird zwar scharf kritisiert quer durch Europa, aber leider heute von der ÖVP kein Wort dazu.

Meinungsfreiheit auszubauen und Demokratie aus-

zubauen, bedeutet eines nicht, und da muss ich auf den Abg Mölzer kurz eingehen. Ich war heute Vormittag bei der Gedenkveranstaltung am Heldenplatz. Heute ist 67. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung, es war dort eine große Veranstaltung mit sehr bewegenden Reden. Das ist der UNO-Gedenktag für die Holocaust-Verbrechen. Unter anderem ist dort auch zur Sprache gekommen, dass wir um Demokratie immer werden kämpfen müssen, dass das nie fertig ist. Darüber darf man sich nicht in Sicherheit wiegen.

Zitiert wurde Václav Havel, der gesagt hat - ich habe das Zitat nicht hundertprozentig sicher, aber dem Sinn nach -: Demokratie bindet denen die Hände, die sie ernst nehmen, und Demokratie macht denen alles möglich, die sie nicht ernst nehmen. Das ist jetzt kein Problem, denn ich will ja nicht zu denen gehören, die sie nicht ernst nehmen. Aber auf Meinungsfreiheit zu pochen und unter dem Titel Meinungsfreiheit Rassismus zu verkaufen, das Aufeinanderhetzen von Leuten - es tut mir leid, aber Rassismus und Antisemitismus haben nichts mit Meinungsfreiheit zu tun, sondern sind in meinen Augen nicht nur politische Fehler, sondern politische Verbrechen! Dahinter verstecken Sie sich. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Dahinter verstecken Sie sich, aber ich habe insofern kein Problem damit, als ja mittlerweile - da Sie am Ulrichsberg ohne Bundesheer auskommen müssen - der 8. Mai auch in Österreich zum Tag der Befreiung wird und das Nowotny-Grab kein ehrenvolles mehr ist. Es ist auch der WKR-Ball heute das letzte Mal in der Hofburg; ich begrüße das ausdrücklich. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Warten wir es ab!)* Das ist für mich wunderbar! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Sie haben eben Probleme damit, dass man Ihnen nicht nur ein Symbol, sondern für Sie Wichtiges eines nach dem anderen wegnimmt. Aber das zeigt auch, wie wir in dem Land in Wirklichkeit aufgestellt sind. Sie sind die wenigen, alle anderen eben nicht nur ein paar linke Spintisierer und ein paar Krawallmacher, wie Sie das gerne darstellen würden, sondern alle Kirchen - heute hat wieder der evangelische Bischof gesprochen, von der IKG der Herr Muzicant. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wie viel Prozent haben Sie und wir bei Wahlen?)* Wenn Sie sich also die Unterstützer und Unterstützerinnen derjenigen ansehen, die mit Ihrem Demokratieverständnis ein Problem haben, dann ist das eine sehr, sehr breite Organisation. Fast alles praktisch, es sind ja alle dabei; die FPÖ steht nicht oben, und der Rest steht dabei. *(Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.)* Herr Jung! Ich habe jetzt den Zwischenruf nicht gehört, aber ich nütze es, wenn Sie mit mir sprechen wollen!

Sie haben vorher gesagt, dass wir nur noch Befehlsempfänger in den einzelnen Ländern der Europäischen Union sind. - Sie waren Ihr ganzes Leben beim Bundesheer, also sollten ja gerade Sie es doch gewohnt sein, Befehlsempfänger zu sein! Das soll jetzt nicht das Problem sein! - Herr Darabos hat Ihnen einen Befehl gegeben und hat gesagt: „Herr Jung! Heute Abend keine Uniform! Und was tun Sie?“ - Sie tragen keine Uniform! Also Sie sind es ohnedies gewohnt, Befehle zu empfan-

gen und sie auch auszuführen. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN. – Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*)

Was Sie damit für ein Problem haben, verstehe ich überhaupt nicht, wenn man sein ganzes Leben lang ohnedies das tun muss, was gerade gesagt wird und man am Schluss in einer Partei landet, die das so ähnlich handhabt, wie es ein Bundesheer auch handhabt!

Für mich ist die Europäische Union dann nichts Erstrebenswertes, wenn sie ausschließlich oder in erster Linie Wirtschaftsunion ist, in der man nicht nach dem Motto vorgeht, wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es allen gut, sondern in der man nur darauf achtet, dass es der Wirtschaft gut geht und fertig, und in der man nur schaut, wie man die ganzen Schäden, die verursacht wurden, irgendwie auf die anderen Staaten abwälzen kann.

Was ich brauche, um tatsächlich ein glühender Verechter der Europäischen Union zu sein, ist eine Sozialunion. Und dafür kämpfen viele, und zwar zum Glück mittlerweile auch vernetzt. Es war nicht so leicht, den ganzen Lobbyisten der Unternehmen beizukommen, aber mittlerweile gibt es auch schon länger europäische Gewerkschaften, die intensiver zusammenarbeiten. Das gibt es nicht nur in Österreich, sondern in vielen Ländern.

Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir müssen dieses Match gewinnen, weil es keine Alternative dazu gibt. Wir müssen das gemeinsam gewinnen und gemeinsam eine Sozialunion machen, denn wenn das am Ende keine Sozialunion ist, dann gibt es überhaupt keine Europäische Union. In der anderen Europäischen Union, die dann übrig bleibt und in welcher die Demokratie dann tatsächlich zur Disposition steht, worüber man sich allerdings nicht wundern darf, werden wir alle nicht gerne wohnen! Nein! Darum kämpfen alle demokratischen Kräfte, und es sind auch alle eingeladen, die zwischen durch immer wieder glauben, der Wettbewerb ist die Lösung für alles, gemeinsam eine Sozialunion aus dieser Europäischen Union zu machen.

Und es hat ja auch schon richtige Schritte im Bereich der Demokratisierung gegeben. Es wird eine europäische Volksabstimmung geben. Ich hoffe, dass dieses Instrument öfters zum Tragen kommt und die einzelnen Entscheidungen dann auch umgesetzt werden.

Abschließend möchte ich noch einmal bemerken, dass ich mich freue, dass wir heute damit begonnen haben, auch hier mit Europaabgeordneten gemeinsam zu diskutieren. Vielen Dank noch einmal für die Initiative von Rot und Grün! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Prof Dr Vitouch. Ich erteile es.

Abg Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Bezug nehmend auf meinen Vorredner möchte ich Winston Churchill zitieren: „Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, aber es gibt keine bessere.“ – Genauso verhält es sich mit der EU.

Ich möchte jetzt mit einem kurzen Gedicht beginnen: „Der erscheint mir als der Größte, der zu keiner Fahne

schwört, und weil er vom Teil sich löste, nun der ganzen Welt gehört.“ – Sie werden wahrscheinlich nicht wissen, von wem dieser Spruch stammt. Auch ich wusste es nicht. – Er ist immerhin von einem sehr unverdächtigen Mann, nämlich von Rainer Maria Rilke.

Rilkes „Duineser Elegien“ hat übrigens ein Mann ins Tschechische übersetzt, der gestern – leider posthum – von Frau Bundesministerin Claudia Schmied den Manès-Sperber-Preis verliehen bekommen hat, nämlich Jiří Gruša, der übrigens, wie auch Manès Sperber, zufälligerweise in der Reichspogromnacht – euphemistisch: „Reichskristallnacht“ – 1938 geboren wurde, ein Freund von Vaclav Havel, Schriftsteller, Politiker, internationaler PEN-Präsident, Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien. Dieser hat einmal gesagt: „Je weniger man die Nachbarn kennt, umso einfacher ist es, sie nicht zu mögen.“ – Ich finde, das ist sehr treffend!

Wien hat zu seinen Nachbarn immer ausgezeichnete Beziehungen gepflegt, und Wiens integrative Rolle als Drehscheibe für Mittel- und Osteuropa haben wir geschickt benützt, um auch das Bewusstsein für unsere gemeinsame europäische Identität zu stärken. Deshalb hat Wien diesen Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten ins Leben gerufen, und deshalb haben wir auch dieses rot-grüne Vorzeigeprojekt, nämlich ein echtes Rederecht für österreichische Mitglieder des Europaparlaments, implementiert und heute seine Premiere gefeiert. – Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern – Evelyn Regner ist noch hier – und natürlich auch bei den GRÜNEN für die gute Zusammenarbeit, die schon in der Europadeklaration 2011 festgeschrieben wurde.

Wir hoffen, mit diesem Rederecht, das wir gerne noch öfter exekutieren wollen, eine Aufwertung europapolitischer Debatten auf kommunaler Ebene zu erreichen und – wie es ein berühmter deutscher Philosoph, Jürgen Habermas, kürzlich in seinem Essay zur Verfassung Europas formuliert hat, „das bisher hinter verschlossenen Türen betriebene europäische Projekt endlich auf den hemdsärmeligen Modus eines lärmend argumentierenden Meinungskampfes in der breiten Öffentlichkeit umzupolen“. – Was aber nicht bedeuten soll, dass wir uns jetzt in Hinkunft Schreiduelle in Sachen Europa liefern wollen.

„Lasst uns diesen Vertrag mit Leben erfüllen und in unserem Sinne nutzen.“ – So hat Lhptm Michael Häupl das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 begrüßt. Er hat damit ein Mehr an Europa und generell ein anderes, ein sozialeres, ein nachhaltigeres Europa eingefordert, dessen Kernziele der territoriale Zusammenhang, die Multilevel Governance und die verstärkte Kooperation von Städten und Regionen sein müssen.

Die legitimen Interessen Wiens als Stadt und als Land konnten auch auf Grund der bisherigen europapolitischen Aktivitäten, zum Beispiel der Donauraumstrategie oder der Centrope-Zusammenarbeit optimal vertreten werden. Das unterstreicht unsere führende Rolle als Wirtschafts-, als Wissenschafts- und als Kulturzentrum innerhalb des europäischen Binnenmarkts und bringt

nebenbei internationale Spitzenplätze in den Rankings für Lebensqualität, bei den Tourismuszahlen und bei den Smart Cities.

Wie Sie vielleicht noch nicht wissen, sind wir als Smart City wieder die Nummer 1 vor Toronto, Paris und New York. Dabei geht es um Innovation, um Technologie, um Nachhaltigkeit, und all das hilft nachweislich auch bei der Bewältigung der derzeitigen Finanzkrise. Durch die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Governance dürfen nämlich – wie viele meiner Vorredner erwähnt haben – die Bildung einer europäischen Sozialunion sowie die Erreichung der Europa-2020-Ziele nicht gefährdet werden, die da sind: Erhöhung der Beschäftigung, Bekämpfung der Armut, Investitionen in Klimaschutz sowie in Forschung und Entwicklung.

Leider wird die Tatsache, dass Wien bisher von der EU-Erweiterung wirtschaftlich am meisten profitiert hat, von vielen Bürgern und Bürgerinnen nicht entsprechend wahrgenommen. Das ist wohl ein Kommunikationsdefizit – ich schaue auf die fast leeren Pressebänke –, aber wohl zum Teil auch unsere Bringschuld. Wir sollten dieses Demokratiedefizit, das man auch an der geringen Beteiligung bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament ablesen konnte, und dieses Kommunikationsdefizit nicht leicht nehmen! Eine entsprechende Verbesserung müsste uns ein vordringliches Anliegen sein, denn es geht hier um gerechte Verteilung des Wohlstandes, um hohe Qualität der öffentlichen Dienste, um Wahrung von Gewerkschaftsrechten, um Einhaltung von Kollektivverträgen und Schutzvorschriften.

Ein ganz einfacher Merksatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. – Gerade in Zeiten wie diesen sollte das allen, der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft ein vordringliches Anliegen sein.

Deshalb bringe ich jetzt einen Antrag ein. Ich suche ihn, wie vorhin auch meine Kollegin Vana, aber ich habe ihn schon. Es geht dabei darum, dass der Globalisierungsfonds, der EGF, von dem heute schon die Rede war, der 2006 durch die EU eingerichtet wurde, Arbeitnehmer, die auf Grund von Globalisierungsprozessen wie zum Beispiel der Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer arbeitslos geworden sind, bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt.

2009 wurde der Geltungsbereich dieser Forderung sogar ausgedehnt, um auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen unterstützen zu können, die in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden. Europäisches Parlament und Kommission bestimmen die Höhe dieses Fonds. Für 2014 bis 2020 waren 3 Milliarden EUR vorgesehen.

Und jetzt kommt der Hammer: Die Kommission hat eine drastische Umgestaltung des Fonds beschlossen. Über 80 Prozent der Mittel, nämlich 2,5 Milliarden EUR, sollen für die Landwirtschaftsförderung beziehungsweise für noch aktive Landwirte und Landwirtinnen aufgewendet werden, wodurch erheblich weniger Mittel für die Unterstützung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur Verfügung stehen würden.

Wir stellen daher den Antrag, dass die österreichische Bundesregierung und die österreichischen Abge-

ordneten im EU-Parlament sich dafür einsetzen mögen, dass es zu keiner Verringerung der Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen kommt und darüber hinaus auch eine nachhaltige Struktur- und Beschäftigungsstrategie für Krisensektoren entwickelt wird. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Das soll nicht gegen die Bauern gerichtet sein, wir haben auch in Wien Bauern.

Es gibt in Europa über 90 000 lokale und regionale Gebietskörperschaften. Diese setzen 70 Prozent aller EU-Vorschriften um, auf diese entfallen 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 sowie 56 Prozent der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, ein Drittel der öffentlichen Ausgaben und zwei Drittel aller öffentlichen Investitionsaufgaben. – Wir müssen daher darauf achten, dass die entsprechenden Gewichtungen stattfinden, zum Beispiel eben auch beim Globalisierungsfonds.

Ich komme jetzt noch ganz kurz zu der Dienstleistungsrichtlinie, die heute schon angesprochen wurde. Das ist, wie gesagt, eine unendliche Geschichte. Im Februar 2004 hat die Kommission diesen Vorschlag für eine Richtlinie des Parlaments und des Rats über Dienstleistungen im Binnenmarkt veröffentlicht. Kernstück war ursprünglich das sogenannte Herkunftslandsprinzip. Das hätte zu einer Liberalisierung auf sehr niedrigem Qualitätsniveau und zu einer sogenannten Inländerdiskriminierung geführt. Dieses Prinzip wäre auch auf Dienstleistungen von sozialem, gesundheitlichem und allgemeinem Interesse abwendbar gewesen.

Evelyn Regner hat schon gesagt, dass die Sozialdemokraten überall in Europa und auch in Wien vehement dagegen protestiert haben und auch in vielen Punkten erfolgreich waren und recht bekommen haben.

Diese Dienstleistungsrichtlinie muss spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten zunächst einmal evaluiert werden, die Kommission muss über das Funktionieren berichten, und auch die Mitglieder evaluieren einander gegenseitig. Und wenn es nicht hinlief, dann muss eine Harmonisierung erfolgen. Man wird da also sicherlich noch nachbessern müssen.

Die Rede war auch von einem einheitlichen Ansprechpartner, der im konsolidierten Text verlangt wird. Nur zur Information: Dieser ist bei der MA 63 installiert, und ich danke auch allen Beamten, die damit zu tun haben und involviert sind. All das wird von den verschiedenen Kammern, also von der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer, der Rechtsanwaltskammer, der Tierärztekammer, den Patentanwälten, den Architekten und Ingenieuren, den Wirtschaftstrehändern und dem Verein für Konsumenteninformation, unterstützt und hat auch ein Internetportal, nämlich „eap.wien.gv.at“. Das ist ein einheitlicher Ansprechpartner.

Wenn jetzt zum Beispiel ein Berliner Taxiunternehmen in Wien tätig werden möchte – Frankfurter gibt es ja schon, die das machen – oder wenn eine Wienerin eine Skischule in Val d'Isère oder in Cortina d'Ampezzo eröffnen möchte, dann bekommen er oder sie alle erforderlichen Informationen bei diesem virtuellen Amt, beim EAP.

Dort gibt es auch SPOCS. Das hat nichts mit Mister Spock aus „Raumschiff Enterprise“ zu tun, sondern das

ist einfach eine Abkürzung für „Simple Procedure Online for Crossborder Services“.

Wien versucht auch diesfalls, die demokratische Legitimation und die Transparenz der Union sichtbar zu machen, von der bürokratischen und pyramidenförmigen Konzeption des institutionellen Systems abzurücken und vor allem mit dem heute praktizierten Rederecht für Mitglieder des Europäischen Parlaments die öffentliche Meinung zu Europa durch offensive Aufklärung politisch zu gestalten.

Ich möchte nochmals Habermas zitieren: „Mit ein bisschen politischem Rückgrat kann die Krise der gemeinsamen Währung das herbeiführen, was sich manche einmal von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik erhofft hatten: Das über nationale Grenzen hinausgreifende Bewusstsein, ein gemeinsames europäisches Schicksal zu teilen.“ – Wien trägt seinen Teil dazu bei. Ich danke.

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Neuhuber. Ich erteile es.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Frau Berichtsterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch zu einigen Anträgen, die heute hier von Rot und/oder Grün eingebracht werden, kurz Stellung nehmen beziehungsweise unsere Haltung der Österreichischen Volkspartei darlegen.

Nachdem ich mich zu diesem Punkt dazugemeldet habe und wir ja immer von Einsparungen sprechen und Einsparungen fordern, werde ich mich dann beim nächsten Tagesordnungspunkt dafür selber einsparen. Ich gehe also mit gutem Beispiel voran!

Der erste Antrag, zu dem ich komme, betrifft Postnummer 2, die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur. – Ja. Wir werden diesen Antrag zustimmen, gar keine Frage! Auch wir halten die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur für vernünftig.

Ich möchte nur auf einen kleinen Lapsus im Antrag hinweisen. Sie schreiben nämlich darin, dass alle drei Agenturen die USA mit einer Staatsschuldenquote von etwa 100 Prozent, gemessen am BIP, auch heute noch als Schuldner von höchster Kreditwürdigkeit führen, während sie die europäische Finanzpolitik und die europäischen Staaten mit einer deutlich geringeren Staatsverschuldung wie Österreich negativ bewerten. – Ich möchte darauf hinweisen: Standard & Poor's hat schon vor einiger Zeit die USA downgeratet. Die USA haben kein besseres Rating mehr bei Standard & Poor's als Österreich. Beide haben AA+.

Das ist nämlich immer eines der Argumente, das angeführt wird, warum die bösen Rating-Agenturen Europa downraten. – Das haben sie mit Amerika schon vor einiger Zeit getan!

Aber grundsätzlich stimmen wir zu, ich wollte das nur der Ordnung halber hier auch anführen.

Zum Thema Budgetkonsolidierung: Dass wir diesbezüglich einen etwas anderen Vorschlag haben und einen anderen Weg gehen würden, ist ja einstweilen kein Geheimnis mehr. Wir werden daher diesem Antrag, so wie er vorliegt, nicht zustimmen. Ich darf aber unsererseits

namens meiner KollegInnen Feldmann, Aichinger und meiner selbst einen Beschlussantrag zu diesem Thema einbringen. Ich lese Ihnen jetzt nur den Antragstext vor:

„Der Wiener Landtag spricht sich angesichts des hohen Schuldenstandes Österreichs, Bund, Länder und Gemeinden, und der damit einhergehenden exorbitant hohen Zinszahlungen des Staates, welche enorm hohe Budgetmittel, welche für Zukunftsinvestitionen vorgesehen werden könnten, binden, für die dringend notwendige Budgetkonsolidierung aus. Bei der anzustrebenden Budgetkonsolidierung sollte angesichts der hohen Einsparungspotenziale bei den Ausgabenstrukturen und der bereits bestehenden hohen Abgabenquote in Österreich der Schwerpunkt deutlich auf ausgabenseitige Maßnahmen gelegt werden.“

Wir haben hier einen grundsätzlichen Auffassungsunterschied, das wissen wir schon aus zahlreichen Debatten, und dieses Problem werden wir heute auch nicht mehr lösen. Deshalb darf ich diesen Antrag hier im Namen meiner Fraktion einbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Den dritten Antrag hat Kollegin Feldmann schon behandelt. Dieser betrifft die Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds. Sie hat hiezu bereits einen eigenen Antrag eingebracht.

Vierter Antrag: Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen. Diesem Antrag werden wir beitreten und zustimmen, meine Damen und Herren.

Nun komme ich zum Thema Einführung einer Finanztransaktionssteuer. – Ja. Wir stimmen diesem Antrag zu. Es mag unter gewissen Voraussetzungen eine Finanztransaktionssteuer Sinn machen, wiewohl ich, rein fachlich gesehen, aus meiner Sicht das eine oder andere Bedenken dazu habe.

Erstens bin ich mir nicht ganz sicher, ob wirklich das, was mit einer solchen Finanztransaktionssteuer intendiert wird und was Sie in diesem Antrag auch ansprechen, nämlich das Zurückdrängen von spekulativen Finanzgeschäften, tatsächlich erreicht wird. Ich glaube, diese Maßnahme ist einfach zu klein. Das erreicht man nicht mit einer Transaktionssteuer, sondern da müsste man wahrscheinlich noch viel schärfere Instrumente anlegen, um etwa das Thema Optionsgeschäfte in den Griff zu bekommen. Das schaffen wir allein mit einer Finanztransaktionssteuer nicht! Ich verstehe aber, wenn man diese als zusätzliche Einnahmequelle sieht.

Ein zweites Problem, das ich damit habe: Natürlich wäre uns am liebsten eine weltweite Finanztransaktionssteuer. Das würde wirklich Sinn machen. Aber die USA machen dabei nicht mit. Jeder, der sich finanz- und weltpolitisch ein bisschen auskennt, weiß, dass die USA dem nicht so schnell zustimmen werden, nicht einmal unter einer demokratischen Regierung Obama. Das wird nicht funktionieren. Aber dann sollte wenigstens ganz Europa davon betroffen sein. Denn was geschieht denn sonst in der heutigen verdrahteten Welt? – Es werden die Transaktionen nicht mehr in Kontinentaleuropa stattfinden, sondern in London, auf den Bahamas oder in Hongkong. Und ich bin mir nicht ganz sicher, wie das genau ausgeformt sein soll und ob wir uns damit nicht selber ins Knie

schießen, meine Damen und Herren! Ich muss mich heute ja nicht über ein Brokerjet in Österreich oder in Deutschland anmelden, Frau Kollegin, sondern ich kann das auch über einen Broker in Hongkong, in den USA oder in England umsetzen. Und dann erhebt sich die Frage, ob ich dort dann auch keine Finanztransaktionssteuer zahlen muss. Wer überprüft das?

In der Theorie ist das also interessant, und wir stimmen dem auch zu. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht der europäischen Wirtschaft letzten Endes in der Ausformulierung sogar schaden! Am liebsten wäre uns natürlich, wenn es schon zu einer Finanztransaktionssteuer kommt, dass dieses Geld, das dadurch eingehoben wird, auch in Österreich bleibt. Ich weiß, auch diesbezüglich gibt es unterschiedliche Auffassungen, aber so viel Wiener und österreichischen Lokalpatriotismus müssen Sie uns schon zugestehen! Also werden wir auch dem Zusatzantrag der Freiheitlichen Partei zu diesem Antrag zustimmen.

Friedensnobelpreis für das norwegische Volk: Auch dem werden wir uns nicht verschließen und zustimmen.

Jetzt komme ich zum letzten Antrag, der uns vorliegt und den ich kurz besprechen möchte: Es geht dabei um die Offenlegung von SteuersünderInnen. – Ich habe immer geglaubt, dass der mittelalterliche Pranger in westlichen zivilisierten Staaten einstweilen aus der Mode gekommen ist. Aber offensichtlich denkt der eine oder andere oder denken sogar mehrere bei uns daran, diesen wieder einzuführen. Meine Damen und Herren! Ich meine das leider ernst, auch wenn es jetzt scherzhaft klingt: Was kommt dann nämlich als Nächstes? Stellen wir dann die Steuersünder wirklich auf dem Marktplatz an den Pranger und bewerfen sie mit Tomaten? In diesem Antrag ist sehr viel Sprengstoff enthalten, vom Datenschutz bis zu einem ununterbrochenen Auseinanderdividieren der Bevölkerung.

Kollege Ellensohn hat vorhin von sozialer Verantwortung und vom Miteinander gesprochen. – Ja! Das können wir unterschreiben. Aber dieser Antrag ist das genaue Gegenteil, das ist ein Aufhetzen und ein Gegeneinander!

Ich meine: Griechenland ist ein Sonderfall. Mir gefällt es auch nicht, wenn dort die Steuersünder veröffentlicht werden, aber das ist ein Sonderfall, das ist eine finale Notwehrmaßnahme des Staates, denn dort ist es ja nicht die Ausnahme, sondern die Regel, dass man Steuern hinterzieht. Aber es wird doch keiner von Ihnen, meine Damen und Herren, hier sagen, dass Steuerhinterziehung in Österreich systematisch betrieben wird und die Regel ist! Das ist doch ein Blödsinn, meine Damen und Herren!

Natürlich gibt es Steuerverkürzung in jedem Hochsteuerland, das liegt in der menschlichen Natur. Aber ein derartiges System gibt es nicht in Österreich! Sie haben in uns einen Mitkämpfer, wenn es um die Einhebung der Steuern, wenn es meinetwegen um höhere Strafzuschläge und höhere Zinsen oder eine Aufstockung des Personals der Finanzämter für Großbetriebsprüfungen geht. Wir können über alles sachlich diskutieren.

Aber wollen Sie diese Neiddebatte wirklich schüren,

meine Damen und Herren? Haben Sie sich das bis zum letzten i-Tüpfelchen überlegt? Das, was ich heute im „Standard“ genau zu diesem Thema lese, wundert mich wirklich! Anders als zuvor erklärt in der SPÖ-Parteizentrale Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, dass der Wunsch nach einer solchen Liste nicht Parteilinie sei, denn sie würde kein Geld einbringen, und wäre zudem rechtlich fragwürdig. Meine Damen und Herren! Ich stelle also jetzt an dieser Stelle fest, dass die Wiener SPÖ außerhalb der Parteilinie steht. Ist das heute im „Standard“ gestanden oder nicht? (*Zwischenruf von Abg Georg Niedermühlbichler.*)

Ja, gut! – Sie können mit uns über jeden vernünftigen Antrag reden, aber einem so aufhetzerischen Antrag werden wir nicht zustimmen! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Besser vorbereiten, Herr Kollege! – Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg Prof Dr Vitouch gemeldet. Ich erteile ihr das Wort und stelle fest, dass die Redezeit drei Minuten beträgt.

Abg Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich melde mich nicht zu den Aussagen des Günther Kräuter, sondern ich melde mich noch einmal zur Finanztransaktionssteuer.

Der Herr Kollege hat gemeint, das könnte uns schaden. – Es gibt da eine einschlägige Studie. Es ist ganz klar, dass die Realwirtschaft davon ausgenommen wäre. Es ginge nur um Spekulationen ohne tatsächliche Warengeschäfte. Diese Steuer würde die Sekundengeschäfte an der Börse betreffen, und es würde sich bei dieser Steuer um 0,05 Prozent handeln! Das würde auch keine Nachteile für den globalen Wettbewerb bringen. Das kann man verhindern. Und die Einnahmen wären immens, nämlich für die EU jährlich schätzungsweise rund 215 Milliarden EUR, und weltweit wären es voraussichtlich Einnahmen von über 450 Milliarden EUR.

Das nur dazu. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Wir sind im Grunde schon wieder mitten in der Wirtschaftsdebatte. Alexander Neuhuber hat die Anträge zur Sprache gebracht. Er hat zum Thema Finanztransaktionssteuer geredet und damit völlig recht! Zum Schluss hat er über den Antrag gesprochen, den Sie heute zum Thema Steuersünderliste, zur „griechischen Liste der Schande“, einbringen.

Ich wollte eigentlich anders beginnen, aber ich bleibe jetzt bei der Finanztransaktionssteuer, zu der auch wir einen eigenen Antrag eingebracht haben. Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. Die Europäische Kommission hat errechnet, dass die Finanztransaktionssteuer, wenn sie europaweit eingeführt wird, in etwa 57 Milliarden EUR an Jahreseinnahmen bringen würde. Wir haben gesagt, dass ein Teil dieses Geldes, das in Österreich aufgebracht wird, wieder nach Österreich zurück-

fließen soll. Diese Forderung haben wir heute eingebracht, und dazu stehen wir auch! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sicherlich wäre es grundsätzlich besser – da stimme ich dir völlig zu, Alexander –, eine weltweite Transaktionssteuer einzuführen, weil nur dann Wettbewerbsgleichheit herrschte. Dies wird aber nicht möglich sein. Wir haben heute gehört, dass sich selbst David Cameron als Europäer dagegen ausgesprochen hat. Wir stimmen deshalb dem Kleineren, nämlich der europäischen Finanztransaktionssteuer zu und haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht.

Ebenfalls wurde heute ein Antrag zum Thema der Wiener Dienstleistungsrichtlinie von der Sozialdemokratie zum Thema europäische Rating-Agentur eingebracht. – Diesen Antrag unterstützen wir. Heute Morgen haben wir dieses Thema schon einmal im Rahmen der Fragestunde diskutiert. Wir Freiheitliche glauben, dass es wichtig ist, auf europäischer Ebene ein Pendant zu den bisher US-amerikanisch dominierten Rating-Agenturen zu schaffen. Wir unterstützen den Vorstoß, dass in Europa eine Rating-Agentur eingerichtet wird. Die Chinesen haben bereits, wie wir wissen, eine Rating-Agentur. Wir unterstützen dieses Vorhaben deshalb auch ausdrücklich und werden diesem Antrag zustimmen.

Den Antrag zur Budgetkonsolidierung der Sozialdemokratie werden wir ablehnen, weil er uns zu wenig spezifisch ist. Vielmehr werden wir hier dem Antrag, den die ÖVP einbringt, zustimmen, weil in diesem ganz klar darauf Rücksicht genommen wird, dass Budgetkonsolidierung eine ausgabenseitige Konsolidierung sein muss und keine Konsolidierung, die über die Einnahmenseite, sprich, über neue Steuern oder über Vermögenssteuern, erfolgt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und nun noch kurz zu dem Antrag, der heute betreffend Steuersünder eingebracht wird. – Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass man da wirklich den Klassenkampf schürt! Ich gehe davon aus, Sie werden Bundesgeschäftsführer Kräuter sicherlich in Österreich bald für den Wildgans-Preis für besondere literarische Fähigkeiten vorschlagen! Zuerst fordert er den Eurofighter-Verkauf, jetzt fordert er diese Steuerliste.

Ich glaube, die Gewerkschaft wird sich nicht freuen, wenn diese Steuerliste veröffentlicht wird! Erst heute habe ich in einer Zeitung gelesen, dass 40 Millionen EUR bei einer Stiftung in einem Berufungsverfahren offen sind. Wir akzeptieren solche Berufungsverfahren und sagen, jeder, der ein solches Berufungsverfahren bei der Steuerbehörde anhängig hat, hat ein Recht auf Datenschutz und Anonymität. Und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihren Antrag zum Globalisierungsfonds – das wurde heute auch schon mehrfach besprochen – lehnen wir ab, weil wir sehen, dass das in dieser Form kein gangbarer Weg ist.

Lassen Sie mich nun aber darauf eingehen, was ich eingangs sagen wollte. Ich möchte hier nämlich auf einen der Vorredner eingehen, auf Klubobmann Schicker. Ich habe es heute als herabwürdigend empfunden, wie Sie auf Herrn Abg Jung reagiert haben, als Sie sagten, man sollte eigentlich auf eine solche Wortmeldung nicht

einmal reagieren. – Mir ist in diesem Zusammenhang ein Sprichwort eingefallen, nämlich dass Hochmut vor dem Fall kommt! Und dieses Sprichwort wird offenbar belegt! Wenn Sie die heutige Ausgabe Ihrer U-Bahn-Zeitung „Heute“ lesen, dann finden Sie darin eine Wählerumfrage, die besagt, dass die Freiheitliche Partei gleichauf mit der Sozialdemokratie in der Wählerumfrage bei 28 Prozent liegt. – Hochmut kommt also vor dem Fall! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf eine andere Vorrednerin möchte ich auch noch eingehen, nämlich auf die Europaabgeordnete Lunacek: Sie haben heute vieles gesagt, was ich natürlich nicht unterstreichen kann, weil das einfach in eine populistische Richtung geht, indem Sie an sich nur auf unsere Partei hingeschlagen und sich negativ äußern.

Etwas unterstreiche ich aber bei dem von Ihnen Gesagten sehr wohl. Sie sagten: „Europa befindet sich in einem demokratiepolitischen Ausnahmezustand und der Fiskalpakt, der am Montag von den Staats- und Regierungschefs in Brüssel beschlossen werden soll, geht sowohl am Wiener Landtag als auch am österreichischen Nationalrat und am Europäischen Parlament vorbei, weil es viel zu wenig Bürgerbeteiligung in Europa gibt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aus diesem Grund fordern wir Freiheitlichen schon seit langer Zeit eine Reform der Europäischen Union. Und damit Sie das auch richtig verstehen, was wir fordern – weil heute quasi zwischen den Zeilen immer wieder angesprochen wurde, was denn dieses andere Europa sei, das wir fordern –, erkläre ich Ihnen nun Folgendes: Das andere Europa, das wir fordern, ist ein Europa mit mehr Regionalisierung, das heißt, mit mehr Subsidiarität! Das andere Europa, das wir fordern, ist ein Europa mit mehr Föderalismus und ein Europa der gerechteren Lastenverteilung! Wir wollen kein Europa der Umverteilung, wie es heute schon gesagt wurde, und wir wollen keine Transferunion. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wollen in Europa mehr und gelebte direkte Demokratie! Zu diesem Punkt der direkten Demokratie haben wir uns in letzter Zeit auch intensiv geäußert, haben viele Vorstöße unternommen und dabei konkrete Vorschläge eingebracht. Mit direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung nehmen es viele europäische Politiker häufig nicht sehr ernst. Ich darf Ihnen dazu aus einem Interview mit Jean Claude Juncker, dem Vorsitzenden der Eurogruppe im heutigen „Standard“ zitieren. – Der „Standard“ fragte Herrn Juncker, was er von einer Teilnahme der Eurostaaten an einer Umschuldung halte. Juncker antwortet darauf – ich zitiere: „Wenn man angesichts einer historischen Zwangslage unpopuläre Maßnahmen treffen muss, die auch nicht sofort von den eigenen Bürgern verstanden werden, ist das nicht eine Frage, die mich sonderlich bewegt. Ich kann mich nicht jeden Tag fragen, ob jeder Bürger der EU mit jeder Maßnahme der Politik einverstanden ist.“

Ich glaube, solche Politiker tragen heute viel dazu bei, dass die Bürger nicht mehr wählen wollen, dass die Bürger Abstand nehmen von den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen und sich von der Politik allein gelassen fühlen. Und deshalb ist das für uns abzu-

lehnen. Wir fordern mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie.

Und Jean Claude Juncker hat im heutigen „Standard“-Interview noch etwas anderes offen gesagt, und daran spiegelt sich dieses Vertrösten der europäischen Bürger und dieses Äußern von Unwahrheiten: Er hat heute erstmals gesagt, dass es sich wahrscheinlich mit Griechenland nicht ausgehen wird. Das ist ein Faktum, aber uns wird, wenn wir das sagen, vorgeworfen, dass wir polarisieren wollen!

Was hat er genau gesagt? – Er hat gesagt, dass private Gläubiger die Schulden nachlassen müssen, dass aber selbstverständlich auch öffentliche Gläubiger das tun müssen, dass die EZB das tun muss und ebenso die Nationalstaaten das auch tun müssen.

Ich erinnere mich noch gut an eine Aussage von Frau Finanzminister Fekter, die im letzten Jahr sagte, dass die 2,3 Milliarden EUR Direktzahlung, die Österreich nach Griechenland geleistet hat, mit hohen Zinsen wieder zu uns zurückkommen würden. Sie sagte, das sei „ein gutes Geschäft“. – Herr Juncker sagt heute etwas ganz anderes! Er sagt uns heute durch die Blume sehr freundlich, dass wir wahrscheinlich – wenn es ein 50-Prozent-Schuldenschnitt ist – zumindest die Hälfte dieser 2,3 Milliarden EUR tatsächlich verlieren werden. Und dann ist das kein Geschäft mehr, sondern ein Reinfile! Ein Reinfile auf dem Rücken der Bürger und der österreichischen Steuerzahler, die all das bezahlen müssen.

Zu unserer allgemeinen Position zur Europäischen Union möchte ich abschließend noch einen sehr „unverdächtigen“ Menschen zitieren, nämlich den viel gescholtenen britischen Premier David Cameron. Cameron, der auch gestern in Davos wieder kritische Anmerkungen zum Thema EU gemacht hat. Er steht der Währungsunion generell kritisch gegenüber und sagt, dass da Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten zusammengefasst wurden. – Das sagen wir auch, nur wenn es Mr Cameron sagt, dann sagt dies ein Brite – wenn wir es sagen, dann werden wir hier irgendwie heruntergemacht. Aber, wie ich schon sagte, Hochmut kommt vor dem Fall!

Was sagt also Herr Cameron zum Thema Europäische Union und Europa? – Ich bringe einen Ausspruch, den er getätigt hat, und ich denke, dass dieser für die Freiheitliche Partei auch gilt – ich zitiere: „Wir laufen nicht aus der EU weg. Die Mitgliedschaft in der EU ist selbst gewählt, also demokratisch gewählt, und wir wollen, dass sie erfolgreich ist.“

Weiters sagt er: „Erfolgreich ist sie aber nur, wenn wir kühn und mutig sind und nicht ängstlich und zögerlich.“ – Und diese Kühnheit und diesen Mut erwarte ich mir auch hier von den Politikern! Man darf nicht weiter ängstlich und zögerlich sein. Wir müssen kühn und mutig sein, wenn wir ein anderes Europa schaffen wollen! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abg Strobl gemeldet. Ich erteile es und teile mit, dass die Redezeit drei Minuten beträgt.

Abg Friedrich **Strobl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Danke

schön. – Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem sowohl Kollege Neuhuber als auch jetzt Frau Dr Kappel über einen Antrag gesprochen haben, der nicht eingebracht wurde, muss ich tatsächlich berichtigen. (Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.) Nein! Er wurde nicht eingebracht. Von wem wurde der Antrag eingebracht? (Abg Mag Wolfgang Jung: Sie haben ihn eingebracht! Und dann wurden Sie zurückgepfiffen!)

Entschuldigung! Welche Unterlagen haben Sie? (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Es kann ein Kommunikationsproblem gegeben haben. Das mag sein! Aber es gibt keinen Antrag, auf dem sich eine Unterschrift befindet oder der von irgendeiner Rednerin oder einem Redner hier heute vom Rednerpult aus eingebracht wurde. (Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Dieser wurde nur aus Jux und Tollerei herumgereicht! – Lebhaftige Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Die Geschäftsordnung kennen Sie ja sehr wohl und wissen, dass ein Antrag nur so eingebracht werden kann!

Deswegen berichtige ich tatsächlich, dass dieser Antrag, von dem Sie gesprochen haben, betreffend die sogenannte Steuersünderliste, nicht eingebracht wurde. – Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist lächerlich beziehungsweise jämmerlich!)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Jung. Er hat eine Restredezeit von vier Minuten.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Zuerst, meine Damen und Herren, Herr Präsident, komme ich zum Europathema. Es gibt einen Europaausschuss, und wir wollten diesen Ausschuss, wie alle Oppositionsparteien. Der, der sich jetzt hierher gestellt hat, nämlich SPÖ-Klubobmann Schicker, hat das aber überhaupt nicht gewollt! Wir haben das in der Dezembersitzung gesehen: Er sabotiert das Ganze, wo es geht. Dass das einigermaßen funktioniert, verdanken wir höchstens zwei Leuten, nämlich der Vorsitzenden des Ausschusses, Frau Kollegin Vitouch, und Frau Kollegin Vana von den GRÜNEN, die in diese Richtung Gas geben.

Und überhaupt ist das Europathema nicht Ihr Thema, Herr Kollege! Das hat man beim Verzögern der ganzen Ausschussgeschichten und so weiter gemerkt! Ich glaube ziemlich sicher, denn Sie waren in der vorigen Legislaturperiode auch nicht so sehr für den Ausschuss, dass Ihnen in Wirklichkeit dieser Ausschuss vom Koalitionspartner aufs Auge gedrückt wurde und Sie ihn mit knirschenden Zähnen zur Kenntnis nehmen mussten! (Zwischenrufe von Abg Godwin Schuster.)

So ist es in Wirklichkeit, Herr Kollege, und jetzt wollen Sie sich rächen, indem Sie ihn weitgehend sabotieren! – So weit zu diesem Bereich, Herr Kollege!

Jetzt komme ich zu dem Zitat des Herrn Juncker, das meine Kollegin gebracht hat, zurück, der, genauso wie Sie offenbar ein sehr relatives Verhältnis zu Mehrheiten in der Demokratie und zum Volk selber hat. Das haben wir ja heute auch schon im Zusammenhang mit Ungarn gehört. Ja! Kollege Juncker hat diesbezüglich ein gestörtes Verhältnis. Er hat eine sehr seltsame Demokratievor-

stellung, das haben wir schon bei seinen früheren Aussprüchen gehört, etwa als er gesagt hat: „Dann reden wir halt so lange und stimmen immer wieder ab, bis die Leute parieren.“ – Diesen Ausspruch kennen Sie alle. Er wurde im „Spiegel“ des Öfteren zitiert.

Meine Herren und Damen von den Sozialdemokraten! Was hier betrieben wird, ist aber keine Bilderbuchdemokratie, wie wir sie uns vorstellen. Das ist eine Bilderbergerdemokratie, und dagegen sind wir ganz massiv, das kann ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Antrag oder Nicht-Antrag, von dem wir gerade gehört haben: Sie machen sich ja buchstäblich lächerlich vor allen! In der Debatte vor wenigen Minuten haben Sie von der SPÖ noch dazwischengerufen und den Antrag verteidigt, und jetzt sagen Sie uns, dass es ihn nicht gibt! Der Antrag wurde nicht eingebracht, aber er wurde vorgelegt und an alle hier verteilt. Das wissen wir. Und jetzt wurden Sie zurückgepfiffen, weil Ihr Bundeskanzler anderer Meinung ist und weil auch die Salzburger Landeshauptfrau und andere anderer Meinung sind.

So schaut es aus! Sie wollen diese Proskriptionsliste halt nicht, welche Frau Rudas gern hätte! Aber sie hat ja auch schon einen ganz anderen massiven Schiffbruch mit Herrn Pelinka erlitten, und damit fallen Sie auch auf die Nase, das kann ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Kollegin Lunacek ist leider nicht mehr da. Ich möchte ihr jetzt antworten, und vielleicht berichtet man es ihr. Sie hat wieder die Kriege der Vergangenheit angesprochen, sie hat aber kein Wort zu einer realistischen Lösung der Gegenwartsprobleme gesagt! Letzteres ist aber das, was die Wähler interessiert! Sie wollen nicht, dass wir ewig die Vergangenheit bekämpfen, sondern sie wollen, dass wir die Gegenwartsprobleme lösen. Dafür sind wir gewählt, und dafür bekommen wir auch immer mehr Zustimmung bei der Bevölkerung, meine Damen und Herren.

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Ich bitte Herrn Abg Jung, zum Schluss zu kommen.

Abg Mag Wolfgang **Jung** *(fortsetzend)*: Ganz zum Schluss vielleicht noch etwas zur Demokratie: Die Kollegin hat gesagt, dass denjenigen, welche Demokraten sind, die Hände gebunden sind. – Das stimmt! Wir halten uns daran! Wir randalieren nicht! Die ersten Steinewerfer, die Sie aus Deutschland importieren, wurden übrigens bereits in Salzburg an der Grenze festgenommen. – Danke

Präsident Johann **Herzog**: Abg Schicker hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. – Ich bitte darum.

Abg Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Abg Jung!

Meine Gedanken interpretiere ich selber und lasse sie nicht durch Sie interpretieren! Und meine Stellung zu Europa braucht nicht erst eine Wortmeldung von Ihnen! Diese ist in diesem Haus seit 15 Jahren bekannt.

Ich war damals Ausschussvorsitzender-Stellvertreter der Europakommission. Damals waren Sie glücklicherweise noch nicht in diesem Haus vertreten, und es wäre auch jetzt besser, wenn Sie nicht da wären. *(Beifall bei*

*SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung. – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Hursky. Ich ersuche darum. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Bringen Sie den Antrag jetzt noch ein?)*

Abg Christian **Hursky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus den Hohen Häusern des Europäischen Parlaments – auch wenn Sie jetzt nicht mehr da sein können – und des Wiener Landtages!

Dieses Gesetz bietet die Gelegenheit, endlich auch über die Stärken der Europäischen Union zu sprechen, vor allem aber direkt mit unseren Abgeordneten zum Europäischen Parlament einen Dialog zu führen, und ich halte das für wirklich sehr wichtig.

Gerade dieses Gesetz zeigt, welche positiven Errungenschaften es in der Europäischen Union gibt. Vielfach wird Europa mit der Bürokratie oder banal ganz einfach mit der krummen Gurke, die es in dieser Form sowieso nicht mehr gibt, gleichgesetzt. – Zeigen wir doch mit großem Selbstbewusstsein lieber die positiven Seiten der Europäischen Union und auch die Vorteile, die wir Österreicherinnen und Österreicher in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten daraus gezogen haben! Europas Meinung hat Gewicht in der Welt. Es sind nicht 27 beziehungsweise bald 28 Einzelmeinungen, sondern ein gestärktes Europa mit mehr als einer halbe Milliarde Menschen.

Schauen wir uns die Wirtschaftsleistungen an, die auch für Österreich in diesen Zeiten erreicht wurden. Die Steigerung des BIP pro Einwohner in Österreich von 2000 bis 2008 betrug 7 900 EUR, also fast 1 000 EUR pro Jahr. Von 2000 bis 2010 konnten jährlich fast 36 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bereits 2008 hatten wir eine Beschäftigungsquote von 72 Prozent erreicht, der EU-Schnitt zu diesem Zeitpunkt betrug 66 Prozent. – Das heißt, wir sind wirtschaftlich dadurch stärker geworden.

Schauen wir uns andere Punkte an! Die Maßnahmen gegen Sozialdumping wurden heute schon von Abg Becker gleich ganz am Anfang seiner Rede erwähnt. Zum Sozialdumping hat auch Abg Mölzer gesprochen und gemeint, dass wir viel mehr den Schutz des Nationalen durchsetzen müssen und eine Renationalisierung gefragt ist. – Wenn ich das andenke, dann ist vielleicht die nächste Forderung, dass dann keine Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Steiermark und Kärnten bei uns in Wien arbeiten dürfen! Frau Leeb hätte ihre wahre Freude mit ihrem Unternehmen, wenn ich sage, dass nur mehr sie in Wien arbeiten darf!

Ich glaube aber, diese Dinge werden in dieser Welt nicht gespielt werden! Wir sind internationaler geworden, wir sind europäischer geworden, und darum ist auch dieses Gesetz ein gutes Gesetz: Schauen wir uns an, welche positiven Maßnahmen im Bereich des Konsumentenschutzes getroffen wurden, etwa wenn es um Warenverkäufe übers Internet geht, für welche es gewisse Mindeststandards geben muss. Schauen wir uns an, welche Vorteile es für Pauschalreisende heute in der EU

gibt: Wenn ein Reiseveranstalter in Konkurs geht, dann gibt es einen Schutz für die Konsumenten.

Die Europäische Union ist eine positive Europäische Union, und auch die Dienstleistungsrichtlinie, die Basis für unser Wiener Dienstleistungsgesetz ist, fällt unter diese positiven Errungenschaften. Schauen wir uns einige Eckpunkte dieses Gesetzes an: Die einheitlichen Ansprechpartner existieren bereits seit 2009 in Wien, und auch die MA 63 als zuständige Abteilung hat das seit dieser Zeit entsprechend ins Laufen gebracht. Ich glaube, man muss es positiv sehen, dass Wien in diesem Zusammenhang hervorragende Arbeit als Stadt und Land leistet.

Schauen wir uns die Genehmigungsfiktionen an, die es gibt! Entscheidungen der Behörden müssen innerhalb von drei Monaten getroffen werden, und zwar mit wenigen Ausnahmen, etwa wenn es um ein Mehrparteienverfahren oder um Betriebsanlagenverfahren geht, weil dann natürlich größere Verfahren notwendig sind. Das heißt, es gibt weniger Bürokratie und schnellere Arbeit. Es besteht eine Verpflichtung zur grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit.

Zusammenfassend noch einmal: Es gibt einheitliche Ansprechpartner für die Werber und Informationspflichten der Behörden. Und das sind nur Teilaspekte der Stärken dieses Gesetzes. Auch von diesem Gesetz werden die Wienerinnen und Wiener profitieren.

Abg Regner hat von einem Mehrwert gesprochen. – Ich kann das auch mit einem persönlichen Bezug als einer sagen, der fast sein ganzes Leben in Firmen gearbeitet hat und arbeitet, die internationalen Bezug hatten und haben. Ich weiß, wie schwer es ist, wenn man grenzüberschreitend arbeitet, wenn es wirkliche Zollgrenzen gibt. Das war manchmal sehr schwierig, aber heute fällt das der Wirtschaft und vor allem unseren österreichischen Unternehmern viel leichter. Auch ich selbst arbeite in einem Unternehmen, das dadurch profitiert hat, dass es über Österreich hinausgegangen ist, und darauf bin ich sehr stolz. Ich bin stolz, dass wir als Österreicherinnen und Österreicher, die wir hervorragende Leistungen erbringen, diese Stärken auch ausspielen können! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir haben in unserem gemeinsamen Europa trotzdem noch viele Aufgaben vor uns. Wir haben heute über die Regelung der Finanzmärkte und mehr Demokratie meines Erachtens schon ausreichend gesprochen. Die Abgen Lunacek und Regner haben hier einiges dargestellt, wie sie sich das in Zukunft vorstellen.

Ich möchte vor allem auf die Demokratie hinweisen und zum Punkt Demokratie und Frieden einen Antrag einbringen, der sich mit diesem Thema eingehend beschäftigt. – Kollege Jung hat in seiner Rede im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an das norwegische Volk von Wichtigtuerei gesprochen. Herr Kollege Jung! Wissen Sie, wann ich mich wirklich wichtig machen würde, und zwar mit aller Kraft? – Wenn ein Attentäter und mehrfacher Mörder meine Parteiprogramme und Ideologien dazu heranziehen würde, um geistig seine Taten zu rechtfertigen! Das wäre für mich der Grund, mich wirklich wichtig zu machen! Und diese

Chance können Sie nach wie vor ergreifen, denn wir alle hier betonen immer wieder, dass wir gegen Gewalt sind. Dazu fordere ich alle hier herzlichst auf. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich darf nun einen Beschluss- und Resolutionsantrag gemeinsam mit meinen Kollegen Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Petr Baxant, Heinz Hufnagel, Siegi Lindenmayr, Barbara Novak, Mag Sybille Straubinger, Prof Dr Elisabeth Vitouch, Ernst Woller sowie Senol Akkilic und Mag Klaus Werner-Lobo betreffend die Nominierung zum Friedensnobelpreis einbringen, weil wir es für wichtig halten, dem norwegischen Volk unsere große Hochachtung zum Ausdruck zu bringen, wie sie mit dem Thema Breivik umgegangen sind. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dieses Volk hat nicht mit Hass reagiert, es hat über sich selbst nachgedacht, und es hat sich dazu gefunden, dass sie gesagt haben: Wir brauchen mehr Demokratie, mehr Verständnis, mehr Offenheit für die Menschen. Wir müssen alle mehr miteinander reden. – Ich denke, dass das ein wertvoller Zugang zu Demokratie und zur Arbeit für Frieden in der Welt in Zukunft ist. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ich darf nun den Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Mitglieder des Bundesrates werden ersucht, die notwendigen Schritte für die Nominierung der norwegischen Bevölkerung und norwegischen Regierung für den Friedensnobelpreis in die Wege zu leiten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Als letzten Satz darf ich sagen: Es lohnt sich, für ein freies, gerechtes und soziales Europa gemeinsam mit unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament zu arbeiten! – Danke schön.

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. Er hat eine Restredezeit von vier Minuten.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nur um aufzuklären: Der Antrag betreffend die SteuersünderInnen wurde nicht eingebracht. Er wurde trotzdem diskutiert, und ich bin jetzt nicht einmal undankbar dafür, weil damit zumindest klargestellt ist, dass es eine furchtbare Aufregung bei ÖVP und FPÖ gäbe, wenn man die SteuersünderInnen nennen würde! (*Zwischenruf von Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Der Reihe nach, drei Minuten habe ich ja noch! Da gäbe es eine furchtbare Aufregung!

Tatsache ist, dass sich die Reichen in Griechenland und in Italien Dinge herausnehmen, dass einem schwindlig wird: Sie haben Yachten und fette Autos und zahlen überhaupt keine Steuern. Das geht doch so nicht! Und jetzt erhebt sich die Frage: Haben wir das hierzulande auch? Oder fährt Grasser nur so mit dem Geld spazieren? Oder hat Meischberger nur zum Spaß vergessen, seine Steuern zu zahlen, und, und, und?

Ich verstehe schon, warum die SteuersünderSchützer heraus gekommen sind und gesagt haben, das geht nicht! SPÖ und GRÜNE haben ein Interesse daran, dass diese Summe von – das muss man sich auf der Zunge

zergehen lassen! – 8 bis 10 Milliarden EUR nichtbezahlter Steuern hereingebracht wird. Dazu kommt noch, dass die Unternehmen mit 1 Milliarde EUR an Sozialversicherungsabgaben im Rückstand sind. Dieses Geld könnten wir dringend brauchen, wenn wir hinten und vorne keines haben und es überall klemmt!

Die Idee, dieses Geld eintreiben zu wollen, sollten eigentlich alle teilen, denn eine Steuerschuld ist eine Steuerschuld und soll daher auch gezahlt werden. Tatsache ist, dass das auf die Schnelle nicht möglich war. Dazu brauchen wir nämlich ein paar Details. In der Euphorie haben wir gesagt, machen wir einen Antrag! Jetzt müssen wir aber natürlich klären, ab welcher Höhe und ab wann: Bei der ersten Mahnung, bei der zweiten Mahnung, beim Wiederholungsfall, im zweiten Jahr? – Das haben wir noch nicht fertigdiskutiert, deswegen haben wir den Antrag heute nicht eingebracht. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Aber ich halte trotzdem fest: Es gab große Aufregung bei ÖVP und Freiheitlichen, wenn es darum geht, die Steuersünder dieses Landes einzufangen. Und es gibt ein klares Bekenntnis von Rot und Grün: Wir hätten gern weniger von diesen Steuersündern, und wir hätten gerne diese 10 Milliarden EUR, die sie der Staatskasse schuldig sind, damit wir die Aufgaben in diesem Land erledigen können. – Vielen Dank. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abg Mag Neuhuber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und stelle fest, dass die Redezeit drei Minuten beträgt.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ellensohn!

Es gibt tatsächlich große Aufregung! Ich sage das selten, und ich bin auch selten erregt, aber das halte ich für eine Frechheit! Ich bin seit 25 Jahren Unternehmer, der seine Steuern ordentlich abführt, und ich setze das von jedem anderen Unternehmer voraus!

Sie aber stellen sich hier heraus und unterstellen mir, dass ich ein Steuersündereschützer wäre! Ich betone es noch einmal: Sie haben gesagt, es gebe Aufregung bei uns und wir seien Steuersündereschützer. – Wir können es im Protokoll nachlesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dagegen verwahre ich mich! Weder ich noch meine Fraktion schützen Steuersünder. Wir sind so wie alle in diesem Haus dafür, dass jeder pünktlich und ordentlich seine Steuern bezahlt. Aber wir sind gegen Vernadierung! Sie sind ein Vernaderer und ein Verhetzer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte, darauf zu achten, dass der Ton in diesem Haus nicht entgleitet und ersuche um entsprechende Berücksichtigung meines Wunsches.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin, Frau StRin Frauenberger, das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir hatten heute eine sehr facettenreiche Debatte, und ich möchte als Berichterstatterin nun zum Kern der

Debatte zurückkommen, nämlich zum Wiener Dienstleistungsgesetz, das drei Komponenten in sich trägt, die wir bereits vorbildhaft in Wien umgesetzt haben.

Das Erste ist die Schaffung eines einheitlichen Ansprechpartners. Frau Abg Vitouch hat es erwähnt: SPOCS ist praktisch materialisiert in Wien. Das konnten wir bereits umsetzen, und zwar vorbildhaft. Es geht um die Umsetzung des in der Dienstleistungsrichtlinie vorgesehenen Genehmigungsverfahrens. Und im zweiten Bereich und dritten Bereich geht es um die Verpflichtung zur grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das war heute der Beginn eines richtigen – im Sinne von gut und klug – und eines konstruktiven Dialogs. Unser Ziel ist, dass wir Europa sozial gerecht und demokratisch gestalten. Dafür arbeiten wir hier im Wiener Landtag, dafür arbeitet die Kommission, und dafür arbeiten natürlich auch das Europäische Parlament und dessen Wiener Abgeordnete.

Es ist dies ein historischer Schritt, an einem historischen Tag: Wir begehen heute den internationalen Holocaust-Gedenktag. Das wurde schon mehrfach erwähnt. Und es ist ein ausgesprochen gutes Zeichen, dass wir heute dieses Rederecht genutzt und diesen Dialog geführt haben. Ein Zeichen für die Demokratie gerade an einem solchen Tag zu setzen, ist der richtige Schritt! Ich danke dafür und bitte um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke, Frau StRin Frauenberger, für das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dies ist mehrstimmig gegen die Stimmen der FPÖ angenommen worden. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Es liegen eine Reihe von Resolutionsanträgen vor, und zwar insgesamt neun an der Zahl. Wir werden diese der Reihe nach durchgehen und kommen nun zur Abstimmung über diese Resolutionsanträge.

Der erste Antrag ist der Antrag der Abgen Vitouch, Woller, Al-Rawi, Hufnagel, Lindenmayr, Novak, Straubinger sowie Vana und FreundInnen betreffend die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur. Es wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem vorliegenden Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag der Abgen Schicker, Strobl, Ekamp, Vitouch, Woller sowie Vana und Margulies betrifft die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Auch in dieser Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich komme somit zur Abstimmung und bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Wolfgang Jung, Herbert Eisenstein und Barbara Kappel betrifft die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Sinne Österreichs. Auch diesbezüglich wird die sofortige

Abstimmung beantragt. Wer diesen Antrag unterstützen will, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Das sind die Fraktionen FPÖ und ÖVP. Somit hat der Antrag keine notwendige Mehrheit.

Der nächste Antrag der Abgen Strobl, Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp, Reindl, Schicker, Stürzenbecher, Yilmaz, Vana und FreundInnen betrifft die Ablehnung weiterer Marktöffnungen bei den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der FPÖ mehrheitlich angenommen.

Der nächste Antrag der Abgen Strobl, Berger-Krotsch, Deutsch, Ekkamp, Reindl, Schicker, Stürzenbecher, Yilmaz, Vana und Margulies betrifft die Budgetkonsolidierung in Österreich. Es ist ebenfalls sofortige Abstimmung erwünscht. Wer diesem Antrag zustimmen will, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Der nächste Antrag der Abgen Aichinger, Neuhuber, Feldmann und Stiftner betrifft Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Abgeordneten des Wiener Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird unterstützt von ÖVP und FPÖ und hat daher keine Mehrheit.

Der nächste Beschluss- und Resolutionsantrag stammt von den Abgen Schicker, Vitouch, Woller, Strobl, Ekkamp, Meidlinger, Vana, Margulies und FreundInnen und betrifft Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds. Auch hier wird sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte daher jene Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird von SPÖ und GRÜNEN angenommen und hat damit die Mehrheit gefunden.

Der nächste Antrag stammt von den Abgen Aichinger, Neuhuber und Feldmann und betrifft notwendige Budgetkonsolidierung. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Jene Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Abgeordneten von ÖVP und FPÖ, und somit hat der Antrag keine Mehrheit.

Der letzte Antrag ist ein Beschluss- und Resolutionsantrag der Abgen Hursky, Al-Rawi, Baxant, Hufnagl, Lindenmayr, Novak, Straubinger, Vitouch, Woller sowie Akkilic und Werner-Lobo und betrifft die Nominierung für den Friedensnobelpreis hinsichtlich der norwegischen Bevölkerung. Jene Abgeordneten des Wiener Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der FPÖ mit Mehrheit angenommen worden.

Somit sind die Resolutionsanträge abgestimmt.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein

Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der FPÖ mehrstimmig angenommen worden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Wir kommen damit zur Postnummer 3. Es ist dies die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Tourismusförderung in Wien geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Renate Brauner. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten. Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich bitte Sie, das schon angesprochene Gesetz zu diskutieren und zu beschließen. – Danke schön.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Es ist eine Reihe von Wortmeldungen eingegangen.

Demnach schlage ich gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Dkfm Dr Aichinger. Ich erteile es ihm und bitte darum.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir noch eine ganz kurze Nachlese zu unserer vorigen Debatte, und zwar relativ emotionslos, aber doch mit der Bitte, dass wir hier in Zukunft einen anderen Stil pflegen!

Es war bis jetzt üblich, meine Damen und Herren, dass den Fraktionen alle Anträge zugehen und diese Anträge beraten werden können. Es waren diesmal sehr viele Anträge, und manche Anträge waren auch sehr lang. So haben wir zum Beispiel im Zusammenhang mit der Marktöffnung der Bodenverkehrsdienste gestern einen vierseitigen Antrag bekommen. Wir haben die Anträge durchgearbeitet und unsere Stellungnahme dazu abgegeben.

Es wurde uns aber nicht mitgeteilt, dass der eine Antrag nicht eingebracht werden wird, beziehungsweise wurde der zweite Antrag von einem Abgeordneten eingebracht, der sich zuerst streichen ließ und sich dann wieder gemeldet hat. Auch das ist in letzter Zeit öfters eingetrisen, und ich glaube, auch das ist nicht der beste Stil!

Ganz ehrlich gesagt, hat mich dann die Bemerkung des Kollegen Stürzenbecher sehr enttäuscht, als er gesagt hat, wir hätten nicht gut recherchiert beziehungsweise nicht aufgepasst. – Ich glaube, es war üblich, meine Damen und Herren, den Fraktionen zu sagen, dass ein Antrag geändert oder nicht eingereicht wird. Das kann vorkommen. Aber man sollte schon so viel Respekt gegenüber den anderen Fraktionen zeigen, dass man nicht ganz einfach so vorgeht!

Kollege Strobl! Es war nicht notwendig, dann noch herauszugehen und eine tatsächliche Berichtigung zu machen. Wir haben das gemerkt! Unser Abgeordneter hat klipp und klar seine Meinung dazu gesagt und hat auch gesagt, warum wir das ablehnen. Er hat aber auch – das möchte ich auch noch einmal sagen, Kollege

Ellensohn! – betont, dass wir Steuersünder nicht schätzen, weil wir Unternehmer sind und unsere Steuern zahlen. Er hat sogar betont, dass das noch ausgebaut werden und es spezielle Verfahren für Großprüfungen geben soll.

Meiner Ansicht nach war die Debatte nicht ganz in Ordnung. Ich würde mir wünschen, dass das in Zukunft etwas anders vor sich geht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun noch kurz eine Anmerkung, meine Damen und Herren, zur Frau Prof Vitouch. Sie hat in ihrer Rede einige Male betont, dass sie froh ist, dass in diesem Hause die Europadebatte in dieser Weise vonstatten geht, dass Europaparlamentarier hier reden können, und dass das ausschließlich der Verdienst der rot-grünen Regierung ist.

Ich möchte hier nochmals festhalten, meine Damen und Herren: Wir haben mit unserem Kollegen Matthias Tschirf bereits im Jahre 2009 Anträge eingebracht, in denen das von uns gefordert wurde. Wir waren die Partei, die immer für Europa war. Wir sind die Europapartei Österreichs, meine Damen und Herren, und wir wollen diese Debatte führen! Und gerade auch die heutige Debatte hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Dinge hier zu diskutieren. Daher haben wir auch jetzt gerade ein Gesetz beschlossen, das für die österreichische und auch für die Wiener Wirtschaft von großer Bedeutung ist, meine Damen und Herren, weil wir wissen, dass die österreichische Wirtschaft bereits mehr als 50 Prozent ihrer Wertschöpfung im Ausland erbringt. Daher ist ein solches Gesetz ganz einfach notwendig.

Ich möchte daher noch einmal klarstellen: Die Möglichkeit, meine Damen und Herren, hier über Europa zu debattieren, ist sicherlich auch auf Basis einer Idee beziehungsweise mit den Stimmen der ÖVP zustande gekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abg Dr Aichinger! Ich glaube, der Raum für die Replik ist jetzt schon ausgereizt.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** *(fortsetzend)*: Das war schon der letzte Satz dazu. Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zur Kommunalpolitik. Wir haben heute schon sehr viel darüber gesprochen, wie die wirtschaftliche Lage derzeit in Europa ist beziehungsweise was wir in den letzten Jahren unternommen haben und 2012 alles unternommen werden.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat, wie Sie, meine Damen und Herren, ganz genau wissen, die Prognosen für 2012 drastisch zurückgenommen. Nach einem Wirtschaftswachstum von zirka 3,5 Prozent im Jahre 2011 werden wir wahrscheinlich heuer bei ungefähr 0,4 Prozent, das heißt, ganz knapp über der Nulllinie, liegen, und wir werden sehen, ob wir überhaupt das erreichen können. Es ist daher für uns natürlich eine wesentliche Sache, dass wir die Wirtschaft ankurbeln und alles unternehmen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöht wird, damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden, weil wir völlig davon überzeugt sind, dass Arbeitsplätze in dieser Situation ganz wichtig sind. Dafür brauchen wir natürlich auch eine Unterstützung von der Wiener Regierung.

Meine Damen und Herren! Wir, Österreich und auch Wien, haben in den letzten Tagen von Standard & Poor's – das wurde jetzt schon einige Male hier diskutiert – eine Herabstufung bekommen. Aber ich sage ganz bewusst: Das sollte vielleicht für uns ein Anstoß sein, nachzudenken, wo wir wirklich nachschärfen, die österreichische und die Wiener Wirtschaft unterstützen und alles tun können, um auch bei der Budgetkonsolidierung den Pfad zu gehen, damit wir wieder in den AAA-Bereich kommen.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich jetzt zum Thema des heutigen Tages: Wir haben heute einige Gebührenerhöhungen beziehungsweise Steuererhöhungen zu diskutieren. Lassen Sie mich mit der Dienstgeberabgabe beginnen: Diese Steuer ist einzigartig in Österreich und betrifft nur ein einziges Bundesland. Ich weiß! Wir haben auch als einziges Bundesland eine U-Bahn! Die ÖVP war immer für den U-Bahn-Ausbau, und wir sind sogar dafür, dass sie in der einen oder anderen Version verlängert wird. Ich will jetzt keine Verkehrsdebatte führen, sondern möchte nur anmerken, dass wir sogar auch für eine U5 sind, weil wir glauben, dass die U-Bahn ein ganz besonderes, modernes Verkehrsmittel ist und eine Stadt wie Wien das braucht.

Interessanterweise – wenn ich so sagen darf – hält der Koalitionspartner, die Grüne Fraktion, weniger davon, dieses Instrument, die U-Bahn, auszubauen, sondern ist eher betreffend andere Möglichkeiten tätig.

Meine Damen und Herren! Diese Steuer wird jetzt, wie heute auch schon in der Fragestunde diskutiert wurde, nach langer Zeit – das stimmt schon! – erhöht, und zwar um das fast Dreifache, um 177 Prozent. Und sie ist noch dazu eine Kopfsteuer. Wir sollten uns daher gemeinsam überlegen, ob wir hier etwas ändern können! Das wäre sehr wesentlich!

Man muss auch dazusagen, dass beim U-Bahn-Bau, wie die Frau Vizebürgermeisterin heute schon ausgeführt hat, auch sehr viele Arbeitsplätze gesichert werden. Und es werden viele Mittel vom Bund zugeschossen werden. Jedes Jahr werden zwischen 140 und 160 Millionen vom Bund zugeschossen. Diesbezüglich gibt es eine 50-zu-50-Aufteilung.

Den Unternehmen, meine Damen und Herren, kommt diese Steuer derzeit allerdings sehr ungelegen, denn sie sind in einem wirklich schweren wirtschaftlichen Kampf, der – wie auch mein Kollege Neuhuber schon ausgeführt hat – vor allem den Kleinen wirklich sehr stark an die Substanz geht. Nach einer Erhöhung der Wassergebühren, der Müllgebühren, der Abwassergebühren und der Hundeabgabe kommt jetzt auch noch die Kurzparkabgabe von 66 Prozent dazu. Das haben wir heute auch noch zu besprechen. Weiters wird auch die ORF-Landesabgabe erhöht. Auch das sind Erhöhungen, die alle treffen, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Bürger und Bürgerinnen, und welche die Kaufkraft vermindern.

Auch die Ortstaxe werden wir heute um 15 Prozent von 2,8 Prozent auf 3,2 Prozent erhöhen, und die Erhöhung dieses Beherbergungsentgelts verursacht auch wiederum eine Mehrbelastung der Betriebe von zirka 5

Millionen EUR, meine Damen und Herren, und das ist nicht im Sinne einer effizienten und starken Verwaltung, insbesondere in Anbetracht dessen, dass wir wirklich derzeit die Wiener und die österreichischen Betriebe unterstützen und ihnen beim Kampf gegen die schwere Wirtschaftslage helfen sollten.

Alle Maßnahmen für den Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, sind aber nicht wirklich effizient, wenn wir nicht zeitgleich auch die Wirtschaft stärken, denn dort werden Arbeitsplätze geschaffen, und das ist, glaube ich, für uns sehr wesentlich.

Wir müssen daher auch hier in diesem Hause reformieren. Wir müssen an den Strukturen etwas ändern, um das Budget ausgabenseitig so zu sanieren, meine Damen und Herren, dass wir die Wirtschaft auch unterstützen können, denn die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, und das ist, glaube ich, vorrangig für diese Stadt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abg Dipl-Ing Margulies. Ich ersuche ihn darum.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch ich erlaube mir eine kurze Replik auf die Ausführungen zum heutigen ersten Tagesordnungspunkt, und sei es nur deswegen, dass man die Zusammenhänge erkennt. Eigentlich reden wir nämlich im Großen und Ganzen, wenn auch von einer anderen Seite der Medaille, vom derselbe Sache: Wir reden über die Finanzierbarkeit des Sozialstaats und über die Finanzierbarkeit öffentlicher Dienstleistungen beziehungsweise nicht nur öffentlicher Dienstleistungen, sondern überhaupt von Leistungen, die der Staat, die Stadt, die Kommune und die Länder zu erbringen haben.

Und ich habe schon das eine oder andere Mal von diesem Pult aus gesagt: Irgendjemand wird diese Rechnung bezahlen müssen, die jetzt krisenbedingt auf alle Länder Europas zukommt. Ich kann mich noch erinnern, als über die Griechenlandhilfe diskutiert wurde, dass wir GRÜNEN gesagt haben: Ja, seien wir solidarisch, aber lügen wir die Menschen nicht an, sondern sagen wir ihnen gleich von Anfang an, was das kosten wird, und wenden wir nicht ständig irgendwelche kleinen Tricks an, denn das macht es alles nur teurer! – Und das ist jetzt geschehen. Es wird alles teurer. Das sagt jetzt auch schon Jean Claude Juncker. Ja. Die Länder werden, so wie auch Private, bedauerlicherweise ihren Beitrag leisten müssen, um krisenbedingte Ausfälle kompensieren zu können.

Und wer ist davon betroffen? – Das sind wiederum die Menschen, die Bevölkerung! Wer aber hat verdient an der Krise? Es wird immer vergessen, dass irgendjemand auch an der Krise verdient! Werden diejenigen zur Kasse gebeten? – Nur sehr bedingt!

Jetzt komme ich zurück auf das Sparen. – Kollege Aichinger hat gerade vorher gesagt, wir müssen die Wirtschaft ankurbeln. Wortwörtlich haben Sie gesagt, dass wir die Wirtschaft ankurbeln und zielgerichteter schauen müssen, wie wir die Wirtschaft fördern können,

weil in der Wirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich lade Sie jetzt zu einem Gedankenspiel ein: Unsere Bundesregierung sagt, dass wir gesamtstaatlich in den kommenden 5 Jahren jeweils 2 Milliarden EUR einsparen wollen. – Wir befinden uns in der Krise, und das Wirtschaftsforschungsinstitut und das IHS und auch alle anderen sagen, dass nicht irgendwie mit einer Kompensation durch die Privatwirtschaft, sondern eher mit einem sehr geringen Wirtschaftswachstum zu rechnen ist.

Was bedeutet das, wenn die öffentliche Hand, letztlich ganz gleich wofür, bei einem BIP in der Größenordnung von 300 Milliarden – ich mache jetzt einen Fünfjahressprung – um 10 Milliarden EUR weniger ausgibt? Diese 10 Milliarden EUR setzen sich aus Gehältern für diverse Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, aber auch aus Subventionen, Ausgaben des Staates et cetera zusammen. Mit einem Hebel von mindestens 2,4 bedeutet das, wenn die öffentliche Hand tatsächlich um 10 Milliarden weniger ausgibt und das nicht durch die Privaten kompensiert wird, dass die Wirtschaftsleistung und automatisch das Bruttoinlandsprodukt um 9 Prozent zurückgeht.

Das ist übrigens genau das, was in Griechenland geschieht: Griechenland gibt weitaus weniger aus als am Anfang der Krise, hat aber mit Massenarbeitslosigkeit und geringeren Steuereinnahmen et cetera zu rechnen.

Noch einmal: Das ist rein rechnerisch so! Wenn man sagt, dass das durch die private Wirtschaft kompensiert wird, dann wäre meine nächste Frage: Wie funktioniert das? Erklären Sie mir, wie das funktioniert! Wenn man aber sagt, dass nicht kompensiert wird und nur der Staat spart, dann haben wir mehr Arbeitslose und weniger Steuereinnahmen. Der Staat hat dann zwar weniger ausgegeben, aber das nutzt niemandem irgendetwas!

Das heißt: Selbstverständlich beginnt eine intelligente Sanierung mit der Beseitigung von ineffizienten und tatsächlichen Doppelgleisigkeiten. Mindestens so wichtig ist aber eine gerechte einnahmenseitige Sanierung.

Schauen wir uns jetzt einmal die Stadt Wien an! Wir haben ein Budget von 11,5 Milliarden EUR. Rechnen wir die Kredite und ein paar andere Posten weg, die nicht inflationsbedingt steigen. Dann bleiben aber noch immer knappe 10 Milliarden EUR übrig, bei welchen die Ausgaben ganz normal der Inflation unterworfen sind. Wir wollen doch auch, dass die Menschen mehr verdienen. Wir wollen ihnen zumindest Gehaltsabschlüsse bieten, die an beziehungsweise eigentlich lieber über der Inflationsrate liegen, insbesondere in Zeiten, in denen die Produktivität weiter über der Inflationsrate liegt. Dann werden Sie erkennen, dass alle Abgabenerhöhungen, die heute beschlossen werden, geringer sind als nur der Inflationsausgleich.

Das heißt: Wir müssen uns überlegen, was wir für Wien wollen. Selbstverständlich kann man manche Leistungen einfach komplett streichen! Das will ich aber nicht! Ich will keine Sozialleistungen in Wien streichen! Das ist nicht meine Vorstellung von grüner Politik. Und ich glaube auch, dass es nach wie vor notwendig ist, Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Ich will also nicht alle Wirtschaftsförderungen streichen. Das will ich nicht! Aber dort ginge es tatsächlich am leichtesten, und auch

bei den diversesten Subventionen, auch wenn dort überall Menschen angestellt sind und Menschen für Wien arbeiten.

Und dann gibt es den anderen Bereich, nämlich den Bereich der Krankenanstalten. Dort ist eine Reform 2030 geplant, die natürlich jetzt beginnt. Es ist aber ganz klar, dass kurzfristig Geld einzusparen auch bedeuten würde, dass man Leistungen einschränken muss. Das geht aber nicht ganz einfach so, dass man sagt, wir zahlen jetzt allen ein bisschen weniger, oder wir beschäftigen weniger Leute. – Nein! All das bedeutet Leistungseinschränkungen, und man würde sich zu Recht aufregen, wenn die Menschen in den Spitälern nicht mehr die beste Versorgung bekommen.

Somit kommen wir wieder zurück zur Dienstgeberabgabe oder zu den Parkometergebühren. Und ich sage Ihnen ganz konkret: Bei den Parkometergebühren sehe ich das sogar anders, nämlich: Selbst wenn wir als Stadt Wien genug Geld hätten, würde ich es als richtig erachten, die Parkometergebühr anzuheben, weil ich den Lenkungseffekt bei der Parkometergebühr tatsächlich im Vordergrund sehe. (*Zwischenruf von Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger.*)

Diesbezüglich haben wir unterschiedliche politische Vorstellungen. Kollege Maresch hat auch das letzte Mal wieder versucht, Ihnen das zu erklären. Wir erklären immer wieder aufs Neue, dass selbstverständlich eine Parkraumbewirtschaftung in weiten Teilen Wiens einen massiven Lenkungseffekt nach sich ziehen würde. Das würde bewirken, dass die Zahl der EinpendlerInnen und auch der BinnenpendlerInnen geringer werden würde. Das kann man wollen oder nicht. Wir glauben, dass das im Sinne des Lärmschutzes und des Umweltschutzes notwendig ist, und wir hoffen, Sie im Zuge der gesamten Periode davon überzeugen zu können.

Ich kann mich noch an die Diskussion über die Einführung des Parkpickerls erinnern. Ich habe diese Diskussion im 8. Bezirk noch als Bezirksrat miterlebt und habe gesehen, mit wie viel Skepsis insbesondere die ÖVP und die Freiheitlichen im 8. Bezirk der Einführung des Parkpickerls gegenüber gestanden sind. Und ich sage Ihnen, bis heute hält die Wirkung im 8. Bezirk an! Man findet im 7. Bezirk und im 8. Bezirk überall dort, wo es das Parkpickerl gibt, tatsächlich noch einen Parkplatz, und das hilft der Wirtschaft enorm. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Jetzt eine Frage: Was nützt es einem Menschen, der beruflich, aus welchen Gründen auch immer, sehr oft seinen PKW braucht, wenn er oder sie keinen Parkplatz findet, weil alles kostenlos ist und es kein Parkpickerl gibt? Erinnern wir uns an die Parkplatznot im innerstädtischen Bereich vor der Einführung des Parkpickerls: Das war für den privaten Wirtschaftsverkehr eine Katastrophe!

Stellen wir einmal für den Bereich, für den wir uns wünschen, dass das Parkpickerl kommen soll, wo es dann tatsächlich für den Lieferverkehr und für den beruflich notwendigen Verkehr wieder leichter wird, einen Parkplatz zu finden, eine kleine Rechnung an: Für jeden, der beruflich den PKW nutzt, einen Parkplatz sucht und

sich durch das Parkpickerl einmal Herumkreisen und damit drei Minuten erspart, ist es günstiger, selbst um 2 EUR in der Stunde zu parken, als diese drei Minuten zu kreisen.

Für den privaten Wirtschaftsverkehr ist es also mit Abstand günstiger, wenn die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet wird. Und für die AnrainerInnen, die jetzt insbesondere von den WU-TUs – Wien Umgebung, Tulln – geplagt sind, wäre das in den Gürtelbezirken auch eine Erleichterung! Sie können überzeugt sein, dass es sich so verhalten wird wie in den Innergürtelbezirken: Die Leute werden nach einem oder zwei Jahren sagen, es war die intelligenteste verkehrspolitische Lösung in dieser Legislaturperiode, dass die Parkraumbewirtschaftung ausgedehnt wurde! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich mag jetzt die Rede nicht noch viel mehr in die Länge ziehen und auch Sie nicht viel länger strapazieren. Ich mache nur eine abschließende Bemerkung, weil es heute auch um die Finanztransaktionssteuer und um die Vermögenssteuer gegangen ist: Seien wir uns dessen bewusst, dass jeder einzelne Österreicher und jede einzelne Österreicherin eine krisenbedingte Rechnung präsentiert bekommen! Und wir hier entscheiden, aber vor allem auch die Bundesregierung entscheidet, wer diese Rechnung bekommt. Ich war bestürzt, ich gebe es zu, als ich den Vorschlag vernommen habe, dass wir allen BeamtInnen quer drüber Geld abziehen sollen, vollkommen wurscht, wen es betrifft. Das kann die Putzfrau sein, die 20 Jahre lang im Ministerium putzt und vielleicht 1 400 EUR verdient. Ihr wird 1 Prozent abgezogen, das wären im Übrigen 14 EUR pro Monat, also ungefähr das 10-Fache dessen, was die Erhöhung der Wassergebühr im Monat kostet.

Auf solche Vorschläge kommt diese Bundesregierung, insbesondere die ÖVP-Seite: Kürzen wir einfach bei den Beamten! – Das ist ein Wahnsinn! Der kleinen Sekretärin, die seit 20 Jahren irgendwo arbeitet, kann man das Geld wegnehmen, den Millionären jedoch nicht! Das verstehe ich nicht! Wenn man über Sozialpolitik und über eine solidarische Politik redet, dann ist es, glaube ich, notwendig, dass wir diejenigen zur Kasse bitten, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel eingenommen haben, ob vom Glück begünstigt oder möglicherweise auch durch eigene Arbeit.

Wobei ich dazu bemerken möchte, wie ich auch schon einmal an anderer Stelle gesagt habe: Die meisten Millionäre in Österreich gibt es nicht durch erarbeitetes Geld, sondern durch vererbtes Geld. Das müssen wir auch im Hinterkopf behalten! Es gibt Leistungsträger, die wenig verdienen, und es gibt Leistungsträger, die viel verdienen. Es gibt auch Leistungsträger, die so viel verdienen, dass sie wirklich reich werden und Millionen haben. Aber die meisten Millionäre und Millionärinnen in Österreich – der mit Abstand größere Prozentsatz liegt in der Größenordnung von 70 Prozent – erarbeiten das Geld nicht, sondern erben es.

Dessen müssen wir uns bewusst sein, und das hat überhaupt noch nichts mit Gerechtigkeit zu tun! Ich bitte Sie, das tatsächlich zu berücksichtigen! Deshalb auch

meine Frage heute am frühen Morgen an Frau StRin Brauner. Ich sage es ganz offen: Würde die Stadt Wien über ihren Anteil am Finanzausgleich von einer Vermögenssteuer 300 Millionen EUR bekommen, dann, liebe Renate, müssten wir die Erhöhung bei der Dienstgeberabgabe nicht vornehmen. Daher sage ich: Her mit dem Geld der Reichen! – Danke sehr.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Dr Kappel. – Ich bitte darum.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, kurz etwas zu meinem Vorredner zu sagen. Es ist immer so bezeichnend!

Ich hätte einen Vorschlag für die 300 Millionen EUR, einen Vorschlag, wie man laut Rechnungshof diese auch relativ schnell einbringen könnte, beziehungsweise ich hätte sogar einen Vorschlag für 350 Millionen EUR. Diese Summe könnte man nämlich einsparen, wenn man das Beamtenpensionsrecht der Wiener Beamten an das Pensionsrecht des Bundes anpasst. Und ich glaube nicht, dass das eine Sozialleistung ist! (*Zwischenruf von Abg Dipl-Ing Martin Margulies.*)

In einem Punkt stimme ich Ihnen aber zu: Auch wir wollen keinen Abbau von Sozialleistungen! Sozialleistungen sind wichtig und sollen erhalten bleiben. Es soll den Menschen gut gehen. Es geht ihnen ohnehin schon schlecht genug, daher wollen wir das nicht. Eine Anpassung des Pensionssystems der Beamten empfinde ich jedoch als sozial verträglich. Das ist keine Sozialleistung. Ich bin der Meinung, dass das Pensionsantrittsalter generell erhöht werden muss. Ich weiß, dass eine solche Maßnahme unpopulär ist, aber ich denke, dass das für die Menschen einfach gut ist.

Der Rechnungshof hat ganz konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Es handelt sich dabei um diese berühmten 599 Vorschläge, die von der Republik umgesetzt werden sollten, um einen Konsolidierungsbedarf von 10 Milliarden EUR, den wir bis zum Jahr 2016 auf Bundesebene haben, abzudecken. Bitte sparen Sie ausgaben-seitig und konsolidieren Sie nicht durch Einnahmenerhöhungen, wie das in Wien derzeit geschieht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben heute Morgen schon im Rahmen der Fragestunde gesagt, was das Gebot der Stunde ist, und darüber besteht, so glaube ich, völliger Konsens. Das Gebot der Stunde lautet: Intelligentes Sparen bei gleichzeitiger Ankurbelung von wachstumsfördernden Maßnahmen. Ich weiß, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreter das immer sagt und auch vorgibt, dies zu tun. Wir sind jedoch der Meinung, dass man viel mehr im Bereich der Ausgaben einsparen sollte und weniger beziehungsweise eigentlich gar keine Erhöhungen im Bereich der Einnahmen vornehmen soll.

Aus diesem Grund kämpfen wir jetzt seit vielen Monaten gegen die Gebühren- und Abgabenerhöhungen in Wien, die wir seit dem letzten Jahr erleben. Begonnen hat es mit dem Valorisierungspaket, das wir im April des vergangenen Jahres erstmals auf der Agenda hatten und

welches im Juni verabschiedet wurde. Keiner hat geglaubt, dass dies eintreten würde. Die Wirtschaftskammer und auch die Oppositionsparteien sind Sturm gelaufen. Niemand hat sich vorstellen können, dass es Gebühren- und Abgabenerhöhungen im Ausmaß von 65, 66 beziehungsweise sogar 177 Prozent geben würde. Das ist auch für jeden Wirtschaftstreibenden sehr viel. Niemand könnte etwas in diesem Ausmaß erhöhen! Auch ich habe nicht daran geglaubt, dass das kommen würde. Aber es ist gekommen!

Heute setzen wir uns unter anderem mit dem Thema auseinander, dass die Dienstgeberabgabe, die sogenannte U-Bahn-Steuer in Wien, auf Grund der Abstimmung vom heutigen Tag erhöht werden soll - nicht um ein bisschen, sondern um 177 Prozent! Damit sollen, wie die Frau Finanzstadträtin sagt, insgesamt 38 Millionen EUR eingenommen werden. Und diese Erhöhung trifft alle. In erster Linie trifft sie KMUs und insbesondere die Attraktivität von Teilzeitarbeitsplätzen und somit Frauen und ältere Leute, Personengruppen also, die wir eigentlich besonders schützen sollten. Diese Gruppen werden jetzt indirekt - nämlich durch den Druck auf die Arbeitgeberseite, da der Arbeitsplatz durch die Erhöhung der U-Bahn-Abgabe teurer wird - besonders belastet. Wir Freiheitlichen lehnen die Erhöhung der U-Bahn-Abgabe ausdrücklich ab!

Neben der U-Bahn-Abgabe, die jetzt fix kommt, stehen auch noch einige andere Abgaben, die sogenannten Gebrauchsabgaben der Gemeinde Wien, in konkreter Diskussion. Betroffen ist hievon beispielsweise die Schanigartenabgabe. Jeder, der einen Gastgarten im 1. Bezirk bewirtschaftet, muss davon ausgehen, dass dieser in kürzester Zeit teurer werden wird. Dies gilt auch für Baustellen, wenn dort Container aufgestellt sind, da sich die Abgabe auf die Benützung des Gehsteiges oder des Parkraumes bezieht.

Zumindest etwas Gutes hat das Ganze aber: Die monatliche Abrechnung ist sicherlich eine bessere Lösung als die aktuell gültige, weil dieser Modus zur Folge haben wird, dass Baufirmen ihre Arbeiten vielleicht schneller beenden werden als vorher. Generell ist dieser Schritt jedoch abzulehnen.

Ein Detail dazu noch am Rande: Was soll von der geplanten Erhöhung der Gebrauchsabgaben angenommen werden? – Ja, die Fahrradabstellplätze! Fast hätte ich es mir gedacht. Ich musste wirklich schmunzeln, als ich das gelesen habe. Bravo! Sie haben das hineingebracht! Ja, es sind die Fahrradabstellplätze! Die Wirte zahlen mehr, obwohl sie schon ausreichend im Wettbewerb stehen. Dazu kam noch die ganze Verunsicherung zum Thema Alkoholsondersteuer und schlussendlich auch die Nichtraucherkampagnen.

Ich selbst leite eine Wirtschaftsvorfeldorganisation, und wir sind in Hinblick auf kleine Gewerbetreibende beziehungsweise Gastronomiebetriebe extrem exponiert. Wir bekommen unglaubliche Zuschriften von Wirten, die uns sagen, wir können nicht mehr. Es geht einfach nicht mehr! Einige mussten schon zusperrern. Ich bin der Meinung, dass es vielen in der Wirtschaft durch diese ge-

samten Abgaben noch schlechter gehen wird. Alle werden mehr belastet. Die U-Bahn-Abgabe und die Erhöhung der Gebrauchsabgaben schlagen voll auf die kleinen Betriebe und die Gastronomie durch. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und weil ich gerade beim Thema der Gastronomie und Hotellerie bin: Auch die Ortstaxe wird erhöht! In einem Jahr, in dem der Wien-Tourismus eine Rekordzahl an Nächtigungen, nämlich über 11 Millionen Nächtigungen, erreicht, wird die Ortstaxe von 2,8 auf 3,2 Prozent des Nächtigungsvolumens erhöht. Die Hoteliersvereinigung hat zu Recht, wie ich meine, aufgeschrien. Nur eine Stunde vor der öffentlichen Verlautbarung dieser Erhöhung haben sie erfahren, dass diese Änderung vorgesehen ist.

Wir sind der Meinung, dass es in guter Praxis eigentlich üblich ist, sich mit jenen Gruppen zu besprechen, die von einer Steuer betroffen sind. Das war aber in diesem Zusammenhang leider nicht der Fall. Hier ist einfach über Nacht erhöht worden, und es ist im Bereich der Wiener Tourismuswirtschaft mit weiteren Einnahmen zu rechnen. Generell leistet Wien-Tourismus, wie ich meine, gute Arbeit. Dennoch sind Einnahmenerhöhungen in Zeiten einer guten Konjunktur im Tourismusbereich - nämlich in Anbetracht von 11 Millionen - unseres Erachtens nicht notwendig. Aus diesem Grund stimmen wir auch gegen das Gesetz betreffend die Erhöhung der Tourismusförderung in Wien.

Der dritte Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die Parkometerabgabe: Ein leidiges Thema per se. Ich musste heute wieder zur Kenntnis nehmen, dass dies ein ideologisch stark besetztes Thema ist: Es geht hier um den Lenkungseffekt, die Stadt möglichst autofrei zu halten.

Ich wiederhole mich: Wie Sie wissen, ist das nicht unsere Meinung. Wir sind eine Partei, die die Autofahrer unterstützt, gleichzeitig aber auch die Forcierung des Infrastrukturausbaus begrüßt. Selbstverständlich treten wir für den Ausbau der U-Bahn ein. Wir sind jedoch der Meinung, dass das Autofahren zur Individualität eines Menschen gehört. Schon allein deshalb sehen wir nicht ein, warum diese Parkometergebühr erhöht wird! Und Sie haben ja nicht nur die Parkgebühren um 66 Prozent erhöht, sondern auch die Strafgebühr für Falschparken um 71 Prozent, die Gebühr für Abschleppen um 26 Prozent und die Pauschalgebühr für die Parkplatzbenützung um 66 Prozent. Dabei fällt gar nicht mehr ins Gewicht, dass Sie eigentlich das Pickerl um 11 Prozent reduziert haben. Danke, dass Sie das gemacht haben! Ich glaube, das wäre wirklich nicht notwendig gewesen!

Die große Erhöhung, die wir gerade erleben, ist extrem schlecht. Negativ für die Wiener Autofahrer, für die gesamte Wiener Bürgerschaft, aber auch für die Wiener Wirtschaft, und deshalb lehnen wir diese Belastungen ab!

Eine Sache noch zum Schluss: Das Kulturförderungsbeitragsgesetz. Ich muss ehrlich sagen, beim ersten Hinsehen habe ich auch nicht gleich realisiert, dass sich dahinter eine Erhöhung der ORF-Landesgebühr verbirgt. All das ist - ich bleibe bei dem Wort, das zuerst

gefallen ist - sehr „tricky“. Die ORF-Landesgebühr soll in Wien jetzt auf 5,10 EUR pro Gebührenzahler erhöht werden. Damit gehört Wien nun zu den Spitzenreitern. Daneben wird die gesamte ORF-Gebühr erhöht. Wir lehnen das ab! Wir lehnen sowohl die allgemeine Gebührenerhöhung für den ORF als auch die Gebührenerhöhung im Rahmen des Kulturförderungsbeitragsgesetzes ab. Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zusammenfassend appelliere ich noch einmal an Sie - wie schon seit Juni vergangenen Jahres -: Nehmen Sie Abstand von diesen Erhöhungen! In Zeiten wie diesen, in denen die Wirtschaftslage schon prekär genug ist, dürfen nicht noch weitere Belastungen vorgenommen werden. Wie wir wissen, wird das Wirtschaftswachstum sehr niedrig sein. Es gibt unterschiedliche Prognosen: Von 0,1 bis 0,4 Prozent für Österreich im laufenden Jahr. Alles in allem ist die Ausgangslage also schlecht, und es darf daher nicht noch zu weiteren Verunsicherungen und Belastungen beigetragen werden!

Wettbewerbsfähigkeit ist wichtig. Auf diese Weise hemmen Sie aber die Wettbewerbsfähigkeit. Aus diesem Grund sind wir Freiheitlichen gegen jede Gebühren- und Abgabenerhöhung und für eine Ausgabensenkung im Bereich der Gemeinde Wien.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. Ich erteile das Wort.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Zum Begriff Lenkungseffekt ist mir, als ich dem Kollegen von den GRÜNEN zugehört habe, eingefallen, dass eine besondere Art des Lenkungseffektes darin besteht, dass das Geld der Wienerinnen und Wiener in das Stadtbudget gelenkt wird. Auch das ist eine Form der Lenkung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diese Lenkung kann man hier feststellen. Wobei man natürlich sagen muss: Gute Leistung soll auch ihren Preis haben. Es gibt gute kommunale Dienstleistungen, und wir alle leben gern in dieser Stadt, und das ist den Bürgerinnen und Bürgern auch etwas wert. Wir befinden uns jetzt allerdings am Vorabend der Verkündung eines Megasparkpakets, und diese exorbitanten Steigerungen sind natürlich gerade in Zeiten wie diesen niemandem einsichtig zu machen. All das wird auf einmal auf uns hereinbrechen. Und die Ideen, die genannt werden, gehen noch viel weiter als das, was die Stadt Wien tatsächlich umsetzt.

Dabei geht es nicht nur um die kommunale Ebene, sondern auch um die übergeordnete Ebene.

Wenn man im Internet nachliest, wohin das Geld größtenteils fließt, dann sagt uns etwa der Chef der Eurogruppe, dass das Geld, das wir den Griechen vor Kurzem erst geborgt haben, und das Griechenlandengagement, im Zusammenhang mit welchem man uns noch weismachen wollte, dass wir damit auch noch Zinsgewinne lukrieren können, mehr oder weniger abzuschreiben ist.

Man kann denselben Eurogruppenchef nochmals zitieren: Er sagt, dass es sich, wenn es schwierig ist, den

Menschen solche unpopulären Maßnahmen klarzumachen, eben um Maßnahmen handelt, die von den eigenen Bürgern wahrscheinlich nicht wirklich sofort verstanden werden, dass ihn diese Frage aber nicht sonderlich bewege. – Also mich bewegt es sehr, wenn man den eigenen Bürgern Gebühren- und Steuererhöhungen und Sparpakete nicht mehr erklären kann!

Ich glaube, diesen Gesamtkontext muss man auch darstellen: Auf der einen Seite muss eine Währung, die vielleicht nicht mehr gerettet werden kann, gerettet werden, und wir schicken Geld dorthin, wo jahrzehntelang Steuern hinterzogen wurden. Und auf der anderen Seite müssen wir 30- bis 40-prozentige Steigerungen bei den kommunalen Gebühren vertreten. Da besteht ein Missverhältnis, und da rundet sich irgendwie auch das Bild ab, das wir heute schon bei der EU-Debatte hatten.

Ich möchte das, was vorher schon gesagt wurde, nicht noch mehrmals wiederholen. Es ist aber klar, dass die Wirtschaft, die gerade in Österreich klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist, ein Arbeitsplatzmotor ist. Es sind bei uns nicht die großen Konzerne, sondern die Klein- und Mittelbetriebe, die verlässlich die Arbeitsplätze auch in schlechten Zeiten beibehalten. Und diese werden durch die Erhöhung der Lohnnebenkosten massiv belastet!

Im Endeffekt kommt es auf unsere Wettbewerbsfähigkeit an, und auch in diesem Punkt teile ich die EU-Euphorie nicht wirklich. Ein Land, das gute Produkte erzeugt, wird sich auch in einem Binnenmarkt durchsetzen, und Länder, die nichts Gutes erzeugen, wird man im Endeffekt auch nicht retten können.

Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die für unseren Wirtschaftsstandort gut und wichtig sind, und zum Wirtschaftsstandort gehört gerade die klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft, die auf Grund ihrer engen Nahebeziehungen zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch eine sehr stabile Beschäftigung aufweist.

Zum Wirtschaftsstandort gehört aber natürlich auch die Infrastruktur. Man wird jetzt sehen, wie es am Flughafen mit der AUA weitergeht. Wenn unsere ehemalige eigene Fluglinie sozusagen dicht gemacht wird beziehungsweise wenn es hier Probleme gibt, dann ist das wiederum ein Negativum für den Wirtschaftsstandort.

Das heißt: Man muss genau bei den Maßnahmen, welche die Arbeit verteuern, höchst sensibel und vorsichtig sein. Ich sage Ja zur U-Bahn, aber Nein zur Erhöhung der U-Bahn-Abgabe, die an den Lohnkosten ansetzt. Diesbezüglich müsste man sich vielleicht etwas anderes überlegen!

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Automobilverkehr. Der Bereich der hoch qualitativen Produkte ist einer der wenigen Bereiche, in denen Europa wirklich führend ist. Wir haben zwar keine eigene Automarke, aber wir sind in der Zulieferindustrie führend. Und wenn die Menschen Autos kaufen sollen, dann darf man ihnen nicht böse sein, dass sie mit diesem Auto auch fahren. Mir kommt es aber manchmal so vor, als ob es hieße: Kauft euch ein Auto, aber stellt es am besten in die Garage und fährt nicht damit!

Wenn wir in der Automobilindustrie und auch in der Flugindustrie führend sein wollen, dann muss man mit den Geräten auch fahren und fliegen können. Wenn man den Menschen das Fahren und Fliegen aber verunmöglicht, dann wird nicht mehr gefahren und geflogen, dann werden die entsprechenden Produkte nicht mehr gekauft und dann gibt es diese Industrie in Österreich und in Europa nicht mehr! – Es ist wirklich ein Wahnsinn, dass man einen der wenigen industriellen Äste, auf denen man selber noch sitzt, absägt, indem man sagt, kauft euch nur mehr Fahrräder! – Nebenbei bemerkt: Die Fahrräder werden auch nicht mehr in Europa produziert! – Das ist ein Nullsummenspiel, das ist wirtschaftspolitisch ein Wahnsinn, und man sollte dem Ganzen eine Absage erteilen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Zusammenhang ist natürlich die Verkehrspolitik gefragt. Man soll das eine tun, ohne das andere zu lassen. Dass wir einen guten und attraktiven öffentlichen Verkehr brauchen, ist überhaupt keine Frage. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern es geht um ein Sowohl-als-auch. Deswegen wäre ein geringeres Maß an Antiautofahrer-Kreuzrittertum sehr wohl angebracht! Auch die individuelle Mobilität soll nicht ein Vorrecht derjenigen sein, die es sich trotzdem leisten können. Aber genau in diese Richtung bringen Sie das Ganze!

Ein interessantes Beispiel, warum das Verteuern von Mobilität nicht der Weisheit letzter Schluss ist, ist die letzte Mineralölsteuererhöhung auf Bundesebene. Für diese kann Wien überhaupt nichts. Man hat die Mineralölsteuer erhöht, und die Österreicher und Österreicherinnen müssen um 350 Millionen EUR mehr bezahlen. Im Staatssäckel bleiben aber nur mickrige 100 Millionen mehr übrig, weil der ganze Tanktourismus wegfällt. Ob das Benzin, das beim Transit durch Österreich verbraucht und vergeudet wird, nun bei uns oder anderswo getankt wird: Der Umwelt wird damit überhaupt nicht gedient! Wir müssen um 350 Millionen EUR mehr zahlen, und dem Staat bleibt fast nichts übrig. – Das ist keine intelligente Steuerpolitik, und ich sage das in dem Wissen, dass das ein Finanzminister, der mir nicht ganze ferne steht, verhängt hat.

Man sieht, dass das im Endeffekt gar nichts bringt: Dem Klima ist das völlig egal. Die LKW fahren weiter durch Österreich, das CO<sub>2</sub> wird weiterhin bei uns verblasen, aber es wird bei uns nicht mehr getankt und Steuer gezahlt. – Das ist das Gegenteil von intelligenter Steuerpolitik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, solche Zusammenhänge sollte man auch beachten, wenn man die Lohnnebenkosten erhöht. Es geht im Endeffekt darum, dass bei uns in Österreich Industriearbeitsplätze erhalten bleiben oder geschaffen werden. Die Industrie ist im Endeffekt ein Jobmotor, denn an diese werden letztlich auch sehr viele Dienstleistungsbereiche angelagert. Es geht im Endeffekt darum, dass wir innerhalb Österreichs und auch innerhalb Europas wettbewerbsfähig bleiben, und daher sind massive Gebührenerhöhungen, so wie sie jetzt die Stadt und das Land Wien vornehmen, etwas Wirtschafts- und Arbeitsplatzfeindliches, dem man in dieser Form nicht zustimmen kann.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldete ist Frau Abg Mag Berger-Krotsch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema Wirtschaftskrise und Kampf gegen diese Krise hat sich wie ein roter Faden durch die heutige Sitzung gezogen, angefangen bei der Fragestunde über die Aktuelle Stunde bis zu den jetzigen Poststücken.

Ich denke, das ist gut so. Es ist wichtig, eingehend darüber zu diskutieren und auf die Probleme wirklich hinzuweisen.

Ich möchte Kollegen Margulies beipflichten und bei der Auffassung unterstützen, dass wir jetzt wirklich mehr denn je Verteilungsgerechtigkeit brauchen. Und es ist wichtig, dass wir daran mitarbeiten, dass es im Bund ein ausgewogenes und gerechtes Konsolidierungspaket geben wird.

Zu Kollegen Aichinger: Unsere Landeshauptmann Stellvertreterin Renate Brauner hat bereits in der Fragestunde sehr eindringlich gesagt, dass die Maßnahmen, die Wien gesetzt hat und weiterhin setzt, ein intelligenter Mix sind, und sogar Kollegin Kappel hat das in ihrer Wortmeldung aufgegriffen: Es ist wichtig, den Konsolidierungspfad zu beschreiten. Das strukturelle Sparen wurde genannt, aber auch das Investieren beziehungsweise die Wachstumsoffensive.

Das gehen wir auch beim öffentlichen Verkehr an, der heute schon mehrfach angesprochen wurde. Wir tun das, um gegen die Krise sehr engagiert anzukämpfen. Wir können aber – wie Renate Brauner auch bereits eingangs gesagt hat – natürlich die internationalen Gegebenheiten nicht wegschieben. Wien kann sich als Stadt und Gemeinde davon nicht abkoppeln.

Zu Kollegin Kappel: Das Gebrauchsabgabegesetz ist heute nicht auf der Tagesordnung, dies wird eine große Reform werden. Wir führen derzeit viele Diskussionen, und es kamen viele Wünsche, vorwiegend aus den Bezirken, aber auch von der Wirtschaft. Dieses Gebrauchsabgabegesetz wird einer intensiven Überprüfung unterzogen, denn wir wollen ein gerechteres und effizienteres System in diesem Bereich.

Darin ist auch das Thema Schanigärten, das Sie angesprochen haben, enthalten, und ich möchte kurz darauf eingehen: Sie haben davon gesprochen, dass es auch in diesem Zusammenhang zu Verteuerungen kommen wird. – Ich denke, es wird ein gerechteres System werden. Man muss bedenken, dass äußere Bezirke im Vergleich zu inneren Bezirken überproportional belastet sind, und daher müssen wir hier zu mehr Gerechtigkeit, aber auch zu mehr Effizienz kommen. Wenn man auf eine Monatsbezahlung umstellt, dann können vielleicht manche Schanigartenbetreiber, die in den Sommermonaten zusperren, Geld einsparen. Das kann also für manche Betriebe sogar billiger werden.

Nun aber wirklich zu den zur Beschlussfassung vorliegenden Gesetzesänderungen: Wir haben die Gebüh-

renerhöhungen seit dem letzten Jahr in den unterschiedlichsten Sitzungen schon vielfach diskutiert. Heute liegen sie schlussendlich zur Beschlussfassung vor, und ich möchte kurz auf ein paar Gesetzesänderungen eingehen.

Eingangs möchte ich – wie auch unsere Landeshauptmann-Stellvertreterin Renate Brauner in der Fragestunde – festhalten, dass das natürlich nicht auf große Gegenliebe stößt. Es ist uns bewusst, dass niemand mit Gebühren und Abgaben große Freude hat. Diese sind aber im Hinblick auf die Erhaltung der hohen Versorgungsqualität, auf die die WienerInnen zählen und auf die sie zu Recht sozusagen auch pochen, dennoch notwendig.

Die Menschen wollen, dass die Qualität stimmt, und sie haben ein Recht darauf, dass die Qualität stimmt. Wir müssen dafür sorgen, dass diese aufrechterhalten, ausgebaut und gesichert wird, und daran arbeiten wir, und ich denke, dass die WienerInnen für Erhöhungen Verständnis haben, wenn Wien diese hohe Qualität auch für die Zukunft und auch für folgende Generationen sichern kann.

Auch Kollege Neuhuber hat in seiner Wortmeldung beziehungsweise auch in der Fragestunde ein gewisses Verständnis von Seiten der ÖVP attestiert.

Wie gesagt: Es gilt, die hohe Qualität der Dienstleistungen, die für Wien einzigartig ist, zu erhalten und zu sichern. Unsere Landeshauptmann-Stellvertreterin Renate Brauner hat aber auch gesagt, als in der Fragestunde die Dienstgeberabgabe sehr eingehend debattiert wurde, dass, wenn es zum Beispiel praktikablere Berechnungen gibt, diese natürlich auch zur Anwendung kommen können. Wir sind diesbezüglich sehr offen. Diese gibt es aber bislang noch nicht, und deshalb erfolgt die Abgabe eben in dieser Art und Weise.

Was in dieser Diskussion um Gebühren und Abgaben von Seiten der Opposition auch immer an den Rand gedrängt wird und eigentlich nie vorkommt, ich aber dennoch in Erinnerung rufen möchte, ist, dass wir natürlich auch Maßnahmen zur Entlastung der WienerInnen auf der Tagesordnung haben. Andere Bundesländer mussten beispielsweise den Gratiskindergarten abschaffen, wir setzen jedoch auf den Gratiskindergarten. Wir setzen von Anfang an auf Bildung, und wir haben den Gratiskindergarten auch weiterhin.

Auch die Vergünstigung der Jahreskarte der Wiener Linien kommt in der Debatte gar nicht mehr vor. Durch die vergünstigte Jahreskarte können die Wiener Haushalte sehr viel, nämlich pro Jahr insgesamt 165 Millionen EUR, einsparen, und über den Konsum fließt das Geld ja auch wieder zurück an die Wiener Wirtschaft.

Das wird immer sehr gerne vernachlässigt und an den Rand gedrängt, ich meine aber, das sind wichtige Punkte, um zu zeigen, wie der Wiener Weg für die Wienerinnen und Wiener von unserer Seite aus verläuft.

Kurz zur Dienstgeberabgabe: Auch das wurde eingangs in der Fragestunde schon sehr eindringlich dargestellt. Die Dienstgeberabgabe existiert seit 1970 und wurde seit 41 Jahren weder erhöht noch valorisiert. Ich möchte den Zahlenvergleich, den auch Renate Brauner

eingangs deutlich angeführt hat, noch einmal darstellen: Der Verbraucherpreisindex ist seither um 315 Prozent angestiegen. Wir haben jedoch die Dienstgeberabgabe seit 41 Jahren nie erhöht und nicht einmal valorisiert.

Es heißt immer, dass wir nicht auf die Klein- und Mittelunternehmen schauen beziehungsweise dass wir ihnen in den Rücken fallen. – Ich denke, wenn wir uns diese Dienstgeberabgabe ganz genau ansehen, kann davon nicht die Rede sein! Knapp 80 Prozent haben keine beziehungsweise nur eine geringe Belastung. Wir haben in Wien 43,5 Prozent Ein-Personen-Unternehmen, und wir haben in Wien 34 Prozent KMU mit 2 Beschäftigten, und die EPU sind gar nicht betroffen, und die KMU mit 2 Beschäftigten sind nur sehr geringfügig betroffen. Frau Kollegin Kappel! Herr Kollege Aigner! Im Hinblick darauf meine ich, dass man auch immer die Relation im Auge behalten muss!

Es ist mir auch wichtig, an dieser Stelle noch einmal zu zeigen, dass die „U-Bahn-Steuer“ direkt und ausschließlich in den U-Bahn-Ausbau fließt. Die „U-Bahn-Steuer“ ist laut Gesetz zweckgebunden und wird direkt für die neue U-Bahn-Infrastruktur eingesetzt.

Noch etwas möchte ich an dieser Stelle erwähnen: Es ist in einem globalisierten Wirtschaftssystem auch nicht sozusagen ganz ohne, dass drei Viertel der Auftragssumme nach Wien gehen. Knapp zwei Drittel der Beschäftigung kommen der Bundeshauptstadt zugute. Auch das ist in einem globalisierten Wirtschaftssystem nicht ganz wegzureden!

Das Tourismusförderungsgesetz wurde auch sehr genau diskutiert. In diesem Bereich soll die Ortstaxe moderat angehoben werden. Wir haben hier das Ziel, die Werbemaßnahmen vor allem für die Nebensaison zu verstärken. Wir wissen, dass die Monate Jänner und Februar auch noch mehr Potenzial haben. Der Nächtigungsrekord wurde schon angesprochen. Wir sind sehr stolz, dass 2011 das Jahr der Jahre war. Wir haben ein Plus von 5 Prozent bei den Nächtigungen. Ja, das war das beste Jahr ever!

Trotzdem möchten wir mit der Änderung des Tourismusförderungsgesetzes und der Anhebung der Ortstaxe noch einmal Geld in den Tourismusstandort investieren, wir möchten ihn weiter attraktiveren. Und es ist im internationalen Vergleich einzigartig und außergewöhnlich, dass wirklich 100 Prozent der Ortstaxe in den Tourismus fließen. Auch das ist also ein Vorzeigeprojekt in Wien: Die Mehreinnahmen von 2 Millionen EUR werden direkt in touristische Marketing- und Werbemaßnahmen des Wien-Tourismus fließen.

Es wurde auch der Kulturförderungsbeitrag angesprochen, deshalb möchte ich darauf noch kurz eingehen: Auch in diesem Bereich haben wir die letzte Valorisierung schon längere Zeit hinter uns. Konkret sind es sechs Jahre. Es geht hierbei um die sogenannte Landesabgabe, die geändert wird und kulturellen Zwecken in Wien zukommen wird. Ab Juni 2012 wird es eine Landesabgabe von 5,10 EUR statt von bisher 4,45 EUR geben. Das entspricht, wenn man sich beispielsweise Kärnten oder die Steiermark anschaut, auch den dortigen Beträgen.

Das kommt, wie ich gesagt habe, kulturellen Zwecken zugute. Mit den Einnahmen erfolgt unter anderem eine Förderung der Finanzierung der Altstadterhaltung, des Films und neuer Medien. Auch das ist also ein wichtiger Beitrag für Wien.

Das sind die einzelnen Gesetzesänderungen, die heute vorliegen. Wir investieren in die Stadt. Wir wollen für die Zukunft für die Wienerinnen und Wiener, auch für zukünftige Generationen Wiens eine Topqualität der Versorgung aufrechterhalten und sichern. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu den einzelnen Gesetzesentwürfen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort. Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau GRin Krottsch hat da sehr viele Argumente aus unserer ja schon lange geführten Diskussion gebracht, sodass ich Ihre Zeit und meine Stimme schonen kann. Ich darf nur ergänzen, dass wir gerade im Bereich des Wien-Tourismus - und ich freue mich, dass das auch respektiert wird - natürlich schon zu diesen guten Jahren auch unseren Beitrag geleistet haben, indem eben genau viel in die Werbung und in die Förderung investiert wird, und dass das auch weiter so sein muss. Und dass wir auch in Zusammenarbeit mit dem Bund stehen, weil hier gesagt wurde, der Bund zahle seinen Anteil an der U-Bahn. Ja, selbstverständlich, aber auch dieser Anteil ist gedeckelt, und selbstverständlich müssen wir gerade jetzt in vielen Bereichen auch in Vorfinanzierung gehen. Das ist mit ein Grund, warum es nicht leicht ist, dieses hohe Niveau des U-Bahn-Baus auch entsprechend zu halten.

Viele andere Argumente sind schon genannt worden und ich möchte mich deswegen darauf reduzieren, Sie nochmals darauf aufmerksam zu machen, um was es hier geht. Das ist, die Investitionsfähigkeit der Stadt und die Kaufkraft der Stadt zu sichern, wir sind ja nicht zuletzt auch ein ganz wichtiger Auftraggeber, eine wichtige Auftraggeberin, und um vor allem auch das hohe Niveau der Dienstleistungen der Stadt weiter zu sichern, weil gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Stadt für die Wirtschaft und für die Wienerinnen und Wiener ein stabiler Faktor ist, auf den sie sich auch weiter verlassen müssen, deswegen sind diese Maßnahmen notwendig, und ich bitte Sie um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig so beschlossen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Dies ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher

jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig beschlossen.

Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Renate Brauner. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte Sie, dieses Gesetz zu diskutieren oder jedenfalls, sollte keine Diskussion mehr notwendig sein, diesem Gesetz zuzustimmen. Danke schön.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung und ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist somit mit den Stimmen der Regierungsparteien in erster Lesung mehrstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen. Daher bitte ich jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in Zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig beschlossen.

Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung der Benützung von Straßen durch abgestellte mehrspurige Kraftfahrzeuge geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Renate Brauner. Bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich ersuche auch hier um dieselbe Vorgangsweise wie vorhin.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung und ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig angenommen.

Ich schlage daher vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und darf jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. – Das ist einstimmig so beschlossen. Daher bitte ich jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das Gesetz ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig beschlossen.

Postnummer 6 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000 geändert wird. Frau Berichterstatterin hiezu

ist Frau LhptmStin Mag Renate Brauner. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Auch hier bitte ich um Ihre Beschlussfassung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung, und ich darf jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Danke, das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig angenommen.

Ich schlage vor, auch diesmal die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, ich sehe die Einstimmigkeit, und es ist so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 7. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes mit dem das Wiener Sportförderungsbeitragsgesetz 2012 erlassen wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Renate Brauner. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Auch bei diesem letzten Gesetz, das ich Ihnen heute vorlege, sehr geehrte Damen und Herren, bitte ich um Beschlussfassung. Danke vielmals.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung und ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist so einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und darf jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Danke, ich sehe auch hier Einstimmigkeit. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 8 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Fiaker- und Pferdewagengesetz geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Vassilakou. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz, mit dem das Wiener Fiaker- und Pferdewagengesetz geändert wird. Danke.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung, und ich bitte jene Mit-

glieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang mit der vom Berichterstatter nicht beantragten Ergänzung in erster Lesung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Ein bisschen eine Abwechslung muss sein. - Danke, das ist einstimmig, und das Gesetz in erster Lesung so beschlossen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und darf jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand

bitten. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Daher bitte ich jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werde ich schriftlich bekannt geben.

Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluss der Sitzung um 16.09 Uhr.)*